

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e.V.

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 45

Mit 68 Abbildungen



1991

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

P

ZA 4772, 45. 1891 LS

O 640



ISSN 0179-1842

Herausgegeben vom Historischen Verein
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Redaktion: **Dr. Wolfgang Schmierer**, Tamm
unter Mitarbeit von Dr. Norbert Stein, Ludwigsburg

Produktion und Layout: Karl-Heinz Zimmerstädt, Steinheim/Murr
Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich
Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co, Stuttgart

Geschäftsstelle des Historischen Vereins:
Stadtarchiv Ludwigsburg, Kaiserstr. 14, 7140 Ludwigsburg

Inhalt

Mitarbeiter/innen an diesem Band	4
Bildnachweis	4
Vorwort (<i>Wolfgang Bollacher</i>)	5
Der Wunnenstein und die Wunnensteiner Von <i>Hermann Ehmer</i>	7
Adel in Bietigheim Von <i>Leopold Stierle</i>	21
Monrepos – 400 Jahre württembergische Geschichte Von <i>Birgit Hlawatsch</i>	39
Zur Geschichte des Festin- und Theaterbaus beim Seeschloß Monrepos Von <i>Norbert Stein</i>	71
Ludwigsburg in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg – dargestellt anhand von Quellen des Stadtarchivs Von <i>Wolfgang Läßle</i>	87
Die Internierungslager in und um Ludwigsburg 1945–1949 Von <i>Ulrich Müller</i>	171
Berichte und Notizen	
Veranstaltungen des Historischen Vereins 1990/91 (Markus Otto unter Mitwirkung von <i>Paul Hänslér, Herbert Rommel</i> und <i>Wolfgang Bollacher</i>)	197
Rückblick auf das Jahr 1990 (<i>Albert Sting</i>)	209
Buchbesprechungen	234
Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–1991	236

Mitarbeiter/innen an diesem Band

Dr. Bollacher, Wolfgang, Rechtsanwalt, Ludwigsburg
Dr. Ehmer, Hermann, Archividirektor, Stuttgart
Hänsler, Paul, Lorch-Waldhausen
Hlawatsch, Birgit, M. A., Ditzingen
Dr. Hofmann, Norbert, Oberarchivrat, Lauffen a. N.
Dr. Kretzschmar, Robert, Oberarchivrat, Ingersheim
Läpple, Wolfgang, Städt. Archivamtsrat, Asperg
Dr. Müller, Ulrich, Studiendirektor, Waldstetten
Otto, Markus, Apotheker i. R., Bietigheim-Bissingen
Rommel, Herbert, Techniker, Ludwigsburg
Dr. Schmierer, Wolfgang, Archividirektor, Tamm
Dr. Stein, Norbert, Archivrat, Ludwigsburg
Stierle, Leopold, Bundesbahnbeamter i. R., Bietigheim-Bissingen
Dr. Sting, Albert, Direktor der Karlshöhe i. R., Löchgau
Zimmerstädt, Karl-Heinz, Prokurist, Steinheim an der Murr

Bildnachweis

- | | |
|------------|--|
| S. 9–16 | Vom Verfasser |
| S. 35 | Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Vorlage u. Foto) |
| S. 40–67 | Bei den Abbildungen nachgewiesen |
| S. 73, 79 | Stadtarchiv Ludwigsburg, Bestand S 17
(Vorlage u. Foto) |
| S. 75 | Aus: Oscar Paret, Monrepos vor 150 Jahren in:
Hie gut Württemberg, 9. Jg.; Nr. 6 (5. 7. 1958), S 42 |
| S. 77 | Vorlage: Städt. Museum Ludwigsburg |
| S. 82 | Kopie nach Foto des Landesdenkmalamtes (ganzseitig)
von der verlorenen Vorlage |
| S. 83 | Vom Verfasser |
| S. 87–170 | Stadtarchiv Ludwigsburg (Foto u. Vorlage) |
| S. 176–187 | Vom Verfasser |

Vorwort

Im Januar und Februar erschütterte der Golfkrieg die Welt. Er hatte die Nahost-Konferenz in Madrid zur Folge, bei der im Oktober erstmals Israelis und Araber direkt über die Lösung ihrer Probleme verhandelten. Gleichzeitig gelang es, die letzte der im Krieg in Brand gesetzten Ölquellen Kuwaits zu löschen. In der Sowjetunion kam es im August zu einem Putsch gegen Michail Gorbatschow. Er schlug fehl, stärkte die zentrifugalen Kräfte um Boris Jelzin und beschleunigte den Zerfall der Union. Rußland, die baltischen Staaten und andere erklärten sich zu selbständigen Republiken und Leningrad – es mutet unwirklich an – wurde nach einer Volksabstimmung wieder in St. Petersburg umbenannt. In Jugoslawien wütet seit Frühjahr ein Bürgerkrieg. Unversöhnlich stehen sich politische, ethnische und religiöse Gruppen gegenüber. Im April wurde Carsten Detlev Rohwedder, der Präsident der Deutschen Treuhand, ermordet und im Mai Rajiv Gandhi, der Führer der indischen Kongreßpartei. In unserem Bundesland trat im Januar Ministerpräsident Lothar Späth zurück. Im August wurde der Sarkophag mit der sterblichen Hülle Friedrichs II. von Schloß Hohenzollern nach Potsdam übergeführt. Unter der Terrasse von Schloß Sanssouci fand der große Preußenkönig endlich die Ruhestätte, die er sich selbst bestimmt hatte. Ende September barg man aus dem Eis des Hauslabjochs in Tirol die fast unversehrte Mumie eines vermutlich 4000 Jahre alten Mannes, was als eine Sensation gelten darf. Im Sport gab es zwei spektakuläre Weltrekorde. Carl Lewis lief die 100 m in 9,86 Sekunden und Mike Powell sprang 9,85 m weit. Die Menschen fanden aber auch Zeit, eines ihrer größten Genies zu gedenken. Vor zweihundert Jahren, am 5. Dezember 1791, starb in Wien Wolfgang Amadeus Mozart, der als Siebenjähriger auch Ludwigsburg besucht und im Hause Stuttgarter Straße 12 Niccolo Jommelli auf dem Klavier vorgespielt hatte.

Was dem 45. Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter vorangestellt ist, soll gewiß keine Chronik, sondern nur eine Auswahl wichtiger Ereignisse des Jahres sein, Ereignisse unterschiedlichster Art, denen aber allen gemeinsam ist, daß wir ihre Zeugen waren, daß sie Geschichte machten und nachwirken, und daß sie die Kräfte zeigen oder ahnen lassen, welche uns treiben und bei der Gestaltung unserer Zeit und Welt am Werke sind. Sie darzustellen und zu erklären wird die Aufgabe künftiger Geschichtsforschung sein, so wie es die Aufgabe der Geschichtsforschung unserer Tage ist, das weiter Zurückliegende aufzuhellen. Dieser Aufgabe haben sich die Autoren und Historiker gestellt, die in den neuen Ludwigsburger Geschichtsblättern zu Worte kommen. Sie befassen sich mit mittelalterlichem Adel in unserem Raum, mit der Geschichte von Monrepos und seinem einstigen Festin- und Theaterbau und mit Entwicklungen und Erscheinungen in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Mögen ihre Beiträge helfen, auf die Geschichte unserer Heimat und auf das aufmerksam zu machen, was besonders erinnerungswürdig ist. Der Rückblick auf das Jahr 1990, ein Überblick über das Vereinsleben und Buchbesprechungen runden den Band ab, dem zu wünschen ist, daß er mit Fleiß gelesen und studiert wird.

Herrn Dr. Wolfgang Schmierer und seinen Mitarbeitern, Herrn Karl-Heinz Zimmerstädt von der Firma Kohlhammer und allen Autoren sei herzlich dafür gedankt, daß der Band so gut geraten ist. Dank sei ferner Stadt und Landkreis Ludwigsburg und allen Spendern für die finanziellen Hilfen, die sie dem Verein im vergangenen Jahr gewährt haben. Ohne die großzügigen Hilfen hätte der Band nicht erscheinen können.

Im November 1991

Dr. Wolfgang Bollacher

Der Wunnenstein und die Wunnensteiner*

von Hermann Ehmer

Der Wunnenstein ist ein Vorberg der Löwensteiner Berge, der aufgrund seiner freien Lage eine schöne Rundschau bietet, die von der Alb zum Odenwald, vom Schwarzwald bis zu den Löwensteiner Bergen reicht. Anders als seine niedrigeren Nachbarberge Forstberg und Köchersberg, die zusammen mit dem Wunnenstein eine »Vorbergdreiheit« bilden, ist dieser eine einzigartige historische Stätte, die in der Vorgeschichte, im Mittelalter, in der frühen Neuzeit und dann wieder im 19. Jahrhundert von Bedeutung war. Bekannt ist, daß der Berg einst eine Kirche und eine Burg trug. Der spätmittelalterliche Adelssitz, der freilich keine oberirdischen Spuren hinterlassen hat, muß ältere Vorläufer gehabt haben, auf die die zahlreichen keltischen Grabhügel im Umkreis um den Berg hindeuten, in denen sicher gesellschaftlich herausragende Personen bestattet worden sind, die auf dem Berg ihren Sitz hatten. Der Wunnenstein als keltischer Adelssitz kann daher durchaus mit dem Asperg verglichen werden, wenngleich wir über einen vermutlichen Rangunterschied der Inhaber der beiden Sitze keine gesicherten Angaben zu machen vermögen.

Die Kirche auf dem Wunnenstein war dem heiligen Michael geweiht und geht auf die Zeit der fränkischen Mission zurück. Sie war die Urkirche des mittleren Schozach- und oberen Bottwartals und steht somit im Zusammenhang mit der Organisation des karolingischen Königsguts rechts des Neckars, als dessen Hauptorte Heilbronn und Lauffen bekannt sind, zu denen aber auch noch Ilsfeld zu rechnen ist. Die Kirche dieses Ilsfelder Königsgutsbezirks stand auf dem Wunnenstein. Die Stätte der Michaelskirche ist daher, wie schon ihre Lage, ihr Patrozinium und der Vergleich mit anderen Michaelskirchen, z. B. jenen bei Cleebronn oder Untergrombach zeigt, die eines vorchristlichen Heiligtums, das im Zuge der Christianisierung der Gegend durch die Michaelskirche abgelöst wurde. Über den Charakter dieses vorchristlichen Heiligtums können freilich nur Vermutungen angestellt werden. Die früher aufgrund des Namens »Wunnen«stein geäußerte Behauptung, daß es sich um ein germanisches Wotansheiligtum gehandelt haben müsse, ist abzulehnen. Mit einiger Sicherheit wird man aber einen gallorömischen Kult vermuten dürfen.

Die Michaelskirche auf dem Wunnenstein hatte freilich im Jahre 1300, dem Zeitpunkt ihrer ersten urkundlichen Nennung, ihre einstige Bedeutung bereits einge-

* Die Arbeit geht zurück auf einen am 7. Februar 1991 beim Historischen Verein Ludwigsburg gehaltenen Vortrag mit dem Titel »Der Wunnenstein und die Wunnensteiner«. Auf Quellen- und Literaturnachweise konnte hier verzichtet werden. Diese finden sich in: Hermann Ehmer, Der Gleißende Wolf von Wunnenstein. Herkunft, Karriere und Nachleben eines spätmittelalterlichen Adligen (Forschungen aus Württembergisch Franken Band 38) Sigmaringen 1991. Die oben dargelegte Deutung des Namens Wunnenstein stammt von Lutz Reichardt, Ortsnamenbuch des Stadtkreises Stuttgart und des Landkreises Ludwigsburg (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Bd. 101) Stuttgart 1982, S. 171 f.

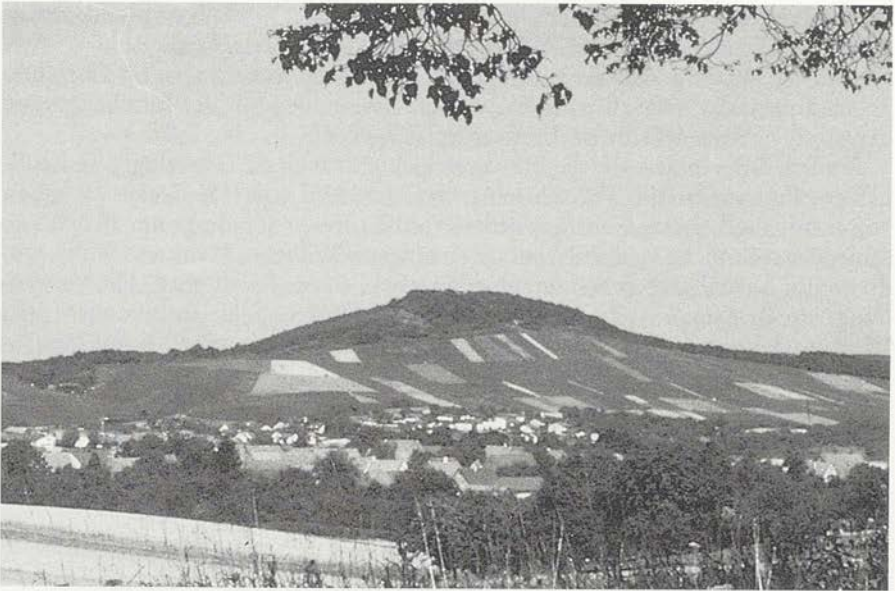
büßt. Denn als Graf Eberhard I. von Württemberg in jenem Jahr die Kirche dem Johanniterorden im Tausch gegen andere Güter übergab, wird deutlich, daß die Pfarrechte bereits vom Wunnenstein nach Ilsfeld gezogen worden waren. Gleichwohl erscheint der Name der Pfarrkirche Wunnenstein noch in der Würzburger Diözesanmatrikel aus der Mitte des 15. Jahrhunderts. Die Urkunde vom Jahre 1300 erwähnt – freilich ohne Namensnennung – auch Filialkirchen der Michaelskirche, die sich auch noch in späterer Zeit durch das Patronat der Johanniter als solche zu erkennen geben. Als Filialkirchen der Michaelskirche auf dem Wunnenstein sind zu nennen die Kirche in Ilsfeld mit ihren Filialen Schozach, Wüstenhausen, Abstatt und Auenstein, ferner Neckarwestheim, Winzerhausen und Beilstein.

Bei der Transaktion des Jahres 1300 wird auch die Burg auf dem Wunnenstein erwähnt. Sie wurde jedoch nicht in das Tauschgeschäft mit den Johannitern einbezogen, sondern verblieb im Besitz der Grafen von Württemberg. Es ist hieraus ersichtlich, daß die Grafen wohl im Interregnum in den Besitz des Königsgutes Ilsfeld gekommen waren. Es stellt sich damit die Frage nach den 1251 erstmals urkundlich erwähnten Herren von Wunnenstein. Diese stammen vermutlich von den Herren von Ilsfeld ab, die 1163–1291 urkundlich genannt werden. Als Sitz dieser Herren von Ilsfeld ist der Fronhof in diesem Ort anzunehmen, der als Adelsitz wohl von einer in der Schozachebene zwischen Ilsfeld und Auenstein bezeugten Tiefburg abgelöst wurde. Dem allgemeinen Zug zur Errichtung von Höhenburgen folgend, scheint sich dann ein Zweig der Familie in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts auf dem Wunnenstein angesiedelt und sich nach der Burg genannt zu haben.

Der Name »Wunnenstein« legt die Vermutung nahe, daß dieser erst mit der Errichtung der Burg entstanden ist, da das Grundwort »-stein« allgemein für Steinburgen verwandt wurde. Das Appellativum »Wunne« bedeutet im Mittelhochdeutschen einerseits »Augen- und Seelenweide, Freude, Lust, Wonne, Herrlichkeit«, kann andererseits aber auch die Weide des Viehs bezeichnen. Es spricht vieles dafür, daß im Falle des Wunnensteins die erstere Bedeutung die zutreffende ist. Somit würde sich der Name zu den mit abstrakten Begriffen gebildeten Burgnamen gesellen, wie etwa Freudenberg und Miltenberg, die sich von der Freude und der Milde, ebenfalls zwei wichtigen Begriffen der höfisch-ritterlichen Welt, ableiten. Wenn diese Deutung richtig ist, wäre die seither vertretene Ableitung des Namens Wunnenstein von »Wunne« = Weide hinfällig.

Bei den wenigen Erwähnungen der Herren von Ilsfeld fällt auf, daß sie fast immer im Zusammenhang mit den badischen Markgrafen genannt werden. Diesen war es demnach gelungen, mit Lauffen, Sinsheim und Eppingen nicht nur links, sondern auch rechts des Neckars Königsgut zu erwerben. Die Tatsache, daß die Grafen von Württemberg 1300 im Besitz des Wunnensteins waren, zeigt, daß in diesem Raum anscheinend eine Konfrontation zwischen den Markgrafen von Baden und den Grafen von Württemberg stattfand, die offensichtlich durch die Übergabe der Wunnensteiner Kirche (mit ihren Filialen) an eine dritte Macht, nämlich den Johanniterorden, entschärft worden ist.

Im Gegensatz zu den Herren von Ilsfeld waren die wohl von ihnen abstammenden Herren von Wunnenstein durch das Eindringen der Grafen von Württemberg in diesen Raum deren Ministerialen geworden und hatten die Burg von den Grafen als Lehen inne. Freilich blieb die Burg auf dem Wunnenstein in der Folgezeit nicht allein in der Lehenshoheit der Grafen von Württemberg: 1321–1345 ist der Bischof



Der Wunnenstein von Südwesten. Im Vordergrund der Holzweiler Hof, rechts Forst- und Köchersberg.

von Würzburg, 1368–1401 der Kurfürst von der Pfalz Lehensherr mindestens eines Teils der Burg. Hieran wird deutlich, daß in diesem Raum die Interessensphären verschiedener Territorialherren aufeinander stießen, wobei das Würzburger Interesse wohl nicht zuletzt darin begründet war, daß die Kirche auf dem Wunnenstein den südwestlichen Eckpfeiler des Würzburger Bistums bildete.

Der Einfluß verschiedener Lehensherren zeigt sich auch daran, daß die von Wunnenstein nicht die alleinigen Herren auf der Burg blieben, sondern schon vor 1300 auch noch Herren vom Stein daran beteiligt waren. Diese sind ein Zweig der württembergischen Ministerialen vom Stein zu Cannstatt, denen die Grafen von Württemberg, offensichtlich aus territorialpolitischen Gründen, auch einen Teil am Wunnenstein verliehen haben. Demgemäß werden 1368 drei verschiedene Ganerben oder Teilhaber auf der Burg Wunnenstein genannt. Da die Burg, wie aus einer bei dieser Gelegenheit angefertigten Lehensbeschreibung ersichtlich ist, aber nur aus einem einfachen Steinhaus, wie die benachbarten Burgen Helfenberg und Wildeck, bestand, konnte sie keineswegs Platz für drei Familien bieten. Dies ist auch ein Grund dafür, daß die Wunnensteiner schon recht früh an anderen Orten Sitze gehabt haben, z. B. in Stetten am Heuchelberg, Kirchhausen im Kraichgau, in Auenstein in der Nähe des Wunnensteins und in Mühlhausen an der Enz.

Diese verhältnismäßig weit auseinanderliegenden Wohnsitze zeigen an, daß die Besitzungen der Wunnensteiner weiträumig gestreut waren. Insgesamt lassen sich vier Komplexe unterscheiden: zunächst der Wunnenstein und sein Zubehör in der unmittelbaren Umgebung, zweitens Besitzungen im Schwäbischen Wald zwischen Bottwar und Murr, die wahrscheinlich alte Beziehungen zu den Edelfreien von

Lichtenberg und den Hessonen, dem alten Backnanger Grafengeschlecht, dokumentieren. Drittens ist Besitz im Zabergäu zu nennen, der auf eine Abhängigkeit von den Grafen von Vaihingen hinweist. Viertens sind Besitzungen im Enzgebiet zu erwähnen, die wohl auf eine kognatische Verbindung mit der Familiengruppe derer von Niefern-Dürrenmenz-Enzberg zurückgehen.

Ähnlich differenziert wie die Besitzgeschichte ist auch die Genealogie. Urkundlich erwähnt werden die Wunnensteiner zwischen 1251 und 1456. Demnach haben wir es mit rund sieben Generationen zu tun. Es treten allerdings nur sieben verschiedene männliche Vornamen auf (am häufigsten Wilhelm, Hans und Wolf), wodurch die Aufstellung eines Stammbaums erheblich erschwert wird. Die Verwendung von Beinamen ergibt freilich ein differenzierteres Bild. Insbesondere tritt Wolf von Wunnenstein genannt der Gleißende Wolf durch seine häufige Erwähnung in den Quellen besonders deutlich hervor.

Die moderne Adelsforschung begnügt sich nicht mit der Erstellung des Stammbaums einer Familie und der Untersuchung des Besitzes, vielmehr geht es auch darum, die ständische Qualität der einzelnen Familien abzuschätzen, da es innerhalb des ritterbürtigen Adels nicht geringe Unterschiede gab. Hierfür wurden zwei wichtige Kriterien herausgearbeitet, nämlich die Untersuchung des Konnubiums, d. h. des Heiratskreises, innerhalb dessen sich die Verbindungen einer bestimmten Familie bewegen, sodann die Bewertung der Dienstverhältnisse, in denen sich Angehörige einer solchen Familie befinden, sowie der geistlichen Pfründen, die sie innehaben.

Bei den Wunnensteinern weist das Konnubium – soweit es ermittelt werden kann – keine Besonderheiten auf; mit Ausnahme einer alten Verbindung zu denen von Enzberg, die als vormalige Schutzvögte des Klosters Maulbronn von einiger Bedeutung waren, sich jedoch in der betreffenden Zeit bereits auf dem absteigenden Ast befanden. Ansonsten erhebt sich die ständische Qualität des wunnensteinschen Heiratskreises nicht über ein gewisses Mittelmaß, da ausschließlich Verbindungen festzustellen sind mit wenig bedeutenden Familien, wie den Marschall von Hollenbach, Fink von Schloßberg, Vetzler von Obrigheim, Röflin von Richtenberg, denen von Talheim, Anglach und Weiler. Bedeutender waren freilich die Venningen und Sternenfels, doch ist nicht festzustellen, daß diese Verbindungen eine Aufwertung der Wunnensteiner nach sich gezogen hätten.

Hinsichtlich der weltlichen Dienststellungen und geistlichen Pfründen, die von Wunnensteinern bekleidet wurden, ist allein Fürderer, der Bruder des Gleißenden Wolfs, erwähnenswert. Er war nämlich der Vogt der Agnes von Gundelfingen, die den Restbesitz der Vaihinger Grafen bis zu ihrem Tod 1396 inne hatte. Diesen verwaltete Fürderer von Wunnenstein von der Burg Eselsberg aus, die sein Amtssitz war. Männliche Mitglieder der Familie von Wunnenstein im geistlichen Stand sind nicht bekannt, hingegen werden sechs Klosterfrauen aus der Familie erwähnt. Es ist deutlich, daß diese Frauen zu ihrer Versorgung ins Kloster eingetreten waren. Dies zeigt, daß die Wunnensteiner keine nennenswerten geistlichen Pfründen inne hatten. Als Ergebnis muß deshalb festgehalten werden, daß diese eine recht unauffällige Familie des niederen Adels jener Zeit darstellten. Auf dem Hintergrund dieses Befunds muß sich die Tatsache, daß der Gleißende Wolf beträchtlichen Reichtum besaß, über weitreichende Verbindungen verfügte und sein Tatenruhm bis ins 19. Jahrhundert reichte, um so bedeutsamer ausnehmen.

Die Stellung Wolfs in der Wunnensteiner Genealogie ist unsicher: vermutlich

stammt er von einem Fürderer ab, der als Kirchherr zu Mühlhausen an der Enz erwähnt wird. Wolf selber wird 1361 erstmals urkundlich erwähnt; als sein Todesdatum ist der 9. November 1413 anhand des Grabmals gesichert. Da Wolf bei seinem ersten urkundlichen Auftreten schon im Erwachsenenalter war, muß er über 70 Jahre alt geworden sein, ebenso wie auch sein vermutlich älterer Bruder Fürderer, der ihn noch überlebt hat.

Schon bei seinem ersten Auftreten 1361 führte Wolf den Beinamen »der glisende Wolf«. Der im letzten Jahrhundert über die Bedeutung dieses Beinamens geführte Streit ist mit Sicherheit dahingehend zu entscheiden, daß dieser nicht von glischen = heucheln, sich verstellen, abzuleiten ist, sondern von glizen = leuchten, schimmern. Dieses letztere Wort wird in der mittelalterlichen Literatur ausschließlich vom Schimmern oder Leuchten von Waffen oder Schmuck gebraucht. Der sprachgeschichtliche Befund wird dadurch unterstützt, daß Wolfs Beiname von Anfang an eine Selbstbezeichnung ist, keineswegs eine abschätzig gemeinte



Siegel des Gleißenden Wolfs von Wunnenstein an einer Urkunde von 1382 im Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein.

Benennung durch andere. Der Beiname Wolfs, der auf das Leuchten und Schimmern seiner Waffen abhebt, ist somit zweifellos Ausdruck seines adligen Selbstverständnisses.

Diese Selbstbezeichnung als der »Leuchtende« oder »Glänzende« läßt keinen Zweifel daran, daß es sich bei Wolf um einen Mann mit Ambitionen gehandelt hat. Diese äußerten sich zunächst darin, daß er 1367 an jenem Überfall auf Graf Eberhard II. und seinen Sohn Ulrich im Wildbad teilgenommen hat, der in verschiedenen Chroniken und anderen Quellen bezeugt ist. Urheber dieses Attentats war Graf Wolf von Eberstein, der in territorialen Auseinandersetzungen mit dem Württemberger stand. Wolf von Wunnenstein war damals lediglich einer der Helfer der Ebersteiner, der aber möglicherweise auch seinerseits eine Rechnung mit dem Grafen von Württemberg zu begleichen hatte.

Über den Ort, an dem der Überfall stattgefunden hat, bestehen einige Zweifel. Seit Justinus Kerner in einer 1813 erschienenen Beschreibung der Stadt und des Bades Wildbad das Ereignis dorthin verlegte und an dem 1837–47 errichteten Badehaus ein entsprechendes Denkmal angebracht worden war, schienen keine Zweifel an dieser Festlegung möglich zu sein. Bedenklich blieb jedoch, daß eine glaubhafte chronikalische Überlieferung davon berichtet, daß sich die Grafen in ihrer Burg Zavelstein in Sicherheit gebracht hätten. Freilich erscheint dies nur möglich, wenn sich der Überfall im Teinacher Bad abgespielt hätte, das sich am Fuße des Zavelsteiner Burgbergs befindet. Die Teinacher Version hat auch deshalb die Wahrscheinlichkeit für sich, weil die Quellen stets nur vom Überfall im Wildbad (nicht: in Wildbad) reden, womit lediglich eine natürliche Badequelle bezeichnet wird. Somit dürfte sich der Überfall im Wildbad in Teinach abgespielt haben.

Die versuchte Geiselnahme im Wildbad mißlang bekanntlich; die Täter waren daher – zumindest teilweise – gezwungen, außer Landes zu gehen. Der Gleißende Wolf und zwei seiner Komplizen verfügten sich zu den Rheingrafen, von denen sie als Diener angenommen wurden. Dem Gleißenden Wolf wurde die Burg Rheingrafenstein über der Nahe bei Bad Kreuznach zum Aufenthalt angewiesen. Diese verhältnismäßig weite Entfernung der Attentäter vom Schauplatz ihrer Tat war nicht unbegründet, da sich Graf Eberhard umgehend an seinen Gegnern zu rächen suchte. Mit der Zustimmung des Kaisers und der Mithilfe einiger Reichsstädte eröffnete er die sogenannte Ebersteiner Fehde, die allerdings mit der erfolglosen Belagerung der Burg Neueberstein endete.

Es zeigt sich, daß die Gegner des württembergischen Grafen von dem pfälzischen Kurfürsten Ruprecht I. und den badischen Markgrafen begünstigt wurden, die ihrerseits die offene Auseinandersetzung mit dem Württemberger scheuten. Bei der Ebersteiner Fehde handelte es sich also um eine Art Stellvertreterkrieg, wobei letztlich der Adel im Nordschwarzwald, wie die Straubenhardtter und die Schmalensteiner, die Zeche bezahlten. Der Graf von Württemberg erreichte, daß ihm auf der Burg Straubenhardt ein Öffnungsrecht eingeräumt wurde und er sie auch zeitweilig in seinen Besitz brachte. Ferner mußten die Schmalensteiner 1368, sicher auf Veranlassung des Markgrafen Rudolf, dem Geißenden Wolf ihre Besitzungen zu Lehen auftragen. Diese Lehenshoheit Wolfs ist erst nach seinem Tod durch seine Erben an Graf Eberhard III. von Württemberg übertragen worden.

Geschützt von ihren Protektoren blieben die Attentäter vom Wildbad nicht lange im Exil; schon Anfang 1370 sind sie wieder in der Oberrheingegend zu finden; der Gleißende Wolf hielt sich eine Zeitlang auf der Burg Schadeck bei

Neckarsteinach auf. Die »Wildbader« mußten jedoch wieder weichen, als Kaiser Karl IV. den pfälzischen Kurfürsten und die badischen Markgrafen mit Graf Eberhard aussöhnte, wobei der Kurfürst und die Markgrafen versprachen, die »Wildbader« nicht zu beherbergen. Diese Bestimmung wurde offensichtlich eingehalten, denn der Gleißende Wolf verschwindet nun für neun Jahre gänzlich aus unserem Blickfeld.

Nach dieser Zeit tritt Wolf erstmals wieder 1380 auf, als der Pfalzgraf der Stadt Wimpfen Ersatz für eine Beraubung durch den Gleißenden Wolf leistete, wobei jedoch die näheren Umstände dieser Angelegenheit unbekannt bleiben. Immerhin ist deutlich, daß Wolf in jenen Jahren, aus denen wir keine Nachricht von ihm haben, offensichtlich mit Fehden befaßt war. Diese müssen ihm einen entsprechenden Ruf und nennenswerte Einkünfte eingebracht haben. Sein Ruf als fehdeerfahrener Mann verhalf ihm zu einer ersten Bestallung, und zwar nahm ihn Bischof Nikolaus von Speyer als Helfer gegen seine Feinde an.

Mit Bischof Nikolaus, der von der Kurpfalz unterstützt wurde, stritt Erzbischof Adolf von Mainz aus dem gräflichen Hause Nassau um den Speyerer Bischofsstuhl, wobei diese Auseinandersetzung noch durch das Schisma, die Spaltung der Kirche unter dem Papst in Avignon und jenem in Rom, eine besondere Akzentuierung erhielt. Wolf wurde nun gegen entsprechende Besoldung Befehlshaber des Bischofs Nikolaus gegen seine Feinde. Doch einigten sich die beiden Kirchenfürsten alsbald gütlich, weshalb die Dienste Wolfs für Bischof Nikolaus entbehrlich wurden. Es entspann sich nun ein Streit zwischen Wolf und dem Bischof wegen der noch ausstehenden Besoldung, doch wurde diese Meinungsverschiedenheit schließlich unter Vermittlung des Markgrafen Bernhard von Baden und des Deutschmeisters geschlichtet.

Die Auseinandersetzung zwischen Wolf und Bischof Nikolaus hatte aber noch einen anderen Hintergrund. Wolf hatte nämlich, als er noch in Diensten des Bischofs Nikolaus stand, dessen Gegner Adolf von Nassau einige größere Kredite gewährt, wofür er 1385 das mainzische Amt Scheuerberg (Neckarsulm) als Pfand erhielt, das er zugleich als Amtmann zu verwalten hatte. Für die folgenden 15 Jahre blieb daher die Burg Scheuerberg über Neckarsulm der Sitz des Gleißenden Wolfs. Auf dem Wunnenstein, der Stammburg seiner Ahnen, ist er wohl nie gesessen.

Rechtzeitig investierte Wolf auch in den Nachfolger des Nassauers im Amt des Erzbischofs von Mainz. Seit 1381 ließ er dem damaligen Domscholaster Konrad von Weinsberg und dessen Bruder Engelhard größere Summen, wofür ihm diese die Burg Guttenberg als Pfand gaben. Als Konrad 1390 Erzbischof wurde, übernahm er die Verpflichtungen seines Vorgängers gegenüber Wolf, der weiterhin Amtmann zu Scheuerberg blieb und dem Erzbischof mit weiteren Krediten aushalf.

Erzbischof Konrad starb schon 1396, worauf Wolf alsbald mit dessen Nachfolger Johann von Nassau in Streit geriet, der ihm deshalb Anfang 1400 sein Kapitalien zurückzahlte. Wolf hatte aber inzwischen schon anderweitige Verbindungen geknüpft, wie etwa zu Markgraf Bernhard I. von Baden, bei dem er die Funktion eines Rates von Haus aus bekleidete. Für seine freigewordenen Kapitalien fand er in Graf Eberhard III. von Württemberg einen neuen Kreditnehmer.

In die Zeit Wolfs als Mainzer Amtmann fällt die Schlacht von Döffingen 1388, in der ein Heer des Schwäbischen Städtebunds durch eine Fürstenkoalition unter



Schlacht von Döffingen am 23. August 1388. Holzstich nach dem Fresko von J. A. von Gegenbaur im Neuen Schloß in Stuttgart (1944 zerstört). In der Mitte Graf Eberhard II. von Württemberg gen. der Greiner, links sein sterbender Sohn Graf Ulrich, rechts (erkenntlich an der Helmzier mit zwei Beilen) der Gleißende Wolf von Wunnenstein.

Graf Eberhard II. besiegt wurde. Das städtische Heer war in dieser Schlacht, in der Graf Ulrich von Württemberg fiel, anfänglich erfolgreich gewesen. Doch dann gelang es dem Fürstenheer, die Städter in die Flucht zu schlagen. Die Ansichten darüber, wodurch die Wende herbeigeführt wurde, gehen auseinander. Entscheidend war wohl ein frischer Zuzug, den die Fürsten im rechten Augenblick erhielten.

Erst württembergische Chronisten des 16. Jahrhunderts, nämlich Sebastian Künig, Oswald Gabelkover, danach auch Martin Crusius, führen den Gleißenden Wolf als entscheidenden Faktor ein, der die Wende in der Schlacht gebracht haben soll. Diese Chronisten schöpften offenbar aus einer Lokaltradition, die das Andenken an den Gleißenden Wolf als Teilnehmer an der Döffinger Schlacht bewahrt hatte. Eine solche Überlieferung konnte sich jedoch nur im Umfeld des Wunnensteins gehalten haben, genauer gesagt in Beilstein, wo Wolf begrabene wurde und bis heute sein Grabmal steht. Die Teilnahme Wolfs an der Schlacht von Döffingen läßt sich daher nicht als Erfindung der Chronisten abtun. Dafür spricht nämlich auch, daß er zu jener Zeit in einem Dienstverhältnis mit Bischof Gerhard von Würzburg stand, der ebenfalls ein Kontingent für das Fürstenheer gestellt hatte, dessen Anführer möglicherweise der Gleißende Wolf gewesen ist.

Bekannt ist, daß die Fürsten nach ihrem Sieg von den Städten hohe Entschädigungssummen verlangten. Auch der Gleißende Wolf stellte nun Forderungen, die allerdings älteren Datums waren, da er sie mit einer Schädigung durch städtische

Söldner im Löwenkrieg 1381 begründete. 1395 wandte er sich mit einer Schadensersatzforderung an die Stadt Straßburg. Hierbei wurde er zwar von Markgraf Bernhard von Baden unterstützt, doch ist nicht bekannt, ob Wolf mit seiner Forderung Erfolg hatte. Hingegen fanden sich die Reichsstädte Wimpfen, Speyer, Worms und Weißenburg im Elsaß, an die er sich ebenfalls gewandt hatte, zu Zahlungen bereit.

Eine ähnliche Forderung an die Reichsstadt Frankfurt war 1398 Anlaß zu einer Fehdeerklärung an diese Stadt, wobei Wolf von einer Anzahl badischer Vasallen unterstützt wurde. Auch bei dieser Sache ist der Ausgang unbekannt. Hingegen wissen wir, daß eine ähnliche Fehde gegen Rothenburg 1398/99 mit einem Debakel endete, da Wolfs gleichnamiger Sohn in Gefangenschaft geriet und wohl nur aufgrund einer namenhaften Sühneleistung des Vaters wieder frei kam.

Der Gleißende Wolf hat seinen einzigen Sohn, der wenige Jahre nach seinem Rothenburger Mißgeschick starb, noch überlebt. Aus seiner ersten Ehe mit Margarete von Enzberg hatte der Gleißende Wolf noch eine Tochter, die mit einem Marx Riet verheiratet war, der wohl dem Haller Patriziat entstammt. Seine zweite Ehefrau Hedwig von Blau überlebte Wolf ebenfalls. Durch einen Streit mit seinen Erben ist bekannt, daß Wolfs Haushalt zuletzt von einer Kellnerin namens Sophia versorgt wurde, die dann einen Mosbacher Bürger heiratete.

Vergleicht man Wolf mit den übrigen Mitgliedern seiner Familie, so zeigt es sich, daß er in wesentlich größeren Verhältnissen wirkte. Auch hinsichtlich seiner Wirtschaftsweise hebt sich Wolf von anderen ab; anstelle der bei den meisten Standesgenossen üblichen Grundrentenwirtschaft ist bei ihm die Kapitalwirtschaft getreten. Das Anfangskapital hierfür dürfte er sich in seinem »dunklen Jahrzehnt« durch Fehden erworben haben. Zu den Kapitalanlagen gegen teilweise hohe Zinsen traten noch einträgliche Bestellungen, so daß Wolf ein beträchtliches Kapital ansammeln konnte und zuletzt allein bei Graf Eberhard III. von Württemberg 16 000 fl. angelegt hatte. Größere Güterkäufe sind bei Wolf nicht festzustellen. Am wichtigsten war wohl der Erwerb eines Teils der Ganerbenburg Maienfels über dem Brettachtal um 1390, an der auch der badische Amtmann Hans Conzmann von Staffort beteiligt war. Maienfels ist vermutlich der Alterssitz des Gleißenden Wolfs gewesen.

In den Umkreis der wirtschaftlichen Aktivitäten Wolfs gehören auch seine geistlichen Stiftungen, die er vor allem der Beilsteiner Pfarrkirche zugewandt hat, wo er 1394 und 1396 zwei Meßpfründen stiftete. Der Grund für diese reichen Stiftungen war, daß die Beilsteiner Kirche seit mindestens zwei Generationen Familiengrablege der Wunnensteiner war, weshalb sie von Wolf durch einen Kapellenanbau für sein eigenes Begräbnis erweitert wurde. Durch namhafte Zustiftungen sorgte er für eine reiche Ausgestaltung seines gottesdienstlichen Gedächtnisses.

Der Gleißende Wolf starb am 9. November 1413. Sein Grabmal ist heute noch – jedoch stark zerstört – erhalten, desgleichen das seiner ersten Frau. Seine reiche Hinterlassenschaft zerfiel in mehrere Teile; von den vorhandenen Kapitalien profitierte eigentlich nur noch die auf ihn folgende Generation. Länger blieben seine kirchlichen Stiftungen bestehen, die jedoch in der Reformation aufgehoben wurden.

Vor dem Hintergrund der Geschichte einer eher bescheidenen niederadligen Familie des späten Mittelalters zeigt sich also im Gleißenden Wolf das Bild eines Mannes, der sich deutlich sowohl von seiner Familie, wie von seinen Standesge-



*Zwei der Wunnenstein-Grabmäler in der Magdalenenkirche in Beilstein.
 Rechts Grabmal des Gleißenden Wolfs († 1413), links Grabmal
 des Johann von Wunnenstein gen. Langer Hans und seiner Ehefrau
 Liukart Marschall von Hollenbach († nach 1335).*

nossen abhebt. Anders als alle anderen Wunnensteiner hat nämlich der Gleißende Wolf als Feind, Diener und Gläubiger von Fürsten, Herren und Städten in einem weiter gesteckten Rahmen gewirkt und es dabei aus bescheidenen Anfängen zu Vermögen und Ansehen gebracht. Es war ihm freilich nicht vergönnt, seinem Erfolg auch Stetigkeit zu verleihen, da er ohne einen leiblichen Erben starb und die Familie wieder in die alte, relative Bedeutungslosigkeit zurückfiel und zwei Generationen später im Mannestamm ausstarb.

Was blieb, ist Wolfs Nachruhm, der freilich bald ins Sagenhafte übergang. Im 16.

Jahrhundert muß man noch von seiner Teilnahme an der Döffinger Schlacht gewußt haben, im 19. Jahrhundert wird eine Sage über seine Frau erzählt, die eine verstoßene reiche Erbin gewesen sein soll. Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts geht in Beilstein die Sage, daß Wolf die Toten auf dem Friedhof beunruhige.

Doch nur den Balladen Ludwig Uhlands, die ja im gesamten deutschen Sprachbereich gelesen wurden, konnte es gelingen, den Edelknecht des 14. Jahrhunderts nach 400 Jahren wieder zu neuem Leben zu erwecken. Es handelt sich hierbei um Uhlands 1815 entstandenen Balladenzyklus um Graf Eberhard II. von Württemberg genannt der Rauschebart oder Greiner (1344-1392), der folgende Gedichte enthält:

1. Der Überfall im Wildbad (1367)
2. Die drei Könige zu Heimsen (1395)
3. Die Schlacht bei Reutlingen (1377)
4. Die Döffinger Schlacht (1388).

Unhistorisch ist an dieser Zusammenstellung die Eingliederung der Geschichte von den drei Königen zu Heimsheim, eines Ereignisses des Kriegs, den Graf Eberhard III. gegen den Ritterbund der Schlegler führte, dem der Gleißende Wolf nie angehört hat. Dieser »Fehler« war Uhland wohl bewußt, da seine Dichtungen auf der Kenntnis der württembergischen Geschichtsschreiber des ausgehenden 18. Jahrhunderts, wie Ludwig Timotheus Spittler und Christian Friedrich Sattler, beruhten. In dichterischer Freiheit folgte Uhland hier jedoch dem Chronisten Johannes Trithemius aus dem 16. Jahrhundert, auf den die Verknüpfung des Überfalls im Wildbad mit dem Schleglerkrieg zurückgeht.

Der Gleißende Wolf spielt in zweien dieser Balladen eine Rolle, nämlich in der vom Überfall im Wildbad und in jener von der Döffinger Schlacht. Die erste Ballade beschreibt, wie Graf Eberhard im Bad die Nachricht erhält, daß der Ebersteiner heranzieht. Gleich darauf trifft eine weitere Botschaft ein:

*Da kommt ein armer Hirte in atemlosem Lauf:
»Herr Graf! es zieht 'ne Rotte das untre Tal herauf.
Der Hauptmann führt drei Beile, sein Rüstzeug glänzt und gleißt,
Daß mir's wie Wetterleuchten noch in den Augen beißt.«*

*»Das ist der Wunnensteiner, der gleißend' Wolf genannt –
Gib mir den Mantel, Knabe! –, der Glanz ist mir bekannt,
Er bringt mir wenig Wonne, die Beile hauen gut –
Bind mir das Schwert zur Seite! –, der Wolf, der lechzt nach Blut.«*

Dank des treuen Hirten, der den Grafen über verborgene Pfade führt und ihn zuletzt noch auf dem Rücken trägt, kann Graf Eberhard seinen Verfolgern entkommen.

In der Ballade über die Döffinger Schlacht wird erzählt, wie Graf Eberhard zunächst das Hilfsangebot des Gleißenden Wolfs ablehnt.

Gleich im ersten Treffen fällt Eberhards Sohn Ulrich. Die Bestürzung seiner Mannschaft über den Tod des jungen Grafen vermag Eberhard durch den listigen Hinweis auf die angeblich fliehenden Feinde zu beheben. In diesem Augenblick naht aber auch Hilfe:

*Was gleißt und glänzt da droben und zuckt wie Wetterschein?
Das ist mit seinen Reitern der Wolf von Wunnenstein.
Er wirft sich auf die Städter, er sprengt sich weite Bucht,
Da ist der Sieg entschieden, der Feind in wilder Flucht.*

Am Schluß des Gedichts steht die anekdotische Szene, wie Graf Eberhard den Gleißenden Wolf einlädt, mit nach Stuttgart zu kommen, wie sich dieser aber nach einem Stück gemeinsamen Weges verabschiedet und auf dem Heimweg die Zuffenhauser Viehherde beraubt, was ihm der Graf aber nicht übelnimmt.

In beiden Balladen werden Momente der äußersten Gefährdung und der wunderbaren Errettung der württembergischen Dynastie thematisiert, wobei sich der Gleißende Wolf vom negativen zum positiven Helden wandelt, da er im Wildbad auf der Seite der Gegner des württembergischen Grafen, bei Döffingen aber als derjenige erscheint, der die Wende zugunsten des Württembergers bewirkt.

Besondere Bedeutung hatte diese Geschichtsbetrachtung in der damaligen Zeit auf dem Hintergrund der napoleonischen Umwälzungen, die dem württembergischen Regentenhaus einen bedeutenden Aufstieg, anderen, gleichrangigen Geschlechtern aber die Entmachtung gebracht hatten. Die Uhlandschen Balladen, die ursprünglich im Kampf um das »alte, gute Recht« gegen den absolutistischen König Friedrich I. entstanden waren, gaben alsbald das Geschichtsbild des württembergischen Königreichs ab, das demnach in seiner Dynastie schon im Mittelalter angelegt war, und die offensichtlich auserwählt schien, durch allerhand Bewahrungen und Bewahrungen schließlich auf den Königsthron zu gelangen. An zwei entscheidenden Momenten dieser Geschichte spielte der Gleißende Wolf eine Rolle, der somit – auch dank der romantischen Begeisterung für die alte Ritterzeit – zu Berühmtheit gelangte. Die Bedeutung des von Uhland gestalteten Geschichtsbildes läßt sich daran ermessen, daß die von ihm geschilderten Szenen die Themen für die ab 1837 entstandenen großen Fresken im Stuttgarter Neuen Schloß abgaben. Leider wurden diese seinerzeit sehr gerühmten Bilder ein Opfer des Zweiten Weltkriegs, doch sind heute noch druckgraphische Wiedergaben dieser Fresken bekannt.

Ebenfalls ausgehend von den Balladen Uhlands entstand auf dem Wunnenstein, wo die Stammburg der Familie Wolfs gestanden hatte, und man auch – wengleich fälschlich – seinen eigenen Wohnsitz vermutete, so etwas wie ein vaterländischer Gedenkort. Der Berg hatte zu Anfang des 19. Jahrhunderts an geschichtlichen Erinnerungen kaum etwas aufzuweisen, außer dem Stumpf eines Kirchturms. Von der Burg waren nur noch Spuren von Mauern und ein verschütteter Brunnen zu erkennen. Doch genügten diese wenigen Requisiten zusammen mit der stets gerühmten Rundsicht, um hier – ganz im Stil von Biedermaier und Romantik – eine Stätte entstehen zu lassen, an der Natur und Geschichte zugleich erfahren werden konnten.

Der Winzerhäuser Pfarrer Friedrich August Scholl ließ 1819 eine historisch-topographische Beschreibung des Wunnensteins erscheinen, sein Nachfolger Scharfstein machte 1829 die Turmruine durch ein Gerüst besteigbar. Angeregt war diese Maßnahme wohl durch einen Besuch König Wilhelms I. auf dem Wunnenstein im Jahre 1825. Ein weiterer Geistlicher, der Beilsteiner Präzeptor und Diakon Hermann Zeller, gab 1840 die Anregung, das inzwischen schadhaft gewordene Gerüst durch einen dauerhafteren Bau zu ersetzen. Die Mittel dazu wurden

durch eine Sammlung aufgebracht, wobei sich auch das königliche Haus mit namhaften Spenden beteiligte. Die Einweihung konnte 1841, wenige Wochen vor der Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums König Wilhelms I., begangen werden. Die Feier selbst und die zu dieser Gelegenheit verfaßten Festgedichte zeigen, daß auf dem Wunnenstein die schöne Natur und eine vielhundertjährige Geschichte auf einzigartige Weise als Gemeinschaftserlebnis erfahren werden konnten. Zugleich war hier der Raum, württembergischen Patriotismus und Treue zum angestammten Königshaus zu beweisen.

Aus dem Rahmen der überlieferten Festgedichte fällt der »Festgruß« von Wilhelm Zimmermann, einem Freund und Kollegen Hermann Zellers. Zimmermann, der im selben Jahr als Verfasser einer auch heute noch aufgelegten Geschichte des Bauernkriegs aufgetreten ist, stimmt nicht in den Ton der romantischen Geschichtsbetrachtung ein. Schon eingangs heißt es bei ihm:

*O wendet, wendet nicht die Blicke
Mit Sehnsucht in die alte Nacht!
O seht, o sehet nicht zurücke,
Da vorwärts schöner Tag Euch lacht.
Woll'n wir aus Schutt und aus Ruinen
Verließ und Thürme hier erneu'n?
O nein, o nein! wir sind erschienen,
Des Geist's uns, der sie brach, zu freu'n.*

Er weist dann – mit Blick auf den Gleißenden Wolf sicher nicht ohne Berechtigung – auf das mittelalterliche Raubritterunwesen hin, unter dem Bürger und Bauer gleichermaßen zu leiden hatten, bis endlich dieses Übel ausgerottet wurde:

*Da bricht die schuldvollen Gebäude
Ein Sturm, der aus dem Volk erbraust,
Er feget von der Höh und Haide
Das Unkraut weg, das Recht der Faust.*

Ohne Zweifel meint Zimmermann damit den Bauernkrieg, mit dessen Geschichte der Wunnenstein als Sammlungsort der württembergischen Bauern besonders verbunden ist. Im Gegensatz zu den übrigen Festdichtern, die sich in eine große Vergangenheit versenken, richtet Zimmermann den Blick auf Gegenwart und Zukunft:

*Und wenn der Wind durch die Ruinen
Das Siegeslied des Geistes singt;
So ziemt sich wohl, daß hier auf ihnen
Ein Lebehoch von uns auch klingt.
Der Freiheit, die wir uns erziehen,
Dem Lichte, das wir uns erstrebt,
Den Blumen, welche jetzt uns blühen,
Der Schönheit, welche mit uns lebt.*

Anstelle des 1831 nochmals aufgelegten Büchleins von Scholl erschien 1841 von dem Gemrnigheimer Pfarrer Eduard Keller ein »Wegweiser zum Wunnenstein«,

der Topographie, Geschichte und Sage des Wunnensteins darstellte. In dieser Arbeit wurde das schon längst Bekannte ausgebreitet und vor allem das von Uhland gebotene Geschichtsbild wiedergegeben. Als Beitrag zur historischen Erforschung des Wunnensteins und der Wunnensteiner kann der »Wegweiser« nicht verstanden werden, eher schon der 1851 erschienene Aufsatz von Karl Klunzinger über den Gleißenden Wolf, in dem erstmals neue Quellen ausgewertet worden sind. Klunzingers Arbeit blieb ein Einzelfall. Der Grund dafür sind die eingängigen Balladen Uhlands, die geradezu die historische Erforschung des Wunnensteins und der Familie, die sich nach ihm nannte, behindert haben, solange die Popularität der Dichtungen Uhlands andauerte.

Die Wunnenstein-Begeisterung, die mit der Revolution von 1848/49 – wie es Wilhelm Zimmermann vorausgesehen hatte – durch Gegenwartsprobleme verdrängt worden war, wurde etliche Jahrzehnte später erneut angefacht. Urheber war diesmal der auch als Erforscher der schwäbischen Dialektdichtung bekannte Winzerhäuser Lehrer August Holder. Er ließ 1880 ebenfalls ein Wunnenstein-Büchlein erscheinen, das ganz seinen Vorgängern gleicht und mehrfach aufgelegt wurde. Im Blick auf das bevorstehende 500jährige Jubiläum der Schlacht von Döfingen verfaßte Holder dann 1885 einen in der Beilage des Staatsanzeigers veröffentlichten Artikel, in dem er einen Ausbau der Wunnenstein-Warte forderte.

Holder's Anregung fiel auf fruchtbaren Boden; es sammelte sich ein Komitee unter Leitung des Großbottwarer Kameralverwalters Heinrich Bilfinger, das nun wieder um Beiträge für den Ausbau des Turmstumpfes zu einem richtigen Aussichtsturm warb. Diese Bemühungen waren von Erfolg gekrönt, das Vorhaben erhielt durch die Feier des 100. Geburtstags Uhlands 1887 eine besondere Publizität, so daß Spenden aus allen Kreisen der Bevölkerung, vornean vom königlichen Haus, eingingen.

Der stattliche Turm, der mit den ersammelten Geldern auf der Ruine des Turms der Michaelskirche errichtet wurde, konnte am 15. September 1888 mit allerhand Ehrengästen und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung eingeweiht werden. Der Festrede des Landtagsabgeordneten Stockmayer ist allerdings zu entnehmen, daß nunmehr die auf dem Wunnenstein zu erlebende Natur und ihre Erholungsfunktion für den arbeitenden Menschen im Vordergrund stand, während die Geschichte des Gleißenden Wolfs und die sich um den Wunnenstein rankenden Geschichten und Sagen als alte, wenn auch schöne Fabeln abgetan wurden. Der Wunnenstein wurde nun ein beliebtes Ausflugsziel, vollends als 1894 die Bottwartalbahn eröffnet worden war. Noch heute ist es die schöne Rundschau, die jedes Jahr viele Menschen auf den Wunnenstein lockt, wemgleich auch die auf der Kuppe des Berges wachsenden Bäume den 1937 aufgestockten Turmes schon wieder eingeholt haben.

Adel in Bietigheim

von Leopold Stierle

Wer immer sich in der Vergangenheit mit der älteren Geschichte von Bietigheim befaßt hat, hat auch Personen erwähnt, die sich nach Bietigheim genannt haben. Diese Personen wurden als sicht- und greifbarer Beweis dafür angesehen, daß in Bietigheim einst, so wie in vielen anderen Orten auch, ein heimisches Adelsgeschlecht gelebt hat. Die Geschichtsschreiber haben sich damit begnügt, die wenigen Nennungen solcher Personen aufzuzählen. Ein Versuch, die Geschichte dieser »adeligen Herren von Bietigheim« näher zu untersuchen, ihrem Ursprung und ihren späteren Schicksalen nachzuspüren, wurde nicht unternommen.¹

In späteren Veröffentlichungen hat sich die Zahl der Nennungen solcher Personen erheblich vermehrt, da die in der Zwischenzeit veröffentlichten Regesten- und Urkundenpublikationen den Zugang zu den frühen Quellen besser erschlossen haben.

Parallel damit verbunden war der Wunsch einiger Heimatforscher, der eigenen Heimat ein höheres Ansehen zu verschaffen, so daß die kritische Beurteilung der Quellen nur zu gerne übergangen wurde. Gleiche oder ähnlich klingende Ortsnamen wurden auf den eigenen Heimatort bezogen, obwohl eine nähere Untersuchung gezeigt hätte, daß ein anderer Ort gemeint war. Als Brennpunkt für eine Verwechslung des Ortsnamens Bietigheim (Württ.) kommt in unserer näheren Umgebung Bietigheim (Baden) bei Rastatt in Frage, und auch Bödighheim an der Seckach südlich von Buchen wurde in früherer Zeit, so wie auch die beiden Orte Bietigheim als Budinheim, Butenkeim, Butenheim und ähnlich geschrieben.

Ein Zusammenhang der uns interessierenden Nennungen mit den im entfernten Oberschwaben und in der Schweiz liegenden beiden Orten Bietingen und Büttikon-Buttikon, wie gelegentlich schon in Erwägung gezogen wurde, scheidet aus. Diese Orte brauchen nachfolgend daher nicht mehr erwähnt zu werden.

Eine eingehende Untersuchung der Frage, welche Bewandnis es mit dem Adel in Bietigheim in Wirklichkeit auf sich hat, erscheint daher nicht unangebracht, auch wenn das eine oder andere lieb gewonnene Bild abgelegt werden muß.

»Auf gutes Glück hin aus allen möglichen, die verschiedenartigsten Landstriche betreffenden, zuverlässigen und unzuverlässigen Urkundenwerken seine Beispiele für eine im voraus fertige Lehre zu sammeln, gilt mit Recht nicht mehr als wissenschaftlich.« So hat sich Roth von Schreckenstein schon vor über 100 Jahren geäußert.² Selbst die Liebe zur eigenen Heimat darf den Blick für die geschichtlich fundierten und belegten Tatsachen nicht trüben.

Die frühesten Nennungen

Die frühesten Nennungen von Personen »von Bietigheim« finden sich im Codex Hirsaugiensis.³ Dieser Codex enthält die Schenkungen, die vorwiegend Ende des 11. und im 12. Jahrhundert von Grundbesitzern und Adelspersonen aus dem

ganzen süddeutschen Raum an das Kloster Hirsau gemacht worden sind. Während des Investiturstreits war das Kloster Hirsau eines der Zentren, die auf Seiten der päpstlichen Partei standen. Eben diesem Kreis der päpstlichen Partei müssen die Schenker daher auch zugerechnet werden. Örtlich kann dieser Kreis nicht in einem geschlossenen und begrenzten Gebiet angesiedelt gewesen sein. Die Grenze zwischen königstreuen Anhängern und päpstlicher Partei ist quer durch das Land gelaufen, selbst Glieder ein und derselben Familie finden sich des öfteren auf beiden Seiten der streitenden Parteien.

Im Hirsauer Codex werden folgende Herren von Bietigheim als Schenker oder Zeugen aufgeführt, oder es werden Schenkungen genannt, die von anderen Personen in Bietigheim an das Kloster gemacht worden sind. So haben um 1110 (Bl. 28 b, S. 27) ein Henricus de Ruggsingen (Riexingen) unter anderem auch in Bietigheim 2 Hufen geschenkt, und ein Rugerus de Butikeim und seine Frau Himmeltrut eine halbe Hufe. Der Schwager (cognatus) des Ruger von Bietigheim, auch Ruggerus mit Namen und dessen Frau Gertrud haben in Helmsheim (Helmsheim südlich von Bruchsal) eine Hufe geschenkt, und deren Sohn Rugerus eine Hufe in Weingarten bei Bruchsal. Roemer (S. 31) zählt den genannten Schwager zu den Herren von Bietigheim und hebt hervor, daß dieser auswärtige Besitz als Beweis ihrer hochadeligen Herkunft zu werten sei. Diesen Darlegungen kann jedoch wahrscheinlich nicht gefolgt werden.

Um 1090 (Bl. 39 a, S. 35) hat ein Bertholdus de Butikeim dem Kloster einen Weinberg in Haslach und eine dazugehörige Pfründe geschenkt, und um 1100 (Bl. 42 a, S. 37) wird ein Henricus de Bietikeim als Schenker einer Hufe in Stammheim (Stammheim) genannt.

Haslach wurde bisher allgemein als Hohenhaslach (zwischen Sachsenheim und Ochsenbach) gedeutet. Erst in jüngster Zeit hat aber M. Müller überzeugend glaubhaft gemacht, daß diese Örtlichkeit innerhalb der Grenzen der heutigen Gemarkung Bietigheim gesucht werden muß.⁴

Andere Schenkungen der Herren von Bietigheim werden im Hirsauer Codex nicht erwähnt. Dafür aber treten sie noch einige Male als Zeugen bei Schenkungen anderer Herren auf.

Um 1110 (Bl. 32 a, S. 30) hat Graf Reginboto von Malsch die Kirche Stupferich bei Karlsruhe und 20 Hufen zum Gedächtnis seines verstorbenen Bruders Rupert und der ganzen Verwandtschaft geschenkt. Unter den 14 namentlich aufgeführten Zeugen, die alle in der Umgebung von Malsch beheimatet waren, wird auch ein Berthold de Butekein erwähnt. Dieser Berthold muß aber trotz seines Namens wahrscheinlich dem Geschlecht, das in Bietigheim (Baden) beheimatet war, zugerechnet werden.

Unter Abt Bruno (1105-1120) hat Wilhelm von Hessigheim (Bl. 40 a, S. 36) eine umfangreiche Schenkung in Hessigheim an das Kloster gemacht. Zur Bekräftigung dieser Schenkung hat sich Wilhelm nach Ingersheim begeben, einen Ort, der für solche Geschäftsabwicklungen vorgesehen war (*in locum secularibus placitis constitutum*), und hat dort in Anwesenheit des Abts und des Vogts Graf Adalbert und 17 anderer Zeugen aus der Umgebung von Hessigheim die Schenkung bestätigt. Unter diesen Zeugen werden auch Rutger und Bertholdus de Bietikeim genannt.

Unter Abt Volmar (1120-1156) wird von einer Schenkung berichtet, die auch eine verwandtschaftliche Beziehung eines Herren von Bietigheim zum Schenker

erwähnt. Hildebrand von Bulberdingen (Pulverdingen bei Markgröningen) hat in dieser Zeit all sein Gut in Bietigheim geschenkt (Bl. 48 a, S. 42). Dagegen hat sein Schwager (cognatus) Rugerus de Bietikeim Einspruch erhoben und behauptet, daß er zuvor als Erbe dieser Güter eingesetzt worden sei. Nur durch Abtretung der Hälfte der Güter konnte der Abt den Streit beilegen. Eine ungerechte Lösung (*iniuste*), fügt der Abt resignierend hinzu.

Unter Abt Rupertus (1165-1176) haben Gerungus de Hohenrieth (Heinriet bei Löwenstein) und die Söhne seiner Schwester, Trutwinus und Megingoz de Bellenheim ein Gut zu Stetten an das Kloster übergeben. Vor 18 Zeugen aus der näheren Umgebung hat Trutwinus in Geisingen seinen Erbteil übertragen. Als erste Zeugen werden hierbei Ruger de Bietikeim und sein Bruder BIRTHILO genannt.

Und schließlich hat das Kloster von Rudolf von Heinrieth eine Hufe und einen Weinberg gekauft (Bl. 49 b, S. 43). Als Zeugen dieses Kaufes werden der Vogt Graf Adalbert von Calw, Rugerus de Bietikeim und Diethericus de Gilstein namentlich genannt.

Zuletzt wird unter Abt Mangold (1156-1165) ein Streit geschlichtet, wobei auch ein Rugerus de Bietikeim und 10 weitere Zeugen der Umgebung anwesend waren (Bl. 50 a, S. 43).

Diese neun Nennungen von Personen »von Bietigheim« verteilen sich auf einen Zeitraum von etwa 60 Jahren. Drei Nennungen berichten über Schenkungen dieser Personen selbst, in den anderen Fällen werden sie nur als Zeugen bei Schenkungen genannt.

Sechsmal wird ein Rugerus de Bietikeim genannt, zweimal ein Bertholdus, und einmal ein Heinricus. Auch ein Bruder des Rugerus, BIRTHILO, wird einmal erwähnt.

Vorbehaltslos wurden und werden diese Nennungen alle auf Bietigheim (Württ.) bezogen. Eine Überprüfung der Texte läßt zumindest Zweifel an dieser pauschalen Auffassung aufkommen.

Der Hirsauer Codex nennt die Schenker nur mit ihrem Namen und ihrem Wohnsitz. Nur die Grafen werden auch mit ihrer standesmäßigen Bezeichnung bedacht. Hier helfen uns einige Urkunden aus der gleichen Zeit weiter.

Mitten in den Vorbereitungen des Kreuzzuges hat Bischof Gunther von Speyer für das Kloster Maulbronn 1147 die Kirche in Löchgau vom Edelfreien (*homo liber*) Beringerus von Löchgau (Luehenkeim) gekauft.⁵ Als Zeugen dieses Kaufs erscheinen an erster Stelle gleich hinter Graf Egen von Vaihingen ein Rugerus und ein Belreinus. Weitere acht Zeugen werden genannt, alle aus der Umgebung von Löchgau. Alle diese Zeugen haben dem Stand der Edelfreien (*hii omnes liberi*) angehört, so u. a. ein Albertus de Ingersheim und ein Albertus de Borueltingin (Pulverdingen).

Ein Jahr später verpflanzt der Bischof die Klosterstiftung des Walther von Lomersheim von Eckenweiher nach Maulbronn.⁶ Als Zeugen werden u. a. erwähnt die Edelfreien (*liberi*) Ruggerus de Butencheim, Belreimus de Creinhegge, und auch wieder Adelbertus de Ingersheim. Nach einem erläuterndem Zusatz im WUB IV, S. 482 hat es sich bei den Zeugen Rugerus und Belreinus von 1147 ohne Zweifel um Ruggerus de Butencheim und Belreimus de Krähenegg gehandelt, die in der Urkunde von 1148 genannt werden.

In der Urkunde von 1148 werden auch die Güter und Zehntrechte aufgeführt, die an das Kloster Maulbronn abgetreten wurden und zwar von den als Zeugen ge-

nannten Edelfreien, die erbrechtliche Ansprüche an diese Güter hatten (*praefatarum decimarum coheredes*). Der Grundbesitzer Rugerus de Bietigheim hat demnach zum Stand der Edelfreien gezählt. Zu diesem Stand können, ja müssen wir auch die wenigen anderen Personen rechnen, die in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts »von Bietigheim« genannt werden.

Nur wenige Male werden diese edelfreien Grundbesitzer »von Bietigheim« genannt. Dann verschwinden sie wieder aus der Geschichte, ohne Spuren zu hinterlassen. Andere und gleichzeitig mit ihnen genannte Herren wie etwa die Herren von Roßwag, von Heinrieth, von Krähenegg oder von Ingersheim können in der urkundlichen Überlieferung der Gegend noch Jahrhunderte später nachgewiesen werden. Diese Tatsache läßt daher nur zwei mögliche Erklärungen zu. Die erwähnten Gutsbesitzer von Bietigheim waren entweder die letzten Vertreter eines einheimischen Geschlechts, oder aber sie gehörten einem anderen Geschlecht an und waren nur eine kurze Zeitspanne in Bietigheim sesshaft. Diese letzte Möglichkeit wurde auch schon von anderen Heimatforschern in Erwägung gezogen. Klemm deutet eine Beziehung zu den Herren von Besigheim-Schaubeck wohl an, verfolgt diese Frage aber nicht weiter.⁷ Auch Roemer (S. 36) ist von der Urverwandtschaft dieser Geschlechter überzeugt.

Nach dem Hirsauer Codex hatte Rugerus de Bietigheim einen Bruder BIRTHILO, ein verhältnismäßig seltener Name, der zur gleichen Zeit aber auch bei den Herren von Schwaigern, von Bernhausen u. von Brötzingen gebräuchlich war. Ein früher Rugerus von Bietigheim hatte zur Frau eine Himeldrüt, und eine Schwester Gertrud, die mit einem in der Gegend um Bruchsal begüterten Ruggerus verheiratet war. Einer dieser beiden Rugerus von Bietigheim war mit einer Schwester des Hildebrand von Pulverdingen verheiratet. Weitere verwandtschaftliche Beziehungen sind nicht angegeben.

Auch beim Adel herrschte im 12. Jahrhundert immer noch die Einnamigkeit. Die Personen werden in den Quellen nur mit ihrem Vornamen und ihrem üblichen Wohnsitz genannt. Erst gegen Ende des Jahrhunderts hatte sich zumeist aus diesen Wohnsitznamen ein fester und dauernder Geschlechtsname herausgebildet.

Rechtsgeschäfte wie Käufe, Schenkungen und Tausch wurden durch Hinzuziehung von Zeugen abgeschlossen, deren Zahl je nach der Bedeutung der Rechtshandlung kleiner oder größer war. Die Zeugen wurden aus dem Kreis der Verwandtschaft ausgewählt, die an der Rechtshandlung und deren Auswirkungen ein persönliches Interesse hatten. Hinzu kamen noch Gutsnachbarn, deren Interessen durch die Rechtshandlung ebenfalls berührt wurden. Üblicherweise wurden solche Zeugen nach ihrem Wohnsitz genannt, der der Rechtshandlung am nächsten lag. Und weil ein Zeuge gewöhnlich an mehreren Orten begütert sein konnte, finden wir ihn zuweilen nach den verschiedenen Wohnsitzen genannt, ein Umstand, der eine genealogische Einordnung dieser Personen in einen ganz bestimmten Familienverband erheblich erschwert.

Auch in späterer Zeit, als sich die Geschlechtsnamen bereits allgemein eingebürgert hatten, nannten sich Personen eines Geschlechts nicht selten nach einem Wohnsitz, an dem sie durch Geburt, Erbschaft, Kauf oder Einheirat zu Besitz gekommen waren. In den Urkunden heißt es dann z. B.: Bernold von Urbach gesessen zu Mundelsheim, oder Siegfried von Venningen gesessen zu Bietigheim, in gekürzter Form ganz schlicht und einfach: Bernold (gen.) von Mundelsheim, oder Siegfried (gen.) von Bietigheim. An Hand eines erhaltenen Siegels oder auf Grund

weiterer Urkunden und besitzgeschichtlicher Überlegungen können solche Personen dann mit ausreichender Sicherheit in den genealogischen Zusammenhang eines Geschlechts eingeordnet werden, dem sie in Wirklichkeit angehören. Von entscheidender Bedeutung stellt sich diese Frage bei den Verhältnissen in Bietigheim, wie nachfolgend ausführlich dargelegt wird.

Umfangreichen Streubesitz an weit auseinander liegenden Orten scheinen aber die uns interessierenden Geschlechter nicht besessen zu haben. Ihr Besitz gruppierte sich in der Regel um ihren üblichen Wohnsitz. Diese Feststellung stellt daher ein schlüssiges Kriterium bei der Lokalisierung einzelner Orte dar.

Auf Grund dieser Feststellungen und Überlegungen hat sich daher Bertholdus de Bietigheim, der Zeuge des Grafen Reginoto von Malsch, sehr wahrscheinlich nach dem Ort Bietigheim bei Rastatt genannt, trotz des auch bei den Herren von Bietigheim (Württ.) üblichen Names Berthold, und trotz einer möglichen Verwandtschaft mit diesem letzteren Geschlecht.

Wer waren nun diese »Herren von Bietigheim«, die über eine Zeitspanne von 60-70 Jahren genannt werden? Es fällt auf, daß sie 1147 und 1148 zusammen mit einem Zeugen Adalbertus aus dem benachbarten Ingersheim genannt werden. Noch später finden wir einen Zweig gerade der Herren von Ingersheim-Besigheim-Schaubeck in Bietigheim ansässig oder zumindest begütert. Naheliegend ist daher die Ansicht, daß die frühen Herren von Bietigheim ein Seitenzweig dieses Geschlechts waren, das im Nachbarort Bietigheim Besitz erworben, dort für einige Zeit sesshaft wurde und sich folgerichtig auch nach Bietigheim nannte.

Es kann offen bleiben, ob diese Herren von Ingersheim Nachkommen der einst mächtigen Grafen von Ingersheim waren. 1147 und 1148 haben wir sie als Zeugen des Bischofs von Speyer gesehen. 1153 aber hat König Friedrich I. Barbarossa die »Curtis Besigheim« mit allen ihren Zugehörden an Markgraf Hermann von Baden übertragen, und seither begegnen wir den Herren von Ingersheim im Dienste der Markgrafen als Zeugen, Vögte und Marschälle. Hier kann auf die Herren von Ingersheim-Besigheim-Schaubeck nicht näher eingegangen, nur ihre Beziehungen zu Bietigheim in späterer Zeit müssen kurz erwähnt werden. Der Sohn des Ritters Berthold von Schaubeck, Rugger von Schaubeck, der seit 1318 genannt wird, hatte 1337 ein Drittel des Kirchensatzes zu Bietigheim inne. Ungeklärt ist, wann und von wem er in diesen Besitz gekommen ist. Weiter ist ungeklärt, wann die Schaubeker ihren Anteil an die Grafen von Württemberg veräußert haben.

Ein weiteres Drittel des Kirchensatzes haben die Herren von Venningen besessen, die nachweislich in Bietigheim ansässig waren. Der Edelknecht Siegfried von Venningen hat dieses Drittel 1357 an Graf Eberhard von Württemberg verkauft.⁸ Die Grafen von Württemberg waren nun im Besitz des ganzen Kirchensatzes, den sie 1411 zusammen mit der Kirche in Bietigheim an das Spital zu Markgröningen verkauften.⁹ Seit 1336 waren sie im Besitz von Markgröningen.

Die Zeit nach dem Erlöschen der edelfreien Herren von Bietigheim

Nach dem Erlöschen der edelfreien Herren um das Jahr 1160 nennen die Quellen mehr als 100 Jahre lang keine Adelspersonen in Bietigheim mehr. Erst anlässlich von Verkäufen an die Klöster Lorch und Denkendorf 1279 und später hören wir wieder von solchen.

Der Kirchensatz von Bietigheim gehörte ursprünglich zum dortigen Fronhof, der als Eigen in den Händen der Grafen von Vaihingen war, nicht als Lehen, wie ausdrücklich hervorgehoben wird. Die Brüder Konrad und Heinrich von Vaihingen haben 1288 den Fronhof mit allen Zugehörden an das Kloster Denkendorf verkauft.¹⁰ Damit im Zusammenhang steht sicher auch der Verkauf eines Hauses in Esslingen durch das Kloster an den dortigen Schultheißen, der damit begründet wird, daß in Bietigheim ein Gut gekauft worden sei.¹¹

Den Verkauf des Fronhofes hat Bischof Friedrich von Speyer bestätigt, nicht etwa alsbald nach dem erfolgten Verkauf und in der Heimat, sondern erst 1295 in der Papststadt Viterbo unweit von Rom.¹² Der Grund hierfür ist unschwer zu erraten. Zur selben Zeit und sehr wahrscheinlich zusammen mit dem Bischof war auch der Rektor der Kirche von Bietigheim in Rom, vermutlich der erst am 21. 7. 1295 investierte Chorherr Wolpot von Denkendorf. Er hat Papst Bonifaz VIII. um Hilfe bei der Rückgewinnung der Güter, die der Kirche in Bietigheim unrechtmäßig entfremdet worden sind, gebeten.¹³ Mit dieser Aufgabe wurde der Dekan von St. Guido in Speyer vom Papst beauftragt.

Auch die Burg in Bietigheim war Lehen der Grafen von Vaihingen. 1279 hatte Konrad Koernlin gen. Schmidelfeld dieses Lehen inne. Jedenfalls hat er in diesem Jahre »alle seine Güter und Maierhöfe, so sie in dem Zehenden ze Buthenkain und Haßelach oder sonste hie und da liegen, soviel ihrer mir zugehören mit all ihrer Zugehör an Häusern, ... nur das Schloß in Butenkain und dem Fischteich mit denen zu gedachtem Schloß gehörenden Personen ausgenommen« an das Kloster Lorch übergeben. Und weiter fährt Koernlin fort: »... ich entschlossen bin gedachtes Schloß samt seiner Zugehör und dem See vor mich zu behalten« (Zitierung nach der deutschen Fassung der *Annales Suevici* von Martin Crusius). Dafür hat das Kloster ihm und seiner Frau ein Leibgeding und einen Jahrtag samt Begräbnis im Kloster zu gewähren.¹⁴

Es hat den Anschein, daß Koernlin bereits betagt war und keine direkten Nachkommen hatte, noch solche erwarten konnte. Nicht bekannt ist, wie lange er das Burglehen noch weiterhin besessen hat, und wen die Grafen von Vaihingen später als Burghüter eingesetzt haben. Um 1360 hatte Siegfried von Venningen $\frac{1}{4}$ an der Burg und $\frac{1}{6}$ am Zehnt zu Bietigheim inne. Das Lehen wurde ihm von Graf Eberhard dem Greiner von Württemberg bestätigt mit dem Vermerk, daß es von Vaihingen herrühre.¹⁵ Es muß offen bleiben, wer damals im Besitz der anderen Teile der Burg und des Zehnten war. Um 1386 wurde die Belehnung an Siegfried von Venningen, wahrscheinlich den Sohn (Mannfall), erneuert. Schließlich haben Pfaff Sifried sein Bruder Hugo von Venningen und dessen Frau Clara vom Stein das Lehen 1408 um 600 fl. an Graf Eberhardt III. von Württemberg verkauft.¹⁶

Nach dem Tode von Konrad Koernlin haben seine rechtmäßigen Erben, die Kinder seines Bruders, Heinrich von Bietigheim und dessen Schwester, die Schenkung ihres Onkels angefochten. Ein Schiedsgericht hat ihnen eine jährliche lebenslange Abfindung von 30 Maltern dreierlei Frucht Grüninger Maßes und 3 Eimer Neckarwein Esslinger Maßes zugesprochen, die ihnen in Bissingen überreicht werden mußten, wo Heinrich anscheinend gewohnt hat.¹⁷ Wahrscheinlich hatte auch Heinrich keine Nachkommen, denn später bezog Elisabeth von Roth, die Witwe Heinrichs des Marders von Talheim den Zins aus des Ritters Heinrich von Bietigheim Hof zu Bietigheim, den sie 1316 dem St. Klarakloster in Heilbronn zu einem Seelgerät übergab.¹⁸

Crusius nennt den Burghüter in Bietigheim in seinen Annales (1596) »*Cunradus Koernlin dictus de Smideluelt*«. Das WUB lehnt sich an diese Bezeichnung an und nennt ihn: Konrad Körnlin, genannt von Schmidelfeld. Die deutsche Fassung der Annales, die Schwäbische Chronik, die Johann Jakob Moser 1738 herausgegeben hat, nennt ihn Cunrad Kornlin gen. Smidevelt. Danach könnte Smidevelt nur als ein Übername, nicht aber als ein Geschlechtsname verstanden werden.

In der Urkunde des Abts von Lorch aus dem Jahre 1295 wird er: »*Cunradus pie memorie dictus Kornlin de Bernhusen*« genannt. Er war demnach ein Angehöriger des Rittergeschlechts von Bernhausen und 1295 bereits tot. Als Konrad Kornlin gen. Smidevelt findet er sich in keiner Urkunde mehr, wohl aber als Konrad von Bernhausen. Am 24. 3. 1295¹⁹ erscheint Konrad von Bernhausen (*Cunradus nobilis vir de Bernhusen*) noch als Zeuge für das Kloster Hirsau. Bald danach muß er gestorben sein, und erst dann hat sein Neffe die Schenkung an das Kloster Lorch angefochten. Als Söhne des verstorbenen Ritters Diepold von Bernhausen nennt Gabelkover zum Jahre 1287 die Brüder Konrad und Diepold, und Konrad noch 1294 als Zeugen. Die entsprechenden Urkunden, die weiteren Aufschluß geben könnten, sind anscheinend verloren. Fest steht danach aber, daß in der fraglichen Zeit des Konrad Koernlin ein Konrad von Bernhausen gelebt hat und beide identisch sein könnten.

Der Ritter Heinrich von Bietigheim war unzweifelhaft ein Angehöriger des Geschlechts des Konrad Koernlin, der zuerst als »*dictus de Smideluelt*«, und später als »*dictus de Bernhausen*« genannt wird. Es gibt heute noch keine Erklärung dafür, warum Konrad sich nach Schmidelfeld nannte. Auch die weitere Bezeichnung »*Koernlin*« findet sich nur bei ihm. Die Reichsdienstmannen von Schmiedelfeld (bei Sulzbach am Kocher) werden in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts sehr oft genannt. Konrad war auch bei ihnen ein beliebter Name.²⁰ Anhaltspunkte dafür, daß Konrad Koernlin ein Angehöriger dieses Geschlechts war, oder ob andere Beziehungen zwischen ihm und diesem Geschlecht bestanden haben, fehlen gänzlich. Überzeugender ist daher die Aussage in der Urkunde des Abts von Lorch von 1295, daß er ein Angehöriger des Geschlechts von Bernhausen war.

Die Herren von Bernhausen waren Ritter, auch Heinrich von Bietigheim wird als Ritter bezeichnet. Die etwa zur gleichen Zeit in Bietigheim ansässigen Herren von Venningen nannten sich meistens nur Edelknechte. Nachweislich waren die Ritter von Bernhausen auch in der Umgebung von Bietigheim begütert. Koernlin hatte die beiden Urkunden von 1279 und 1295 selbst besiegelt. Die Urkunde von 1279 ist verschollen und an der Urkunde von 1295 fehlt heute das Siegel.

Der Ritter Heinrich nannte sich demnach zwar von Bietigheim, weil er dort wahrscheinlich geboren wurde. In Wirklichkeit aber war er ein Angehöriger des Geschlechts von Bernhausen. 1304 wird er noch einmal genannt. In diesem Jahr schwören die Ritter Kraft von Rappach und sein Bruder der Gräfin Luitgard von Löwenstein, ihren Kindern und Helfern gegenüber, daß sie ganz und gar auf Er-satz des Schadens verzichten, den ihnen Graf Albrecht von Löwenstein selig zugefügt hatte. Dafür verbürgen sich acht namentlich aufgeführte Ritter (sie werden alle mit »*Her*« bezeichnet), denen wir sonst nur im Umkreis der Markgrafen von Baden begegnen. An erster Stelle werden die drei Brüder von Schaubeck genannt, Konrad der Marschall von Besigheim und seine beiden Brüder Berthold Scheublin und Albrecht Scheublin. Es folgen dann Diether von Helfenberg, Heinrich von Butenkein und Cunrat von Bunenkein (Bönnigheim).²¹ Auch die Ritter von

Bernhausen hatten an verschiedenen Orten Lehen der Markgrafen inne.

Zum besseren Verständnis der Vorkommnisse in Bietigheim in den 90er Jahren des 13. Jahrhunderts muß noch etwas näher auf die politischen Zustände dieser Zeit eingegangen werden.

Nach der Niederwerfung König Ottokars von Böhmen 1278 in der Schlacht bei Dürnkrut in Niederösterreich war Graf Eberhard I. von Württemberg der bedeutendste Gegenspieler König Rudolfs von Habsburg im Kampf um den Erwerb des erledigten Herzogtums Schwaben. Ihm zur Seite stellte sich auch Markgraf Rudolf I. von Baden, der dem Württemberger 1284 seine Tochter Irmgard zur Frau gab. Im selben Jahr begann der König, unterstützt von den Grafen von Vaihingen, den Kampf gegen Graf Eberhard. Die Reichsvogtei über das Kloster Denkendorf, die das Haus Württemberg von Anfang an, seit 1252 als Pfand besaß,²² wurde ihm entzogen und 1284 an den königstreuen Diepold von Bernhausen übergeben, der einige Jahre darauf gefallen ist.²³

Im Sommer 1291, nach dem Tod König Rudolfs, zog Graf Eberhard erneut gegen die königstreuen Grafen von Hohenberg und Vaihingen und verwüstete am 22. 8. 1291 den damals vaihingischen Ort Bietigheim. Es kann unterstellt werden, daß hierbei auch die Burg Bietigheim in Mitleidenschaft gezogen wurde. Noch im selben Jahr wurde er vom Kloster Denkendorf wieder als Vogt angenommen. Und eben in dieser Zeit kam es in Bietigheim zu dem bereits erwähnten folgenschweren Streit wegen des Kirchengutes, dessen Hintergründe sich nicht eindeutig aufhellen lassen. Bei diesen der Kirche entfremdeten Gütern hat es sich sicher nicht um ein einzelnes Grundstück gehandelt, sondern um den ganzen Kirchensatz. Die zur Rückgewinnung desselben unternommenen Schritte deuten in Richtung von höhergestellten Personen, die den Kirchensatz entfremdet haben.

1337 befand sich dieser je zu einem Drittel in Händen Graf Ulrichs von Württemberg, der Herren von Schaubeck und der Herren von Venningen. Ungeklärt ist, ob an der Entfremdung nur die Grafen von Württemberg beteiligt waren oder aber auch die beiden anderen Geschlechter. Das Einschreiten des Papstes kann nicht, wie Bentele meint (S. 140/141), der Zurückgewinnung der Güter des Klosters Lorch gegolten haben, auf die trotz der am 12. 4. 1295 erfolgten schiedsrichterlichen Vereinbarung Heinrich von Bietigheim weiterhin Ansprüche erhoben, ja diese sogar widerrechtlich weggenommen haben soll. Die Papstbulle nennt keine Namen.

Wurde Graf Eberhard unter anderem auch wegen der Veruntreuung von Kirchengut 1284 als Vogt des Klosters Denkendorf abgesetzt (der Kirchensatz von Bietigheim kam erst 1288 endgültig durch Kauf an dieses Kloster), oder war die Entfremdung des Kirchensatzes erst die Folge der Absetzung?

Muß auch der Überfall Graf Eberhards auf Bietigheim im Sommer 1291 im Zusammenhang mit der Wegnahme des Kirchensatzes gesehen werden?

Andere Adelspersonen, die in Bietigheim ihren Wohnsitz hatten

Vom Burghüter Konrad Koernlin und seinem Neffen Heinrich von Bietigheim war bereits die Rede.

Bentele (S. 141) erwähnt Ritter de Budekein, die 1302 als Zeugen des Ritters Friedrich von Gomaringen und seines gleichnamigen Sohns beim Verkauf von Gü-

tern in Ingersheim an den Vogt von Markgröningen genannt sein sollen. Die fragliche Urkunde nennt aber weder einen noch viel weniger mehrere Ritter von Bietigheim als Zeugen. Als solche werden nur der Ritter Cuntz von Bunekein (Bönnigheim) genannt, sowie fünf weitere Personen, darunter der Schultheiß Cuntz von Markgröningen.²⁴ Dem Ritter Cuntz von Bunekein sind wir oben schon begegnet.

Siegfried von Venningen hatte, wie bereits dargelegt, 1337 den dritten Teil des Bietigheimer Kirchensatzes inne, den er 20 Jahre später um 60 fl an Graf Eberhard II. von Württemberg verkaufte.²⁵ Die Edelknechte von Venningen (bei Edenkoben in der Pfalz) haben sich schon sehr früh in der Gegend um Sinsheim niedergelassen. Dort besaßen sie das Reichslehen Neidenstein. In Zuzenhausen hatten sie Lehen des Bistums Speyer und der Pfalzgrafen. Von den Grafen von Württemberg hatten sie zu Lehen einen Teil der Vogtei in Speechbach und das Dorf Altspach. Über viele Jahre hinweg finden wir sie im Dienste dieser und anderer Lehenherren. Von den hohen Kirchenämtern, die sie in unserer näheren Umgebung bekleideten, seien nur einige erwähnt. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts war ein Siegfried von Venningen Bischof von Speyer. Ein anderer Siegfried war Ende des 14. Jahrhunderts Deutschordensmeister. Jobst von Venningen wird in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts als Deutschordenskomtur zu Heilbronn und Horneck genannt und später auch als Meister in Mergentheim. Seit 1288 können wir sie auch als Zeugen in Urkunden aus der näheren Umgebung von Bietigheim feststellen, vorwiegend in der Umgebung der Markgrafen von Baden. Ein Zweig des Geschlechts, bei dem der Name Siegfried beliebt war, hat sich in Bietigheim niedergelassen und stand wahrscheinlich zunächst im Dienste der Grafen von Vaihingen und später der Grafen von Württemberg.

Ihre Lehen in Bietigheim wurden bereits erwähnt. Beim Verkauf der Lehen 1408 ist die Rede von einem Viertel an Bietigheim. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß der Anteil an der Burg auch denselben Anteil an der Stadt Bietigheim umfaßte. Spätere Urkunden nennen ausdrücklich ein Viertel an Bietigheim, das einst die Herren von Vennigen innehatten, nun aber an die Herren von Sachsenheim verliehen war.

Johann von Venningen hatte 1368 ein Viertel der Vogtei in Erdmannshausen als württembergisches Lehen inne. 1425 wurde dieses Viertel wieder um 310 fl an die Grafen Ludwig I. und Ulrich V. von Württemberg verkauft.²⁶ Wahrscheinlich derselbe Johann war 1369-1386 und noch 1396 württembergischer Obervogt in Wildberg. 1375 wird der Vogt zu Wildberg als Patronatsherr der Kirche in Neidenstein genannt.²⁷ Zu Beginn des 15. Jahrhunderts war Johann von Venningen der Junge Obervogt in Wildberg.

In unmittelbarer Nachbarschaft von Bietigheim hatte Hans von Venningen von den Grafen von Württemberg das halbe Dorf Schöckingen zu Lehen. Dieses Lehen ist 100 Jahre lang im Besitz der Familie geblieben, bis es 1479 und 1496 an Ludwig von Nippenburg verkauft wurde. Ihr Wappen war an der Kirche in Schöckingen angebracht.²⁸

Töchter des Geschlechts waren verheiratet mit Angehörigen der vornehmsten Familien der Umgebung.

In diesem Rahmen und in diesem Umfeld müssen wir die Angehörigen des Geschlechts sehen, die im 14. und 15. Jahrhundert in Bietigheim und Umgebung ihren Wohnsitz hatten. Sie wurden meistens mit ihrem richtigen Geschlechtsnamen genannt, zum Teil auch mit dem Zusatz: »(gesessen) zu Bietigheim« oder ganz ein-

fach »von Bietigheim«. Insbesondere wird seit 1337 ausdrücklich als »gesessen zu Bietigheim« sehr oft ein Siegfried von Venningen genannt, wahrscheinlich Vater und Sohn.

Cunz von Bietigheim wurde 1363 mit 1/8 des Kornzehnten zu Lauffen belehnt.²⁹ Zur gleichen Zeit stand er zusammen mit Hans von Bietigheim im Solde der Städte Pisa und Lucca.³⁰ Am 24. 11. 1378 wird er zusammen mit Hug von Venningen als Siegler erwähnt.³¹ 1379 ist er zusammen mit Dietrich von Venningen als Edelknecht zu Bietigheim überliefert.³² Dietrich von Venningen, von 1378-1396 öfters genannt, heißt 1384 ganz einfach Dietrich von Bietigheim.³³

1348 wird eine Elisabeth von Bietigheim erwähnt, die als Witwe des Wolf vom Stein mit ihrem Sohn Wolf in der Pfarrkirche zu Heimsheim eine Messe gestiftet hat.³⁴ 1381 gewinnt Pfalzgraf Ruprecht I. Wolf vom Stein genannt von Budenkeim auf 6 Jahre zum Diener.³⁵ Zwei Jahre später war dieser Wolf von Bietigheim schon tot.³⁶

1348 soll auch ein Ulrich von Bietigheim gelebt haben, über den keine weiteren Nachrichten gefunden werden konnten.³⁷

Ein Dieter von Bödickein, der 1420 bezeugt wird, hat sich nach dem Ort Bödighheim zwischen Osterburken und Buchen genannt und nicht nach Bietigheim.³⁸ Eine Agathe von Bietigheim war 1439 Nonne im Kloster Kirchberg bei Horb. Graf Ludwig von Württemberg gestattet Kaspar von Ow, ihr ein Leibgeding von etlichen Gülden aus den Höfen zu Weiler und Stein bei Hechingen zu verschreiben. Gabelkover nennt Agathe eine Tochter Dietrichs von Bietigheim. Mit Sicherheit kann hier nur Dietrich von Bödighheim gemeint sein.³⁹

In allen heimatgeschichtlichen Veröffentlichungen wird eine Nachricht wiedergegeben, die Gabelkover überliefert hat, der zufolge ein Dietrich von Bietigheim und seine Ehefrau Elisabeth von Riexingen im Jahre 1454 dem Spital Markgröningen ihren Zehnten zu Sersheim um 1212 fl verkauft haben.⁴⁰ Die Urkunde selbst ist aller Wahrscheinlichkeit nach verschollen, so daß ihr Inhalt heute nicht mehr nachgeprüft werden kann. Erhalten ist jedoch, aber nur in Abschrift, eine andere Urkunde aus demselben Jahr, wonach ein Dietrich von Bödiken (Bödighheim) und dessen Ehefrau Elisabeth von Riexingen, Tochter des verstorbenen Siegfried, den ererbten Teil des Zehnten zu Unterriexingen dem Spital in Vaihingen verkauft haben.⁴¹ Nach dem Dorsalvermerk hat es sich um ein Drittel des Zehnten gehandelt.

Dietrich nannte sich demnach nach Bödighheim und nicht nach Bietigheim. Er wird schon 1442 und 1449 genannt.⁴² Els von Riexingen war 1461 Witwe. Sie quittiert dem Grafen von Württemberg 1461 und 1465 je über 25 fl Gült.⁴³

In der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts wird wiederholt ein Konrad oder Cunz der Herter, ein Edelknecht zu Bietigheim erwähnt.⁴⁴ Die Herter waren Lehensleute der Pfalzgrafen von Tübingen und saßen auf der nahen Burg Harteneck bei Ludwigsburg.

Der Vollständigkeit halber sollen noch Personen erwähnt werden, die in Urkunden »von Bietigheim« genannt werden. Es soll dahingestellt bleiben, ob sie dem einen oder anderen Adelsgeschlecht angehört haben, das in Bietigheim zuweilen seinen Wohnsitz hatte, oder ob Bietigheim nur als Herkunftsort gemeint ist.

Ein Bruder Albrecht Butenkein war 1418 bei der Gründung einer Bruderschaft Angehöriger des Augustinerklosters in Esslingen.⁴⁵ 1340 werden vier Morgen Acker zu Markgröningen, zwischen denen Pfaff Albers und Eberhards von Bietigheim gelegen, an das Spital zu Esslingen verkauft.⁴⁶

1397 versprechen Probst Ulrich von Stuttgart und das Kapitel des Stifts Sindelfingen, an Hans, den Sohn Eberhards selig von Bietigheim, keine Forderungen wegen Übernutz an Gütern zu Horb zu stellen.⁴⁷

1444 war Heinrich Fuhss von Budenkeim-Butticheim Pfarrer in Oppenweiler. Er verzichtet in diesem Jahr freiwillig auf dieses Amt.⁴⁷

In der neuen Stadtgeschichte von Bietigheim von 1989 (s. Anm.1) werden die beiden Brüder Dietricus und Cunradus, sowie deren Schwester *Adellhaidis venatrix in Butenkain* samt ihren drei Töchtern als Angehörige des Bietigheimer Adels aufgeführt.⁴⁹ Die beiden Brüder sollen in einer Streitsache als Schiedsrichter tätig gewesen sein. Schiedsrichter war in Wirklichkeit aber der Propst vom Kloster Denkendorf und nicht die beiden Brüder. Diese wurden vielmehr schon früher durch den Ritter Konrad von Wernitzhausen (bei Esslingen, heute abgegangen) dem Kloster St. Blasien als Eigenleute vertraglich zugesprochen. Konrad hat sich dann aber an den Vertrag nicht gehalten. Erst sein Sohn Berthold hat später durch Schiedsspruch des Propstes die Erfüllung des Vertrages ermöglicht.

Die erwähnte Familie hat wohl in Wernitzhausen gewohnt, sie hat deswegen aber weder dem Adel dieses Ortes noch einem adeligen Geschlecht in Bietigheim angehört. Adelheid war Jägerin in Bietigheim, wahrscheinlich als Frau des nicht genannten Jägers.

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts wird in der Umgebung der Markgrafen von Baden und im Kreis von Zeugen aus der Markgrafschaft Baden ein Sifridus de Buticheim oder de Butekeim genannt, der unzweifelhaft nach Bietigheim bei Rastatt genannt wird, auch wenn ihn Gabelkover allein unter dem Stichwort Bietigheim (Württ.) bringt.⁵⁰

Otto Lehe de Buthinheim war einer der Schiedsleute im Streit zwischen dem Kloster Schöntal und Engelhard von Berlichingen. Er nannte sich aber richtig: *Otto miles dictus Zebe de Bödigheim*, und weder nach Bietigheim (Baden) noch nach Bietigheim (Württ.). Wiederholt wird er auch zusammen mit seinem Bruder Heinricus genannt.⁵¹

Ein Johans, in der Stadt Bietigheim geboren (*natus ex oppido Bietigkheim*) war zuerst Prior im Kloster Reichenbach. 1524 wurde er zum Abt des Klosters Hirsau gewählt und ist dort 1556 gestorben.⁵²

Vor eine fast unlösbare Aufgabe stellt uns ein Bernger von Bietigheim, der in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts in der Umgebung von Heilbronn wiederholt genannt wird. Von ihm ist ein Siegel aus dem Jahre 1394 erhalten, das Alberti als Wappen der adeligen Herren von Bietigheim in sein Württ. Adels- und Wappenbuch (Abb. 213) aufgenommen hat.⁵³ Dieses Wappen zeigt einen breiten Schrägrechtsbalken, der von der heraldisch rechten oberen Ecke des Schildes nach der Mitte der linken Schildseite verläuft und so dem Wappen der Markgrafen von Baden entspricht. Seither wurde dieses Wappen als das Wappen des Bietigheimer Adelsgeschlecht (welches?) angesehen. Tiefsinnige Betrachtungen wurden angestellt, die in der Vermutung, ja in der Gewissheit gipfelten, dieses Geschlecht von Bietigheim müsse einst im Dienst der Markgrafen von Baden gestanden haben; daher rühre der Schrägbalken im Wappen.

Dieser Argumentation kann grundsätzlich zugestimmt werden. Die Frage allerdings, welchem Geschlecht Bernger von Bietigheim angehört hat, wurde bisher nicht näher untersucht. Unter Hinweis auf eine Urkunde von 1380 sieht Roemer (S. 39) in ihm einen Bruder des Johann von Klingenberg.⁵⁴ Die Urkunde, auf die

Roemer anscheinend Bezug nimmt, nennt aber Bernger von Klingenberg als Bruder des Pfaffen Johann von Klingenberg. Im übrigen wird Bernger von Klingenberg zusammen mit seinem gleichnamigen Sohne schon 1361 und 1362 genannt.⁵⁵ Es kann jedoch unterstellt werden, daß zwischen den beiden Geschlechtern verwandtschaftliche Beziehungen bestanden haben.

Der Edelknecht Bernger von Bietigheim wird zur selben Zeit erwähnt.⁵⁶ 1360 wurde ein Streit zwischen ihm und dem Ritter Gerhard von Ubstadt wegen Gütern in Lauffen geschlichtet, die Gerhard »umb Bernger von Klingenberg gepfant hat«. Auch an dieser Urkunde hängt noch das Siegel des Bernger von Bietigheim, in der Mitte waagrecht durchbrochen. Teile des Siegelbildes sind ganz abgebröckelt oder platt gedrückt, so daß kaum noch festgestellt werden kann, ob es mit dem Siegel von 1394 identisch ist.

Im Steuerregister von Heilbronn von vor 1394 erscheint Bernger von Butek(en) als vorletzter unter den Edelleuten. Die Höhe der Steuerschuld ist nicht angegeben. Bernger besaß demnach das Bürgerrecht von Heilbronn.⁵⁷ Zuletzt wird er 1402 als einer der Schiedsrichter bei Zehntstreitigkeiten zwischen den Pflegern des Klosters Lichtenstern und des Siechenhauses zu Heilbronn genannt.⁵⁸

Drei Jahre später reversiert ein Hans Büttenkein zu Böckingen für Lehen, die er von den Pflegern des Spitals zu Heilbronn erhalten hatte.⁵⁹ Und 1469 schließlich bitten einige Knechte der Stadt Heilbronn den Bürgermeister und den Rat um Urlaub oder Ablösung. Einer dieser Knechte war Jörg Butikein.⁶⁰

Das Adelsgeschlecht, das in Böckingen wohnte, sich aber »von Bietigheim« nannte, ist demnach im 15. Jahrhundert im Bürgertum aufgegangen.

Sowohl Roemer (S. 40) als auch nach ihm Bentele (S. 142/43) sind der Ansicht, daß das Adelsgeschlecht von Bietigheim neckarabwärts in den Raum Heilbronn gezogen und im 15. Jahrhundert dort erloschen ist. Diese Ansicht kann so unbesehen nicht geteilt werden. Ein heimisches, alteingesessenes Adelsgeschlecht hat es, wie wir gesehen haben, nach 1200 in Bietigheim nicht gegeben. Immer wieder andere Adelsgeschlechter haben dort zu verschiedenen Zeiten gewohnt und wurden daher auch »von Bietigheim« genannt.

Welchem Geschlecht nun haben die zuletzt genannten Bernger von Bietigheim, Hans Büttenkein zu Böckingen und Jörg Butikein angehört? Weshalb haben sie den badischen Schrägbalken im Wappen geführt? Was hat sie dazu berechtigt, sich von Bietigheim zu nennen?

Das fragliche Geschlecht war aller Wahrscheinlichkeit nach in Böckingen sesshaft. Nach Böckingen nannten sich ein oder zwei Adelsgeschlechter, die seit etwa 1100 bis um die Mitte des 16. Jahrhunderts bezeugt sind. Das eine Geschlecht führte im Wappen einen Bock, das andere drei Ringe. Ein Zweig des Geschlechts hatte auch Lehen der Markgrafen von Baden und der Pfalzgrafen am Rhein inne. Den badischen Schrägbalken im Wappen hat dieser Zweig deswegen aber nicht geführt. Der Edelknecht Hans von Böckingen hat z. B. im Siegel an einem Lehenrevers von 16. 9. 1424 die drei Ringe geführt,⁶¹ und an einer Urkunde vom 18. 7. 1394 hängen die drei Siegel von Berthold dem Älteren von Böckingen und seiner beiden Söhne Berthold dem Jungen und Henne dem Jungen, ebenfalls mit den drei Ringen.⁶² Der Name Bernger scheint bei diesem Zweig unbekannt zu sein.

Auch keines der Adelsgeschlechter, denen wir in Bietigheim (Württ.) begegnet sind, hatte im Wappen den badischen Schrägbalken.

Welche Bewandnis hat es aber mit dem Namen Bietigheim? Ist hier Bietigheim

(Württ.) oder Bietigheim (Baden) gemeint? Beziehungen des Bernger von Bietigheim zu Bietigheim (Württ.) scheinen nicht bestanden zu haben, solche zu Bietigheim (Baden) können nicht nachgewiesen werden, scheinen aber auch ausgeschlossen.

Als letzte Möglichkeit bei der Deutung des Namens, nach dem sich Bernger (von Bietigheim) nannte, könnte sich der Ortsnamen Bödigheim erweisen, dem wir schon wiederholt begegnet sind. Führten die Herren von Bödigheim oder einer ihrer Zweige den Schrägbalken im Wappen? Gab es in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts einen Angehörigen dieses Geschlechts mit Namen Bernger?

Eine Antwort auf diese Frage geben uns weder die verschiedenen heimatkundlichen Veröffentlichungen, noch die bereits im Druck erschienenen Regesten aus Archiven des Landes. Über die Bestände des Hausarchivs der Familie Rüdts von Bödigheim im Schloß zu Bödigheim liegen nur kurze Regesten vor.⁶³ Ein Bernger findet sich dort nicht. Der Name Dieter (Dietrich) ist bei diesem Geschlecht jedoch üblich. Dieter von Bödigheim, der mit Elisabeth von Riexingen verheiratet war und eine Tochter Agathe hatte, kann mit Hilfe dieser Regesten genealogisch in diesen Familienverband nicht eingeordnet werden. Auch hat sich dieser Dieter nie Dieter Rüdts von Bödigheim genannt. Im Gegensatz zu der Familie Rüdts von Bödigheim, die nach Amorbach, Würzburg und Mainz orientiert war, begegnet uns dieser Dieter nur im Raum Bietigheim. Es drängt sich die Vermutung auf, daß er einem Zweig des Geschlechts angehört hat, das sich schon sehr frühe im Raum südlich von Heilbronn niedergelassen hat und dort gewisse Beziehungen zum Haus Würtemberg hatte. Er scheint auch keine direkten männlichen Nachkommen gehabt zu haben, denn nach seinem Tode wird nur noch seine Witwe genannt. Ein Siegel von ihm ist nicht erhalten, so daß nicht angegeben werden kann, ob er das Rüdts'sche Wappen (Hundekopf) oder ein anderes Wappen führte.

In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, zur Zeit des Bernger (von Bietigheim), lebten im Raum Heilbronn mehrere adelige Personen mit Namen Bernger, so Bernger von Klingenberg Vater und Sohn, Bernger von Adelsheim, Bernger von Berlichingen, Bernger von Kirchhausen und Bernger von Nordheim. Alle diese Familien führten jedoch ein anderes Wappen. Nur das Wappen der Herren von Nordheim mit zwei schmalen Schrägrechtsbalken (nach Klunzinger sollen es vier sein) zeigt eine gewisse Verwandtschaft mit dem Wappen des Bernger (von Bietigheim), der übrigens auch in Nordheim begütert war. Nach den heutigen Erkenntnissen hatte keines dieser Geschlechter nähere Beziehungen zu Bietigheim.

Das Siegel des Bernger (von Bietigheim) zeigt deutlich und unmißverständlich einen breiten Schrägbalken. Von der Umschrift können nur zwei oder bestenfalls drei Buchstaben entziffert werden, die theoretisch allerdings zu Bernger von Bütenkein ergänzt werden könnten.

Wir müssen daher davon ausgehen und als richtig unterstellen, daß die Umschrift des Siegels auch den Namen des Sieglers so angegeben hat wie dieser in der Urkunde genannt wird. Der Ortsname Bütenkein in der Urkunde kann aber sowohl Bietigheim als auch Bödigheim heißen. Für die gleiche Schreibweise der beiden Ortsnamen gibt es viele Belege. Auf diese Tatsache ist es daher zurückzuführen, daß Bütekein im Raum Heilbronn und südlich davon als Bietigheim aufgelöst wurde, wie wir wiederholt schon gesehen haben, in den weiter entfernt liegenden, nördlichen Landesteilen dagegen als Bödigheim.⁶⁴

Der Schleier, der immer noch über der Person des Bernger von Bietigheim

hängt, konnte bisher nicht gelüftet werden. Trotzdem aber heißt es zum Schluß von ihm, der als Vertreter eines alteingesessenen, einheimischen Adelsgeschlechts samt Wappen in die Geschichte eingegangen ist, Abschied nehmen. Nach den vorstehenden Ausführungen hat es ein solches Geschlecht nicht gegeben.

Wenn uns aber die urkundliche Überlieferung in dieser Frage im Stich läßt, dann muß eben, wie in solchen Fällen üblich, eine Hypothese, eine Vermutung erlaubt sein, die auf Grund der vorhandenen Indizien die wahrscheinliche Zuordnung des Gesuchten zu einem ganz bestimmten Geschlecht ermöglicht.

Es wurde bereits dargelegt, daß die Herren von Venningen schon sehr früh in der Gegend um Sinsheim sesshaft und dort an mehreren Orten begütert waren, so auch in Hilsbach nur wenige Kilometer südlich von Sinsheim. Ein Zweig des Geschlechts nannte sich »gesessen zu Hilsbach«. 1361 gaben Thieter (Dieter), Eberhard und Swicker von Vennigen ihre Güter zu Hilsbach an Pfalzgraf Ruprecht auf und erhielten sie wieder als Lehen. Viele Angehörige des Geschlechts standen über lange Jahre hinweg im Dienst der Pfalzgrafen als Vögte, Hofmeister und Viztume.

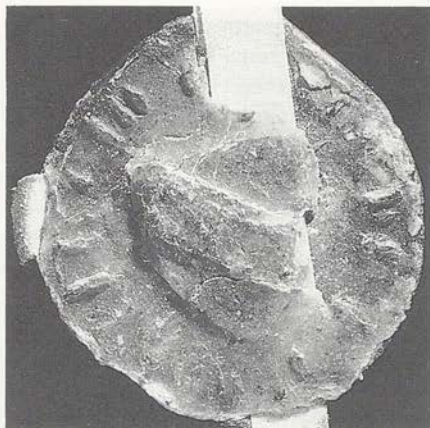
In den Jahren 1362, 1368, 1369 ... wird ein Diether, Vogt zu Heidelberg zusammen mit Syfrit von Venningen genannt. Im Wappen führte er einen breiten Schrägbalken. Die Umschrift im Siegel lautet: S. DIETHERI.DE.HILSPACH. Die Zugehörigkeit dieses Vogtes Dietherich zu einem bestimmten Geschlecht konnte bisher nicht eindeutig geklärt werden. Er wurde schon dem Geschlecht der Herren von Angelach (Waldangelloch westlich von Hilsbach) zugeordnet. Ein Dieter von Angelach war 1350 und später Vogt zu Heidelberg. Er hat aber mit dem Angelacher »Angelhaken« gesiegelt und kann demnach nicht mit dem Vogt Diether von Hilsbach gleichgesetzt werden. 1391 war er tot.

Die Vermutung liegt nahe, daß der Vogt Diether von Hilsbach dem Geschlecht der Herren von Venningen angehört hat. Dieses Geschlecht führte im Wappen jedoch zwei gekreuzte Lilienstäbe (Stammwappen). Den Schrägbalken im Wappen führten in der Gegend nur noch die Herren von Obrigheim bei Mosbach. Diese Herren hatten aber keine näheren Beziehungen zu den Pfalzgrafen und den Venningen. Auch die Herren von Bödighheim führten den Schrägbalken nicht im Wappen. Der Name Diether war aber sowohl bei den Herren von Angelach als auch von Venningen und von Bödighheim im Gebrauch.

In diesem Zusammenhang muß aber auch die Geschlechtszugehörigkeit des Bernger von Bietigheim neu überdacht werden. Auch er führte im Wappen den Schrägbalken wie der Vogt Diether von Hilsbach. Im Laufe unserer Untersuchung sind wir schon mehreren Personen begegnet, die sich »von Bietigheim« nannten, obwohl sie dem Geschlecht der Herren von Venningen angehört haben. Bietigheim war eben wahrscheinlich der Geburts- und frühere Wohnort dieser Personen, und die Bezeichnung »von Bietigheim« wollte nur den Herkunftsort zum Ausdruck bringen. Die Herren von Venningen haben sich auch noch nach anderen Orten genannt, nicht nur nach Bietigheim oder Hilsbach.

Der Name Bernger findet sich bei ihnen aber sonst nicht mehr, wohl aber bei einigen anderen Geschlechtern im Raum Heilbronn, wo Bernger von Bietigheim auch sesshaft war. Über eine Heiratsverbindung mit einem dieser Geschlechter könnte der Name in die Familie von Venningen gekommen sein.

Bernger hat sich wohl kaum nach »Bödighheim« genannt. Zu seinen Lebzeiten war Siegfried von Venningen, Ritter zu Weibstadt, mit Guta, einer Angehörigen der Rüd von Bödighheim verheiratet. Die Rüd von Bödighheim führten aber einen



*Oben links:
Siegel des Bernger »von Bietigheim«*

*Oben rechts:
Siegel der Bertrada Feuer von Heilbronn*

*Links:
Nicht zugeordnetes Siegel*

»Hundekopf« im Wappen, und die Herren von Bödigeim im 15. Jahrhundert ein ganz anderes Wappen.

Nach wie vor ungeklärt bleibt die Herkunft des Schrägbalkens im Wappen des Bernger von Bietigheim und des Diether von Hilsbach. Es gibt viele Fälle, in denen ein Zweig eines Geschlechts ein anderes Wappen als das Stammwappen führte.

Bis heute fehlen Darstellungen über die Geschichte der Herren von Venningen und von Bödigeim, die möglicherweise Aufschluß geben könnten. Die vorstehenden Überlegungen können nur Hinweise und Fingerzeige geben, in welche Richtung weitere Forschungen erfolgen müssen.

Ein wichtiges, ja vielleicht das entscheidendste Merkmal bei der Suche nach der Identität des Bernger von Bietigheim stellt ohne Zweifel sein Wappen dar. Im Schild führte er, wie bereits dargelegt wurde, einen erhabenen Schrägbalken. Balken und Schildfläche sind glatt. Über die Tingierung, die Farben, gibt es keine Anhaltspunkte. Erhalten ist das Siegel nur an einer Urkunde des Klara-Klosters in Heilbronn vom 31. 3. 1394. Die Umschrift ist nicht lesbar. An einem anderen Siegel vom 28. 2. 1360 können weder Siegelbild noch Umschrift erkannt werden.

Es stellt sich die Frage, welche Geschlechter in Heilbronn und Böckingen wo Bernger ja lebte, im 14. Jahrhundert in ihrem Wappen einen Schrägrechtsbalken geführt haben. Und in der Tat können einige Geschlechter mit einem solchen Wappen festgestellt werden, so die Gewin-Gebwin, die Münzmeister (monetarii) und die Gemminger. Diese Familien waren unter sich verwandt, sie waren sicher eines Stammes. Über viele Jahre hinweg können sie in Heilbronn nachgewiesen werden. Alle diese Zweige führten im Wappen den Schrägbalken.

Öfters werden in Heilbronner Urkunden auch die Herren von Weiler genannt, die denselben Schrägbalken im Wappen führten, so wie dies auch bei den Herren von Oberkein (Obrigheim) beobachtet werden kann.

Auch Kraft von Rappach und seine Tochter Elisabeth erscheinen zwar nur ein einziges Mal mit dem Schrägbalken im Wappen, ebenso ein Cuntz von Gosheim (Gochsheim). Aber auch diese Familien können außerhalb von Heilbronn über längere Zeit verfolgt werden. In der württembergischen Landes- und Heimatgeschichte sind sie keine Einzelerscheinungen wie Bernger von Bietigheim.

Unsere besondere Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang verdient das Siegel der Bertrada, der Frau des Heilbronner Bürgers und Schultheißen Konrad Furer-Feuer, der um 1323 gestorben ist und auf dem Totenbett noch eine Stiftung in der Heilbronner Kilianskirche gemacht hat. Die Witwe Bertrada und ihre fünf Söhne und die Tochter werden wiederholt genannt. An zwei Heilbronner Urkunden ist das schöne Siegel der Bertrada erhalten.⁶⁶ Durch seine Größe (40 mm Durchmesser) fällt es sofort auf. Es ist demnach größer als die Siegel ihrer Söhne. Unbekannt ist, welchem Geschlecht Bertrada angehört hat. Auch die Frage, ob der Schrägbalken in ihrem Wappen möglicherweise auf frühere Beziehungen ihrer Familie zu den Markgrafen von Baden zurückgeführt werden muß, kann nicht beantwortet werden.

Nicht geklärt ist, ob Bernger von Bietigheim mit einer der zuvor genannten Familien in verwandtschaftlicher Beziehung gestanden, sich aber aus einem uns bislang unbekanntem Grunde nach Bietigheim genannt hat, so wie wir es bei den Herren von Venningen und von Stein gesehen haben. Sein Siegel unterscheidet sich in Größe und Aufmachung nicht von den anderen Siegeln mit Schrägbalken an den Heilbronner Urkunden.

Schließlich hat die Spurensuche noch zu einem anderen Siegel geführt, das an keiner Urkunde hängt. Lose wird ein Abdruck desselben in rotem Lack gleich in zwei getrennten Siegelsammlungen im Hauptstaatsarchiv Stuttgart aufbewahrt.⁶⁷ Es konnte bislang nicht festgestellt werden, an welcher Urkunde das Originalsiegel hängt. In den Sammlungen wird jeweils nur die Jahreszahl 1405 und der Name von Böckingen angegeben. Auf der glatten Schildfläche befindet sich ein glatter, erhabener Schrägbalken. Die Umschrift wird wiedergegeben mit: + SP ... VOLIN.DE.BOKIGH. Der Buchstabe P. nach dem S (kein Punkt dazwischen) gleicht dem B im Namen BOKIGH.

Keines der Geschlechter, die sich nach Böckingen nannten, hat, soweit bekannt, einen Schrägbalken im Wappen geführt.

Die Umschrift wurde auch schon bald als: + S ... SP ... VOLIN.DE.BUT.IGE gelesen. Hier könnte ein wirklicher Anhaltspunkt für die Identifizierung des Bernger von Bietigheim liegen.

Monrepos

400 Jahre württembergische Geschichte¹

von Birgit Hlawatsch

Ein Garten ist ein Lebendiges. Ist er zugleich ein Kunstwerk, das heißt gartenkünstlerisch gestaltet, was wir in einer landläufigen Vorstellung immer mit dem Begriff des museal-Feststehenden, Erhaltungswürdigen und Erhaltbaren verbinden, so wird die besondere Problematik, die hinter diesem Satz steht, schnell offensichtlich:

In seiner uns erschlossenen, mittlerweile fast vierhundert Jahre währenden Geschichte war das Gelände von Monrepos zahlreichen Veränderungen unterworfen, in welchen sich die unterschiedlichsten Interessen der Benutzer und der Epochen spiegeln. Als einfacher Weiher ursprünglich nur von der herzoglichen Fischereiwirtschaft genutzt, diente es nacheinander als Jagdsitz, intimer Rückzugsort des Fürsten, prachtvoller höfischer Repräsentationsraum, klassizistisches Landschaftsgemälde, als Witwensitz, vernachlässigtes Landgut und Paradeplatz, in unserem Jahrhundert gar als Kläranlage und heute als beliebtes Ausflugsziel und Naherholungsgebiet im unmittelbaren Einzugsgebiet eines industriellen Großraums.

Entsprechend seiner jeweiligen Funktion wurde der Eglosheimer See unterschiedlich gestaltet. Es gab hier durch die Zeiten viele Gärten. Aber Barock- oder Landschaftsgärten von Duodezfürsten gibt es viele, die wenigsten sind kunsthistorisch aufschlußreich. Die Besonderheit des Eglosheimer Sees und der Anlage von Monrepos möchte ich anhand einiger zuvor kurz erläuterten Gesichtspunkte historischer Betrachtung aufzeigen:

Entscheidend ist zunächst die Stellung eines Gartens innerhalb einer Stilentwicklung. Dies bedeutet nicht allein die Zuordnung zu den gängigen Epochenbegriffen wie Barock oder Klassizismus, sondern auch die Frage, ob der Garten in seiner Zeit eine Neuerung darstellte, d. h. selbst stilbeeinflussend wirkte, oder ob es lediglich ein allgemeiner Zeitgeschmack war, der den Bauherrn veranlaßte, seinen Garten modisch *up to date* zu bringen.

Ein weiteres ist die Aussage eines Gartens. Uns, die wir gewohnt sind, einen Garten zumeist nur als naturvolles Ambiente des Sonntagsspaziergangs jenseits des städtischen Getriebes zu betrachten, mag die Vorstellung fremd erscheinen, daß ein historischer Garten, zumal ein fürstlicher, immer einen Anspruch darstellt, einen Anspruch auf eine ideale Welt, die er formt. Er drückt die Ideen aus, die dem Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt zugrunde liegen, sei es absolutistische, hieratische Beherrschung, sei es idealistische Natur- und Geschichtsvergötterung. In der Interpretation eines Gartens kann auf diese Weise der Schlüssel zum Verständnis einer Epoche liegen, in der Wiederherstellung wird trockene Geschichte für uns anschaulich.

Ein dritter Gesichtspunkt ist der Beitrag, den ein Gartenkunstwerk zu einer Kunstgeographie zu leisten vermag. Gab es die spezifische württembergische Gartenkunst? Aus welchen in- und ausländischen Einflüssen setzte sie sich zusammen, welche geistigen und politischen Beziehungen spiegeln sich darin?

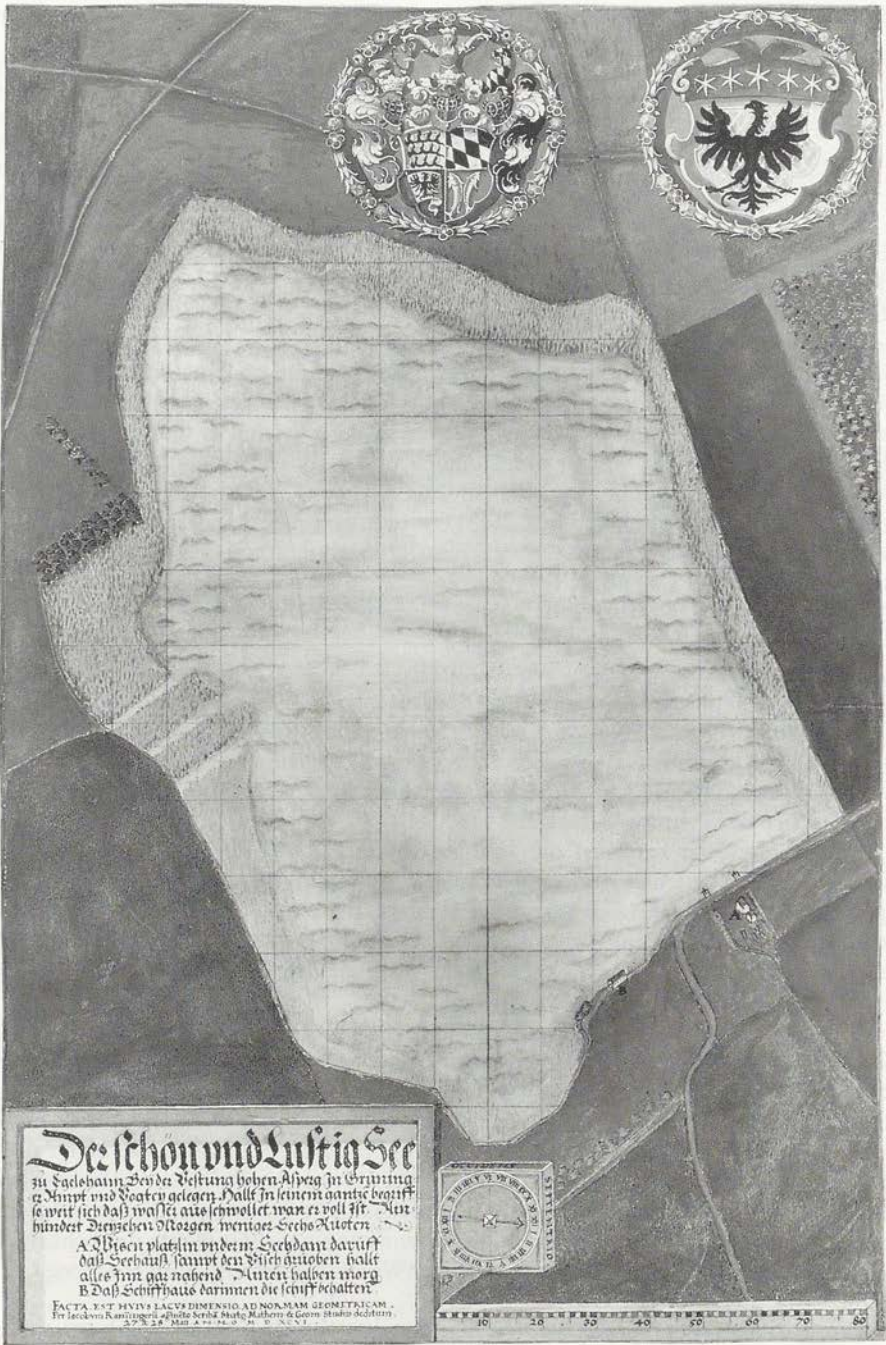


Abb. 1: Der Eglosheimer See in Jakob Rammingers Seebuch, 1596
 (Württembergische Landesbibliothek)

Unter diesen Kriterien möchte ich einen Abriss der verschiedenen Gestaltungen von Monrepos geben.

Vom Fischweiber zum Weltmeer

Zunächst, d. h. in den ersten urkundlichen Zeugnissen von 1596 (siehe Abb. 1) tritt uns Monrepos als unscheinbarer, teils sogar versumpfter Karpfenweiher entgegen: Die aus der Versumpfung resultierende Verschlammung der Seeränder findet in vielen zeitgenössischen Quellen Erwähnung und scheint große Probleme aufgeworfen zu haben.² Nur die Aufschüttung eines Dammes am nördlichen Seeufer ermöglichte die Errichtung von Gebäuden wenigstens an dieser Seite. Dadurch wurde eine für alle Baumeister durch die Jahrhunderte hindurch befolgte Tradition begonnen – von hier aus konnten Sonne und See gleichermaßen genossen werden.

Daß damals, um 1600, schon ein Seehaus zur Aufnahme der herzoglichen Jagdgesellschaft existierte, gibt bereits einen Hinweis darauf, wie sehr man den Aufenthalt hier schätzte. Man suchte die Nähe des Wassers, und diese natürliche Voraussetzung, die Möglichkeit, in eine direkte sinnliche Beziehung zum Wasser zu treten, ist es, die als *genius loci* alle weiteren Gestaltungen des Sees und seiner Umgebung bestimmen sollte. Diese lokalen Vorzüge machten den See allorts als den »schön und lustig See zu Egelshaimb«³ bekannt, als ein Wasserstück, das die höfische Gesellschaft zu Kahnpartien und Wasserspielen einlud.

1714 ließ *Herzog Eberhard Ludwig* an dieser Uferseite einen repräsentativen Pavillon nach einem Entwurf *Nettes*, einem der Baumeister der neuen Ludwigsburger Residenz, errichten. Damit wurde auch architektonisch der See an den neuen Hof gebunden, ein Bezug, der sich noch verstärken sollte. Der rund hundertvierzig Jahre nach der ersten kartographischen Aufnahme des Sees entstandene Plan von *Riediger* (siehe Abb. 2) zeigt die Gebäudesituation im Jahr 1737: Noch sind die ungeformten Seeränder stark versumpft. Die Bebauung des nordwestlichen Ufers, mit Seehaus und Nebengebäude, dem »Behälter« für die Fischzucht und dem besagten »Fürstlichen Jagdhaus« zeigen jedoch schon Ensemblecharakter, in dem sich wirtschaftliche Nutzung und Vergnügung vereinigen. Dennoch ist die Anlage in ihrer Gesamtheit offensichtlich noch nicht als Garten gedacht.

Die Forschungen von *Werner Fleischhauer*⁴ ergaben, daß der Raumgliederung des Jagdpavillons eine Idee des berühmten österreichischen Barockbaumeisters *Fischer von Erlach* zu Grunde lag. Viel Mühe verwendete man auf die Innenausstattung des Pavillons: umfangreiche Malereien und Stuckdekorationen in allen Räumen sowie ein holzvertäfeltes Kabinett zeigen den anspruchsvollen Bauwillen des Herzogs.

Sein Architekt *Nette* erkannte, daß die unmittelbare, körperliche Nähe des Menschen zum Wasser den Reiz des Eglosheimer Sees ausmachte und nutzte ihn geschickt für die Architektur. Er stellte den achteckigen Pavillon auf einer kleinen Terrasse weit in den See. Der höfischen Gesellschaft bot sich hier ein freier, ungestörter Blick über die Wasserfläche, ein Gefühl, auf dem See zu schwimmen – der angemessene Rahmen für Seeaufenthalte und Wasserlustbarkeiten.

Die durchaus barocke Planung des baufreudigen *Herzogs Karl Eugen*, die weitere Umgebung seiner Residenz Ludwigsburg mit einem System zwar in sich geschlossener, aber doch axial auf einen gemeinsamen Mittelpunkt ausgerichteter

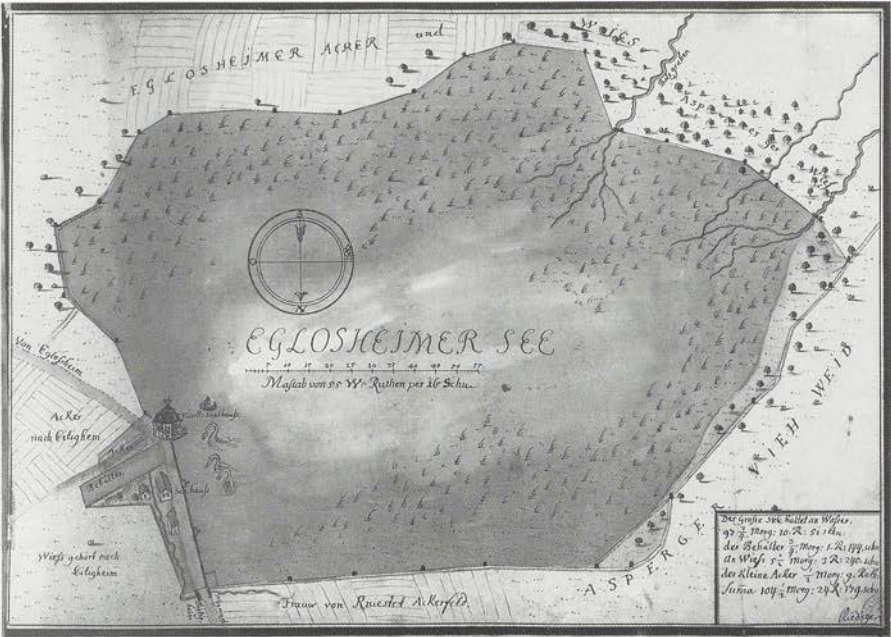
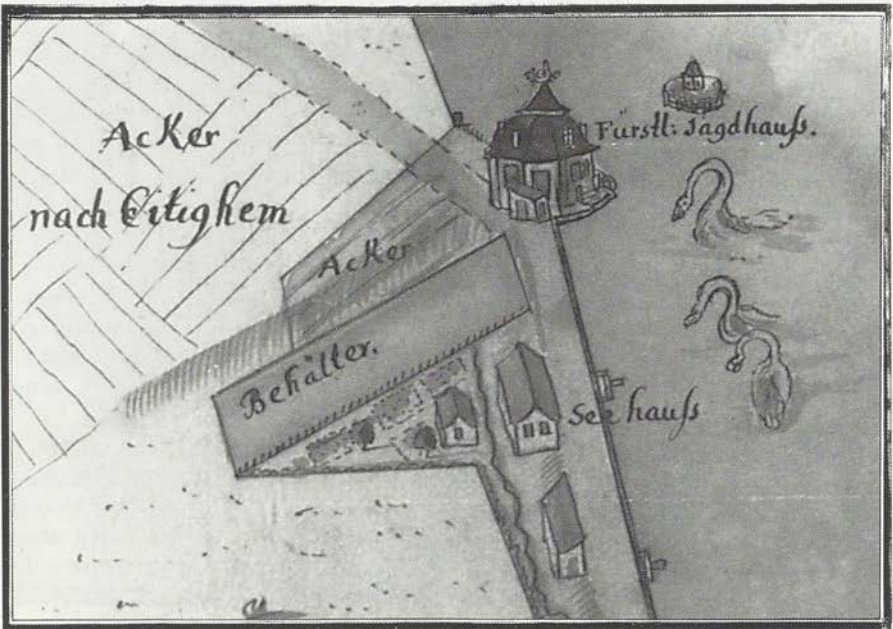


Abb. 2: Der Eglosheimer See, von Johann Adam Riediger, 1737
(Hauptstaatsarchiv Stuttgart)



Ausschnitt aus Abbildung 2

herrschaftlicher Gärten und Alleen weiträumig zu überziehen, geht auf das Vorbild des Sonnenkönigs Ludwig XIV und dessen immense Anlagen in Versailles zurück. Diese Gesamtkonzeption gehört zu den wenigen Großschöpfungen barocker Gartenkunst in Deutschland.

Selbstverständlich konnte eine solche Größenordnung nur unter ungeheurer wirtschaftlicher und finanzieller Belastung des Herzogtums errungen werden, was 1770 zum bekannten politischen Konflikt mit den Landständen und der Einschränkung der herzoglichen Machtbefugnisse führte.

Die Neugestaltung des Eglosheimer Seegeländes als Gartenanlage resultierte aus seiner lokalen Besonderheit, seiner Funktion im höfischen Leben und seiner Stellung im Gesamtkonzept.

Als der junge Oberbaudirektor de La Guêpière 1755 mit der Umgestaltung der Eglosheimer Anlage und dem Neubau des Seehauses (siehe Abb. 3) betraut wurde, behielt er den Lustschloßcharakter bei. Die enge Beziehung zum Wasser, die ja schon der Vorgängerbau betont hatte, ließ er kulminieren in einer weit in den See hinausragenden Terrasse, auf der das Schloß thronte. Das Schloß war somit nicht mehr nur an das Wasser herangerückt, sondern ganz in den See gebaut.

Aber de La Guêpière war nicht nur Vollender einer lokalen Tradition. Er vermittelte durch seine Anlage zugleich die neuesten Ideen der französischen Gartenkunst nach Deutschland. Indem er jede damals übliche rokokohafte Kleinteiligkeit vermied und den Garten ganz auf die Zwiesprache zwischen Terrassenschloß und einer großen, homogenen geometrischen Seefläche abstellte, führte er die Anregungen seines französischen Lehrers Jacques-François Blondel konsequent zu einem einzigartigen Höhepunkt.

In *Frankreich* zeigte sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts ein Geschmackswandel in Architektur und Gartenkunst. Theoretiker wie der genannte Blondel und Architekten wie der Hofarchitekt Gabriel wendeten sich vom Zeitgeschmack des Rokoko ab und besannen sich auf die klassische französische Gartenkunst des 17. Jahrhunderts. Die geschlängelte Wegführung, Kleinteiligkeit und der labyrinthische Charakter von Rokokogärten wurde als künstlich kritisiert – statt dessen erhob man die »belle simplicité« – die »schöne Einfachheit« – zum Kunstideal. Man vereinte die Elemente der klassischen französischen Gartenkunst, wie sie uns von der Prachtanlage Versailles her bekannt sind, in neuer, bisher unbekannter Anordnung zum sog. »geometrischen Garten«. ⁵ Geometrie und Symmetrie als maßgebende Ordnungsprinzipien, künstlerische Einheit zwischen Schloß und Garten, Überschaubarkeit des Gartens durch seine großflächige Anlage und seine Öffnung durch Alleen in die Umgebung sind die entscheidenden Gestaltungsprinzipien. Sie alle finden in der Seehausanlage konsequent Anwendung.

De La Guêpière ⁶, ihr Erbauer, war zwar 16 Jahre lang (1752–1768) Oberbaudirektor in Württemberg, die Seehausanlage war jedoch das einzige Bauprojekt dieser Zeit, das ihm in Planung und Ausführung uneingeschränkt oblag, es steht exemplarisch für seine Kunstauffassung.

Stilbildend war für de La Guêpière gewiss sein Studium an der »Académie d'Architecture« in Paris, dem das Erlernen praktischer Kenntnisse folgte. Als Leopoldo Retti, der württembergische Oberbaudirektor, 1750 den damals etwa 35jährigen Architekten in Paris kennenlernte, lobte er ihn über alle Maßen und bescheinigte ihm »eine vollkommene Theorie und Praxis, auch in Garten-Dessins nach neuestem Gusto und in aus- und innwendigen Decorationibus«. ⁷ Dieses Lob aus

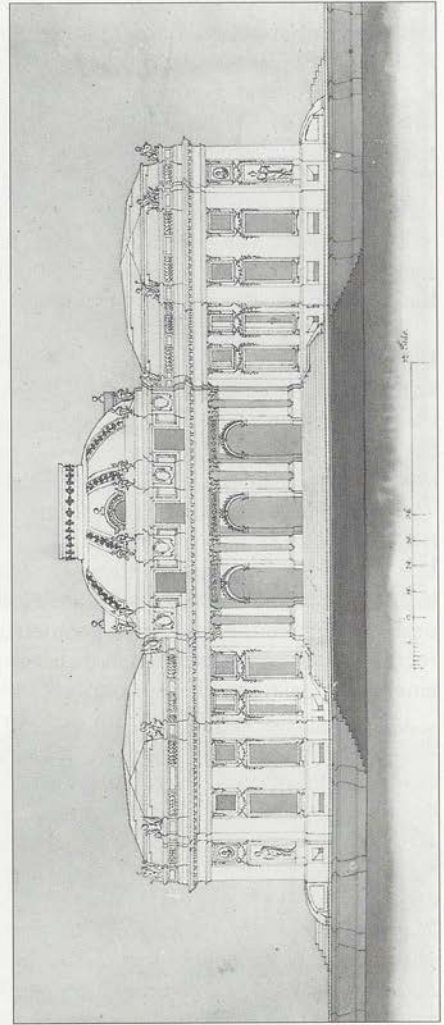
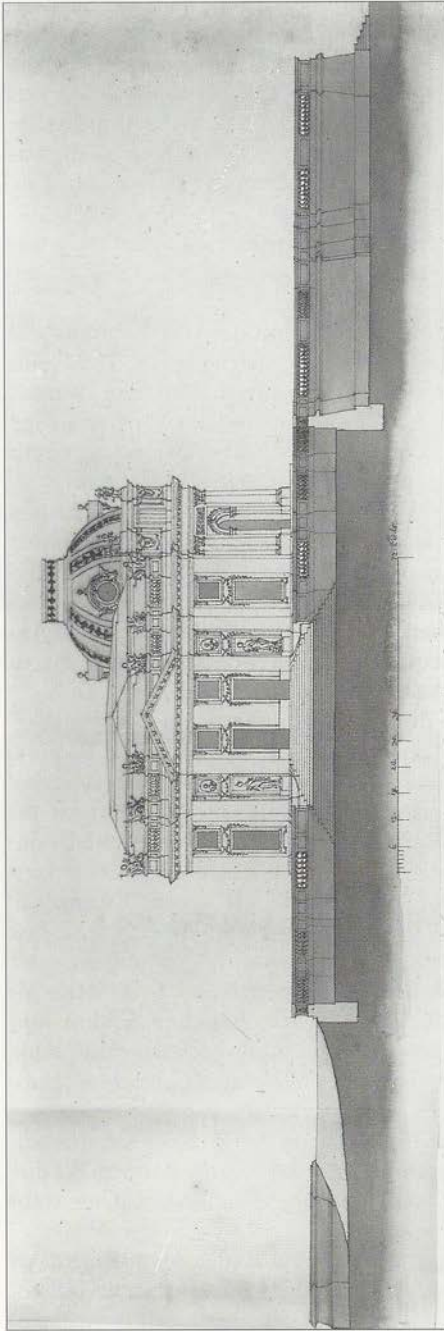


Abb. 3:
 Seiten- und Vorderansicht
 des Seehauses
 (Vorlage Landesdenkmalamt
 Baden-Württemberg,
 Original zerstört)

dem Munde des Älteren und Erfahreneren blieb in Württemberg nicht ungehört und veranlaßte nach dem Tod Rettis 1751 den Ruf des Franzosen als Oberbaudirektor nach Württemberg.

Vier Jahre später übertrug Herzog Karl Eugen ihm die Neugestaltung des Eglosheimer Sees, 1760 hatte der Herzog »den gnädigsten Entschluß gefaßt, an dem See von Eglosheim ein Jagdhaus zu erbauen und zu dem Ende dem Obristlieutenant und Oberbaudirectori Pierre Louis Philippe de La Guèpière den gnädigsten Auftrag gemacht, über dieses Gebäude die nöthigen Risse & Zeichnungen zu verfertigen und zur Examination vorzulegen.«⁸ Dieser Auftrag ermöglichte de La Guèpière künstlerisch frei zu arbeiten – es sollte sein Meisterstück entstehen. Nicht zufällig wurde de La Guèpière 1764, dem Vollendungsjahr der Seehausanlage, vom französischen König für seine Verdienste um die Verbreitung der französischen Kunst nobilitiert: »Nous avons vu avec satisfaction les Princes de l'Europe accourir a Nous pour avoir des Maîtres que fussent en état de communiquer cette excellence de goût dont il se trouvent tant de modèles dans notre Etat.«⁹ (Wir haben mit Befriedigung die Fürsten Europas zu uns kommen gesehen, um Meister mit der Fähigkeit zu gewinnen, diese Erlesenheit des Geschmacks zu vermitteln, von der sie so viele Beispiele in unserem Staat finden).

Großflächig, kaum gegliedert und durch Alleen deutlich gegeneinander abgesetzt, bildeten die Gartenteile um das Seehaus streng symmetrische, geometrische Gartenräume. Gartenraum und Schloßraum bildeten voneinander abhängige und sich ergänzende Raumfolgen (siehe Abb. 4). Obwohl nur schematisch gezeichnet, ist die Gliederung der Seehausanlage gut zu erkennen: Von Süden nach Norden folgten das rautenförmige Boskett, der längsrechteckige See, Seeterrasse mit Schloß und Gartenparterre.

Geometrische Regeln und Proportionsverhältnisse ordneten die Gesamtanlage: Die Mittelachse des Schlosses verband alle Gartenteile. Durch die Fortführung der Achsen über die Gartengrenzen hinaus öffnete sich die Anlage in die weitere Umgebung. Die Wiederholung des Schloßgrundrisses im Terrassengrundriß (siehe Abb. 5 u. 6), die Einteilung der Terrasse in drei gleich große Plateaus und die Wiederholung der Terrassenmitte durch das Ovalbeet jenseits des Ufers machten die Anlage ausgewogen und überschaubar.

Der neue, rechteckige See maß 580 auf 340 Meter. Er war gewonnen worden durch die mühsame Aufschüttung eines Damms rund um den See, der die morastigen Randgebiete abschnitt, und durch Aushub der Innenfläche. Im Westen, Osten und Süden definierten Baumalleen und ein Hochwaldboskett die weite Seefläche als abgeschlossenen Raum, nur im Norden öffnete er sich in seiner ganzen Breite dem Schloß. De La Guèpière verzichtete auf die üblicherweise zwischengeschalteten Zierparterres, die Schloß und See getrennt hätten; Terrasse und Treppe vermittelten Architekturen und Wasser direkt. Die großzügigen, weiten Fenstertüren des dominanten Salon à manger, dem Mittelpunkt des Schlosses, machten es sinnfälliger: Der See-Raum erschloß sich dem Seehaus als imaginärer Fest-Raum. Die Proportionen des Goldenen Schnitts, die auch für die Maße des Sees festzustellen sind, verschmolzen beide zu einer harmonischen Einheit.

Die seitlichen kleineren Privaträume des Herzogs öffneten sich mit je zwei großen Türen den ihnen vorgelegten Orangengärten. Vom offiziellen Garten, spricht dem See, durch separierte Lage und Balustradeneinfassung deutlich getrennt, fungierten die Orangengärten als »giardini segreti«, als Privatgärten.

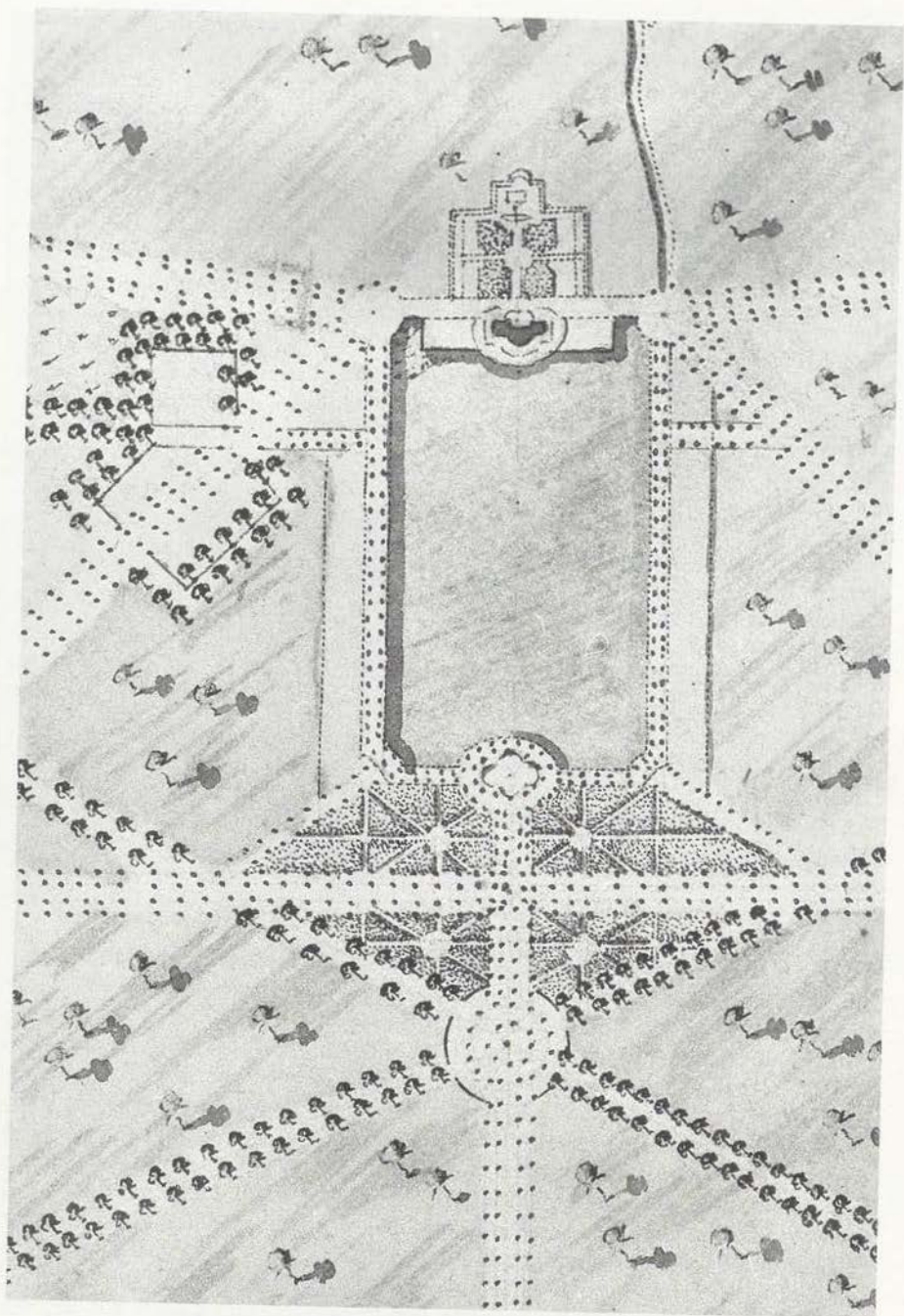


Abb.4: Karte von Ludwigsburg und Umgebung, 1760
(Universitätsbibliothek Stuttgart)

Das südliche Boskett, über den tief gelegenen See hinweg vis à vis dem Schloß gelegen, wiederholte das Motiv der »gebauten Schloßarchitektur«. Im Boskett nahmen Allein das Prinzip der systematischen Raumanlage des Schlosses auf: Die Hauptachse erschien als Doppelallee und war Symmetrieachse für die Gliederung des Bosketts. Die bequeme und direkte Verbindung der Schloßräume spiegelte sich im sternförmigen Wegesystem zwischen den Boskettäumen wieder. Hierbei dominierte wiederum die Chaussee nach Bietigheim, vergleichbar der durchgehenden Reihung der seezugewandten Schloßräume in einer Querachse, der Enfilade.

Nicht eine repräsentative Auffahrt, sondern eine seitliche Zufahrt entlang dem Garten führte an das Seehaus heran. Eine Rampe und eine Freitreppe vermittelte die nach innen schwingende Landseite des Schlosses mit dem Freien. Eine klassische Ehrenhofanlage bewußt verneinend, anstelle des offiziellen Charakters die private Atmosphäre suchend, gestaltete de La Guépière als Schauseite gegenüber dem Schloßeingang ein einfaches Gartenparterre.

Das Seehaus, auf der höchsten Terrassenstufe, überragte den ganzen Garten. Die seitlich tiefer gelegenen Orangengärten wirkten durch ihre Größe und ihre Nähe zum Schloß wie vorgelegte »grüne« Räume, frühe Beispiele von »Wintergärten«. Damit sie dem Herzog auch im Winter zur Verfügung standen, sollten die Bäume ganzjährig fest im Boden stehen. Durch bewegliche Glasdächer und eiserne Öfen, aufgestellt in den Ecken der Gärten, hätten sie in der kalten Jahreszeit vor Frost geschützt werden sollen.

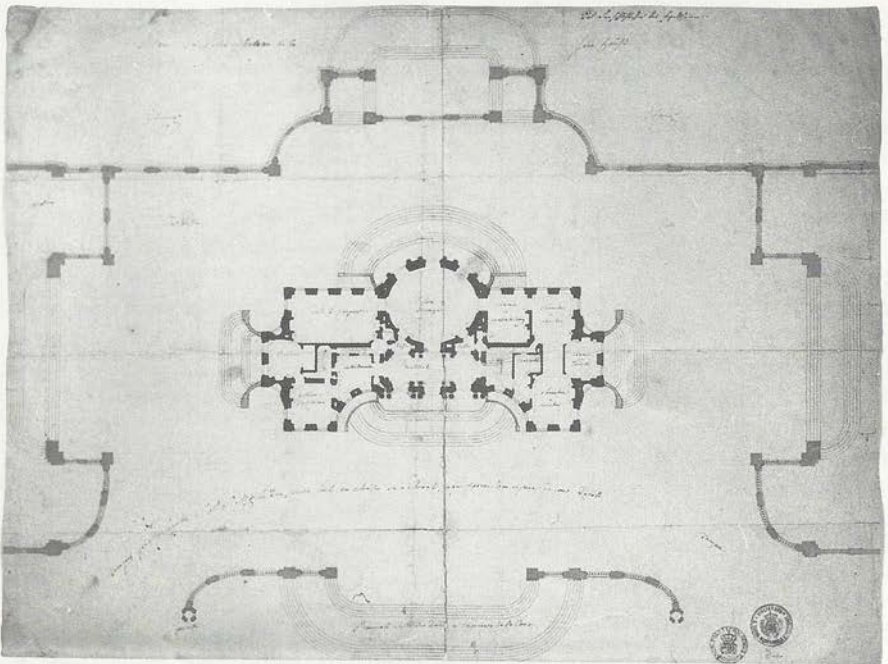


Abb. 5: Der Grundriß des Seehauses mit Terrasse, mit de La Guépières Beschriftung, um 1760 (Universitätsbibliothek Stuttgart)

Plan General des Seeschloss

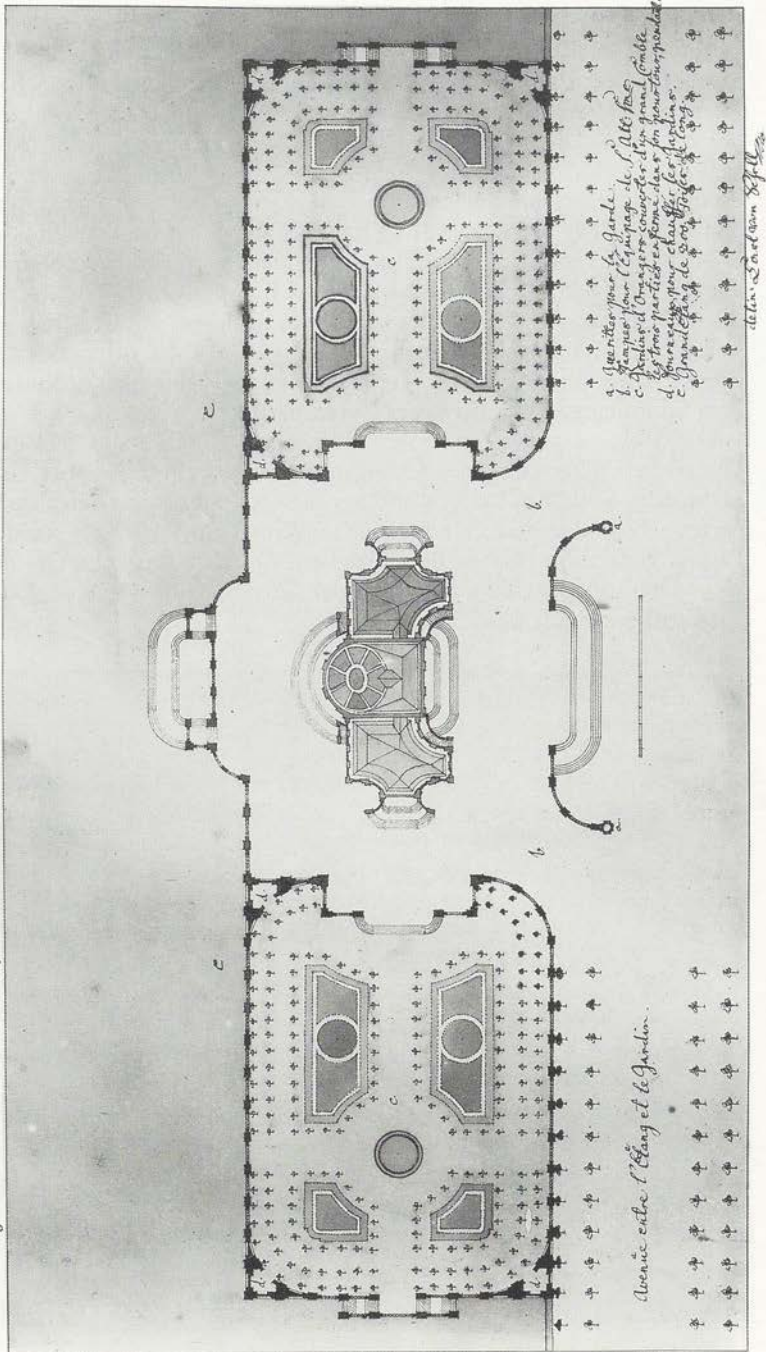


Abb. 6: Grundriß des Seeschlosses und seiner Orangengärten
(Vorlage Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Original zerstört)

Diese überaus originellen Gartenpartien kamen jedoch nie zur Vollendung. 1764 wurden die Arbeiten an der Seehausanlage eingestellt.

Etwa zeitgleich mit der Seehausanlage, 1755 bis 1770, errichtete der Architekt Nicolaus Pigage für Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz die Schloßanlage *Benrath* bei Düsseldorf. Bisher nur bekannt als Vorbild für den Schloßtypus des Seehauses, reicht die Verwandtschaft der beiden Anlagen tatsächlich weit darüber hinaus. Nicht nur die Raumaufteilung der Schlösser, die Fortsetzung der Innenräume durch Wasserstück und Privatgärten im Freien, die Konzeption der ganzen Anlage, ihre Unterordnung unter eine höhere verbindende Ordnung, kurz den »geometrischen Stil«, haben beide Anlagen gemeinsam.

Zeitliche und gestalterische Parallelen der Anlagen beruhen auf der gemeinsamen Schulung der beiden Architekten Pigage und de La Guèpière. Beide Architekten, Franzosen, waren in Paris ausgebildet worden. Vermutlich hatten sie, zumindest zeitweise, denselben Lehrer, den bereits erwähnten Gartentheoretiker Jacques François Blondel, der sie in die moderne französische Gartenkunst einwies. Beide wurden Mitte des 18. Jahrhunderts nach Deutschland in höfische Dienste gerufen, beide begannen, 1752 zum Oberbaudirektor ernannt, 1755 mit ihren Gartenschöpfungen. Die Gleichzeitigkeit der Bauvorhaben, verbunden mit ähnlichen lokalen Voraussetzungen – ein in die Anlage einzubeziehender Weiher – haben die Architekten sicher zum Gedankenaustausch angeregt. De La Guèpière und Pigage gehörten zur Generation der jungen Architekten, die außerhalb ihrer Landesgrenzen die französische Kunst konsequent vertraten und zu ihrer Verbreitung beitrugen.

Mit der Seehausanlage entstand eines der wenigen Beispiele modernster geometrischer Gartenkunst in Deutschland. So modern die Konzeption der Seehausanlage auch war, Herzog Karl Eugen ließ sie mit einer traditionellen barocken mythologischen Bedeutung erfüllen. Zwiespältig wie Herzog Karl Eugen – neuen Ideen aufgeschlossen, an den Gedanken der Väter festhaltend – waren auch seine Kunstschöpfungen.

Lassen wir zwei Zeitzeugen des Herzogs zu Worte kommen, die uns besser als jede moderne Interpretation seine Persönlichkeit vorführen können:

König Friedrich II von Preußen gab dem in jugendlichen Jahren zum Herzog erhobenen Karl Eugen folgende Ratschläge im sog. »Fürstenspiegel« mit auf den Weg zu zukünftigen Regierungsgeschäften:

»Denken Sie ja nicht, daß das Land Württemberg für Sie geschaffen worden ist, vielmehr, daß die Vorsehung Sie auf die Welt hat kommen lassen, um dieses Volk glücklich zu machen. Ziehen Sie immer dessen Wohlsein Ihrer eigenen Annehmlichkeit vor, und wenn Sie in Ihrem zarten Alter Ihre Wünsche dem Wohl Ihrer Untertanen opfern können, werden Sie nicht nur von diesen schwärmerisch geliebt, sondern auch von der Welt bewundert werden ...«¹⁰

Friedrich der Große wollte Karl Eugen als »ersten Diener seines Staates«, als aufgeklärten Absolutisten wirken sehen. Die zahllosen Ausschweifungen des Herzogs sprechen für sich und zeugen davon, wie wenig er die Ratschläge befolgte.

Casanova, einer der prominentesten Zeitgenossen des Herzogs, schilderte 1760 diese Launen:

»Zu jener Zeit war der Hof des Herzogs von Württemberg der glänzendste von ganz Europa ... Die großen Ausgaben des Herzogs bestanden in großzügigen Gehältern, prachtvollen Gebäuden, Jagdzügen und Verrücktheiten aller Art; ein Ver-

mögen kostete ihn jedoch das Theater. Es gab eine Französische Komödie, eine Komische Oper, eine italienische »Opera seria« und »Opera buffa«, und zehn Paare italienischer Tänzer ... Schon nach wenigen Tagen erkannte ich klar, daß der Fürst das alles nur tat, um von sich reden zu machen. Sein Wunsch war, man sollte von ihm sagen, kein Fürst seiner Zeit habe mehr Verstand oder mehr Geistesgaben als er, keiner verstehe es besser, Vergnügungen zu ersinnen und sie zu genießen, keiner regiere mit mehr Geschick, keiner genieße in so vollen Zügen alle Genüsse der Tafel, des Bacchus und der Venus, und das auf keinen Fall auf Kosten der Zeit, deren er für die Regierung seines Staates und zur Lenkung aller seiner Ministerien bedurfte, an deren Spitze er stehen wollte ... Sein Steckenpferd war das Regieren nach Art des Königs von Preußen, der sich über ihn stets lustig machte.«¹¹

Prachtliebe, Verschwendungssucht und Rücksichtslosigkeit waren die äußeren Zeichen für den ständigen Drang nach »divertissement« – Abwechslung. Als typischer Repräsentant des Rokokozeitalters spürte der Herzog die Veränderungen der Zeit und den sich anzeigenden Umbruch; barocke Lebensformen und der Rückzug von allem Pompösen in kleinere abgeschiedene Bereiche erhielten die Stilisierung des Hoflebens im alten barocken Sinne aufrecht. Auch die Anlage umliegender Filialschlösser, wie die Seehausanlage, ist Sympton dieses Rückzugsgedankens.

Modernste Gartenarchitektur stellte hier zukunftsweisend eine veränderte Repräsentationsaufgabe dar: Indem man seitlich in die Anlage geführt wurde, distanzierte sie sich von der strengen Etikette und den Staatsgeschäften, sie hatte einen privaten Charakter. Das Heranführen des Sees in der Funktion *als Garten* direkt an das Schloß, und damit der Verzicht auf ein repräsentatives überleitendes Parterre spiegelte den Wunsch wider, der Natur möglichst nahe zu sein.¹² In dieser Hinsicht war die Seehausanlage Ausdruck des neuen Lebensgefühls Mitte des 18. Jahrhunderts – ihre mythologische Bedeutung ist Ausdruck barocken fürstlichen Selbstverständnisses:

Die Sage von den goldenen Äpfeln der Hesperiden stellte seit der Renaissance ein beliebtes Gartenmotiv für Zitrusfrüchte dar, besonders für Orangen, und wurde im Hinblick auf die elfte Tat des Herkules gedeutet.

Die Hesperidensage erzählt von dem Hesperideneiland, das am äußersten westlichen Ende des antiken mythologischen Weltbildes lag, jenseits des großen Weltozeans. Die Hesperiden waren Nymphen, die in ihren Gärten goldene Äpfel von einem Drachen hüten ließen. Herkules gelang es, den Ozean zu überwinden, den Drachen zu besiegen und die Äpfel an sich zu nehmen.

Karl Eugen, der im Seehaus inmitten des Orangengartens residierte, hatte – bildlich gesehen – wie Herkules das allumfassende Wasser überwunden und fühlte sich als Beherrscher seines Gartens, zugleich als allegorischer Herrscher der Welt.

Der Orangengarten als Garten der Hesperiden und der See als Weltmeer waren Topoi, die in der Vorstellungswelt der barocken höfischen Gesellschaft ihren festen Platz hatten. Die Verbindung der mythologischen Sage mit der Person des Fürsten war eine rein assoziative, sie benötigte keine direkten Hinweise.

Daneben gibt es eine zweite Bedeutungsebene, die Hans Sedlmayr 1956 für die Versailler Anlage formulierte: Versailles sei im Gesamtzusammenhang als »Ort, wo die lebensspendende Sonne – Ludwig XIV – in den hesperidischen Gärten des ›Westens‹ von ihren Taten ausruht.«¹³ zu verstehen.

Es ist verblüffend, in welchem Maße die Seehausanlage auch dieser Interpreta-

tion entspricht: Ihre Lage im äußersten Nordwesten von Ludwigsburg, weit ab von der Residenzanlage und den Staatsgeschäften, verbunden mit der charakteristischen Insellage von Schloß und Orangengarten als Hesperidengarten, lassen die Seehausanlage assoziativ als Ruheort des württembergischen »Sonnenkönigs« Karl Eugen erscheinen.

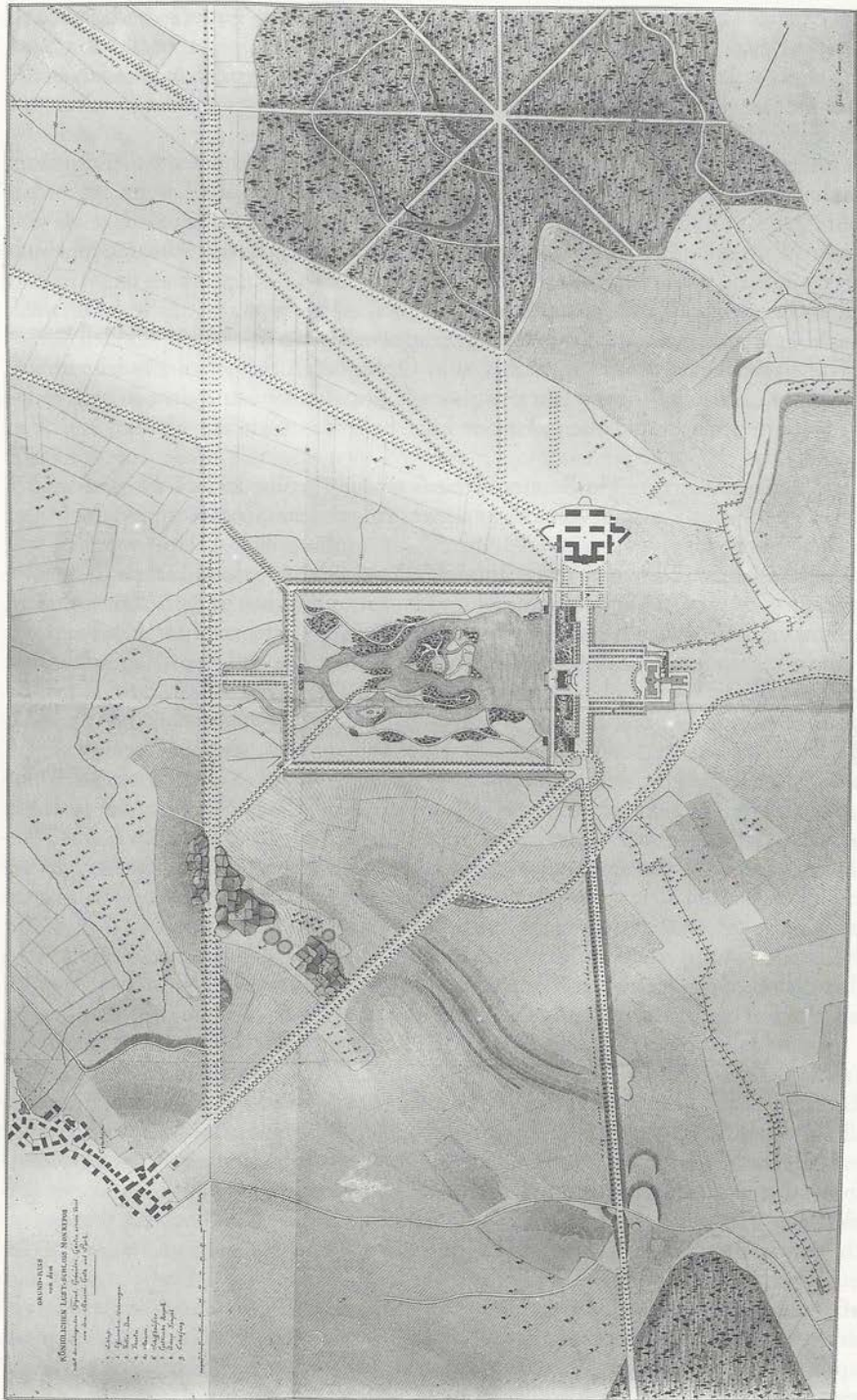
Herzog Karl Eugen, der die Darstellung seiner Person und seiner Fähigkeiten durch die Kunst suchte, hielt bewußt an solchen, eigentlich überlebten, Selbstdarstellungen fest – nur so war die assoziative Anspielung der Seehausanlage als Ort der Erprobung und Bewährung des Herkules im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts möglich.

Die Gestaltung der Seehausanlage war radikal in ihrem geometrischen Formwillen. Aber es sind immer die radikalen, kompromißlosen Konzepte, die den Veränderungen des Zeitgeschmacks zuerst zum Opfer fallen. Mit dem Eindringen des englischen, landschaftlichen Gartenstils nach Mitteleuropa und dem Rückzug des Herzogs ins privatere Leben erlischt sehr bald das Gefallen an der »Großen Form«.

Die Bauarbeiten am Eglosheimer Seehaus wurden größtenteils 1764 beendet. Im allgemeinen wurde bisher von einem darauf folgenden »Dornröschenschlaf« der Anlage gesprochen, der erst 1801 durch die umfangreichen Umbauten König Friedrichs I. beendet worden sei. Tatsächlich veranlaßte jedoch Herzog Karl Eugen 1774 verschiedene Veränderungen im Garten, die bisher nicht bekannt waren, sie sind leider nur durch Texte, nicht durch Pläne, zu belegen.¹⁴ Sie standen nicht mehr in Verbindung mit de La Guêpière, der 1768 wegen des fast völlig erlahmten Baubetriebes in Württemberg um seine Entlassung ersuchte.

Zunächst wurde ein »Seehausgut« erbaut, das Wohnungen für Gärtner und Major, sowie in seitlichen und rückwärtigen Gebäuden Raum zur Unterbringung von landwirtschaftlichen Geräten und Erzeugnissen bot. Die genaue Situation des Gutes ist leider nicht bekannt, die genannte Quelle gibt jedoch interessante Hinweise darauf: »das unfern Eglosheim angelegte Landguth, mit Anchluss des Schloß-Gebäudes und des vorwärts demselben liegenden Sees, auch des hinter demselben befindlichen Garten-Plazes, desgleichen der neu angelegten und besonder umzäunten Baumschul, und darunben erbauten Wohnhaus und Stallung.«¹⁵ Gemäß dieser Ortsbeschreibung ist als wahrscheinlicher Standort nur die verlängerte Schloßzufahrt zu rekonstruieren, die allein den oben beschriebenen engen Anschluß bot und gleichzeitig die bestehende Anlage nicht störte.

In einem Baurapport aus dem Jahr 1775 erstattet der mit dem Arbeitskommando betraute Hauptmann Schiller ausführlich Bericht über die Arbeiten im Garten: er stellte die Notwendigkeit dar »das ihm anvertraute Comando beträchtlich zu verstärken, wann durch solches nicht nur die gdgst resolvirte Anlaag einer Insel in der Mitte des großen Sees – sondern auch die Reinigung desselben überhaupt – und die ausführung des oberhalb liegenden Bassins hergestellt werden solle, weil es ansonsten eine lange zeit erfordern würde, bis solcher mit diesen Geschäften fertig werden könnte . . . Sodann den Umfang der Insel durch ein Geflecht von Waiden zwischen Eichene-, Weidene-, Erlene- und Pappelstotzen vor dem auseinandergehen des Seeschlams zu schützen, und disen auch hinter das geflecht anzustampfen, solches aber bestmöglich zu betreiben, damit die Waiden, Pappeln und Erlen, die in geschickter Abwechslung nebeneinander gesetzt werden müssen, in disem Jahr noch anwachsen und austreiben könnte . . .«¹⁶ Diese Insel



sollte die mittlerweile als Leere empfundene Weite des Sees brechen. Desweiteren ordnete der Herzog auch die »Ausfüllung der Fundamente neben dem Schloßle«¹⁷ an, womit nur die seitlichen Seebereiche neben der Terrasse gemeint sein können, um sie dem Ufer anzuschließen.

Die Beschäftigung mit dem englischen Landschaftsgarten Hohenheim, dem »Dörfle«, und eine Englandreise führten beim Herzog und seiner Lebensgefährtin Franziska zu dem Wunsch, den Charakter der Seehausanlage diesen neuen Ideen durch die Störung der geometrischen Seehausanlage zu nähern. Ein umfangreicher Umbau war vom Herzog offensichtlich nicht geplant, durch kleine Veränderungen sollte der Charakter der Anlage jedoch dem modernen Geschmack angeglichen werden. Das Landgut und die gleichzeitig neu angelegte Baumschule¹⁸ übertrugen neue Funktionen auf die Seehausanlage, beide entstanden aus dem landwirtschaftlichen und botanischen Interesse des Herzogs.

Erst in den achtziger Jahren verlor die Anlage für den Herzog völlig an Attraktivität und 1789 wurden sämtliche Figuren vom Seehaus nach Hohenheim transportiert. Im gleichen Jahr wurde auch die Verpachtung des Sees angekündigt.¹⁹ Hohenheim hatte letztlich das Interesse des Herzogs ganz auf sich gezogen.

Herzogliches Refugium und demokratischer Garten

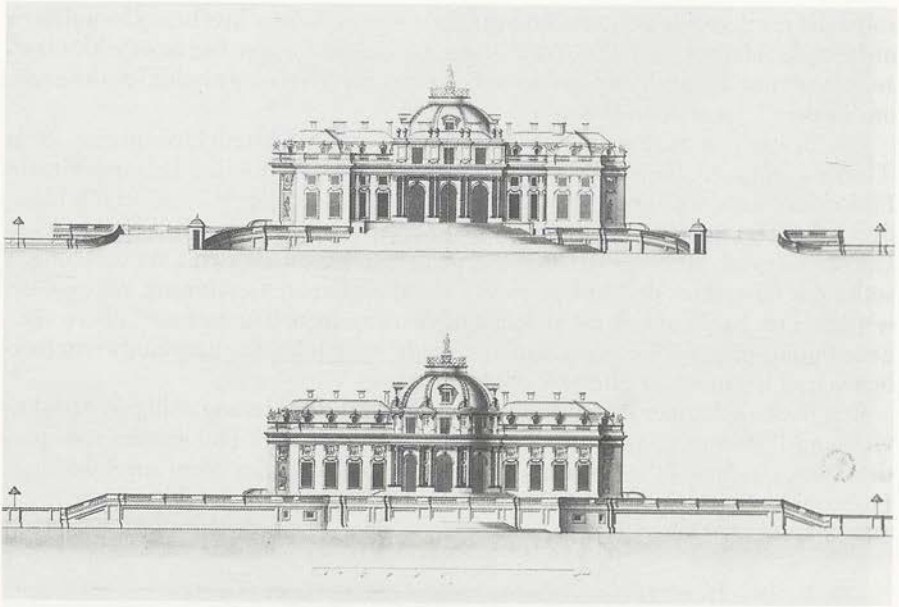
Zwischen 1801 und 1804, unter der Herrschaft Friedrichs II., dem nachmaligen König Friedrich I. von Württemberg, wurde die Anlage endgültig verlandschaftet.

König Friedrich I. hatte seit 1790 in Ludwigsburg gelebt, gegen den Willen seines Onkels Herzog Karl Eugen, mit dem er schon lange entzweit war. Jetzt, als Herzog, machte er Ludwigsburg neben Stuttgart zur zweiten Residenz. Das Herzogspaar gab Ludwigsburg sogar vor Stuttgart zeit lebens den Vorzug und erkor die Stadt zur Lieblingsresidenz. Wie Herzog Karl Eugen widmeten sie sich der Neugestaltung der Anlagen, ganz anders als dieser beschäftigte Friedrich II. Künstler aus Württemberg, so war sein Hofbaumeister Nikolaus Friedrich von Thouret, Sohn eines herzoglichen Kammerdieners und Zögling der Hohen Carlschule, ihm oblagen die Umbauten an der Seehausanlage.

König Friedrich I. ließ die von seinem Onkel geschaffenen Ludwigsburger Anlagen im Zuge des neuen Zeitgeschmacks um 1800 umgestalten. Die Gärten wurden im englischen Landschaftsstil angelegt und die Schloßräume im Empirestil dekoriert. Bei der Seehausanlage änderte sich die Konzeption des Gartens, die Außenarchitektur des Schlosses und seine Innendekoration grundlegend (vgl. Abb. 7 und 8); auch heute noch bestimmen diese Modernisierungen in großen Teilen das Erscheinungsbild der Anlage.

Nicolaus Thouret, ein klassizistischer Architekt, ließ den Wasserspiegel absenken und im Grund des ehemaligen Wasserbeckens unter Belassung dreier Inselkörper einen neuen See ausheben, dessen Uferverlauf noch weitgehend dem heutigen entspricht. Geschwungene Uferlinien, eine unregelmäßige Bepflanzung und Schlängelwege sollten den Eindruck des Natürlichen evozieren. Sentimentale Staffagebauten auf den Inseln, ein Amortempel und die ebenfalls im Hohenheimer

◁ *Abb. 7: Lageplan von Monrepos 1891
(Vorlage Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Original zerstört)*



*Abb.8: Landseite und Seeseite der Seehausanlage, 1789
(Universitätsbibliothek Stuttgart)*

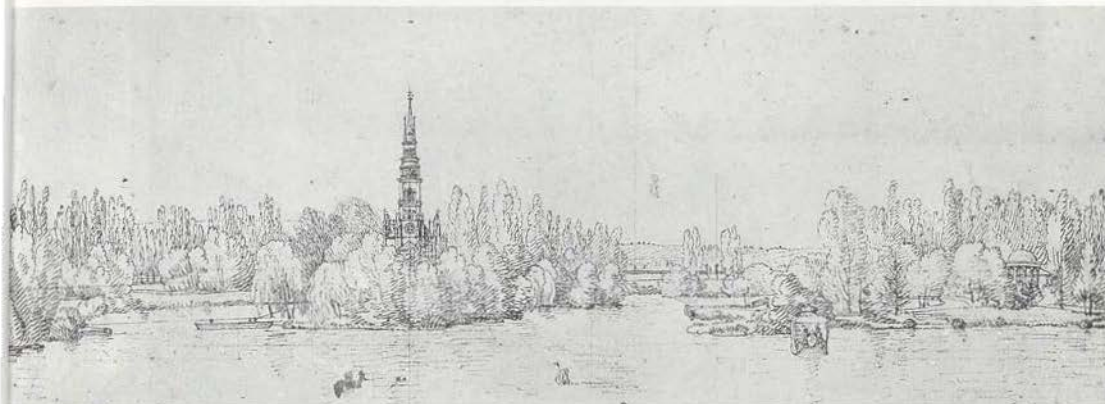
Park abgetragene und hierher verbrachte gotische Kapelle (siehe Abb. 9), ein unterirdisches Fehmergericht mit mechanischen Rittern, fungierten nicht nur als melancholisch-schaurige oder idyllische stimulantia modisch empfindsamer Gemüter, sie versinnbildlichten zugleich zwei vergangene Zeitalter, die im Schloß – als Gegenwart – einen Bezugspunkt am festen Ufer fanden. Es gibt dafür Parallelen in der Dichtung, die antike und mittelalterliche Stoffe wiederentdeckt, um darin die eigene Zeit, die Epoche der Klassik und Napoleons zu spiegeln, so beispielsweise bei Kleist.

Nachdem der Wasserspiegel gesenkt war, wurden am Schloß (vgl. Abb. 10) und seiner näheren Umgebung Veränderungen vorgenommen, die bis heute erhalten sind: Das Abtragen der Schloßterrasse und das Tieferlegen des Bodenniveaus veränderten das Erscheinungsbild des Schlosses völlig. Sein ehemaliges Kellergeschoß, das zuvor in der Terrasse versenkt war, erhob sich nun als Sockelgeschoß, wodurch die ursprünglich auf Ausgewogenheit konzipierten Proportionen des Gebäudes drastisch gelängt wurden. An den Schloßlängsseiten vorgelegte Arkadenunterbauten mit Umgang gestalteten das neue Geschoß nach außen architektonisch. Den südlichen Wohnräumen wurde dadurch wieder eine Terrasse vorgelegt. Die seitlichen Türen und die Türen der Schmalseiten, die ehemals in die Organengärten geführt hatten, blieben funktionslos und wurden deshalb zu Fenstern umgebaut.

Als die Umbauten 1804 vollständig abgeschlossen waren, gab Kurfürst Friedrich II. der Anlage den neuen Namen »Monrepos«, den sie bis heute trägt: »Seine Churfürstliche Durchlaucht ertheilen der Churfürstl. Bau- und Gartencommis-

sion den Befehl, den neu beygelegten Nahmen des Schlosses bei Eglosheim »Monrepos« mit großen Buchstaben von Mößing verfertigen und solche über dem Eingang des Schlosses innerhalb der Rampe und so, daß der ganze Fries damit ausgefüllt wird, einsetzen zu lassen.«²⁰

Der Garten und die Staffagearchitekturen schmückten viele weitere Details, die



*Abb. 9: Blick vom Schloß Monrepos auf die Inseln, um 1820
(Städtisches Museum Ludwigsburg)*

uns heute nur noch von zeitgenössischen Beschreibungen her bekannt sind. Die gotische Kapelle (siehe Abb. 11), die seit dem 2. Weltkrieg nur noch als Ruine existiert, hatte eine liebevoll gestaltete Innenausstattung: »Die Hauptfarbe ist ein abwechselndes liebliches Grau, auf dem sich die sorgfältig gewählten und fleißig bearbeiteten Ornamente vorzüglich ausnehmen. Aber nicht nur Farbe und Verzierung, sondern auch die Gerätschaften und alles, was notwendig angebracht werden mußte, ist unter einem Hauptgedanken so glücklich zusammengefaßt, daß der erste Eindruck schon eine ungeteilte Wirkung hervorbringt ... man verweilt bald an den Glasmosaiken, die die Wände verschönern, bald an den kleinen Bändern in den Friesen, bald bei der schmerzhaften Mutter auf dem Altar oder bei anderen Teilen. Ganz ungemein aber wird alles durch den außerordentlichen Effekt der Beleuchtung begünstigt. Die Fenster enthalten einen Schatz alter Glasmalerei, deren brennendes Farbenspiel durch ein nicht gewöhnliches Licht gleichsam einen magischen Zauber verbreitet.«²¹

Noch weniger ist über den Amortempel bekannt, von dem eine bisher unbekannt Quelle sagt, daß er ein »Tempel auf acht steinernen Säulen mit hölzerner Kuppel und Schieferbedeckung« mit dahinter befindlichen »Säälchen« war.²²

Trotz der vielen Details war die Ausstattung von Sparsamkeit geprägt: Herzog Friedrich II. hatte sich während seines militärischen Dienstes in Preußen (1774–1781) unter Friedrich dem Großen dessen aufgeklärt absolutistisch regierten Staat zum Ideal werden lassen. Sein Ziel war es, nach preußischem Vorbild ein straff organisiertes Staatswesen zu schaffen. Daneben mußte die Kulturpolitik zurücktreten. Die oben genannten Modernisierungen und eine große Hofhaltung

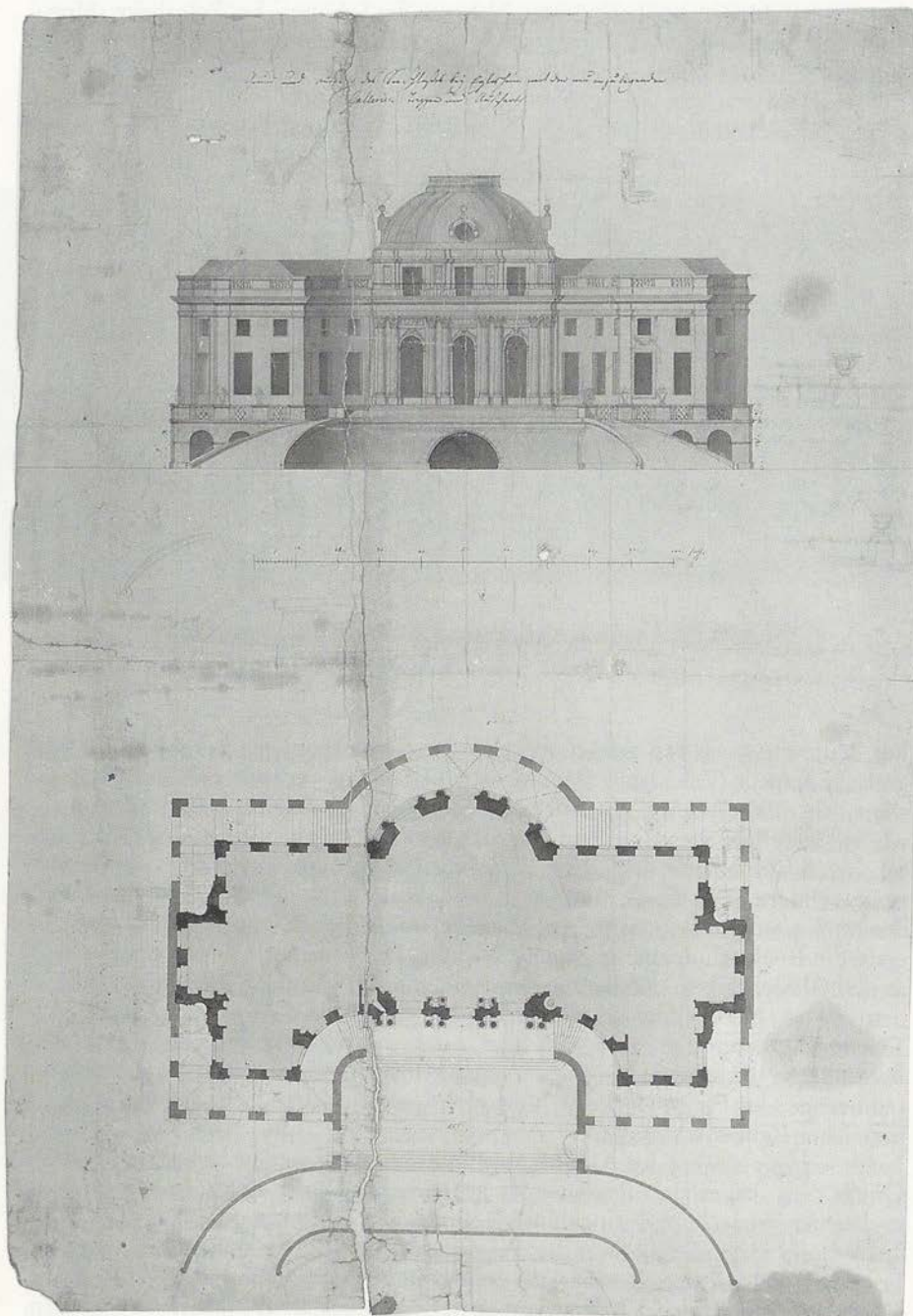
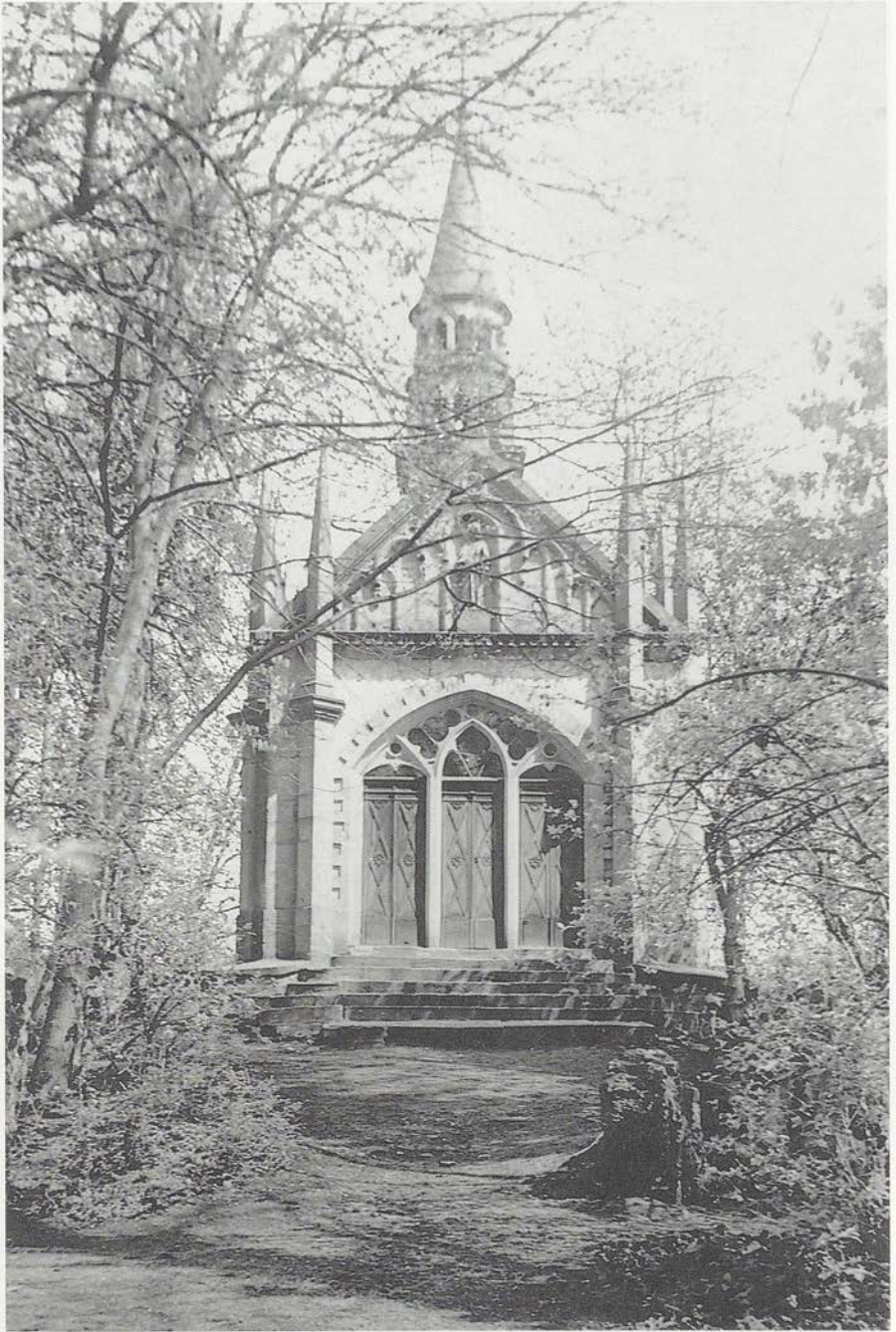


Abb. 10: Grund- und Aufriß von Schloß Monrepos
(Stadtarchiv Ludwigsburg)



*Abb. 11: Monrepos. Die Kapelle vor der Zerstörung im 2. Weltkrieg
(Stadtarchiv Ludwigsburg)*



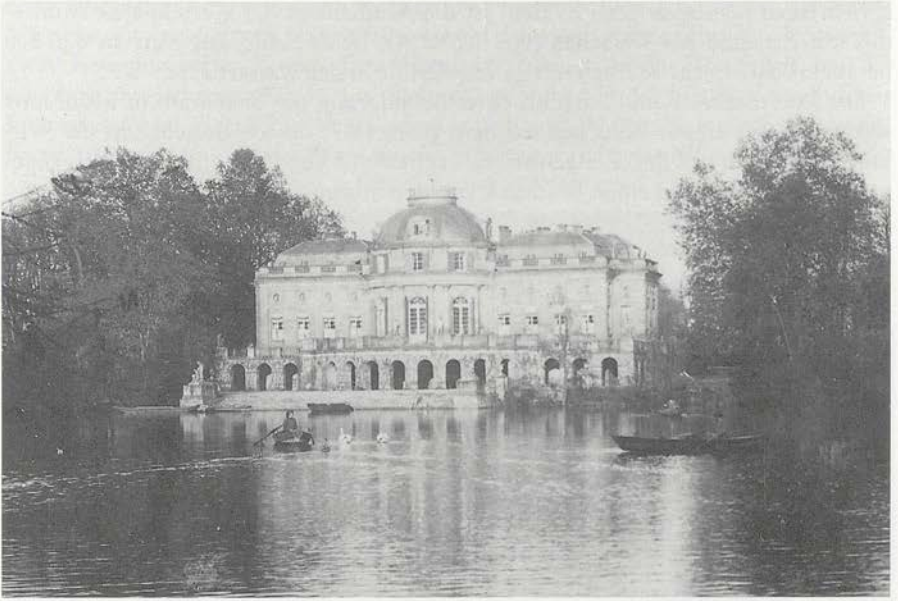
Hand u. Nat. 473 u. 474 u. C. O. Band

Stuttgart: Verlag des Königl. Hofverleihen-Buchhandlung

Abb. 12: Blick auf Kapelleninsel und Schloß Monrepos
(Städtisches Museum Ludwigsburg)

waren Teil des politischen Kalküls, denn Residenzen kam eine wichtige repräsentative Funktion zu und dienten bei Besuchen als Maßstab für den Fürsten. Friedrich, der immer als gleichwertiger Souverän neben den europäischen Großmächten bestehen wollte, versuchte auch in dieser Hinsicht solches zu erreichen. Bis zur Zeit ihrer Modernisierung waren die Ludwigsburger Gärten in völlig vernachlässigtem Zustand und noch im Stile Herzog Karl Eugens angelegt, deshalb sollten sie zügig umgestaltet werden. Keine der aufgestellten Staffagen wurde für Monrepos neu entworfen – mit größter Sparsamkeit sollten die Gärten schnell *à la mode* dekoriert werden.

Der See ist in Monrepos das zentrale Gartenmotiv. Schon durch seine außerordentliche Größe im Verhältnis zur Gesamtgartenfläche, dominiert er. Im See befanden sich die entscheidenden Gartenelemente – Monrepos war ein *Seegarten*. Für seine Erkundung standen immer mehrere aufwendig ausgestattete Gondeln zur Benutzung bereit. Sie waren reich verziert, eine von ihnen soll sogar schweres Geschütz getragen haben. Im Bootsverkehr sah man ein spezifisch natürliches und zugleich sentimentales Bewegungsmittel, er bot in der Variation der Szenen, der Fülle der Ausflugsziele und Überraschungen größte Abwechslung – die »Bilder« eines Gartens konnten in immer neuen Variationen erkundet werden (siehe Abb.12). Zu diesen Bildern gehörte auch die Spiegelung der Architektur im Wasser (siehe Abb. 13). Szenen dieser Art waren seit der Landschaftsarchitektur des 17. Jahrhunderts bekannt (z. B. Lorrain) und wurden von den Gartengestaltern gerne



*Abb. 13: Durch die ufernahe Lage von Schloß Monrepos
spiegelte es sich in ganzer Größe im See (Stadtarchiv Ludwigsburg)*



*Abb. 14: Blick auf Łazienki, bei Warschau
(Vorlage Marek Kwiatkowski, Łazienki und Belvedere, Warschau, 1986)*

als Vorlagen herangezogen. Evident ist die Ähnlichkeit der Gartenpartie Monrepos mit Łazienki bei Warschau (vgl. Abb. 14). Beide Schlösser, nahe an den See herangerückt, spiegeln sich mit ganzer Größe in der Wasserfläche.

Die interessanteste und ausführlichste Schilderung der Szenarien in Monrepos verdanken wir einem Besucher aus dem Jahre 1817, dessen Bericht uns die Wirkung der Bilder auf den Zeitgenossen vermittelt (Abb. 15 und die vorangegangenen Ansichten mögen einen Eindruck von den Stimmungen in Monrepos geben): »In einer der Gondeln, die an dem Ufer des Sees liegen, schiffte man sich zur Überfahrt auf die gegenüberliegende Kapellinsel ein. Die Fahrt ist angenehm, ein lieblicher Landungsplatz nimmt den Schiffenden auf, dunkelbeschattete Schlangen-



ANSICHT VON MONREPOS
des KOENIGS von WÜRTEMBERG



EIN LUSTSCHLOSS SEINER MAJESTÄT
des Königs von Württemberg bey Ludwigsburg

Abb. 15: Ansicht der Monrepos-Anlage von Südwesten gegen den See (Städtisches Museum Ludwigsburg)

wege führen ihn durch ein Tannenwäldchen den merkwürdigen, ganz von Menschenhänden aufgethürmten, Felsenberg zu der Kapelle hinauf. Auf dem Wege wird man durch eine ansehnliche Höhle, oder durch ein großes Gewölbe, überrascht, worin man einige Römische Altäre wahrnimmt, dann aber, indem man in ein zweytes dunkleres Gewölbe tritt, auf ein Mal erstaunt vor einer Versammlung von Rittern steht, die hier bey nächtlicher Weile um eine runde Tafel herumsitzen, und den Eintretenden verwundernd betrachten. Es sind 12 Tempelherrn, die eine geheime Sitzung halten, und unwillkürlich an ein geheimes Fehmgericht erin-

uern. Die Ritter sitzen in ihren weissen, mit einem rothen Kreuze bezeichneten, Mänteln mit entblößtem Haupte um die Tafel herum. Einer führt das Protocoll, zwey Knappen halten Wache. Ihre Rüstungen hängen an der Wand; auf dem Tische liegt das Schwert; Kreuz und Todtenkopf stehen in der Mitte; ein gelbliches Licht erleuchtet die Höhle; Alles erweckt Schauer. Man eilt, um wieder in das Freye zu kommen, und das Auge weidet sich nun mit desto größerer Lust an dem



*Abb. 16: Lucas Cranach, Judith und das Haupt des Holofernes
(Staatsgalerie Stuttgart)*

unbeschreiblich schönen Anblick, den es von der Höhe des Berges hat.

Die Kapelle, die auf dieser Höhe steht, ist in gothischem Geschmacke gebaut, und das Alterthum ist sehr täuschend darin ausgedrückt. Sowohl das Aeussere als das Innere, die Verzierung, die Gemälde, worunter sich ein Originalgemälde von Lucas Kranach (siehe Abb. 16) befindet, die alten, gemalten Fensterscheiben – Alles versetzt in die Zeiten der Väter zurück, und das Ehrwürdige des Alterthumes

mischt sich hier auf eine wunderbare Weise mit den Empfindungen der Andacht. In dem Hintergrunde der Kirche, hinter dem Chor, ist unter der Form eines Fußgestells, auf welchem eine Mutter Gottes sitzt, eine kleine Orgel angebracht. Hinter der Kapelle befindet sich die Eremitage, ein Hüttchen, in welchem ein Einsiedler seine stille Wohnung hat. Der Eintritt in dieselbe ist nicht wenig überraschend. So wie man nämlich die Thüre öffnet, wendet sich der alte Klausner, der hier in täuschender Nachbildung vor einem Buche sitzt, schnell gegen den Eintretenden um, betrachtet ihn mit ernstem Blicke, indem er die Brille abnimmt, und dreht sich dann, während die Thüre, welche den Mechanismus leitet, inzwischen zufällt, wieder gegen sein Tischchen zu seiner Betrachtung zurück. Die Einrichtung der Hütte ist, wie sie einem Einsiedler gebührt: ein Tischchen, ein kleiner, mit Muscheln gezielter Altar, ein Mooslager und ein Glockenseil, mit welchem er die Nachbarschaft zur Andacht ruft, ist die ganze Ausstattung.

Der Kapelle gegenüber liegt eine zweyte Insel, welche man wegen des darauf befindlichen Tempels gewöhnlich die Amorinsel nennt. Sie ist hauptsächlich durch den eben genannten, dem Amor geeigneten, Tempel merkwürdig, der sich auf derselben in dem Dickicht des Gehölzes befindet, und aus einer antiken, ruinenartigen Säulenrunde und einem, mit vielem Geschmack eingerichteten, Anbau besteht. In diesem Tempel ist ein Abguß von Danneckers herrlichem Amor (siehe Abb. 17), wovon das Marmorbild hierher bestimmt war, aufgestellt, und auf beyden Seiten stehen die lieblichen Kinder, wovon das eine ein Vogelnest, das andere einen zappelnden Vogel in der Hand hält. Ueber dem Bildnisse des Liebesgottes liest man auf schwarzem Marmor in goldener Schrift Voltaires berühmte Verse: »Mortel, quelque tu sois, vois ton maitre! Il l'est, le fut, ou doit l'être.« Die Insel erfreut sich übrigens einer äußerst anmutigen Natur, und erhält besonders durch die Nachbarschaft der Kapelle und ihrer Umgebung ungemein viel Anziehendes. Der König hält deßwegen hier auch manchmal unter einer einfachen Hütte Mit-²³

Das Wasser war in diesem Garten, der solcherart Antike, Mittelalter und Gegenwart umfaßte, das zugleich verbindende und Distanz schaffende Element. Es hatte innerhalb einer historisierenden Seelandschaft die symbolische Bedeutung der zeitlichen und räumlichen Unendlichkeit, die die Imagination des Besuchers in die Anschauung vergangener Menschheitsepochen entrückte, zugleich aber zur Gegenwart in Beziehung setzte und damit einen Begriff von Geschichte vermittelte.

Die schmale, langgestreckte Kapelleninsel wurde auf Wegen durch ein dunkles Tannenwäldchen durchwandert. Dunkle Felsenräume erschreckten den Besucher, der vor einer Tempelherrengemeinschaft im größten Raum erschauderte. Die unheimlichen Figuren saßen um einen runden Tisch und hielten Gericht. Den Felsen beherrschte die gotische Architektur, Sinnbild des nördlichen Europa.

Erst der weite Blick vom Felsen über den See befreite den Besucher von seinem Schrecken und lenkte seine Aufmerksamkeit zur Nachbarinsel und zum Schloß am Seeufer. Dort, auf der zweiten Insel, wurde eine ideale Antike durch den Amortempel dargestellt. Ihn umgab eine heitere, freundliche Vegetation; die Innenausstattung des Tempels zeigte zeitgenössische Kunstwerke, eine Plastik Danneckers und einen Sinnspruch Voltaires. Sie stellten Bezüge zur Gegenwart her.

Die enge geistige Verbindung, die man in der Aufklärung mit der klassischen Antike empfand, und die Abneigung gegen das Mittelalter erklärt die unter-

schiedliche Auffassungsweise. Viele weitere Details ergänzten diese Bilder.

Ein derartiges Gartenprogramm war zu seiner Zeit keine Seltenheit. Es fußt auf einem neuen Geschichtsbewußtsein und geht letztendlich auf den Park von Stourhead, Wiltshire zurück. In Deutschland ist Wörlitz (bei Dessau, Sachsen-Anhalt) das wohl prominenteste Beispiel.



*Abb. 17: Dannecker, Amorfigur
(Stadtarchiv Ludwigsburg)*

Monrepos weicht jedoch in zwei wesentlichen Punkten von den Gestaltungsprinzipien eines typischen Landschaftgartens ab. Es ist auffallend, daß bei der äußeren Gestaltung der Anlage nicht, wie in englischen Parks, die Verwischung der Gartengrenzen zur Umgebung gesucht, sondern die Umrissse des geometrischen

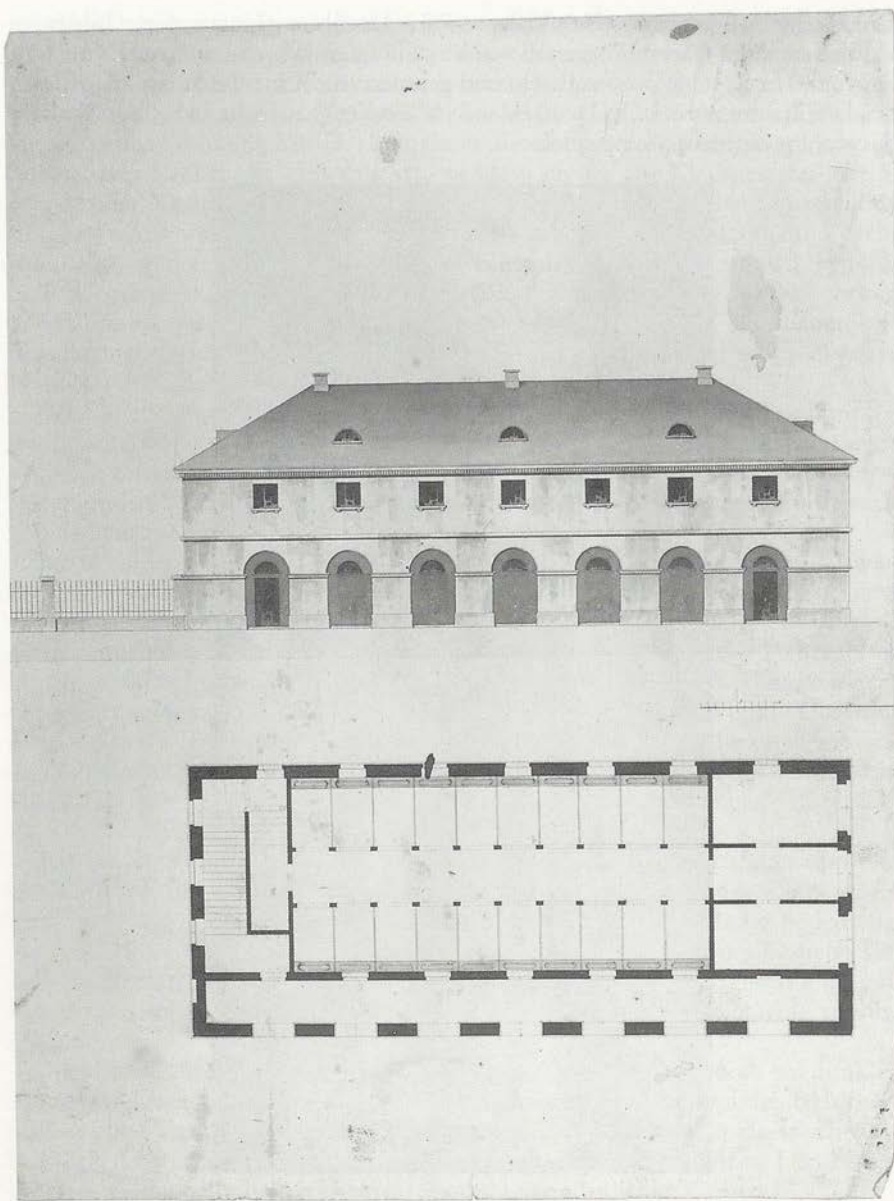


Abb. 18: Offiziantengebäude (Stadtarchiv Ludwigsburg)

Gartens durch die alten Umfassungsalen und den ehemaligen Uferdamm beibehalten wurden. Hatte ein Landschaftsgarten immer einen unregelmäßigen Grundriß, wurde in Monrepos der neue Garten in das vorhandene Rechteck des alten Wasserbassins eingepaßt. War der verlandschaftete, innere Bereich auf die Vorstel-

lung von Weite hin angelegt, assoziierte das Wasser Grenzenlosigkeit, so blieben in der regelmäßigen Einfassung doch Intimität und Abgeschlossenheit gewahrt und entsprachen dem Wunsch nach Zurückgezogenheit. Dieser Dualismus von geometrischem Umriß und landschaftlicher Füllung, von Nähe und Ferne, von Geschlossenheit und Offenheit führte zu spannungsreichen Gegensätzen und zeichnete den Garten als *Empiregarten*²⁴ aus, jenes Stils des Napoleonischen Zeitalters; die geometrische Idee de La Guèpières blieb das Eigentliche und das Besondere von Monrepos. Es ist interessant, daß sich dieser Grundsatz der Gestaltung durch die Moden hindurch erhalten konnte; wir erkennen ihn als das Wesentliche dieser Gartengeschichte.



*Monrepos. Fischbrunnen. Hgl. Schloss.
Diana mit Hund.
Jetzt zerstört. — Aufgenommen 1880.*

Abb. 19: Der Dianenbrunnen (Stadtarchiv Ludwigsburg)

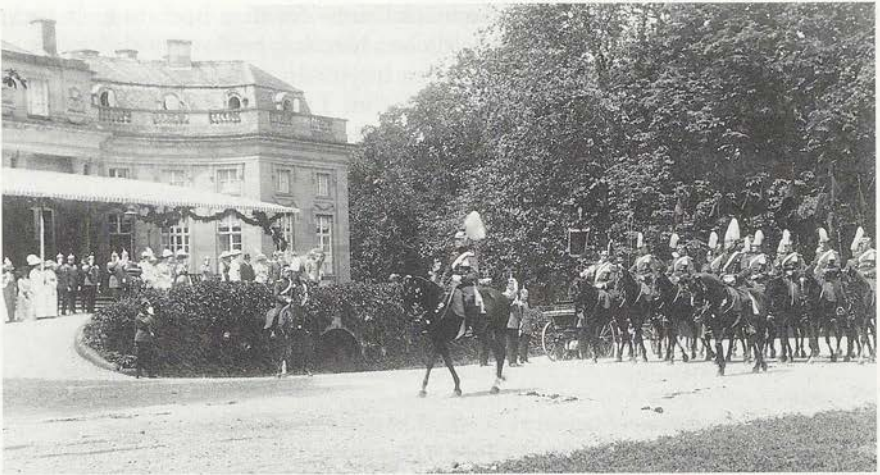
Die repräsentative Festlichkeit der Anlage Karl Eugens ging in der Veränderung des Sees selbstverständlich verloren, der Bezug von Schloß und See wurde intimer, stimmungsvoller, zugleich subjektiver. »Monrepos« – meine Ruhe – diesen privaten Namen, den wir jetzt benutzen, bezeichnete nicht mehr den Ort höfischer Selbstdarstellung, aber auch keinen Ort abgeschiedenen Fürstenrückzugs. Der Landschaftsgarten enthielt als Kunstform auch den aus der Aufklärung stammen-

den Gedanken der bürgerlichen Gleichberechtigung. König Friedrich erkannte diese immanente Forderung als Chance eines neuen Zusammenlebens. Er öffnete den Park seinen Untertanen und schuf damit als einer der ersten in Deutschland einen öffentlichen Erholungsraum, sozusagen einen frühen Vorläufer der Volksparks. Diese traditionsreiche Funktion des Gartens ist heute nicht mehr wegzudenken. Die vom Residenzschloß über Schloß Favorite nach Monrepos führende Allee war allein dem König vorbehalten. Die Bevölkerung, für die an bestimmten Tagen in der Woche der Garten geöffnet war, nahm den Weg über die Landstraße.

»Monrepos« – meine Ruhe – scheint sich König Friedrich erhofft zu haben, als er der Anlage diesen Namen gab. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch längst geplant, hier nicht nur Ruhe von den Staatsgeschäften zu finden, sondern gerade hier in einem eigens aufgestellten *Festinsbau* und anschließendem *Theater* Staatsgäste zu empfangen zu laden. Seitlich dieser Gebäude stand der Dianenbrunnen: Auf einem Podest stand eine Dianenfigur erhöht, zu ihren Füßen ein aufgerichteter Delphin, aus dessen Maul ein Wasserstrahl entsprang. Heute ist diese romantische Szenerie längst verschwunden (siehe Abb. 19). Diese Einrichtungen, einschließlich der Erbauung einer *Meierei* bis 1809 sprechen sowohl für die überdauernde Bedeutung der praktischen Nutzung wie für die neue Vielseitigkeit der Anlage: Durch die Neubauten Festinsgebäude und Theater trat die Funktion von Monrepos als intimer Rückzugsort zurück, es wurde in erster Linie Festraum. Die Gebäude ergänzten die Repräsentationsräume des Lustschlosses. Dort waren nur Festlichkeiten in kleinerem Rahmen möglich gewesen, jetzt konnten in Monrepos große Gesellschaften abgehalten werden. Das offiziellere Erscheinungsbild der Anlage wurde durch die ebenfalls neu geschaffenen Offiziantengebäude (siehe Abb. 18), seitlich das Schloß flankierend, unterstützt. Durch die Ideen des Landschaftsgartens wurde es schließlich sogar möglich, die eben genannten offiziell-repräsentativen Gebäude in nächste Nachbarschaft mit landwirtschaftlichen Nutzgebäuden (der Meierei) zu stellen.

Verfall und wirtschaftliche Nutzung

Spätere Veränderungen in Monrepos waren nurmehr die Folgen der Vernachlässigung, nicht mehr die eines schöpferischen Eingriffs. Als 1816 König Friedrich I. starb, wurde Monrepos Wittumsgut der Königin Charlotte Mathilde.²⁵ Schon in diesen Jahren begann der Verfall der Anlage: 1818 erfolgte der Abbruch des Festins- und Theaterbaus,²⁶ 1825 der teilweise Abbruch des Amortempels²⁷ – und als die Königinwitwe 1828 starb, ging Monrepos in Staatsbesitz über. Jedoch nur für kurze Zeit. Schon bald bestand Interesse, es wieder zu verkaufen, und König Wilhelm I. entschloß sich, es zu erwerben.²⁸ Um eine reelle Kaufsumme berechnen zu können, erfolgte noch im Jahr 1829 eine Werteinschätzung aller Gebäude und Einrichtungen der Anlage, aus der die sich durch die Zeiten wandelnde Einstellung gegenüber Kunstwerken herauszulesen ist: Dem Schloß wurde nach wie vor neben seinem materiellen auch ein künstlerischer Wert zuerkannt, es wurde »unter die schönsten Lustschlösser Deutschlands« gezählt. Der Wert aller anderen Baulichkeiten richtete sich allein nach ihrer Nutzungsmöglichkeit, so hieß es über die Kapelle, die noch vollständig stand, lediglich, daß »zu einem anderwärtigen Gebrauch so gar wenig davon verwerthet werden kann und der Kunstwerth verloren



*Abb. 20: Bankett und Parade vor Schloß Monrepos
(Stadtarchiv Ludwigsburg)*

geht.«²⁹ Der übrige Figuren- und Gemäldebestand wurde ausgeschlachtet, zum Glück finden sich heute einige Stücke in Staatsgalerie und Residenzschloß Ludwigsburg wieder.³⁰ Der letzte württembergische König Wilhelm II. nutzte die Anlage gemäß dem neuen militärischen Repräsentationsbedürfnis des Zeitalters, vorwiegend für Paraden und Empfänge (siehe Abb. 20 u. 21). Da man im 20. Jahrhun-



*Abb.21: König Wilhelm von Württemberg in Monrepos
(Stadtarchiv Ludwigsburg)*

dert die Bedeutung der ehemaligen Rechteckdämme des alten Beckens nicht mehr erkannte, gab man sie der landwirtschaftlichen Nutzung preis.

Wie auch immer wir zu den wechselnden Interessen der Vergangenheit stehen mögen: Entscheidend bleibt, daß Monrepos im Laufe seiner Geschichte zwei künstlerisch und damit kulturhistorisch herausragende Gestaltungen erfuhr, die nur hier und nur unter bestimmten Bedingungen möglich waren. Monrepos ist auf diese Weise ein Dokument württembergischer Geschichte.

Anmerkungen

- 1 Zusammenfassung meiner Magisterarbeit »Geschichte der Anlage Monrepos in Ludwigsburg«, entstanden an der Universität Stuttgart, Institut für Kunstgeschichte, bei Prof. Herwarth Röttgen
- 2 HStAS, A 248 Bü 1636
- 3 Zitat vgl. Text der Seekarte von Ramminger (Abb. 1)
- 4 Feischhauer, Werner, Barock im Herzogtum Württemberg, Stuttgart, 1958, S. 164
- 5 vgl. als weiterführende Literatur: Iris Lauterbach, Der französische Garten am Ende des Ancien Régime, Worms, 1987
- 6 als weiterführende Literatur siehe Hans Andreas Klaiber, Der württembergische Oberbaudirektor Philippe de La Guêpière, Stuttgart, 1959
- 7 zitiert nach Klaiber, S. 12
- 8 zitiert nach Klaiber, S. 81
- 9 zitiert nach Klaiber, S. 19
- 10 zitiert nach »Karl Eugen«, S. 37ff.
- 11 Zitat aus: Giacomo Casanova, Geschichte meines Lebens, Berlin, o. J., Band VI, S. 76ff.
- 12 Die bisherige Forschung irrte, als sie den Eglosheimer See fälschlicherweise als überdimensionales Wasserparterre bezeichnete.
- 13 Zitat aus: Sedlmayr, Hans, J.B. Fischer v. Erlach, Wien/München, 1956, S. 31
- 14 die Quellen dazu siehe HStAS, A 249 Bü 1465
- 15 Zitat siehe HStAS, A 248 Bü 1465, Nr. 27, 31. Januar 1777
- 16 Zitat HStAS, A 249 Bü 1465, Nro. 9, S. 2ff.
- 17 Zitat HStAS, A 249 Bü 1465, Nro. 9, S. 16. Durch eine solche Auffüllung sollte sicher auch die Trockenlegung des Schlosses erreicht werden, das durch seine Lage im Wasser ständiger Feuchtigkeit und dadurch entstehenden Schäden ausgesetzt war.
- 18 die neu angelegte Baumschule und benachbarte Remisenplätze lagen neben dem See, HStAS, A 249 Bü 1465
- 19 siehe HStAS, I 12
- 20 zitiert nach Hans Eugen, S. 34
- 21 zitiert nach Faerber, S. 39f. Die Glasmalereien müssen aber tatsächlich eine außergewöhnliche Wirkung gehabt haben, sie veranlaßten Goethe bei seiner Besichtigung der Kapelle noch in Hohenheim 1797 zu den »Bemerkungen über Glasmalerei«. Siehe Goethe, Werke, Weimar, 1887–1919, Bd. 34, I. Abt., S. 300ff.
- 22 Zitat HStAS, E 221 Bü 881
- 23 Zitat siehe Memminger, J. D. C., Stuttgart und Ludwigsburg mit ihren Umgebungen, Stuttgart/Tübingen, 1817, S. 446ff.
- 24 Der Begriff des Empire-Gartens wurde von Merten geprägt: Der Empire-Garten als Landschaftsgarten, gegliedert und umrahmt durch breite, lange Achsen. Siehe Berger-Fix, Merten, Gärten der Herzöge von Württemberg im 18. Jh., Worms, 1981
- 25 StAL, F 1/66 Bü 136
- 26 StAL, F 1/66 Bü 137

- 27 HStAS, E 221, Bü 1647. Dort heißt es: »die unterzeichnende Stelle glaubte bey diesem bedeutenden Aufwand die Wiederherstellung nicht verordnen zu können ... da ohnehin von demselben selten Gebrauch gemacht wurde.«
- 28 HStAS, E 221, Bü 881. Seitdem ist Monrepos in Besitz des Hauses Württemberg
- 29 Zitate siehe HStAS, E 221, Bü 881
- 30 Hinweise aus dem 19. Jh. über den Verbleib verschiedener Ausstattungsgegenstände aus Monrepos führen zu dem Ergebnis, daß der Garten im Detail noch reicher ausgestattet war, als durch die Beschreibungen bekannt war: Dazu gehören zum Beispiel eine Reihe von Standbildern und eine Bronzefigur, einen Deutschmeister, darstellend.

Literatur

- Eugen, Hans, Monrepos. Baugeschichte eines Lustschlosses, Stuttgart, 1953
- Faerber, Paul, Nikolaus Friedrich von Thouret. Ein Baumeister des Klassizismus, Stuttgart, 1949
- Gärten der Herzöge von Württemberg im 19. Jh., Ausstellungskatalog, Ludwigsburg/Worms, 1981
- Hallbaum, Franz, Der Landschaftsgarten. Sein Entstehen und seine Einführung in Deutschland durch Friedrich Ludwig von Schell, 1750–1823, München, 1927
- Klaiber, Hans Andreas, Der württembergische Oberbaudirektor Philippe de La Guépière. Ein Beitrag zur Kunstgeschichte der Architektur am Ende des Spätbarock, Stuttgart, 1959
- Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons. Ausstellungskatalog, Stuttgart, 1987
- Paret, Oskar, Ludwigsburg und das Land um den Asperg. Ein Heimatbuch für den Bezirk Ludwigsburg, Stuttgart, 1934
- Buttlar, Adrian von, Der Landschaftsgarten, München, 1980
- Gothein, Marie Louise, Geschichte der Gartenarchitektur, 2 Bde, Jena, 1926
- Herzog Karl Eugen von Württemberg und seine Zeit, Hrsg. Württ., Geschichts- und Altertumsverein, 2 Bde., Esslingen, 1907–09

Zur Geschichte des Festin- und Theaterbaus beim Seeschloß Monrepos

von Norbert Stein

Wenn man heute auf der Hauptallee in nordwestlicher Richtung das Seeschloß Monrepos auf seiner Landseite passiert, gewahrt man in Höhe des Schlosses auf genau gegenüberliegender Seite am Ende einer von zwei flankierenden Baumalleen eingefassten Rasenfläche ein leicht erhöhtes Plateau, das durch zwei noch erkennbare Auffahrtrampen an die Alleen angebunden ist. Hier haben sich für nur wenige Jahre ein Festin- und ein Theaterbau befunden, über deren Erbauung, Aussehen, Nutzung und Abriß bislang nur spärliche Nachrichten bekannt waren. Die Tatsache, daß es dem Stadtarchiv Ludwigsburg im Jahre 1990 gelang, den Architektennachlaß Fritz Baumgärtner zu erwerben, worin sich Risse und Pläne sowohl des Festin- als auch des Theaterbaus aus der Hand des württembergischen Hofbaumeisters Nikolaus von Thouret (1767–1845) befinden,¹ wie auch der Umstand, daß im selben Zeitraume wichtige schriftliche Unterlagen über den Abriß beider Bauwerke und die Weiterverwendung bzw. -verwertung der Baumaterialien an entlegener Stelle im Staatsarchiv Ludwigsburg ermittelt werden konnten,² mögen hinreichend rechtfertigen, diesen bisher nur wenig beachteten Baukomplex einmal in separater Betrachtung vorzustellen und seiner Geschichte nachzugehen.

In den Jahren 1801 bis 1804 hatte Herzog (seit 1803: Kurfürst) Friedrich das bereits unter Herzog Carl Eugen nach Entwürfen Philippe de la Guèpières begonnene Seeschloßchen bei Eglosheim durch Thouret gänzlich umgestalten lassen und ihm den Namen »Monrepos« verliehen.³ Nachdem die Hauptarbeiten am Schlosse wie auch an der gesamten Gartenanlage weitgehend abgeschlossen waren, entschloß sich Friedrich im Spätherbst des Jahres 1804, außer der schon im Bau befindlichen Meierei ein weiteres Gebäude aufführen zu lassen, das sich für Festivitäten verschiedenster Art – auch wohl für Theateraufführungen – eignen könnte. Aus Gründen der Ersparnis dachte er dabei nicht an einen Originalbau, sondern an die Wiedererrichtung eines andernorts abzureißenden Gebäudes, nämlich des im Sommer 1763 errichteten Theaters beim Jagdschloß Grafeneck auf der Schwäbischen Alb. Er änderte indessen bald seine Absicht, da ihm das ebenfalls um 1763 begonnene Lustschloß Einsiedel bei Tübingen, dessen Ausbau Ende der 1770er Jahre eingestellt worden war, für seine Zwecke geeigneter schien. Seinem Staatsminister, Ernst Levin Graf von Wintzingeroda, machte er hiervon am 23. November 1804 wie folgt Mitteilung: »[...] Da die Absichten, welche Ich mit dem Schauspielhause zu Graveneck hatte, durch das neue, noch nicht ausgebaute Schloß auf dem Einsiedel besser und vollständiger erreicht werden können, so habe Ich Mich entschlossen, statt dieses Komödienhauses, das besagte Schloß auf dem Einsiedel abbrechen und nach Eglosheim transportieren zu lassen. Ich habe daher bereits schon dem Oberschloßhauptmann von Kniestedt wegen der Besorgung des Abbruchs, und der Rentkammer wegen der Berichtigung der Kosten desselben und wegen Anordnung des Transports das Nöthige aufgegeben [...]«⁴

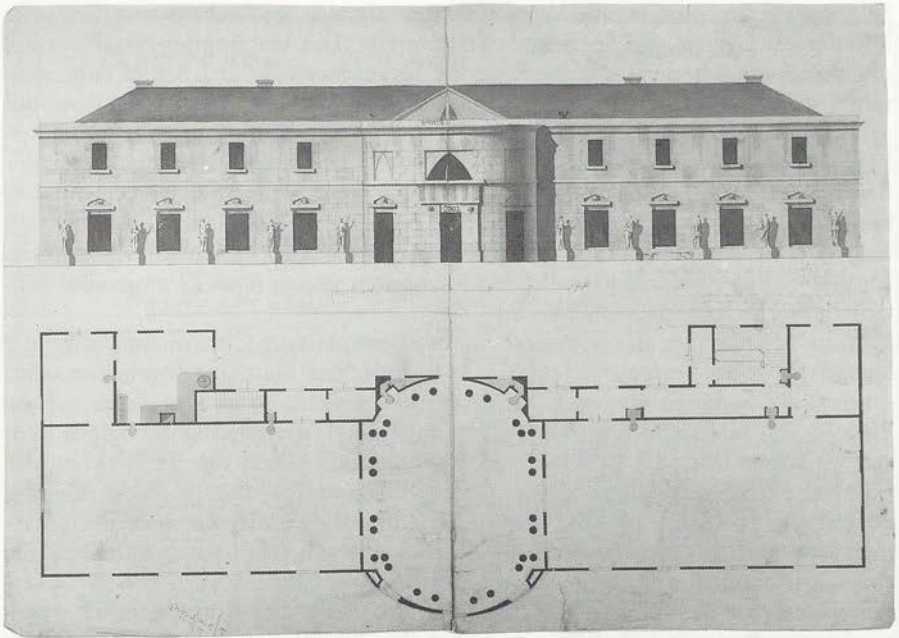
Unter Zuhilfenahme eines Unteroffiziers mit sechs Soldaten wurden nun in den folgenden Wintermonaten die Abbrucharbeiten vorgenommen und die verwertba-

ren Baumaterialien (Bauholz, Steinquadern, Schwellen, Lamperien u. ä.) auf Schlitten nach Eglosheim transportiert.⁵ Der Ballier Engel zu Hohenheim wurde angewiesen, Quadersteine, die in Hohenheim offen herumlagerten und dort nicht gebraucht würden, zusammenzusuchen und durch die kurfürstliche Bauverwaltung ebenfalls nach Monrepos transportieren zu lassen.⁶ Da beim veränderten Wiederaufbau in Monrepos das ursprüngliche Mansardgeschoß der Seitenflügel zu einem Vollgeschoß hochgezogen, dieses mit dem oberen Teil des alten Dachstuhls überdeckt, und die Hochkuppel über dem Mittelsaal zugunsten einer durchgängigen Firstlinie aufgegeben wurde, waren gezimmerte Langhölzer erforderlich, die der mit dem Bau beauftragte Hofbaumeister Thouret aus dem 1803 zum Abbruch bestimmten Schiffshaus am Bärensee herausziehen ließ.⁷ Aus den verschiedenen Pavillons der Hohenheimer Gartenanlage, vornehmlich aus dem »Englischen Dörfle«, wurden für den Innenausbau erforderliche Materialien wie etwa Parkettfußböden, eiserne Öfen und Skulpturen (wohl von Dannecker und Scheffauer) ausgesucht und nach Eglosheim verbracht, wobei sich Kurfürst Friedrich an der Ermittlung geeigneten Materials persönlich beteiligte.

Der wohl im Hochsommer 1805 zum Abschluß gekommene Wiederaufbau im Park von Monrepos dürfte weitgehend die alten Maße von Einsiedel übernommen haben. Die wesentlichen Änderungen – neben der bereits erwähnten Variation des Dachgeschosses – bestanden in einer um die Hälfte verringerten Fensterfolge und einer Neuordnung der Räume. Während die großen Säle im Erdgeschoß der beiden Seitenflügel neu geschaffen wurden, wodurch allerdings deren Ausdehnung in keiner gesunden Proportion zu der nunmehr als zu niedrig empfundenen Geschoßhöhe mehr stand,⁸ beließ man dem Mittelsaal zwar seine doppelgeschossige Höhe, drehte ihn aber aus einem ursprünglichen Queroval (in Einsiedel) in eine längsovale Anordnung.

Von dem so entstandenen Bau liegen ein bisher schon im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrter Grundriß des Erdgeschosses (sicher nach 1808 entstanden)⁹ sowie ein weiterer, um 1805 entstandener Grundriß, der aber die Verbindung zum später entstandenen Theaterbau noch nicht zeigt, in der jetzt im Stadtarchiv Ludwigsburg verwahrten Sammlung Baumgärtner¹⁰ vor. Auf demselben Blatte findet sich eine detaillierte Außenansicht der Vorderfront (wohl von der Hand Thourets), die dem wirklichen Aussehen des später als Reithaus an anderer Stelle und in anderer Form wiedererrichteten Gebäudes wesentlich besser entspricht als die um 1810 geschaffene Umrißradierung von Friedrich Weber,¹¹ welche den Bau viel klobiger, höher und dabei erheblich weniger breit erscheinen läßt, als er in Wirklichkeit war. Nach den (allerdings z. T. widersprüchlichen) Maßangaben hat er den 33,60 m langen Schloßbau um etwa das Doppelte übertroffen. Ein im Original verlorener Lageplan »Grundriß von dem Königlichen Lustschloß Monrepos nebst der umliegenden Gegend ...«, von August Gottlieb Loew (1758–1833) sicher zwischen 1809 und 1818 gezeichnet,¹² der zugleich als Vorlage für die von Oscar Paret gezeichnete Rekonstruktion diente,¹³ zeigt die Relation zu und innerhalb der Gesamtanlage sehr viel deutlicher.

Zwei textliche Beschreibungen, die wir hier im Zuge unserer Baubetrachtung folgen lassen wollen, entstammen der Feder des bekannten Heutingsheimer Pfarrers Johann Friedrich Christmann¹⁴ im »Königlich württembergischen Hof- und Staats-Kalender« (1811) sowie Johann David Georg Memmingers, der die Anlagen um 1816 besucht hatte. Christmann notierte: »Vis-à-vis von dem Schloße gegen



Erdgeschoß-Grundriß und Vorderfront des Festinbaus zu Monrepos, undatiert [1805], wohl von Nikolaus von Thouret.

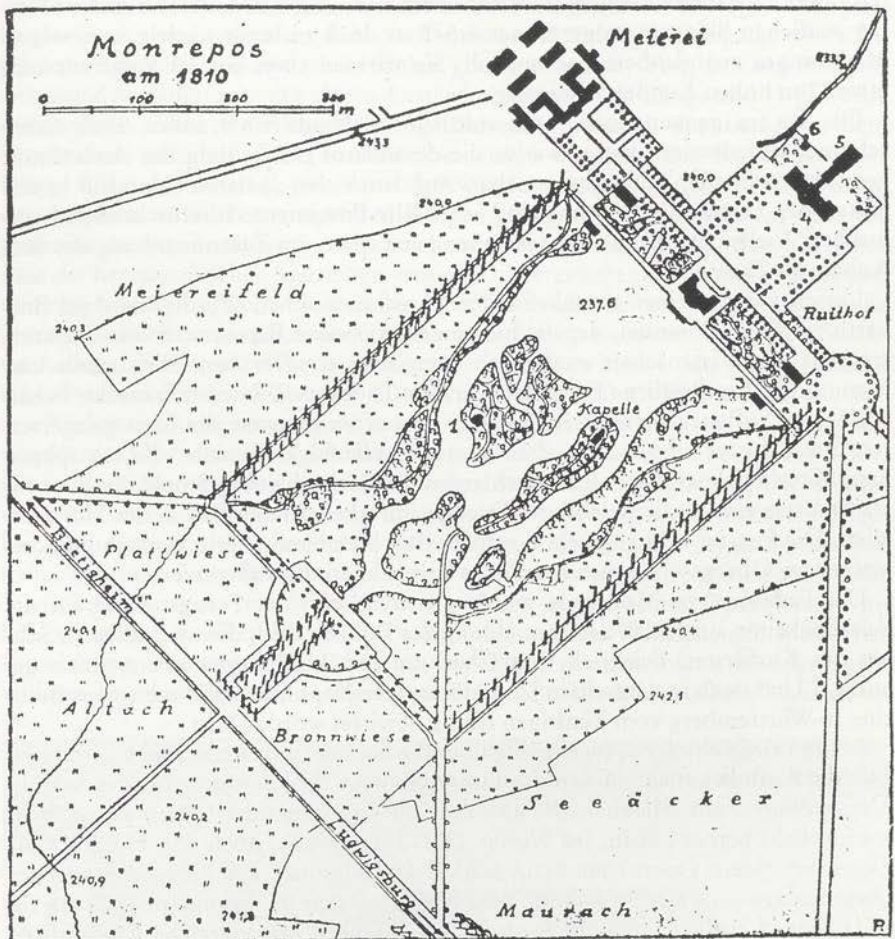
Morgen steht auf einem erhöhten Terrain das Festingebäude, das eine Länge von 276 rheinl. Schuhen hat. Parterre sind drey in einander laufende Säle, welche die ganze Länge des Gebäudes ausmachen und wovon der zur Rechten zu einem Tanzsaale, der zur Linken zu einem Speisesaale, der mittlere runde und gewölbte Saal aber für die Assemblée des Hofes bestimmt ist. Dieser zeichnet sich durch eine ansehnliche Höhe, aus welcher das Licht durch bemalte Fenster von oben herabfällt, überhaupt durch sein gothisches Ansehen und seine übrigen Verzierungen auf eine wirklich erhabene Art vor den beyden andern aus. Rings um seine Wand herum sind Säulen mit versenkten Füßen angebracht, zwischen welchen Gruppen von Opferpriesterinnen mit Candelabern stehen. Die Arabesken in der Wölbung und an den Decken der andern Säle machen einen imposanten Effekt und Niemand wird sie wohl betrachten können, ohne den Verdiensten Thouret's den schuldigen Beyfall zu zollen. Zur Retirade der königlichen Familie befindet sich an jedem der äußern Säle ein einfaches mit ostindischem Ziz ausgeschlagenes Zimmer. Die obere Etage enthält eine Enfilade von sechzehn Zimmern und eine Säulenhalle verbindet mit diesem Gebäude das hinter demselben neu errichtete Schauspielhaus.«¹⁵

Die Beschreibung Memmingers weicht von derjenigen Christmanns nur unwesentlich ab: »Rückwärts von dem Schlosse, und mit demselben durch zwey Alleen verbunden, liegt das Festingebäude, das wie Alles, was wir nun noch zu betrachten haben, sein Daseyn gänzlich dem König dankt. Es dient, wie sein Name ausweist, zu großen Festen, und hat in einer Länge von 275 Fuß zu ebener Erde drey

Säle, wovon der mittlere zum Versammlungssaale, der zur Rechten zum Tanzsaale und der zur Linken zum Speisesaale bestimmt ist. Der Versammlungssaal ist rund und mit einem schönen Gewölbe bedeckt, das auf freystehenden Säulen ruht, zwischen welchen Opferpriesterinnen mit Candelabern stehen. Die Verhältnisse sind groß, die Verzierungen in egyptischem Geschmack, und die gemalten Glasscheiben, ein Werk des Zinngießers Bühler in Urach, der als einer der Wiedererfinder der verlorenen Kunst der Glasmalerey betrachtet werden kann, machen eine besondere Wirkung. Die beyden Seitensäle sind ungefähr in demselben Geschmack gebaut, wie der Hauptsaal, aber wegen der über denselben hinlaufenden Zimmern für ihre Größe etwas niedrig. Auf den Rückseiten stoßen noch Zimmer zum Aufenthalt für die Königliche Familie an.«¹⁶

Wenn Memminger, der ja weitgehend der Beschreibung Christmanns folgt, die Verzierungen des Versammlungssaales in ägyptischem Geschmack gehalten sieht, Christmann indessen von gotischem Aussehen spricht, so ist dies sicher auf die auch in den bildlichen Darstellungen sichtbaren eigenartigen spitzbogigen Fensteröffnungen im sonst antikisierenden Kuppelrund sowie auf die Wirkung der buntbemalten Glasscheiben Johann Georg Böhlers (1761–1823) zurückzuführen, der ja bereits im Jahre 1804 die Glasmalereien für die Fenster der vom Hohenheimer Park nach Monrepos versetzten Inselkapelle geliefert hatte.¹⁷ Die Tatsache, daß Christmann von »Säulen mit versenkten Füßen« spricht, mag sich daraus erklären, daß der Bau – wie wir jetzt aus den Akten wissen¹⁸ – offensichtlich in seiner ganzen Breite unterkellert war. Die Anbindung dieses Kellers wie auch des oberen Stockwerkes erfolgte – wie die Grundrisse zeigen – auf der rechten, südöstlich ausgerichteten Seite durch ein relativ geräumiges Treppenhaus, welches auf der anderen Seite mit der Küche für den Speisesaal korrespondierte, sowie durch eine zweite, kleinere Treppe von einem Nebengemach des linken Flügels aus. Wie nun die Räumlichkeiten im oberen Stockwerk aussahen, ist nicht mehr ersichtlich. Da indes von einer Galerie im zweigeschossigen Mittelsaal nirgendwo die Rede ist, darf man wohl davon ausgehen, daß oben zwei nicht miteinander verbundene Zimmerfluchten von jeweils 8, wahrscheinlich axial zugeordneten Zimmern eingerichtet waren. Hierfür sprächen sowohl die Anordnung der Fenster als auch das Vorhandensein zweier Treppen.

Christmann und Memminger irren jedoch in einem Punkte ganz beträchtlich, nämlich in den von ihnen angegebenen Längenmaßen von 276 rhein[ländischen] Schuhen bzw. 275 Fuß. Dies entspräche einer Gesamtlänge von ca. 79 m, dem allein schon der recht exakte Lageplan Loews entgegenstände. Der bisher bekannte Grundriß im Hauptstaatsarchiv Stuttgart entspricht einer Länge von 207 Schuh, der jetzt aus der Sammlung Baumgärtner bekannte einer Länge von 215 Schuh, wobei allerdings ausdrücklich bereits von den Maßen des Reithauses die Rede ist – eine Eintragung, die nicht vor Ende 1818 anlässlich des beabsichtigten Abbruchs erfolgt sein kann.¹⁹ Eine neu aufgefundene schriftliche Quelle nennt nun 205 Schuh, wohl als Ergebnis einer Neuvermessung, die im Zusammenhang mit dem Abbruch des Gebäudes im Spätjahr 1818 erfolgte.²⁰ Man darf also mit einiger Sicherheit von einer Gesamtlänge von etwa 58–60 m ausgehen. Daß die Breite des Gebäudes in der letzteren Quelle von den Grundrißbefunden (– die allerdings leicht variieren –) erheblich abweicht, hängt offensichtlich damit zusammen, daß man die in den Ecken nach hinten abgewinkelten Gebäudeteile nicht mitberechnete, weil man sie – zunächst jedenfalls – nicht wiederzuverwenden beabsichtigte.



Monrepos um 1810. Rekonstruierter Grundriß der Gesamtanlage mit Festinbau (4) und Theaterbau (5) im Nordosten von Oscar Paret.

Die Gesamtbreite mit den Eckbauten dürfte demzufolge bei ca. 18 m, die Breite des Hauptgebäudes bei etwa 12,5–13 m gelegen haben.²¹ Für die Höhe des Gebäudes gibt es nur eine verlässliche Quelle: Es ist der wohl von Thourets eigener Hand stammende Plan für den Ludwigsburger Hofwerkmeister Johann Heinrich Baumgärtner (1763–1832), der mit den örtlichen Arbeiten – es handelte sich ja um Fachwerkbauweise mit anschließendem Verputz – betraut war.²² Hier sind Vorderfront und Grundriß des Festinbaus im gleichen Maßstabe gegenübergestellt. Wenn wir aber die Beschriftung und die Maßangabe von 24 Schuh für die Höhe zugrundelegen und nachmessen, gelangen wir nur bis in Höhe des 1. Stockwerkes. Die volle Höhe des Gebäudes bis zum First beträgt indessen ca. 45 Schuh, demnach reichlich 12,5 m. Das heißt also, daß man beim späteren Wiederaufbau als Reithaus auf

das obere Stockwerk verzichtet zu haben scheint, und daß andererseits die Höhe der seitlichen Säle mit umgerechnet 6,5–7 m doch nicht so niedrig war, wie es Memminger uns glauben machen will. Sie wirkten eben nur im Vergleich zum etwa 12 m hohen Kuppelsaal niedrig.

Ob das im ganzen doch recht stattliche Gebäude auch außen Skulpturenschmuck aufzuweisen hatte, wie es die detaillierte Darstellung der Außenfront zeigt, ist nicht stichhaltig nachweisbar. Auf dem sicher späteren Grundriß in den Akten des Finanzministeriums sind jedenfalls Postamente hierfür kenntlich gemacht.²³ Vielleicht erfolgte die Aufstellung erst später im Zusammenhang mit dem Anbau des Theaters.

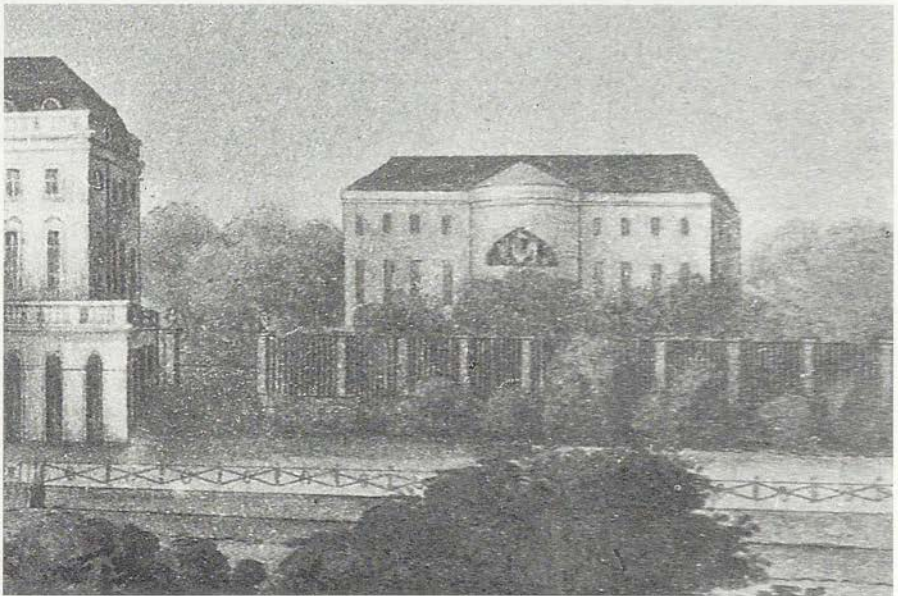
Lassen wir mit einer abschließenden kunsthistorischen Würdigung Axel Burkarth zu Worte kommen, der die hier angesprochenen Risse und Pläne Thourets erstmals der Wissenschaft zugänglich gemacht hat: »Der von Christmann und Memminger beschriebene Festinbau war, wie Thourets Riß deutlich macht, in einschlägigen Stil kategorien tatsächlich nur schwer zu erfassen: ein breit gelagertes, fast etwas düster wirkendes Gebäude mit großflächiger Fassade, die mit sparsamen Mitteln dekoriert ist. Ein durchlaufendes Gesimsband in Stockhöhe und ein starkes, wie eine Attika wirkendes Dachgesims gliedern den Bau in der Horizontalen. Die Fenster im Erdgeschoß werden durch eine reduzierte Verdachung, diejenigen im Obergeschoß durch einfache Solbankgesimse akzentuiert.«²⁴

Der Festinbau zu Monrepos wurde gleich nach seiner Fertigstellung für die Feierlichkeiten aus Anlaß der Vermählung des Prinzen Paul, des zweitältesten Sohnes des Kurfürsten Friedrich, mit Charlotte von Hildburghausen erstmals genutzt.²⁵ Und noch in demselben Jahre dürfte hier Napoleon anläßlich seines Besuches in Württemberg vom künftigen König bewirtet worden sein.

König Friedrich, der ja regelmäßig über die Sommermonate in Ludwigsburg zu residieren pflegte, mag, da sich das Ludwigsburger Schloßtheater für die Aufführung größerer, mit erheblichem Aufwande zu inszenierender Opern als zu klein erwies, bald bereut haben, im Winter 1801/2 das große, noch von Herzog Carl Eugen errichtete Opernhaus beim Schloß Ludwigsburg der Neugestaltung der Gartenanlage geopfert zu haben.²⁶ Da erwies es sich im Frühjahr 1808 als ein glücklicher Umstand, daß am Jagdschloß Grafeneck umfangreiche Reparaturen notwendig wurden, und aufs Neue der Abbruch des dortigen Theaters bzw. Komödienhauses in Erwägung gezogen wurde, um die so gewonnenen Materialien teils zu Reparaturen zu verwenden, teils meistbietend zu versteigern.²⁷ Friedrich entschloß sich nun im Sommer des Jahres 1808, auf seine frühere Absicht vom Spätherbst 1804 zurückzukommen und die Abbruchmaterialien nach Monrepos schaffen zu lassen, um dort dem Festingebäude noch ein Theater anzugliedern. Mit Dekret vom 24. Juli ließ König Friedrich die erforderlichen Maßnahmen in die Wege leiten, die Abbrucharbeiten begannen, und im darauffolgenden Winter wurden die Baumaterialien auf Schlitten, für die eigens Schlittenbahnen angelegt wurden, von der Alb nach Monrepos transportiert. Mit der Planung war wieder Thouret beauftragt worden, dem wir einen detaillierten maßstabgetreuen Aufriß des Gebäudes sowie zwei Grundrisse zu danken haben, die über den mit der örtlichen Bauleitung beauftragten Johann Heinrich Baumgärtner in die Sammlung Baumgärtner und so im Jahre 1990 in das Stadtarchiv Ludwigsburg gelangten.²⁸

Wie schon früher dem Situationsplan der Parkanlage von August Gottlieb Loew zu entnehmen war,²⁹ wurde das Gebäude, dem nun der Versammlungssaal als Ves-

tibül diente, auf die Mittelachse des Festinbaus ausgerichtet. Die Anbindung erfolgte durch einen gedeckten, seitlich offenen ca. 12 m langen Gang, der von acht, schön ornamentierten dorischen Säulen getragen wurde. Von hier aus erschloß sich der Zuschauerraum mit einem Ausmaß von etwa 18 m Länge und 11 m Breite durch einen unter den Rängen hinabgeführten Mittelgang, der direkt vor dem Proszenium mündete. Dort strahlten beiderseits Treppen, den Rundungen der Ränge folgend, seitlich ab, um dann den Wänden entlang, von wo der Zutritt zu den amphitheatralisch ansteigenden Rängen erfolgte, nach oben in ein über die ganze Breite des Zuschauerraumes reichendes Vestibül zu führen, durch welches man die herrschaftlichen Sitzreihen erreichte. 20 freistehende korinthische Säulen mit vergoldeten Kapitellen faßten den Zuschauerraum ein und trugen eine weiße Tonnendecke, die mit sparsamer Goldornamentik versehen war. Vergoldete Stuckmedaillons zierten die Wände in den Abständen zwischen den Säulen. Daran schloß sich ein breiteres (ca. 14,5 m) und tieferes (ca. 20 m) Bühnenhaus an, dessen Rückwand nach hinten geöffnet werden konnte, um so – wie im alten Ludwigsburger Opernhaue – Aufführungen größten Stiles unter Einbeziehung natürlicher Hintergrundlandschaft und Massenstatisterie zu ermöglichen. Dieser Umstand wie auch Details der Innenausstattung – vornehmlich die korinthischen Säulen, von denen es im Opernhaue 64 Stück gegeben hatte³⁰ – legen den Schluß nahe, daß man bewußt und vielleicht in etwas wehmütiger Reminiszenz an die Tradition des alten, wohl doch zu vorschnell abgerissenen Opernhauses im Schloßgarten beim Residenzschloß anknüpfen wollte. Vielleicht gab dies unter Einwirkung der persönlichen Meinung des Königs den Anstoß zu der sehr eigenwilligen Innenarchitektur, zu dieser – wie Axel Burkarth hervorhebt³¹ – auch im



Der Festinbau bei Schloß Monrepos. Ausschnitt aus: Ansicht von Monrepos, gezeichnet und gestochen von Friedrich Weber, Umrißradierung um 1810.

Vergleich mit der zeitgenössischen Theaterarchitektur singulären Lösung.

Die Reminiszenz an das alte Opernhaus mag umso größer gewesen sein, als der Hoftheatermaschinist Baßmann im August 1809 eine wichtige Entdeckung machte, über die er sogleich der Ludwigsburger Hofintendanz berichtete: »In dem Magazin des Königl. großen Theaters zu Stuttgart befindet sich dato noch von dem Abbruch des großen Opern-Haus[es] in Ludwigsburg an Wagen zum Changiren der Scenes unter dem Theater, und zwar, daß die erforderliche Anzahl von 34 Stück samt Roll- und Eisenwerk zu dem Theater in Monrepos ganz davon hergestellt werden könne. Laitern-Wägen, woran die Scenes angebunden werden und zu den obern erforderlich seyn, befinden sich noch dato daselbst vorrätzig 12 Stück, mithin müßten noch zu diesen noch 22 Stück gemacht werden. Auch befindet sich daselbst vorrätzig das zum großen Wellbaum unter das [richtig: dem] Theater zum Changiren [...] erforderliche Eisenwerk.«³²

Oberintendant Graf von Dillen wies daraufhin am 18. August 1809 die Theaterdirektion in Stuttgart an, die genannten Materialien der Bühnenmaschinerie »in möglichster Bälde« nach Monrepos schaffen zu lassen;³³ denn das Haus sollte bereits am Geburtstag der Königin, am Freitag, dem 29. September 1809 feierlich eröffnet werden. Es standen also nur wenige Wochen zum Einbau der Maschinerie in den sonst wohl schon fertiggestellten Bau zur Verfügung, aber sie genügten, um zum vorgesehenen Termin das schöne Haus in vollem Glanze erstrahlen zu lassen.

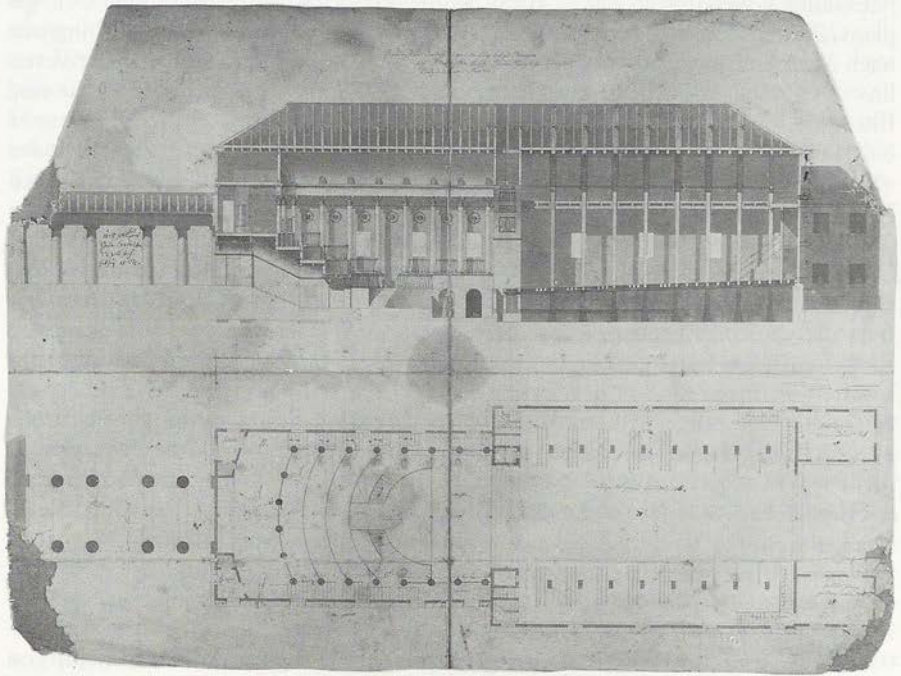
Die »Schwäbische Chronik« vom 1. Oktober 1809 berichtete über den denkwürdigen Tag, an dem sich der Vorhang im Schloßtheater zu Monrepos zum ersten Male hob, wie folgt: »Ludwigsburg, den 29. Sept. An dem heutigen Tage als dem Geburtsfest Ihro Majestät der Königin versammelte sich hier der ganze Hof, Allerhöchst Denselben die Allerunterthänigste[n] Glückwünsche abzustatten, worauf Sich Ihre Königlichen Majestäten in Begleitung des Hofes nach dem Königl. Lustschloß Monrepos begaben, Abends einer Opera anzuwohnen, welche in dem neuerbauten, nach dem schönsten Stil dekorirten Theater aufgeführt worden. Ein den festlichen Tag verherrlichender Prolog gieng voran, und ein Epilog, mit welchem eine geschmackvolle Illumination und Feuerwerk in Verbindung gesetzt worden, machte den Beschluß. Der Zweck der Ueberraschung konnte durch diese um so weniger verfehlt werden, als während des Epilogs der Hinter-Grund des Theaters sich in das Freie öffnete, und das Ganze zusammen den schönsten Anblick gewährte. Hierauf war in dem Festinbau daselbst Ball, und sodann Nacht-Tafel zu 200 Kouverts.«³⁴

Auch Johann David Georg Memminger, dem wir ja schon eine Beschreibung des Festinbaus zu danken haben, folgte 1817 dieser Beurteilung des neuen Theaters: »Mit dem Festingebäude ist durch einen Gang das Theater verbunden, das amphitheatralisch und äußerst geschmackvoll eingerichtet und, da es früher schon – freylich in ganz anderer Gestalt – zu Graveneck auf der Alp stand, auch historisch merkwürdig ist. Obgleich dasselbe nicht groß ist – es faßt ungefähr 200 Menschen – so können doch große Stücke darauf gegeben werden, indem es nach hinten geöffnet und mit dem freyen Felde in Verbindung gesetzt werden kann [...]«³⁵

Weder mit seiner Ausstattung noch mit seinen Ausmaßen (Gesamtlänge mit beiden, am Bühnenhaus angegliederten doppelgeschossigen Magazin- und Garderobenbauten: ca. 43 m; Breite: 11–14,5 m; Höhe: ca. 14 m) konnte dieses Theater in Monrepos an das alte Ludwigsburger Opernhaus heranreichen, das nach einer verlässlichen Quelle über 100 m lang und etwa 44 m breit war,³⁶ doch der

Zweck war erreicht: Es war wieder möglich geworden, außerhalb Stuttgarts bei der Sommerresidenz Große Oper spielen zu lassen, zwar in intimerem Rahmen, aber mit demselben Effekt, größtenteils derselben Maschinerie, demselben technischen und personellen Aufwand, der das alte Haus beim Ludwigsburger Schloß einst zum größten Opernhaus Europas gemacht hatte.

Im Mai 1810 erhielt Theaterdirektor von Wächter den Auftrag, für das Schloßtheater von Monrepos eigene Dekorationen malen zu lassen, »die daselbst ver-



»Grundriß und Durchschnitt nach der Länge des zu Monrepos auf Allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Majestät neuzuerbauenden Theaters«, undatiert [1808/09], wohl von Nikolaus von Thouret.

bleiben können«. ³⁷ Auf diese Weise konnten künftig die umständlichen Transporte der Bühnenbilder von Stuttgart oder vom Ludwigsburger Schloßtheater aus unterbleiben, was natürlich eine erhebliche Kostenersparnis zur Folge hatte.

In den Sommermonaten der folgenden Jahre wurden nun die Mittwochsvorstellungen des Hoftheaters – je nach erforderlichem Aufwand – teils in das Schloßtheater zu Ludwigsburg, teils in das Schloßtheater zu Monrepos gelegt. ³⁸ Das letztere scheint aber doch eher festlichen Anlässen vorbehalten geblieben zu sein, jedenfalls ist ein häufigerer Spielbetrieb aus den Quellen nicht nachweisbar. Immerhin ließ sich König Friedrich hier Neuheiten vorstellen, die noch nicht auf der Stuttgarter Bühne gegeben worden waren, so etwa die Oper »Johann von Paris« von François Adrien Boïeldieu am 28. September 1812. ³⁹ Der bis 1812 amtierende

Hofkapellmeister Franz Danzi (1763–1826) erwähnt in einem Briefe die Aufführung der damals hochgerühmten Oper »Sargino ossia l'allievo dell' amore« (Sargines) von Ferdinando Paër am 23. August 1810.⁴⁰

Nach Danzi, der sicher die Eröffnungsvorstellung vom 29. 9. 1809 dirigiert hatte, wirkte bis zum Jahre 1816 der Komponist Konradin Kreutzer (1780–1849) als Hofkapellmeister an den württembergischen Hofbühnen.⁴¹ Dieser war es auch, der im Juni und Juli 1814 in Monrepos mit den Vorbereitungen für die festliche Aufführung einer Oper aus Anlaß des bevorstehenden Besuches des Zaren Alexander I. beauftragt war.⁴² Hatte König Friedrich Mitte Juni 1814 noch geplant, daß am zweiten Tage des Zarenbesuchs nachmittags von Ludwigsburg aus nach Monrepos gefahren werde, wo nach einer Spazierfahrt die Oper »Die Vestalin« von Gasparo Spontini, anschließend Ball und Souper im Festinbau sowie eine Illumination der ganzen Schloßanlage veranstaltet werden sollten,⁴³ so änderte er einige Tage darauf seinen Entschluß, und setzte für die Opernaufführung statt der »Vestalin« den ungeheuren Aufwand erfordernden »Fernando Cortez« desselben Komponisten an. Während Kreutzer nun mit seinen Musikanten umdisponieren mußte, hatten in aller Eile weitere Baulichkeiten in Monrepos erstellt zu werden. Deshalb ersuchte der Oberdirektor der königlichen Bau- und Gartendirektion, Freiherr von Wechmar, in einer Note vom 3. Juli 1814 den Oberstleutnant von Bartruff zu Ludwigsburg, »dem Hofwerkmeister Baumgaertner sogleich nach Empfang dieser Note gefällig bedeuten zu wollen, daß das zur Verlängerung des Theaters in Monrepos projektierte und von dem Hofbaumeister v. Thouret gezeichnete Haus innerhalb zweymal vierundzwanzig Stunden von dieser Eröffnung an *unfehlbar* aufgeschlagen seyn müsse, widrigenfalls die ermeldte Oper gar nicht würde aufgeführt werden können [...]«. ⁴⁴

Hierauf beeilte sich von Bartruff, dem Oberdirektor am 4. Juli zu versichern, »daß der Anbau zu dem Comoedienhaus in Monrepos bis nächsten Mittwoch früh [6. Juli] so weit fertig seyn wird, daß von Seiten des Theaters alles was nöthig ist eingerichtet werden kann, und daß bis Mittwoch Mittags der ganze Anbau vom Zimmermann hergestellt seyn wird«. ⁴⁵

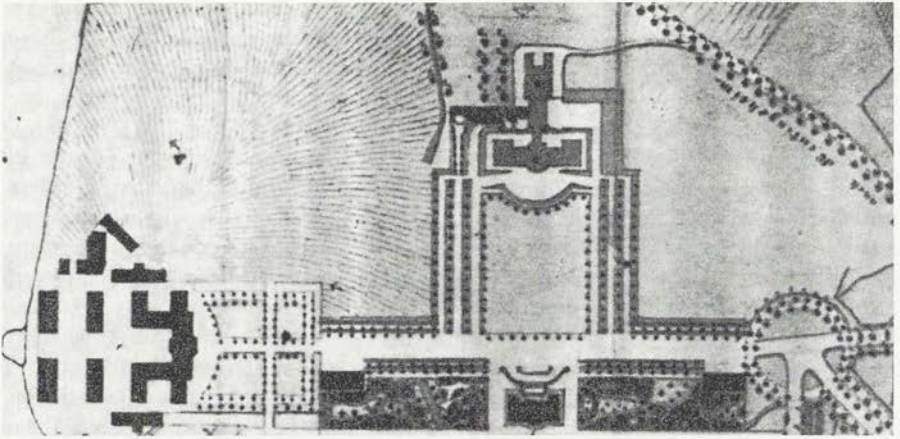
Darüber hinaus wurde der Ludwigsburger Arsenaldirektor, Generalmajor von Vischer, ersucht, mehrere Zelte zur Verfügung zu stellen, »um in Ermangelung des Raumes zur Aufbewahrung eines Theils der Theatergarderobe und zur Unterbringung von Statisten zu dienen.« Sie sollten »auf Requisition des Hofbaumeisters v. Thouret verabfolgt und auf den von demselben zu bezeichnenden Plätzen aufgeschlagen werden.« ⁴⁶

Doch kaum waren alle diese Vorbereitungen zum Abschluß gebracht, als der Zar den Besuch absagte und zunächst auf unbestimmte Zeit verschob. Erst Anfang Juni des Jahres 1815 kam er zusammen mit dem Besuch des österreichischen Kaiserpaars zustande. Wieder sollte auf des Königs Wunsch »Cortez« im Schloßtheater Monrepos gegeben werden. Damit dort nicht noch vor dem festlichen Ereignis kostbare Materialien entwendet werden konnten, hatte Oberstleutnant von Bartruff eine Schildwache an das Theater zu stellen.⁴⁷ Am 2. Juni 1815 wurde sodann vor den anwesenden Kaisern von Österreich und Rußland, für die in Monrepos auch andere Festlichkeiten veranstaltet wurden, Spontinis Ausstattungsoper unter Kreutzers Leitung in einer spektakulären Inszenierung gegeben. Als man die Bühne nach hinten öffnete, war die brennende Stadt Mexico, das aztekische Tenochtitlan, zu sehen, die von den Azteken gegen die Spanier des Cortez vertei-

digte wurde. Ganze Kompanien Infanterie, einige Schwadronen Kavallerie und Artillerie-Batterien wurden hier zur Massenstatisterie hinzugezogen.⁴⁸ Gerade diese prachtvolle Aufführung und vor allem ihre Wirkung stand ganz in der Tradition der beeindruckenden Opernvorstellungen im alten Ludwigsburger Opernhause Carl Eugens.

Nachdem noch am 5. Juni 1815 verfügt worden war, daß die für das Theater in Monrepos – speziell für die »Cortez«-Aufführung – erbauten Brücken, Gerüste und sonstige zusätzliche Baulichkeiten abgebrochen und die brauchbaren Materialien sowie die nicht nach Monrepos gehörigen Dekorationen nach Stuttgart zurückgebracht werden sollten, wurde Hofbaumeister von Thouret beauftragt, sich zur Besorgung der Abbrucharbeiten nach Monrepos zu begeben.⁴⁹ Am 12. Juni besichtigte Oberdirektor Frhr. v. Wechmar in Begleitung Thourets die Anlagen in Monrepos, um zu sehen, wie weit der Abbruch, den Theaterinspektor Baßmann beaufsichtigte, bis dahin gediehen war. Am selben Tage noch erhielt er jedoch den Befehl, daß alles wiederhergestellt und sogar der hintere Platz (hinter dem Theater) erhöht werden solle, damit »Cortez« wieder gegeben werden könne.⁵⁰ Die Abbrucharbeiten wurden darauf umgehend eingestellt, die Anbauten blieben erhalten und wurden vorerst weiter genutzt.

Erst Monate nach des Königs Tode, am 16. Januar 1817, erbat der Ludwigsburger Schloßhauptmann von der Oberhofintendanz die Genehmigung, den zur »Aufführung der Festin Oper Ferdinand Cortez« errichteten Anbau abbrechen zu lassen.⁵¹ Hierin war indessen die bisher zuständige Bau- und Gartendirektion nicht mehr zu bemühen, da König Wilhelm I. befohlen hatte, »das bisher der Bau- und Gartenkasse in Ludwigsburg zur Aufsicht und Unterhaltung zugewiesene Schloß in Monrepos, als künftig zu den Apanage Schlössern gehörig, und als Witthum Schloß der verwittweten Königin Majestät, an das FinanzDepartement zu übergeben, welches also auch diejenigen Baukosten, die nicht in Gemäsheit des Witthumbriefs auf Rechnung der verwittweten Königin Majestät fallen, zu übernehmen habe [...]«. ⁵² Die königliche Hof- und Domänenkammer wies die Bau- und Gartendirektion an, jedwede weitere Beteiligung der Hofbauverwaltung Ludwigsburg – auch in Bezug auf die Theateranbauten – zu unterbinden.⁵³ Im Herbst 1817 wurde endlich verfügt, daß der beantragte Abbruch des »Bretterhauses« hinter dem Theater noch vor dem Spätjahr erfolgen solle, damit die Saat des anstosenden Ackers nicht geschädigt und die Bretter den Winter über nicht gestohlen würden.⁵⁴ Seit dem 15. Oktober 1817 war das Schloß Monrepos mit allen Zugehörungen offiziell dem königlichen Apanage-Departement untergeordnet; im Februar 1818 wurde dem Kameralamt Ludwigsburg gegenüber ausdrücklich bestätigt, daß der Festinbau dazugehört.⁵⁵ Im Laufe des Herbstes 1818 entschloß sich nun König Wilhelm I., die Festin- und Theaterbauten von Monrepos gänzlich aufzugeben. In einem Erlaß des Finanzministeriums vom 11. November 1818 hieß es hierzu wörtlich: »Seine Königliche Majestät haben vermöge Resolution vom gestrigen Tage verordnet, daß nach bereits erfolgter Zustimmung Ihrer Majestät der Königin Wittve der sogenannte Festinbau in Monrepos, der sich ohnedies in schlechtem Zustand [?] befindet, nebst dem daran stoßenden Theater abgebrochen und die Materialien verkauft, die dort vorrätigen Theater-Requisiten aber zu dem Inventar des Schloßtheaters in Ludwigsburg abgegeben werden sollen. Der K. Finanzkammer in Ludwigsburg wird solches hiermit eröffnet, um unter Communication mit der Schloßhauptmannschaft, welche sub eodem hievon in Kenntniß ge-



»Grundriß von dem königlichen Lustschloß Monrepos nebst der umliegenden Gegend . . .«, ca. 1818, von August Gottlieb Loew (Ausschnitt).

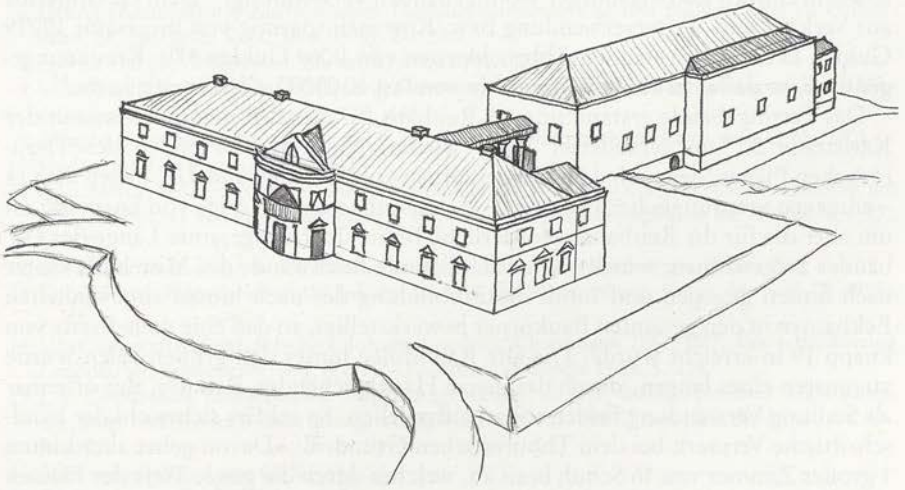
setzt worden ist, das Erforderliche ungesäumt zu verfügen, und, wie solches geschehen, anzuzeigen«. ⁵⁶

Zugleich setzte sich der Kriegsminister auf Befehl des Königs mit dem Finanzministerium in Verbindung, um in Erfahrung zu bringen, ob nicht aus diesem Abbruch Baumaterialien für den vom König am 10. November befohlenen Neubau einer Reitbahn für das 2. Reiter-Regiment Verwendung finden könnten. ⁵⁷ Der daraufhin von der Ludwigsburger Finanzkammer erbetene Bericht folgte erst gegen Ende des Monats, da man mit anderen Behörden zunächst abzuklären hatte, welche in den beiden Gebäuden noch vorhandenen Möbelstücke »und andere Effekten« zum Eigentum der Krone, der verwitweten Königin oder zur Erbschaft des Prinzen Paul gehörten. ⁵⁸

Zur Beschleunigung des Abbruchs und zur Kostendämpfung schlug die Finanzkammer vor, 40 bis 50 auf dem Hohenasperg einsitzende französische Kriegsgefangene unter verstärkter militärischer Bewachung zur Disposition des Kameralamts Ludwigsburg, das den Abbruch federführend zu besorgen hatte, abstellen zu lassen. Was die Wiederverwendung von Baumaterial aus dem Abbruch des Festinbaus betraf, ließ die Kammer verlauten: »[Es] kann zwar der größte Theil des Holzes, das Eisen, ein Theil der Fenster, es können die Sokel-Quader, Thüren, Läden, Ziegel und rauhe Steine von den abzubrechenden Gebäuden zu der zu erbauenden Reutbahn verwendet werden, weil aber diese Reutbahn 130' [Schuh] lang und 60' breit werden soll, der Festin-Bau in Monrepos aber, wenn gleich 205' lang, doch nur 46' breit ist, so läßt sich das Gebälk von den schmalen Seiten des Festin-Baues als zu kurz für die künftige[n] breiteren Wände der Reutbahn nicht verwenden.« ⁵⁹

Zusätzlich bemerkten Kameralverwalter Scholl und Landbaumeister Abel in ihrem anliegenden Gutachten: »Noch ist aber in Betreff der weitem Materialien zu bemerken, daß erstlich die Parquet-Böden, da ihr Erlös doch nicht bedeutend seyn möchte, sowohl ins Königl. Schloß allhier, als in andern von Staatsdienern höhern Rangs bewohnten Gebäuden benutzt werden könnten, und daher nicht zu

verkaufen seyn dürften, indem besonders auch auf den hiesigen großen Schloßdachböden die Aufbewahrung derselben leicht möglich ist. Ebenso dürften die mit kostbarem Beschlag versehene[n] Parterrefenster zu einem ferneren Gebrauch aufbewahrt werden, da solche wegen ihrer Schönheit auch schon von Hohenheim hieher versetzt worden und für Privati nicht wohl käuflich sind, ohne daß gnädigste Herrschaft viel dabei verliert. Von den Säulen Oefen dürften die 4 allergrößten zu einem fernern Gebrauch fürs Parterre des Schlosses aufbewahrt, die 2 kleinern aber im Zimmer der 2ten Etage des hiesigen neuen Corps de logis gesetzt werden, wo gegenwärtig äußerst schwere und Holz verschwenderische Pyramid Oefen sich befinden. Von den Kanonen Oefen, die theils in den Kabinets, theils im 2ten Stock sind, dürften etwa 12 größere ebenfalls im Magazin aufgehoben, die übrige[n] kleinern aber subcassirt werden. – Die noch übrig bleibenden Ziegel dürften theils zur Ausbesserung der Dächer in Monrepos theils der in Ludwigsburg aufbe-



Der Festin- und Theaterbau beim Seeschloß Monrepos. Versuchte Rekonstruktion des Gebäudekomplexes von Norbert Stein.

wahrt, das Holz aber alles, was nicht zu der Reitbahn zu gebrauchen ist, verkauft werden, nur etwa 30 Stämme von langem Holz könnte man zur Verfertigung eines Zauns, der auf der Abbruchs Stelle zur Schliessung des Hofes dienen muß, zurückbehalten. Ebenso muß von Eisen etwas zur Beschlagung der Thürn u. s. w. genommen werden; auch ist eine Quantität steinerner Blatten zur Bedeckung des zur Aufbewahrung fremder Weine für Ihre königliche Majestät unentbehrlichen Kellers unter dem Festinbau erforderlich. Wir bitten nun um baldige Legitimation zur Vornahme dieses Abbruchs, damit er noch womöglich vor Anfang des stärksten Winters vollendet werden kann.⁶⁰

Wie schon bei der Erbauung des Festinbaus war also auch bei dessen Abriß wieder ein für den württembergischen Hof so kennzeichnendes »Recycling«-Verfahren in die Wege geleitet worden. – Mit Hilfe von fünfzig vom Festungskommando

Hohenasperg gestellten Sträflingen wurde der Abbruch des Festinbaues noch in der ersten Dezember-Woche begonnen.⁶¹ Die Theaterrequisiten wurden zur selben Zeit durch den Maschinisten Baßmann von Monrepos in das Ludwigsburger Schloß zur dortigen Aufbewahrung verbracht. Das Theater blieb vorerst noch stehen, um als Magazin für die dem Diebstahl sonst leicht ausgesetzten kleineren Abbruch-Materialien zu dienen. Nachdem der Festinbau wohl noch im Dezember gänzlich abgerissen worden war, zogen sich die Abbrucharbeiten am Theaterbau noch bis weit in das Frühjahr 1819 hinein. Während dieser Zeit ließ das Kriegsdepartement durch Trainzüge die für die zu erbauende Reitbahn noch benötigten Materialien abholen. Das übrige wurde meistbietend zur Versteigerung ausgeben, wobei auch die 3 großen Parkettböden, die beschlagenen großen Fenster des Parterres sowie einige Öfen – Material, daß man ja ursprünglich verwahren wollte – verkauft wurden.⁶² Übriggebliebenes Material fand im Ludwigsburger Schloß (Öfen!), im Grafen- und Gesandtenbau, im Marstall, in Gebäuden zu Monrepos sowie in einigen Ludwigsburger Wohngebäuden Verwendung.⁶³ Dem Gesamterlös aus Verkauf und Weiterverwendung bzw. Kosteneinsparung von insgesamt 10 719 Gulden 15 Kreuzern standen Abbruchkosten von 1 064 Gulden 37 1/2 Kreuzern gegenüber, so daß man einen Reingewinn von fast 10 000 Gulden erzielt hatte.⁶⁴

Das Festingebäude erstand nun als Reithaus für das 2. Reiter-Regiment in der Karlstraße 20⁶⁵ in veränderter Form wieder. Nach den Befunden des Thouret'schen Planes, der auch dem Wiederaufbau von 1819 zugrundelag, beließ man es – entgegen ursprünglicher Planung⁶⁶ – bei der ungefähren Länge von knapp 60 m; um aber die für die Reitbahn erforderliche Breite über die gesamte Länge des Gebäudes zu gewinnen, wurden offensichtlich die Rückwände des Mittelteils weiter nach hinten gezogen und somit die Einbindung der nach hinten abgewinkelten Eckbauten in den gesamten Baukörper bewerkstelligt, so daß eine volle Breite von knapp 19 m erreicht wurde. Die alte Raumfolge hinter den großen Sälen wurde zugunsten eines langen, durch das ganze Haus reichenden Raumes, der offenbar als Stallung Verwendung finden sollte, aufgegeben. So erklärt sich wohl der handschriftliche Vermerk bei dem Thouret'schen Grundriß: »Davon gehet aber hinten 1 großes Zimmer von 16 Schuh breit ab, welches durch die ganze Tiefe des Hauses gehet«;⁶⁷ denn diese Räumlichkeit war neu und folglich im alten Grundriß des Festinbaus nicht enthalten. Die Höhe des Gebäudes dürfte 8 m kaum überschritten haben, da – wie wir früher feststellen konnten – auf das ursprüngliche obere Geschoß offensichtlich verzichtet wurde.⁶⁸

Das alte Ludwigsburger Opernhaus hatte nur 36 Jahre bestanden, der Festinbau beim Schloß Monrepos reichlich 13, das Theater jedoch brachte es nicht einmal auf 10 Jahre. Und doch war ein kleines, aber höchst signifikantes Kapitel der Kulturgeschichte des Ludwigsburger Hofes unter Kurfürst bzw. König Friedrich aufgeschlagen worden. Das eindrucksvolle Gebäudeensemble – bestünde es heute noch – wäre nach wie vor ein bestechender Blickfang im Parke von Monrepos, es böte vielleicht sogar einen idealen und geschmackvollen Rahmen für die geplante Spielbank, ein interessantes, weil von Thouret als dem bedeutendsten württembergischen Baumeister des Klassizismus entworfenes Äquivalent zum Weinbrenner'schen Bau in Baden-Baden – eine Überlegung, die es wert scheint, die Möglichkeit einer Rekonstruktion aufgrund der nun vorliegenden Pläne zu überdenken!

Anmerkungen

- 1 *Stadtarchiv Ludwigsburg*, Bestand S 17. – Zu Thouret: Paul *Faerber*, Nikolaus Friedrich von Thouret. Ein Baumeister des Klassizismus. Stuttgart 1949; Klaus *Merten*, Nikolaus Friedrich von Thouret als württembergischer Hofbaumeister 1798–1817. In: *Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons*, Ausstellungskatalog. Bd. 2: Aufsätze, Stuttgart 1987, S. 411–432; jetzt vor allem: Axel *Burkhardt*, Nikolaus von Thouret (1767–1845). Forschungen zum Wirken eines württembergischen Hofarchitekten in der Zeit des Klassizismus, 2 Bde. (masch.), Diss. Stuttgart 1990, hier insbesondere Bd. 1, S. 181 ff. sowie S. 244 ff.
- 2 *Staatsarchiv Ludwigsburg* (im folgenden: *StAL*), Bestand E 228 II (Finanzkammer des Neckarkreises, Ludwigsburg), Büschel 1097.
- 3 Hans *Eugen*, Monrepos. Baugeschichte eines Lustschlosses (= Veröffentlichungen des Württembergischen Landesamts für Denkmalpflege, 6. Buch), Stuttgart 1933, bes. S. 21 ff.
- 4 *StAL*, Bestand E 18 I (Königl. Hoftheater Stuttgart I), Bü. 240. – Über Grafeneck und Einsiedel: Walther-Gerd *Fleck*, Grafeneck und Einsiedel. Zwei Lustschlösser des Herzogs Carl Eugen von Württemberg. Stuttgart 1986.
- 5 *StAL*, Bestand D 40 (Hofbausachen), Bü. 271.
- 6 Dekret (Konzept) des Kurfürstlichen Hofbaudepartements an den Ballier Engel zu Hohenheim, 26. Jan. 1805: *StAL*, Best. D 40, Bü. 271.
- 7 Hierzu und zum Folgenden: Burkhardt, a. a. O., S. 182 f.
- 8 So jedenfalls J[ohann] D[avid] G[eorg] *Memminger*, Stuttgart und Ludwigsburg mit ihren Umgebungen, Stuttgart-Tübingen 1817, S. 445.
- 9 *Hauptstaatsarchiv Stuttgart*, Bestand E 221, Bü. 122 (zitiert nach Burkhardt, a. a. O., S. 180).
- 10 *Stadtarchiv Ludwigsburg*, Best. S 17.
- 11 Ansicht von Monrepos, gezeichnet und gestochen von Friedrich *Weber*, Umrißradierung um 1810. *Städtisches Museum Ludwigsburg*, Inv.-Nr. 1026. Zuletzt publiziert bei *Merten*, a. a. O., S. 417.
- 12 vgl. Burkhardt, a. a. O., S. 180 (Anm.); zuletzt publiziert bei *Merten*, a. a. O., S. 416.
- 13 Oscar *Paret*, Monrepos vor 150 Jahren, in: *Hie gut Württemberg*, 9. Jg., Nr. 6 (5. 7. 1958), S. 42.
- 14 Über ihn jetzt: Heinz *Schubert*, Johann Friedrich Christmann 1752–1817. Ein schwäbischer Landpfarrer. Freiberg/N. o. J. [1991]. – Rezension in diesem Heft, S. 234.
- 15 J. F. *Christmann*, Monrepos mit seinen Umgebungen, in: *Kgl. Württ. Hof- und Staats-Kalender*, hrsg. von Friedrich *Lehr*, Stuttgart u. Tübingen 1811, S. 19 f. Zitiert nach Burkhardt, a. a. O., S. 180 f.
- 16 *Memminger* (wie Anm. 8), S. 444 f.
- 17 Burkhardt, a. a. O., S. 181 (Anm. 2).
- 18 Gutachten des Ludwigsburger Kameralverwalters Scholl und des Landbaumeisters Abel für die Finanzkammer des Neckarkreises, 23./25. Nov. 1818. *StAL*, E 228 II, Bü. 1097. Vgl. auch Abels Bericht vom 10. April 1820 *ebd.*
- 19 s. Anm. 10.
- 20 Bericht (Konzept) der Finanzkammer des Neckarkreises an das königl. Finanzministerium, 23./25. Nov. 1818. *StAL*, E 228 II, Bü. 1097.
- 21 so etwa nach den vorliegenden Grundrissen des Erdgeschosses berechnet.
- 22 *Stadtarchiv Ludwigsburg*, Best. S 17. Vgl. auch Burkhardt, a. a. O., S. 184 mit Bezug auf zwei Werkzeichnungen für die Balkenkonstruktionen, die sich jetzt ebenfalls im *Stadtarchiv Ludwigsburg*, Best. S 17, befinden.
- 23 Vgl. die Abbildung im Katalog-Teil bei Burkhardt, a. a. O., Kat.-Nr. 1805/2 (2).
- 24 Burkhardt, a. a. O., Bd. 1, S. 181.
- 25 vgl. *Faerber*, Thouret, S. 281.
- 26 zu König Friedrich jetzt Paul *Sauer*. Der schwäbische Zar. Friedrich – Württembergs erster König, Stuttgart 1984. – Das Ludwigsburger Opernhaus wurde 1764/65 in Holzbauweise erbaut und bereits im Winter 1801/1802 abgerissen. Vgl. hierzu Norbert *Stein*. Musik und Theater im Ludwigsburg des 18. und 19. Jahrhunderts, in: *Ludwigsburger Geschichtsblätter* 38 (1985), S. 66 ff.
- 27 Dies und das Folgende nach *StAL*, Best. D 40 (Hofbausachen), Bü. 297.

- 28 *Stadtarchiv Ludwigsburg*, Best. S 17. Abbildungen bei *Burkardh*, a. a. O., Kat.-Nr. 1809/2, a und b. 29 s. Anm. 12.
- 30 diese Angabe nach »Gottfried von Rotenstein's Reisebericht über das Herzogtum Ludwigsburg anlässlich seines Besuches im Jahre 1785«. In: *Gottfried von Rotenstein*, Lustreisen durch Bayern, Württemberg, Pfalz, Sachsen, Brandenburg, Österreich, Mähren, Böhmen und Ungarn in den Jahren 1784–91, Bd. 18, Leipzig 1792, S. 140. – Vgl. demnächst Norbert *Stein*, Zur Geschichte des alten Ludwigsburger Opernhauses.
- 31 *Burkardh*, a. a. O., S. 246.
- 32 Aktenvermerk Baßmann vom 12. August 1809 zu Händen der General-Oberhofintendanz. *StAL*, E 18 I (Hoftheater Stuttgart I), Bü. 253.
- 33 *Ebd.* 34 zitiert nach *Burkardh*, a. a. O., S. 245.
- 35 *Memminger*, a. a. O., S. 445.
- 36 von *Rotenstein*, a. a. O., S. 139: »Es ist dieses Gebäude 130 Schritte lang, 55 breit.« – Demnächst: Norbert *Stein*, Zur Geschichte des alten Ludwigsburger Opernhauses.
- 37 *StAL*, E 18 I, Bü. 130.
- 38 Rudolf *Krauß*, Das Stuttgarter Hoftheater von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Stuttgart 1908, S. 122.
- 39 *Ebd.*, S. 140; *Stein*, Musik und Theater im Ludwigsburg des 18. und 19. Jahrhunderts, S. 75.
- 40 Franz Danzi an Oberappellationsgerichtsrat von Morigotti, Stuttgart, 22. August 1810. *StAL*, E 18 I, Bü. 318.
- 41 Personalakten Konradin Kreutzer: *StAL*, E 18 I, Bü. 390.
- 42 *StAL*, E 18 I, Bü. 246.
- 43 *StAL*, D 40 (Hofbauwesen), Bü. 147. 44 *Ebd.*
- 45 Bericht v. Bartruffs vom 4. Juli 1814. *Ebd.*
- 46 Note v. Wechmars an Generalmajor v. Vischer vom 5. Juli 1814. *Ebd.*
- 47 Order vom 27. 5. 1815: *StAL*, E 18 I, Bü. 163.
- 48 *Memminger*, a. a. O., S. 445; *Krauß*, a. a. O., S. 121.
- 49 *StAL*, E 18 I, Bü. 173 sowie 253.
- 50 Marginalvermerk v. Wechmars vom 12. Juni 1815 auf der Note an die Königl. Hoftheater-Oberdirektion vom 8. Juni 1815. *StAL*, E 18 I, Bü. 253.
- 51 *Hauptstaatsarchiv Stuttgart*, Best. E 221, Bü. 112. Zitiert nach *Burkardh*, a. a. O., S. 224 (Anm.).
- 52 Erlaß des Finanzministeriums an die Sektion der Krondomänen vom 20. Februar 1817. *StAL*, E 228 II (Finanzkammer des Neckarkreises, Ludwigsburg), Bü. 1097.
- 53 Erlaß der Hof- und Domänenkammer an die Königliche Bau- und Gartendirektion, 24. Juli 1817. *StAL*, E 19 (Bau- und Gartendirektion), Bü. 557.
- 54 Note an die Sektion des Landbauwesens, 20. Sept. 1817. *StAL*, E 228 II, Bü. 1097.
- 55 Anfrage des Kameralamts bei der Finanzkammer vom 9. Februar 1818. *Ebd.*
- 56 *StAL*, E 228 II, Bü. 1097.
- 57 Schreiben des Kriegsministers an das Finanzministerium (Abschrift), 11. Nov. 1818. *Ebd.*
- 58 Bericht der Finanzkammer des Neckarkreises an das Finanzministerium (Konzept), 23./25. Nov. 1818. *Ebd.* 59 *Ebd.*
- 60 Gutachten Scholls und Abels für die Finanzkammer, 23. Nov. 1818. *Ebd.*
- 61 Bericht der Finanzkammer an das Finanzministerium (Konzept), 8. Dez. 1818. Zum Folgenden auch Bericht des Baurats Abel an die Finanzkammer vom 10. April 1820. *StAL*, E 228 II, Bü. 1097.
- 62 Erlaß der Finanzkammer an das Kameralamt Ludwigsburg, 27. April 1819. *Ebd.*
- 63 Bericht der Finanzkammer an das Finanzministerium (Konzept), 4. Mai 1819. *Ebd.*
- 64 Bericht des Baurats Abel an die Finanzkammer vom 10. April 1820. *Ebd.*
- 65 *Paret*, Monrepos vor 150 Jahren, in: *Hie gut Württemberg*, 9. Jg., Nr. 6 (5. 7. 1958), S. 41; Karl *Weng*, Alt Ludwigsburg, Ludwigsburg 1935 (masch. Vortragsmanuskript; Vorlage in Kopie: Stadtarchiv Ludwigsburg; gekürzt in: *Ludwigsburger Zeitung* vom 23. 11. 1935), S. 21 f.
- 66 Bericht der Finanzkammer an das Finanzministerium (Konzept), 23./25. Nov. 1818. Hiernach sollte das Reithaus 130 Schuh lang, 60 Schuh breit werden. *StAL*, E 228 II, Bü. 1097.
- 67 *Stadtarchiv Ludwigsburg*, S. 17.
- 68 Siehe oben S. 75 f.

Ludwigsburg in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg

– dargestellt anhand von Quellen des Stadtarchivs Ludwigsburg –
von Wolfgang Läßle

*Unter amerikanischer Militärregierung –
Aufbau der Verwaltung, erste Ansätze demokratischen Lebens*

Nordbaden und Nordwürttemberg waren im März und April 1945 von amerikanischen und französischen Truppen besetzt worden. Seit diesem Zeitpunkt besaß die Besatzungsmacht in diesem Teil Deutschlands die vollziehende Gewalt.

Im Landkreis Ludwigsburg befanden sich neben amerikanischen zunächst auch französische Truppen. Die Stadt Ludwigsburg wurde am 21. April 1945 kampflos von Franzosen eingenommen. Allerdings dauerte die französische Besatzungszeit für die Ludwigsburger nur wenige Tage. Da die Franzosen ohne Zustimmung der Amerikaner in Ludwigsburg einmarschiert waren, mußten sie die Kreisstadt auf deren Druck wieder räumen. Seit 4. Mai 1945 übten schließlich die Amerikaner im Ludwigsburger Stadtgebiet die alleinige Befehlsgewalt aus.

Für die amerikanische Besatzungszone war die Direktive JCS 1067 verbindlich, die im April 1945 dem amerikanischen Oberbefehlshaber Eisenhower übergeben worden war und u. a. folgendes feststellte: »Deutschland wird nicht besetzt zum Zweck seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands ... Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie als Oberbefehlshaber gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.«

Durch die von den Siegermächten am 5. Juni 1945 in Berlin unterzeichnete »Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt« trat schließlich an Stelle der beseitigten deutschen Staatsgewalt in unbeschränktem Umfang die Hoheitsgewalt der Alliierten über das besiegte Deutschland in Kraft.

Bereits im Spätjahr 1944 war von den Amerikanern für die künftige US-Besatzungszone in Deutschland ein besonderes Verwaltungssystem erstellt worden, das bis auf die Kreisebenen Militärregierungen in fünf Klassen (E-, F-, G-, H-, I-Detachments vorsah.

Hinsichtlich Größe und Aufgabenbereich nahmen diese Detachments von E bis I ab (zuständig waren E-Detachments für die früheren preußischen Provinzen, die Länder und besonders große Stadtkreise; die F-Detachments für die größeren Regierungsbezirke und größeren Stadtkreise; G-Detachments für kleinere Regierungsbezirke, mittlere Stadtkreise und größere Landkreise; H- und I-Detachments für die Landkreise normaler Größe und die kleinsten Stadtkreise).

Die Detachments setzten sich aus einschlägig ausgebildeten Spezialisten für die verschiedenen Aufgabenbereiche (z. B. Zivilverwaltung, Requisitionen, Preisüberwachung, Ausrottung des Nationalsozialismus, Recht, Sicherheit) zusammen und hatten die Aufgabe, das öffentliche Leben so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen. Mittels Direktiven, Proklamationen und Gesetzen des Allier-

ten Kontrollrates sollte dies durchgeführt werden. Für die Detachments war ein ausgedehntes Berichtswesen charakteristisch: verfaßt wurden unzählige Berichte, die für die vorgesetzten Dienststellen bestimmt waren.

Das für den Landkreis Ludwigsburg zuständige Detachment erhielt zunächst die Bezeichnung H3C3, wurde aber am 15. August 1945 in »Detachment G 29 Ludwigsburg« umbenannt (1946 ersetzt durch ein »Military Government Liaison and Security Office«). Chef wurde zunächst Captain John Lindsay (später Major), dessen offizielle Amtseinzsetzung am 4. Mai 1945 Oberst William W. Dawson, der Gouverneur der US-Militärregierung für das Land Württemberg, vornahm. Die Unterlagen der US-Militärregierung vermerken hierzu: »Captain Lindsay had just taken over the town and Landkreis from the French.«

Bei seiner Amtsübernahme machte der neue Chef der US-Kreismilitärregierung darauf aufmerksam, daß zur Wiederherstellung der Sicherheit unbedingt weiteres Personal notwendig sei. Dies sei erforderlich, da Plünderungen, Einbrüche, Diebstähle und sonstige Vergehen im Landkreis und insbesondere auch in Ludwigsburg, überwiegend von DPs verübt, ein ungeheures Ausmaß angenommen hätten.

Der Sitz des Detachments G 29 befand sich im Ludwigsburger Rathaus. Die Offiziere und Soldaten wohnten im Gebäude Keplerstraße 8. Die städtischen Ämter waren bereits Ende April 1945 in die Gebäude Obere Marktstraße 1 und Wilhelmstraße 13 (1. Stock) verlegt worden. Zu dieser Zeit war der Landkreis Ludwigsburg noch zu einem Drittel von der 1. Französischen Armee besetzt. Da die Zuständigkeiten zwischen Amerikanern und Franzosen noch nicht klar geregelt waren, die Franzosen mit den diesbezüglichen Vorstellungen der Amerikaner sich nicht abfinden wollten, kam es des öfteren zwischen beiden Besatzungsmächten zu Auseinandersetzungen bzw. Machtkämpfen.

Zwischenfälle, wie der folgende, der sich Ende Juni 1945 in Pflugfelden zutrug, waren keine Seltenheit. Damals erschienen dort mehrere französische Offiziere, um Nachforschungen nach Fabriken und gewerblichen Betrieben anzustellen. Einige Tage später kamen erneut französische Offiziere nach Pflugfelden, die nunmehr erklärten, daß Pflugfelden zum französischen Besatzungsgebiet gehöre, da von jetzt an nur noch die Anordnungen des Landrats von Vaihingen und der Alliierten Militärregierung in Vaihingen für Pflugfelden maßgebend seien. Gleichzeitig wurde der Landwirt Reinhold Schmid zum provisorischen Bürgermeister in Pflugfelden ernannt. Bei der Ludwigsburger Militärregierung wies Oberbürgermeister Dr. Karl Frank auf diesen Zustand hin und bat um Klärung, da beispielsweise die Ausgehzeiten im französischen Besatzungsgebiet anders als im amerikanischen festgelegt seien und die Pflugfelder Bevölkerung und er nun nicht mehr wüßten, was Rechtens sei. Daraufhin stellten die Amerikaner, die den Stadtteil zu ihrem Territorium rechneten, Pflugfelden unter stärkeren militärischen Schutz, was durch zusätzliche Wachen bewirkt wurde. Vor ihrem endgültigen Abzug aus Ludwigsburg beschlagnahmten französische Soldaten in Pflugfelden noch das ganze Vieh, um es nach Möglingen zu transportieren. Zum Abtransport kam es jedoch nicht, da die Amerikaner dies verhindern konnten.

Mit Ausnahme von Großsachsenheim, wo noch ein Offizier mit mehreren Soldaten verblieben war, um, wie vermutet wurde, den dortigen Flugplatz zu sichern, hielten sich Mitte Juli 1945 keine französischen Soldaten mehr im Kreisgebiet auf.

Die US-Kreismilitärregierung in Ludwigsburg, die zunächst aus drei Offizieren und acht Mann bestand, wurde bald verstärkt, so daß ihr bereits am 28. Mai 1945

HEADQUARTERS
ALLIED MILITARY GOVERNMENT
Detachment H3C3, Company C
3d ECA Regiment
APO 658, U.S. Army

JL/P

Ludwigsburg, den 18. Mai 1945

Betr.: Amtszuweisungen und Aufgabenbereiche, Abt. H3C3.

An: Jeden, den es betrifft.

1. Die nachgenannten Amtszuweisungen treten an Stelle aller früheren Zuweisungen und treten sofort in Kraft:

- a) Captain John Lindsay
 - (1) Befehlshaber der Militär Regierung
 - (2) Zivil Verwaltung
 - (3) Requisitionen
- b) 1st Lt. Joseph Strauss
 - (1) stellv. Befehlshaber der M. R.
 - (2) Rechnungsführer
 - (3) Verwaltung u. Versorgung der Abteilung
 - (4) Vermögens Kontrolle
 - (5) Verbindungs-Offizier für D.P. Mannschaften
- c) Captain Harry K. Manson
 - (1) Offizier für öffentl. Sicherheit
 - (2) Preisüberwachung
- d) Captain Henry C. Strobel
 - (1) Technische Werke
 - (2) PTT
- e) 1st Lt Bradbury C. Alder
 - (1) Justiz/Gerichte
 - (2) Unterstützung b. d. Zivil Verwaltung
- f) 1st Lt Arnold Rudin
 - (1) Finanzverwaltung/Banken
 - (2) Ausrottung des Nationalsozialismus
 - (3) Religion und Unterrichtswesen
 - (4) Arbeitseinsatz
- g) 2d Lt Irving J. McCarthy
 - (1) Volkswirtschaft
 - (2) Handel und Industrie
 - (3) Gelegentliche Offiziers Verpflegung
 - (4) Versorgung
 - (5) Landwirtschaft, Lebensmittel und
Lebensmittel Verteilung
 - (6) Transportwesen

*Aufgabenbereiche und Amtszuweisungen der Ludwigsburger
US-Kreismilitärregierung, Mai 1945 (Ausschnitt)*

sieben Offiziere und zehn Mann sowie ein französischer Verbindungsoffizier angehörten. Außer einigen beschlagnahmten deutschen Pkws standen ihr keine Sachmittel zur Verfügung.

Oberstes Ziel der US-Militärregierungen, von denen es am Kriegsende ca. 200 in den von den Amerikanern besetzten Gebieten gab, war die Auslöschung von Nazismus und Militarismus sowie die rigorose Bekämpfung jeglicher diesbezüglicher Aktivitäten seitens der deutschen Bevölkerung. Die Amerikaner waren in der ersten Besatzungszeit den Deutschen gegenüber sehr mißtrauisch. Eine Unterscheidung zwischen »Nazi« und »Nichtnazi« wurde anfangs nicht gemacht. Generell war für alle amerikanischen Soldaten das »Fraternisieren« mit der Bevölkerung verboten. Erst ab 15. Juli 1945 war es amerikanischen Soldaten erlaubt, sich mit deutschen Zivilisten zu unterhalten.

Im Gegensatz zur zentralen deutschen Verwaltung funktionierten im allgemeinen noch die Gemeinde- und Landkreisverwaltungen. Die seitherigen Bürgermeister und Landräte waren bei der Besetzung in der Regel in ihren Ämtern verblieben. Dagegen hatten sich die Kreis- und Ortsgruppenleiter der NSDAP sowie sonstige Funktionäre meist ihrer Verantwortung entzogen und waren bereits vor der Besetzung geflohen.

Die Amerikaner beabsichtigten nicht, die öffentliche Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen, vielmehr war ihnen daran gelegen, nach Entfernung der NSDAP-Mitglieder die einzelnen Verwaltungszweige wieder in deutsche Eigenverantwortung, freilich unter Kontrolle und Anweisung der Militärregierung, zu geben. Aus diesem Grund waren die Militärregierungen sehr darum bemüht, das Leben so rasch wie möglich zu normalisieren. Da amerikanische Regierungskreise die Ursache für die Entstehung des NS-Regimes beim deutschen Gesellschafts- und Erziehungssystem sahen, rechneten sie fest damit, daß es längere Zeit dauern würde, bis in Deutschland demokratische Verhältnisse Fuß fassen würden.

Bei der Besetzung war auch die Ludwigsburger Stadtverwaltung im großen und ganzen noch intakt. Die US-Kreismilitärregierung erkannte schnell, daß sie auf deren weitere Tätigkeit angewiesen war, da es ihr unmöglich gewesen wäre, die mannigfachen Probleme, vor allem bezüglich der Unterbringung und Versorgung der Bevölkerung, ohne deren Mithilfe in den Griff zu bekommen. So läßt es sich auch erklären, daß die Amerikaner zunächst Oberbürgermeister Dr. Karl Frank, obgleich er Mitglied der NSDAP gewesen war, in seinem Amt beließen, da nur er in seiner Schlüsselposition gewährleisten konnte, die Stadtverwaltung weiterhin funktionstüchtig zu halten und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen (seit dem 27. April 1945 war ihm zur Beaufsichtigung der Kaufmann Alfred Böhringer beigeordnet, was noch von der französischen Militärregierung angeordnet worden war).

In Ludwigsburg war das gesamte Reichseigentum, unter das auch die Gebäude der früheren Wehrmacht fielen, von der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Von den militärischen Anlagen und Gebäuden waren Ende August 1945 u. a. folgende von US-Truppen bzw. von der Besatzungsmacht belegt:

- Offiziersheim, Kurfürstenstraße 22;
- Marstallreithaus, Reithausberg 1;
- Arsenalkaserne, Arsenalplatz 3;
- Magazin XI, Mathildenstraße 20;

- ehem. Traindepotmagazine I-IV, Alt-Württemberg-Allee;
- Hauptlager der Heeresstandortverwaltung und Lagerhaus I-IV;
- ehem. Fußartilleriekaserne, Stuttgarter Straße 20;
- Heeresverpflegungsamt, Stuttgarter Straße 35 (Hauptquartier der UNNRA);
- Standortarrestanstalt, Hindenburgstraße 32;
- Reinhardt-Kaserne, Königsallee 43/57;
- Mathildenkaserne, Mathildenstraße 26;
- Pferdellazarett, Aldinger Straße (zum Teil).

Nachstehende Kasernen wurden von den Amerikanern als Gefangenenlager genutzt:

- Barackenlager auf dem großen Exerzierplatz, Aldinger Straße;
- Krabbenlochkaserne, Danziger Straße;
- Flakkaserne, Comburgstraße.

Die übrigen militärischen Gebäude dienten vor allem als DP-Lager, Durchgangslager für Flüchtlinge, Wohnhäuser für Angehörige der Besatzungsmacht oder es befand sich in ihnen noch Heeresgut der früheren Deutschen Wehrmacht.

Die zahlreichen Beschlagnahmungen von »zivilen« Gebäuden seitens der Besatzungsmacht lasteten schwer auf den Ludwigsburger Einwohnern. Allerdings beschränkten sich die Requisitionen, gerade in der ersten Zeit der Besetzung, nicht nur auf Gebäude; Lebensmittel, Fahrzeuge jeglicher Art, Gebrauchsgüter, Einrichtungs- und Wertgegenstände wechselten auf diese Weise gleichfalls ihre Besitz-

Bekanntmachung an alle bisherigen Wehrmachtsangehörigen.

Alle Angehörigen der bisherigen deutschen Wehrmacht einschließlich Waffen-SS, Volkssturm usw., die entlassen oder von der Kriegsgefangenschaft befreit wurden und sich zur Zeit im Stadtkreis Ludwigsburg aufhalten, haben sich ab Donnerstag, den 24. Mai 1945, in der nachgenannten Buchstabenfolge bei der Alliierten Militär-Regierung im hiesigen Rathaus zu melden:

- | | | | |
|----------------------------------|---------------|------------|------------|
| 1. Donnerstag, den 24. Mai 1945, | von 9—12 Uhr, | Buchstaben | A—D |
| 2. Donnerstag, den 24. Mai 1945, | von 13—17 " | " " | E—H |
| 3. Freitag, den 25. Mai 1945, | von 9—12 " | " " | I—M |
| 4. Freitag, den 25. Mai 1945, | von 13—17 " | " " | N—R |
| 5. Samstag, den 26. Mai 1945, | von 9—12 " | " " | S—Z |

An die bisherigen Wehrmachtsangehörigen wird bei dieser Meldung ein Ausweis ausgegeben, den sie künftig stets bei sich tragen müssen. Es liegt deshalb in ihrem eigenen Interesse, dieser Aufforderung pünktlich Folge zu leisten.

Ludwigsburg, den 22. Mai 1945.

Der Oberbürgermeister:
Dr. Frank.

*Bekanntmachung des Oberbürgermeisters wegen der Meldung
früherer Wehrmachtsangehöriger, Mai 1945*

zer. Offiziell waren jedoch Requisitionen von »irgendwelchem Material, Lebensmitteln, Fahrzeugen jeglicher Art, Fahrrädern usw. durch irgendeine Zivil- oder andere Person ... ohne die besondere Prüfung und Genehmigung durch die alliierte Militärregierung in Ludwigsburg« verboten.

Wie vielschichtig die zu bewältigenden Aufgaben waren, soll folgende Begebenheit andeuten, die sich Ende Juni 1945 zutrug:

Als in Tamm und Asperg eine große Zahl von männlichen und weiblichen Einwohnern zwischen 15 und 65 Jahren von den Franzosen auf Lastwagen abtransportiert wurde, führte das in diesen Gemeinden zu einer regelrechten Massenflucht nach den benachbarten Ludwigsburger Stadtteilen, da man sich erhoffte, dort vor solchen Willkürmaßnahmen verschont zu bleiben.

Durch die bereits von den Franzosen eingeleitete Unterbringung von ehemaligen Fremd- und Zwangsarbeitern (DPs) in den Ludwigsburger Kasernen war die Versorgungslage sehr kritisch und ernst geworden, da die Stadt- und Landkreisverwaltung für deren Versorgung aufkommen mußte. Nach den umfangreichen Plünderungen in der Stadt waren die ohnehin knappen Lebensmittelvorräte nahezu erschöpft. Anfang Mai 1945 mußten täglich 4 500 DPs versorgt werden. Zwei Wochen später war die Zahl der zu verpflegenden DPs bereits auf 15 000 angestiegen. Aus ganz Württemberg wurden DPs in den Ludwigsburger Kasernen, nach ihren Herkunftsländern getrennt, zusammengefaßt, wobei es sich hauptsächlich um Polen, Russen und Ukrainer handelte. Dies stellte auch eine schwere Last für die öffentliche Sicherheit dar. Gewalttaten aller Art, teilweise mit tödlichem Ausgang, gehörten damals in Ludwigsburg zur Tagesordnung.

Gleich nach der Besetzung entstanden in mehreren Gemeinden und Städten Württembergs antinationalsozialistische Komitees, antifaschistische Ausschüsse u. ä., die sich für die Bewältigung der schier unlösbar zu sein scheinenden Probleme einsetzten, wobei Lebensmittelversorgung, öffentliche Sicherheit, Fahndung nach Nazifunktionären sowie die Durchführung der Anordnungen der Militärregierung Vorrang hatten. Am 30. April 1945 ergriff Minister a. D. Wilhelm Keil zusammen mit einigen alten SPD-Parteifreunden die Initiative, auch in Ludwigsburg ein solches Komitee zu gründen. In einem Nebenzimmer der Wirtschaft »Zum Rebstock«, Seestraße 9, fand schließlich die Gründungsversammlung statt. Das anfängliche Mißtrauen, das seitens der französischen Militärregierung bestand, konnte allmählich abgebaut werden. Die vom Komitee nach und nach gebildeten Ausschüsse (Wohnungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Kultur- ausschuß) bedeuteten eine wesentliche Unterstützung für die Stadtverwaltung.

Mit dem im folgenden auszugsweise wiedergegebenen Schreiben vom 4. Mai 1945 ersuchte Wilhelm Keil die Militärregierung in Ludwigsburg, die Tätigkeit des Komitees offiziell zu bestätigen; gleichzeitig wurden seine programmatischen Ziele umrissen:

» . . . Der Ausschuß, als dessen Sprecher ich mich vorgestellt habe, nennt sich Antinationalsozialistischer Ausschuß. Dem Ausschuß gehören Mitglieder verschiedener Berufe an, die bis 1933 Anhänger verschiedener politischer Parteien, mit Ausnahme der nationalsozialistischen Partei, waren. Fast alle Mitglieder haben, nur weil sie Gegner des nationalsozialistischen Regimes waren, Nachteile erlitten, die sich von persönlichen Schikanen bis zu Schutzhaft und Maltraktierungen in Konzentrationslagern steigerten.

Der Ausschuß stellt sich folgenden Aufgaben:

1. Ausschaltung des nationalsozialistischen Einflusses jeder Art aus dem öffentlichen Leben der Stadt Ludwigsburg. Zu diesem Zweck verlangt der Ausschuß eine Kontrolle der Stadtverwaltung und ihrer einzelnen Zweige; für eine Übergangszeit will er zugleich dem Oberbürgermeister eine beratende Körperschaft zur Seite geben, die in Unterordnung unter die Anordnungen der Militärregierung etwa die Befugnisse des Gemeinderats von 1933 hat.

2. Mitwirkung bei der Wiederherstellung geordneter Rechtsverhältnisse, die den Schutz der Person gewährleisten.

3. Mitarbeit bei der Lösung der wichtigen und dringenden Aufgaben zum Wohl der Einwohnerschaft. Hierzu gehört in erster Linie die Sicherung einer geregelten Lebensmittelversorgung, die rasche Inangasetzung des Wirtschaftslebens, die Wiederherstellung der Verkehrsmöglichkeiten und die Beschaffung der finanziellen Mittel zur Erfüllung der Verpflichtungen der Stadtverwaltung.

Diese Aufzählung schließt die Beschäftigung mit anderen dringenden Aufgaben nicht aus.

Der Ausschuß ersucht die Militärregierung um die Bestätigung seines Bestehens und seiner Tätigkeit ...«

Ende des Monats legte dann Keil der Militärregierung folgenden Bericht über die seitherige Tätigkeit des Komitees vor:

»Das Komitee ist nun endgültig zusammengesetzt. Es beruht auf breiter Basis. Seine 24 Mitglieder sind gewonnen aus allen Ständen, Berufsgruppen und politischen Richtungen und genießen Vertrauen in der Bevölkerung. Sie waren ohne Ausnahme stets Gegner des Naziregimes und fast alle haben Anfeindungen, Nachteile und Verfolgungen erlitten.

Die Tätigkeit des Komitees schließt parteipolitische Tendenzen jeder Art aus. Das Komitee will nur das Nazitum auf allen Gebieten bekämpfen und mitarbeiten bei der Milderung der Not und beim Wiederaufbau. Die Mitglieder des Komitees haben den Krieg verurteilt, seine wahnsinnige Fortsetzung, nachdem er längst verloren war, verdammt, sich für die kampflose Übergabe der Stadt eingesetzt und die Zerstörung öffentlicher Einrichtungen als irrsinnig bekämpft.

Die erste und wichtigste Aufgabe des Komitees war, die Nazis, die sich auch nach der Besetzung noch an die Stadtverwaltung herandrängten, zurückzuweisen und selbst Einfluß auf die Stadtverwaltung zu gewinnen. Zu diesem Zweck haben wiederholt Beratungen mit dem Oberbürgermeister und dem Landrat stattgefunden und der Leiter des Komitees hat dauernd enge Fühlung mit den Behörden gehalten. Im Vordergrund standen dabei die Fragen der Ernährung. Die dem Oberbürgermeister und dem Landrat erstatteten Berichte gaben Gelegenheit, die Anschauungen des Komitees zu vertreten, Beschwerden der Einwohner vorzutragen, Vorschläge zu machen und Anregungen zu geben zur Beseitigung von Mißständen und Erfüllung begründeter Wünsche. Leitender Gedanke war dabei stets die Bekämpfung der Nazis.

Eine weitere Aufgabe ist die Wiedereingasetzung des Wirtschaftslebens unter Ausschaltung jedes Nazieinflusses. Hierzu ist mit Vertretern der Unternehmer Fühlung genommen und insbesondere Verbindung mit dem Arbeitsamt hergestellt worden. Mit dem neuen Leiter des Arbeitsamts haben Beratungen stattgefunden über die Ausmerzung des Nazigeistes aus dem Amt und die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Arbeiter. Besonders ist auf die Bereitstellung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft hingewirkt worden.

Das Komitee ist ferner darauf bedacht, daß die zerstörten Wohnungen wieder in Stand gesetzt werden. Dazu sollen alle verfügbaren Baumaterialien gesammelt werden. Die Wohnungen geflüchteter Nazis sollen an wohnungslose Einwohner vergeben werden. Bei der Beschlagnahme von Wohnungen für die Besatzungstruppen setzt sich das Komitee für die Schonung der Nazigegner ein.

Der neue Leiter des Schulwesens ist Mitglied des Komitees. Mit ihm finden Aussprachen über die künftige Organisation und den neuen Geist der Schulen statt.

Beauftragte des Komitees haben einstweilen kontrollierenden Einfluß auf die Allgemeine Ortskrankenkasse genommen, die 1933 radikal neu mit Nazis besetzt wurde.

Einige Mitglieder des Komitees haben eine Liste der Nazimitglieder der Stadt Ludwigsburg aufgestellt, die in wenigen Tagen fertig sein wird. Diese Liste wird dazu dienen, den Personen besondere Beachtung zu widmen, die sich in führender Stellung in hohem Grade mitschuldig gemacht haben an den Verbrechen der Nazipolitik. Der Leiter des Komitees und viele seiner Mitglieder stehen jeden Tag Personen aller Stände und Vertretern von Behörden zur Verfügung zur Erteilung von Rat und Auskunft in den Fragen des öffentlichen wie des privaten persönlichen Lebens. Neben der Milderung der vielen Nöte, die sich aus der Kriegsniederlage ergaben, wird dabei der Zweck verfolgt, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu sichern, Ausschreitungen vorzubeugen, einer echten pflichtbewußten demokratischen Denkweise den Weg zu bahnen, die moralische Wiedergenesung unseres Volkes zu fördern und den guten Willen zur ehrlichen Mitarbeit an diesem gesamten Aufbauwerk zu stärken. «

Nach einer Zusammenstellung Keils vom August 1945 gehörten dem Komitee zu diesem Zeitpunkt nachstehende Mitglieder an (nach der Zugehörigkeit zu den Parteien vor 1933):

Kommunisten:

Grötzinger, Emil, Arbeiter (Eglosheim)
Hermann, Otto, Angestellter
Müller, Otto, Arbeiter
Oechsle, Karl, Schuhmachermeister (Hoheneck)
Seyerle, Albert, Arbeiter
Trostel, Adolf, Gewerbetreibender (Oßweil)
Weippert, Karl, Arbeiter

Sozialdemokraten:

Keil, Wilhelm, Minister
Kopp, Wilhelm, Angestellter
Klett, Adam, Landwirt (Pflugfelden)
Megerle, Eugen, Arbeiter
Münch, Friedrich, Angestellter
Schweitzer, Heinrich, Arbeiter

Demokraten:

Teufel, Adam, Angestellter
Dr. Walcker, Oskar, Orgelbaumeister

Zentrum:

Fischer, Robert, Hauptlehrer
Rothacker, Paul, Architekt
Ziegler, Johannes, Angestellter

Demokratisch gesinnt,

aber ohne Parteizugehörigkeit: Dachtler, Emil, Kaufmann
Hirschmann, Karl, Landwirt (Eglosheim)
Kraft, Eugen, Bankdirektor
Metzger, Ernst, Kohlenhändler
Richter, Adolf, Studiendirektor
Tafelmaier, Adolf, Wagnermeister

Im Gegensatz zu Keils Zusammenstellung werden Karl Oechsle und Dr. Oskar Walcker in den Unterlagen der Stadtverwaltung nicht als Mitglieder des Komitees genannt. Dagegen wird in den städtischen Akten noch Gustav Lindenberger, Oßweil, als weiteres Komiteemitglied erwähnt. Über dessen politische Gesinnung liegen keine schriftlichen Hinweise vor.

Die Zusammensetzung des Komitees entsprach nicht ganz den Wünschen Keils, da ihm einige Mitglieder vorgeschlagen worden waren, deren frühere politische Einstellung er nicht näher kannte. Insbesondere bemängelte er, daß der gewerbliche Mittelstand nicht genügend berücksichtigt worden sei, was seiner Meinung nach bei der Bildung des künftigen Gemeinderats beachtet werden sollte.

In den seit ungefähr Mitte Mai 1945 regelmäßig einmal wöchentlich stattfindenden Sitzungen des gewissermaßen als provisorischer Gemeinderat fungierenden Komitees, das jedoch kein Beschlußrecht hatte, erstatteten sowohl der Oberbürgermeister als auch der Landrat Bericht über ihre Amtsführung. (Am 31. Mai 1945 wurde Dr. Helmuth Jaeger von der Militärregierung zum Landrat des Kreises Ludwigsburg ernannt.) Wie bei Gemeinderatssitzungen wurden die anfallenden Probleme ausführlich erörtert.

Für die Ludwigsburger Einwohnerschaft war es eine große Beruhigung, daß der örtliche Verwaltungsapparat noch einigermaßen funktionierte und nicht zusammengebrochen war. Durch die Tätigkeit des Komitees war ein konstruktiver Ansatzpunkt für einen politischen Neubeginn gegeben, der wieder hoffen ließ.

Trotzdem fehlte es offenbar auch nicht an exzessiven Haltungen einiger Komiteemitglieder. Dies ist z. B. der Äußerung eines kommunistischen Komiteemitgliedes zu entnehmen, das, so erinnert sich Keil, »seinem Ärger über Provokationen aktivistischer Nazis mit dem Bedauern Ausdruck gab, daß man nicht sofort nach dem Zusammenbruch einige Dutzend Nazis aufgehängt habe«.

Vielschichtig waren die Tagesordnungspunkte des Komitees. Z. B. wurde in einer Sitzung Anfang Juli 1945 beantragt, den sog. Hitlerstuhl im Gasthaus »Zum Stern«, Wilhelmstraße 2, zu beschlagnahmen. Die daraufhin vom Landrat entsandten Polizeibeamten konnten jedoch nicht ermitteln, auf welchem Stuhl Hitler, der 1930 für kurze Zeit in diesem Gasthaus abgestiegen war, gesessen hatte.

Doch gelang es dem Komitee, bei weitem wichtigere und dringendere Aufgaben in Angriff zu nehmen und zu lösen, z. B. manchen von der französischen Militärregierung zu Unrecht inhaftierten Einwohner freizubekommen. Es konnte u. a. auch die Rückgabe der kurz nach der Besetzung auf Befehl der Franzosen abgelieferten Radioapparate, sofern noch vorhanden, »die zu Tausenden wild durcheinander ... im Dachgeschoß des Rathauses herumlagen«, an ihre Eigentümer bewirken. Die amerikanischen Offiziere waren der Meinung, »man solle den Menschen, die 12 Jahre mit der Goebbelschen Kost gefüttert worden waren, die Möglichkeit geben, nun einmal Sendungen zu hören, die ihnen reinen Wein einschenk-



*Captain (später Major) John Lindsay,
Chef der Ludwigsburger US-Kreis Militärregierung, Sommer 1945*



*Angehörige einer in Ludwigsburg stationierten US-Armee-Einheit,
Ludwigsburg, Sept. 1945*

ten über die nazistische Gewaltherrschaft«. Allerdings wurden bei der Rückgabe der Radioapparate auf Anordnung der Militärregierung nur Personen berücksichtigt, die nicht der NSDAP angehört hatten.

Einer anderen von Captain Lindsay übertragenen Aufgabe war dagegen kein Erfolg beschieden:

Ein von Keil gebildetes, aus sechs Mitgliedern bestehendes Unterkomitee bekam den Auftrag, »Listen der Beamten und Angestellten des Landratsamts und der Stadtverwaltung auf die nazistische Belastung der einzelnen Persönlichkeiten zu prüfen«. Diese Aufgabe erforderte genaue Kenntnis der betreffenden Personen sowie sorgfältigste Nachforschungen, da die Existenz vieler Familien auf dem Spiel stand, so daß nur »notorische Naziführer« vom Komitee belastet wurden. Da die Militärregierung mit dem Erfolg der Bemühungen unzufrieden war, setzte sie, ohne hiervon das Komitee zu informieren, einen eigenen Überprüfungsapparat ein. Dieser sollte für die Militärregierung Erkundigungen »über die irgendwie nazistisch verdächtigen Menschen« einholen. Wilhelm Keil gibt folgendes Urteil über diese »halboffizielle Organisation« ab:

»Es konnte nicht ausbleiben, daß sich an diese im Zwielficht arbeitende Amtsstelle zweifelhafte Elemente herandrängten, die sich als politisch verfolgte, unbeugsame Nazigegner aufspielten, in Wirklichkeit aber verdächtige, schwankende Gestalten waren. Bei ihrer örtlichen Unkenntnis vermochten die maßgebenden Organe der Besatzungsmacht diese Berichterstatter in der Regel nicht klar zu durchschauen; sie bedienten sich zu ihrer Beratung aber auch keiner zuverlässigen Persönlichkeiten. So kam es, daß Entlassungen ausgesprochen wurden, bei denen man vergebens nach einem anderen Grund als persönlichem Haß oder Neid suchte.«

Ein großes Problem, welches das Komitee anzugehen versuchte, stellte die große Zahl der in der Stadt untergebrachten ehemaligen Zwangs- und Fremdarbeiter dar. Am meisten Sorgen bereiteten hierbei die Polen, welche die größte Gruppe bildeten.

In einer Zeit, in der das Recht und die Ordnung noch darnieder lagen, die in der Umbildung begriffene Polizei mit der durch Entnazifizierungsmaßnahmen bedingten Personalfuktuation schwer zu kämpfen hatte, was sich zwangsläufig auf die Einsatzbereitschaft auswirken mußte, die Polizisten auf ihren Patrouillen noch keine Waffen tragen durften, entwickelten die kriminellen Elemente unter den DPs ihre größten Aktivitäten. Ein Beispiel sei herausgegriffen:

Am 21. August 1945 wurde von der Kreismilitärregierung kurzfristig eine 18-Uhr-Sperrstunde angeordnet. Der Grund hierfür war die an diesem Tag erfolgte Beerdigung eines Polen, der, zusammen mit zwei Ludwigsburgern, bei Ausschreitungen getötet worden war. In der Sitzung des Komitees am Nachmittag desselben Tages wurde vorgebracht, daß eine große Zahl polnischer Staatsangehöriger, um sich an der Bestattungsfeier zu beteiligen, durch die Straßen der Stadt gezogen war, wobei es zu Übergriffen gekommen sei (s. hierzu S. 142 f.).

In den zahlreichen Besprechungen mit den Vertretern des polnischen Zentralvorstands wurde alles versucht, um mit den Polen in ein gutes Verhältnis zu kommen. Doch konnten sich die polnischen Polizeibeamten bei ihren Landsleuten ebensowenig durchsetzen, wie die offiziellen Vertreter der Polen. Im Ausschuß befürchtete man, daß der seelische Zustand, in dem sich die Bevölkerung wegen der Ausschreitungen befand, zu Unbesonnenheiten führen könnte.

Mit der von der Militärregierung für die amerikanische Zone veröffentlichten Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 bekamen die Deutschen in der amerikanischen Zone die Verantwortung für die Verwaltung in den einzelnen Ländern übertragen. Den Regierungspräsidenten, Landräten, Bürgermeistern etc. wurde »die Befugnis zur Gesetzgebung und zur Ausübung anderer Regierungsgewalten« nach Maßgabe des zur Zeit der Besetzung geltenden Gesetzes bestätigt, soweit dieses nicht schon durch die Militärregierung oder den Kontrollrat für Deutschland aufgehoben oder abgeändert oder zeitweilig außer Kraft gesetzt worden war.

Die Militärregierung behielt sich die Kontrolle nur in Bereichen vor, die für die Verwirklichung der Ziele ihrer Besatzungspolitik notwendig waren.

Bereits im Laufe des Sommers 1945 zeichnete sich ab, daß in absehbarer Zeit an Stelle des Komitees ein von der Militärregierung eingesetzter Gemeinderat treten würde. In diesem Zusammenhang regte Oberbürgermeister Dr. Frank Mitte Juni 1945 bei der Militärregierung an, die Zusammensetzung des zukünftigen Gemeinderats nach dem Wahlergebnis der letzten Gemeinderatswahl vor der Machtergreifung festzulegen, wobei die seinerzeit auf die NSDAP entfallenen Sitze proportional unter die anderen politischen Gruppierungen aufgeteilt werden sollten. Der Oberbürgermeister wurde schließlich angewiesen, einen entsprechenden Vorschlag für die Neubildung bei der Militärregierung einzureichen, da die neuen Gemeinderäte von dieser bestätigt werden müßten.

In den folgenden Wochen wurden außerdem mehrere Mitglieder vom Komitee aufgefordert, ebenfalls entsprechende Vorschläge für einen provisorischen Gemeinderat zu machen. Unter Berücksichtigung der hierbei benannten Personen erfolgte dann auf Anforderung der Militärregierung vom 3. September 1945 die Konstituierung des provisorischen Gemeinderats nach den Bestimmungen der Württembergischen Gemeindeordnung von 1930, wobei seine Mitglieder bis zur Durchführung ordentlicher Wahlen berufen wurden. Im Gegensatz zum Komitee hatte dieser provisorische Gemeinderat außer einer beratenden nun auch eine beschließende Funktion.

Die Militärregierung bestimmte Alfred Böhringer zum Vorsitzenden des aus 25 Mitgliedern bestehenden provisorischen Gemeinderats, der sich wie folgt zusammensetzte (die mit * versehenen Mitglieder waren schon Mitglieder des Komitees):

- | | |
|----------------------|---------------------------|
| 1. Dachtler, Emil* | 14. Metzger, Ernst* |
| 2. Eichert, Otto | 15. Oechsle, Karl*? |
| 3. Fischer, Robert* | 16. Sauerzapf, Eugen |
| 4. Herrmann, Otto* | 17. Dr. Schaefer, Carl |
| 5. Hirschmann, Karl* | 18. Schweitzer, Heinrich* |
| 6. Keil, Wilhelm* | 19. Seyerle, Albert* |
| 7. Klett, Adam* | 20. Tafelmaier, Adolf* |
| 8. Klotz, Eugen | 21. Teufel, Adam* |
| 9. Kocher, Hermann | 22. Trostel, Adolf* |
| 10. Kopp, Wilhelm* | 23. Dr. Walcker, Oskar*? |
| 11. Kraft, Eugen* | 24. Weippert, Karl* |
| 12. Ludwig, Otto | 25. Ziegler, Johannes* |
| 13. Megerle, Eugen* | |

Die erste Sitzung des provisorischen Gemeinderats fand am 21. September 1945 statt. Folgende Abteilungen und Ausschüsse wurden gebildet:

- | | |
|-------------------------|--|
| 1. Verwaltungsabteilung | 5. Kulturabteilung |
| 2. Wirtschaftsabteilung | 6. Wohnungsabteilung |
| 3. Sozialabteilung | 7. Personalabteilung |
| 4. Technische Abteilung | 8. Ausschuß für Betreuung politisch Verfolgter |

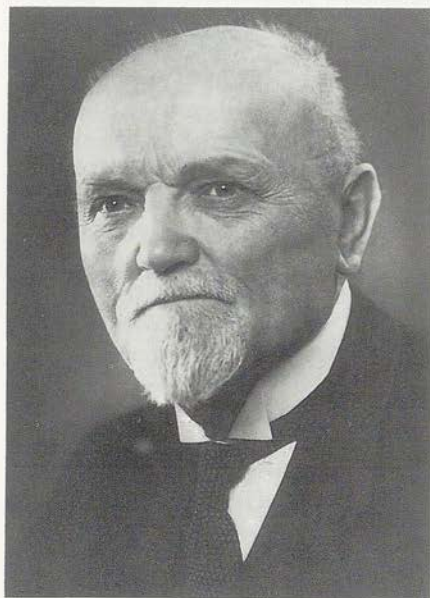
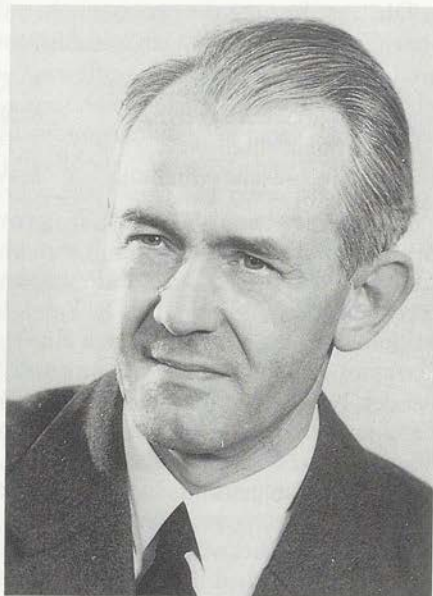
Am 1. Oktober 1945 wurde der provisorische Gemeinderat zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen. Grund hierfür war die Entlassung des seitherigen Oberbürgermeisters, Dr. Karl Frank, aus seinem Amt. Das Sitzungsprotokoll vermerkt: »Oberbürgermeister Dr. Frank hat in der vergangenen Woche die Alliierte Militärregierung gebeten, seinen Rücktritt vom Amt des Oberbürgermeisters zu gestatten und ihn von seinen Amtspflichten zu entbinden. Nach weiteren eingehenden Besprechungen mit Herrn Dr. Frank, zu denen der Vorsitzende abschließend zugezogen wurde, hat die Militärregierung dem Gesuch mit Wirkung vom heutigen Tage an entsprochen ...«

Die Militärregierung, die die Tätigkeit von Dr. Frank als Oberbürgermeister und seine reibungslose Zusammenarbeit in besonderem Maße anerkannte, entsprach dem »Rücktrittsgesuch«, nach Böhringers Einschätzung, nur wegen der für sie verbindlichen Entnazifizierungsrichtlinien.

Daß dies tatsächlich zutrifft, beweist ein Schreiben der Ludwigsburger US-Kreismilitärregierung vom 14. September 1945 an den »Commanding Officer« des vorgesetzten Detachments, aus dem deutlich hervorgeht, wie sehr sich die US-Kreismilitärregierung bei ihrer vorgesetzten Dienststelle für ein Verbleiben von Dr. Frank als Oberbürgermeister einsetzte. In diesem Schreiben wird besonders auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit und die große Erfahrung Franks abgehoben, auf die wegen der anstehenden Probleme keinesfalls verzichtet werden könne. Wörtlich heißt es hierzu: »This man has given Military Government excellent cooperation and been of invaluable service and to remove him at present would be poor policy ...«

Nach Ausscheiden aus der Stadtverwaltung ließ sich Dr. Frank zunächst als Rechtsanwalt in Ludwigsburg nieder. Von 1952 an war er dann als Finanzminister maßgeblich am Aufbau des Landes Baden-Württemberg beteiligt.

Die Stelle des Oberbürgermeisters wurde nicht sofort neu besetzt, weshalb die Militärregierung Alfred Böhringer mit Wirkung vom 1. Oktober 1945 zum »stellvertretenden Oberbürgermeister« ernannte. Bis zur Einsetzung eines gewählten Oberbürgermeisters sollte er, mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet, während der Übergangszeit die Stadtverwaltung leiten. Da der Sitzungssaal im Rathaus nicht zur Verfügung stand, wurde hierfür Mitte Oktober 1945 der große Saal im Gebäude der Kreishandwerkerschaft, Bismarckstraße 24, bestimmt. Hier fand dann auch am 25. Oktober 1945 die erste öffentliche Sitzung des Gemeinderats nach über 12jähriger Unterbrechung statt, wodurch, so vermerken die »Amtlichen Nachrichten« vom 20. Oktober 1945, »in der unteren Stufe der öffentlichen Verwaltung das Ur-Recht der Demokratie auf öffentliche Behandlung aller das Gemeinwohl berührenden Fragen wiederhergestellt und über den Rechtszustand der Weimarer Verfassung hinaus erweitert und der Taktik des vergangenen Systems, hinter verschlossenen Türen unkontrollierte Entscheidungen zu fällen, ein Ende gemacht« war.



*Oben links:
Dr. jur. Karl Frank (1900–1974),
Oberbürgermeister 1931–1945*

*Oben rechts:
Alfred Böhringer (geb. 1889),
stellv. Oberbürgermeister 1945/46*

*Links:
Wilhelm Keil (1870–1968),
Vorsitzender des Ludwigsburger
Antinazikomitees*

Wie überall im Lande fand auch in Ludwigsburg am Sonntag, 25. November 1945, eine Gedenkfeier für die Opfer des NS-Terrors statt. An der Veranstaltung im Saalbau, Stuttgarter Straße 2, nahmen zahlreiche Bürger aus allen Kreisen der Bevölkerung teil. Im Mittelpunkt der musikalisch umrahmten Feier stand, neben einer kurzen Ansprache des stellvertretenden Oberbürgermeisters, die Rede des

früheren Reichstagsabgeordneten Roßmann (SPD) über die Hintergründe, die zur NS-Diktatur geführt hatten und die daraus zu ziehenden Lehren. (Eine ähnliche Gedenkfeier wurde auch im folgenden Jahr, am 15. September 1946, abgehalten.)

Schon das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 hatte die Bildung demokratischer Parteien in den Besatzungszonen vorgesehen. Die Amerikaner legten im Sommer 1945 den Schwerpunkt zunächst aber auf die Einrichtung und die Wiederbelebung der Verwaltungen. Die parteiähnlichen Gruppierungen, die sich mancherorts etablierten, wurden von den Amerikanern in der Regel zwar geduldet, jedoch nicht anerkannt. Eine amerikanische Direktive vom August 1945 sah schließlich die Bildung von Parteien auf Orts- und Kreisebene vor. Auf Landesebene wurden in Württemberg-Baden am 17. Dezember 1945 die SPD, die Christlich-Soziale Volkspartei, die DVP und die KPD erlaubt.

Die Genehmigung für die Gründung einer Partei – von den Antragsstellern waren hierfür das Parteiprogramm und die für die Entnazifizierung erforderlichen Fragebogen vorzulegen – wurde von der örtlichen Militärregierung erteilt. Die zugelassenen Parteien, die allerdings von der Militärregierung jederzeit wieder aufgelöst werden konnten, durften nach zuvor eingeholter Genehmigung öffentliche Versammlungen und sonstige Veranstaltungen abhalten.

Bereits Anfang Juli 1945 konnte man in den »Amtlichen Nachrichten« lesen, daß unter Hinzuziehung früherer Gewerkschaftsfunktionäre in Ludwigsburg freie Gewerkschaften (»Freier Deutscher Gewerkschaftsbund«) auf demokratischer Grundlage zugelassen worden waren.

Im Kreis Ludwigsburg waren frühere Mitglieder der KPD bereits vor Wiedenzulassung der Partei aktiv, wobei von ihnen auch Versuche unternommen wurden sich vorab zu organisieren, was jedoch von der Militärregierung unterbunden wurde.

Die erste Partei, die sich im Kreis Ludwigsburg formierte, war die SPD, die am 25. September 1945 bei der Militärregierung den Antrag auf Wiedenzulassung auf Kreisebene stellte. Wilhelm Keil setzte sich zunächst dafür ein, die SPD als demokratische Volkspartei – ohne direkte Anknüpfung an das Konzept der SPD vor 1933 – neu entstehen zu lassen. Diese Partei sollte »für alle wirklichen Demokraten mit sozialfortschrittlicher Gesinnung, also auch für frühere Kommunisten, die sich auf Grund ihrer Erlebnisse im 3. Reich zu echten Demokraten gewandelt hatten«, zur politischen Heimat werden.

Am 15. August 1945 fand in Ludwigsburg die dritte Landrätekonferenz für den von den Amerikanern besetzten Teil Württembergs statt (die erste Konferenz war im Juni in Murrhardt, die zweite im Juli 1945 in Schwäbisch Gmünd abgehalten worden). An der dritten Konferenz nahm, neben Vertretern der amerikanischen Landesmilitärregierung, zum ersten Male auch die Landeszentralverwaltung unter der Leitung des damaligen Landesdirektors Fritz Ulrich (SPD) teil. Den Schwerpunkt der Konferenz, deren Präsidium dem früheren Minister Keil übertragen worden war, bildete die Erörterung der schwierigen Aufgaben, denen sich nunmehr die Verwaltungen zu stellen hatten. In einer einleitenden Rede betonte Landesdirektor Ulrich, daß die wichtigste und dringlichste Aufgabe die »Ausmerzung jedes nationalsozialistischen und militärischen Geistes aus unserem Volksleben« sei.

In dem am 17. September 1945 vor rund 1000 Zuhörern im großen Saal des Bahnhofs gehaltenen Vortrag: »Was war, was ist, was werden muß«, dem ersten

Aufruf **an alle Schaffenden in Stadt u. Land!**

Die **Gründungsversammlung** **der Allgemeinen** **Deutschen Arbeiterpartei**

findet am Samstag, den 27. Oktober 1945 um 15 Uhr in Ludwigsburg im „Bärensaal“, Vord. Schloßstraße 9, statt. Wir laden alle unsere Anhänger zu dieser Versammlung ein und bitten um zahlreichen Besuch.

Der vorbereitende Ausschuß.

Von der Militärregierung als Plakat genehmigt.

Druckerei Maria Bock Ludwigsburg

*Aufruf zur Teilnahme an der Gründungsversammlung
der Allgemeinen Deutschen Arbeiterpartei, Okt. 1945*

politischen Vortrag in Württemberg nach dem Ende der NS-Diktatur, warb Keil für seine politischen Ideen. Unter den Zuhörern befanden sich auch die späteren SPD-Minister Carlo Schmid und Fritz Ulrich. Letzterer trat auch in Ludwigsburg als Redner auf, z. B. mit dem am 21. Oktober 1945, nunmehr als Innenminister, im Central-Theater, Arsenalstraße 4, gehaltenen Vortrag »Demokratie und Sozialismus«, wodurch auch er nicht unwesentlich zur politischen Willensbildung in Ludwigsburg beitrug.

In die gleiche Zeit fielen die Bestrebungen eines Angehörigen der US-Kreismilitärregierung, der beabsichtigte, in Ludwigsburg eine »proletarische Einheitspartei« nach kommunistischem Vorbild zu gründen. Wegen der in der Zwischenzeit erfolgten Neugründung der SPD nach altem Muster in anderen Teilen Deutschlands konnten sich die Ludwigsburger Sozialdemokraten aber weder für die Vorstellungen Keils noch für die der »proletarischen Einheitspartei« erwärmen. Schließlich kam es am Sonntag, 28. Oktober 1945, im Bärensaal, Schloßstraße 9, zur Gründungsversammlung des Kreisverbands der SPD. Anfang Januar 1946 wurde dann der Ortsverein Ludwigsburg gegründet. Zu seinem Vorsitzenden wählte man den früheren Ludwigsburger SPD-Gemeinderat Wilhelm Kopp. Die Gründungsversammlung der – kurzlebigen – Allgemeinen Deutschen Arbeiterpartei fand am 27. Oktober 1945, ebenfalls im Bärensaal, statt.

Am 5. November 1945 erfolgte die Gründung der Demokratischen Volkspartei im Kreis Ludwigsburg. Als Vorsitzender wurde Richard Koch bestimmt. Die Christlich-Soziale Volkspartei hatte ihre Gründungsversammlung am Samstag,

24. November 1945, im Evangelischen Vereinshaus, Gartenstraße 17; im Januar 1946 in CDU umbenannt, kam sie durch Zusammenschluß früherer Mitglieder und Freunde der ehemaligen Zentrumspartei und des früheren Christlichen Volksdienstes zustande. Die erste öffentliche Kundgebung dieser Partei in Ludwigsburg fand am Samstag, 1. Dezember 1945, im Central-Theater statt. Redner waren Wirtschaftsminister Josef Andre und Wilhelm Sempendörfer, beide bereits vor 1933 Mitglieder des Reichstags.

Anfang November 1945 bekam auch die Kommunistische Partei die Erlaubnis, sich im Kreis zu organisieren.

Die »Freie Parteilose Wählervereinigung Ludwigsburg«, die spätere »Freie Wählervereinigung«, wurde schließlich im April 1946 ins Leben gerufen.

Die Aktivitäten der zugelassenen Parteien wurden freilich von der US-Kreisregierung streng überwacht. Von den Parteien forderte sie detaillierte Rechenschaftsberichte. Jetzt drängte sich zwangsläufig die Frage auf, wann die ersten Wahlen stattfinden würden. Vor Frühjahr 1946 sollte dies jedoch nicht der Fall sein, da man es, so die Meinung maßgeblicher amerikanischer Kreise, der sich auch deutsche Politiker anschlossen, nicht verantworten könne, »solange die deutsche Industrie lahm liege und die Bevölkerung wegen des katastrophalen Mangels an Nahrungsmitteln praktisch vom Hungertode bedroht sei«. Über den Ablauf der schließlich Mitte Oktober 1945 angekündigten »örtlichen Wahlen« in der amerikanischen Zone, die nun für Frühjahr 1946 vorgesehen waren, blieben die Parteien zunächst noch im Unklaren. Unbekannt war z. B., ob die Wahl nur für den Gemeinderat stattfinden würde oder auch die Bürgermeister gewählt werden sollten. Ob frühere »Nazis« wählen durften, war ebenfalls unklar. Die zugelassenen Parteien konnten ab Ende November 1945 Flugblätter und Plakate drucken lassen, allerdings war dies mit bestimmten Auflagen verbunden. So durften z. B. die Druckerzeugnisse nur von zugelassenen Druckereien angefertigt werden.

Im Herbst 1945 waren von der Militärregierung und der Landesregierung in Stuttgart neue Gesetze vorbereitet worden, in denen auch Bestimmungen für die Durchführung zukünftiger Gemeinderatswahlen aufgenommen waren. So waren zunächst Gemeinderatswahlen in der amerikanischen Zone im Januar 1946 in allen Gemeinden bis 20 000 Einwohnern vorgesehen. Die Wahlen in den größeren Gemeinden sowie Kreistagswahlen sollten erst danach abgehalten werden.

Voraussetzung war, daß die militärische Sicherheit nicht gefährdet sein würde. Der stellvertretende US-Gouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay,

Die Sozialdemokratische Partei des Kreises Ludwigsburg

hält am Sonntag, den 28. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Bärensaal, Vordere Schloßstraße 9, ihre

Gründungsversammlung

ab. Alle Frauen und Männer der Stadt und des Kreises Ludwigsburg, die für Demokratie und Sozialismus wirken wollen, sind eingeladen.

*Einladung zur Gründungsversammlung der Sozialdemokratischen Partei
des Kreises Ludwigsburg, Amtl. Nachrichten vom 24. Okt. 1945*

vertrat die Auffassung, daß eine Demokratie am besten von unten nach oben aufgebaut werden könne, weshalb Wahlen zunächst in den kleinen Gemeinden stattfinden sollten.

In ihrem »Weekly Intelligence Report« vom 16. Januar 1946 vermerkte die US-Kreismilitärregierung, daß es bei der Bevölkerung ein steigendes Interesse an den bevorstehenden Gemeinderatswahlen gebe. Die meisten Wahlversammlungen seien gut besucht, außerdem werde immer häufiger davon Gebrauch gemacht, nach den Ausführungen des Hauptredners zu diskutieren.

Im Hinblick auf die geplanten Wahlen befaßte sich der provisorische Gemeinderat in Ludwigsburg auch mit der Frage, ob der ehemalige Oberbürgermeister Dr. Karl Frank wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur NSDAP (seit 1937) in die Wählerliste aufgenommen werden könne und dadurch berechtigt sei, an der bevorstehenden Wahl teilzunehmen. Gegen den Beschluß des Ausschusses für die Aufstellung der Wählerliste und des Gemeinderats vom 28. März 1946, »der frühere Oberbürgermeister Dr. Frank ... sei durch seine Tätigkeit, seine Reden und Handlungen als ein Mitarbeiter der früheren NSDAP anzusehen« und nicht in die Wählerliste aufzunehmen, erhob dieser in einer am 1. April 1946 an den »Oberbürgermeister« gerichteten, 24 Seiten langen, Beschwerdeschrift Einspruch. Diese wurde dem provisorischen Gemeinderat in der folgenden Sitzung vorgelesen, der aber nicht bereit war, seinen Beschluß aufzuheben; doch einigte man sich nach teilweise kontrovers und heftig geführter Debatte, zur Klärung die Angelegenheit dem Innenministerium vorzulegen. Als sich dann immer mehr abzeichnete, daß es in dieser Angelegenheit vor dem Wahltag zu keinem Ergebnis kommen würde, zog Frank schließlich am 25. April 1946 seine Beschwerde zurück. Dr. Frank betonte in seinem Schreiben an die Stadtverwaltung ausdrücklich, daß er seine »Streichung aus der Wählerliste und vor allem die Art und Weise der Behandlung der Angelegenheit nach wie vor als schweres Unrecht betrachte«.

Am 28. April 1946 wurden dann im Kreis Ludwigsburg die Kreistagswahlen und in Ludwigsburg die Gemeinderatswahl durchgeführt. Bei der Gemeinderatswahl gab es folgende Stimmenverteilung:

Sozialdemokratische Partei	126 443 = 27,42%
Christlich-Demokratische Union	123 750 = 26,84%
Demokratische Volkspartei	89 875 = 19,49%
Freie Parteilose Wählervereinigung	79 309 = 17,20%
Kommunistische Partei	41 683 = 9,04%

Die Wahlvorschläge der SPD und KPD waren verbunden, weshalb sich für die Zuweisung der auf diese Parteien entfallenen Gemeinderatssitze die Gesamtzahl von 168 126 Stimmen ergab. Von den auf die Dauer von zwei Jahren gewählten 30 Gemeinderäten erhielten: SPD 9, CDU 8, DVP 6, Freie Parteilose Wählervereinigung 5 und KPD 2 Sitze. Wahlberechtigt waren 21 321 Einwohner, von denen 17 756 (83,3%) abstimmten. Die Zahl der aus politischen Gründen Ausgeschlossenen betrug 1750. Interessant ist, daß in Ludwigsburg die SPD mit der KPD eine sog. Fraktionsgemeinschaft einging. Diese war bei den SPD-Gemeinderäten keinesfalls unumstritten, wurde aber erst 1948 aufgelöst, nachdem die Sowjets die Blockade der West-Sektoren von Berlin verhängt hatten (Juni 1948). Durch diese Fraktionsgemeinschaft war die KPD auch in den Ausschüssen des Gemeinderats vertreten. Auffallend war auch die starke liberale Tendenz im Gemeinderat, bil-

Versammlungen und Veranstaltungen

Pfarrer D. Martin Niemöller spricht in Ludwigsburg

Pfarrer D. Niemöller, der stellvertretende Vorsitzende der Evangel. Kirche in Deutschland, wird am Montag, 11. März, 19.30 Uhr, in der Stadtkirche sprechen.

Evang. Dekanatsamt: Dr. D ö r r f u ß.

*Ankündigung einer Rede von Pfarrer D. Martin Niemöller,
Amtl. Nachrichten vom 9. März 1946*

dete doch die Demokratische Volkspartei mit der Freien Parteilosen Wählerversammlung die größte Fraktion.

Anlässlich der Verabschiedung des provisorischen Gemeinderats in der Sitzung am 16. Mai 1946 wurde ein Rückblick auf die in den vergangenen Monaten seit dem Zusammenbruch des NS-Regimes geleistete Arbeit gegeben, die im wesentlichen folgenden Schwerpunkten gegolten hatte:

- Aufnahme des Betriebs des städtischen Gaswerks
- Neuorganisation der Polizei und der Feuerwehr
- Aufstellung des Haushaltsplans für 1945
- Brennholzversorgung
- Wiedereröffnung des Heilbades Hoheneck
- Betreuung der früheren KZ-Insassen
- Entnazifizierungsangelegenheiten
- Wahlvorbereitungen
- Unterbringung verschiedener Industrie- und Handelszweige
- Wiedereröffnung der Schulen

Bei der Einführung und Verpflichtung des neuen Gemeinderats am 23. Mai 1946 stellte der stellvertretende Oberbürgermeister fest, »daß nach 13jährigem Stillstand demokratischen Gemeindelebens nunmehr in unserer Heimatstadt Ludwigsburg die erste freie Wahl durchgeführt worden sei. Es sei traurig, festzustellen, daß man dazu einen Krieg mit furchtbaren Folgen und eine fremdländische Besatzung notwendig hatte. Dem deutschen Volk war es nicht vergönnt, sich frei zu machen und sich diese Rechte wieder zu erkämpfen ... Durch den staatspolitischen Umbruch hätten die württembergischen Gemeinden . . . das ... Recht der Selbstverwaltung zurückerhalten ...«

Als neue stellvertretende Oberbürgermeister wurden folgende Gemeinderäte berufen: Wilhelm Kopp, SPD; Ludwig Gengnagel, CDU; Dr. Carl Schaefer, DVP.

Anschließend ergriff Gemeinderat Schweitzer (SPD) das Wort: »Nachdem nun

in jeder Gemeinde durch die freie Wahl Gelegenheit gegeben sei, über das Wohl und Wehe der Gemeinden zu entscheiden und nicht mehr ein einzelner Mensch in der Lage sei wie früher, den anderen seine Meinung aufzuktroyieren und eine Diktatur zu errichten, müsse diese durch fremde Soldaten erworbene Freiheit und das demokratische Recht um so wertvoller und teurer sein. Wir geloben daher »nie wieder einen Hitler!« Die Sozialdemokratie ist bereit, an den Geschicken der Stadt lebendig und tatkräftig mitzuarbeiten und das Vertrauen der Wählerschaft nicht zu enttäuschen. Durch Fleiß und Sauberkeit in der Politik wolle die Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien die Verantwortung tragen, ohne das Endziel der sozialistischen Gesellschafts-Ordnung aus dem Auge zu verlieren ... Der demokratische Geist müsse auch in der Verwaltung bis in die kleinste Zelle hineingetragen werden ...« Die Vertreter der übrigen Parteien schlossen sich im wesentlichen diesen Ausführungen an.

In der Sitzung am 27. Juni 1946 wählte der Gemeinderat dann schließlich auf die Dauer von zwei Jahren den neuen Oberbürgermeister. Insgesamt waren 15 Bewerbungen eingegangen, von denen jedoch mehrere von der Militärregierung abgelehnt worden waren. Zwei aussichtsreiche Bewerber konnten sich wohl infolge technischer Reiseschwierigkeiten nicht persönlich vorstellen (ein Kandidat wollte aus Weimar anreisen). Ein anderer zog seine Bewerbung noch kurzfristig zurück. Der Wahlvorgang konzentrierte sich schließlich auf zwei Bewerber:

1. den stellvertretenden Oberbürgermeister Alfred Böhringer,
2. Dr. jur. Elmar Doch, geboren 1910, DVP-Mitglied, seit April 1946 Sachbearbeiter für Rechtsfragen beim Oberbürgermeister in Stuttgart.

Vor der Abstimmung würdigte ein Gemeinderat eingehend die Verdienste des bisherigen stellvertretenden Oberbürgermeisters Böhringer und bat darum, für ihn zu votieren:

»Böhringer sei es gewesen, der sich für die Belange der Stadtverwaltung voll und ganz eingesetzt habe und schwere Arbeit unter ungeheuren Schwierigkeiten vollbringen mußte, um den Weg zu einer geordneten Verwaltung zu ermöglichen. Politisch sei er ebenfalls in jeder Beziehung einwandfrei, da sowohl er wie seine Frau in Konzentrationslagern längere Zeit festgehalten gewesen seien. Er betrachte es für einen Akt der Dankbarkeit, angesichts der Wahl der Person Böhringers zu gedenken ...« Böhringer führte dann in geheimer Abstimmung die Wahl durch. Alle Stimmzettel der anwesenden 30 Gemeinderäte waren gültig, wobei Dr. Doch 18, Böhringer 12 Stimmen erhielt. Damit wurde Dr. Doch Oberbürgermeister. Am 8. August 1946 wählte der Gemeinderat Böhringer zum Bürgermeister (als Stellvertreter des Oberbürgermeisters). In der gleichen Gemeinderatssitzung nahm Böhringer in Anwesenheit von Landrat Dr. Jaeger u. a. Gästen die feierliche Amtseinführung des in der Zwischenzeit auch von der Militärregierung und vom Innenministerium bestätigten neuen Stadtoberhauptes vor. Die Vereidigung durch Innenminister Ulrich fand einige Wochen später, am 31. August 1946, statt.

Das Gemeinderatsprotokoll vermerkt:

»Herr Kopp eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und erteilt dem Innenminister Ulrich das Wort: »In schwerster Stunde«, so führte Innenminister Ulrich aus, »übernimmt der neu gewählte Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt. 16 Monate des Zusammenbruchs liegen hinter uns, und jede Aufbauarbeit geht nur sehr langsam vorwärts, ja manchmal erscheint die Lage hoffnungslos«. Der Innenminister dankte dem früheren Oberbürgermeister Dr. Frank und dem

seitherigen stellvertretenden Oberbürgermeister Böhringer für ihre Leistungen. „Heute wird ein Oberbürgermeister nicht mehr ernannt, sondern gewählt durch das Volk. In einem demokratisch aufgebauten Staate sind die Gemeinden Keimzellen, die gesund und leistungsfähig sein müssen. Dem jetzigen Oberbürgermeister stehen schwere Aufgaben bevor. Insbesondere ist es die Wohnungsnot, die Unterbringung der Flüchtlinge und andere Probleme, die nur gelöst werden können, wenn Oberbürgermeister, Gemeinderat, Verwaltung und Bevölkerung zusammenarbeiten. Kritik ist gesund, nur darf nicht übersehen werden, daß die heutige Not nicht eine Folge des demokratischen Systems, sondern die zwangsläufige Auswirkung der Nazidiktatur und eines 6jährigen Hitlerkrieges ist. Die Hauptverantwortung liegt zwar bei den Gemeinderäten, die Bürgermeister und Beamten sind die ausführenden Organe, nicht aber willenslose Werkzeuge.«

Daraufhin verpflichtete Innenminister Ulrich den Oberbürgermeister. Nachdem dieser den Eid geleistet hatte, erklärte Gemeinderat Kopp nunmehr die offizielle Einsetzung des Oberbürgermeisters der Stadt Ludwigsburg, überbrachte ihm die Glückwünsche des Gemeinderats und übergab ihm den Vorsitz.

Der Oberbürgermeister dankte hierfür und für die gesprochenen Worte, worauf er das Wort ergriff. «

Das Gemeinderatsprotokoll gibt die Rede Dr. Dochs wie folgt wieder: »Getreu seinem soeben geleisteten Eid werde er seine volle Kraft in den Dienst der Stadt Ludwigsburg stellen, bat um das Wohlwollen des Innenministers, die Unterstützung des Gemeinderats, der Amtsvorstände und sonstigen Mitarbeiter, nur im Zusammenklingen aller sei eine fruchtbare Arbeit möglich.

Seinen schweren Aufgaben sei er sich voll bewußt. Den Eid, den er soeben abgelegt habe, habe er nicht auf eine einzelne Person oder eine Verfassung, sondern auf die Gesetze geleistet. Er bekenne sich zum Rechtsstaat, zu den Tugenden der Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit. Ohne Gesetz gebe es keine Freiheit. Die vergangene Zeit sei wie ein grausamer wüster Traum und der Anfang einer neuen Periode sei schwer, denn schon die wirtschaftliche Not und der ganze Zusammenbruch bieten keinen günstigen Nährboden für eine Demokratie. Allein, man müsse den Haß vergessen und die Übergangszeit überwinden durch festen und gemeinsamen Willen zu einem Zusammenschluß. Ludwigsburg als die frühere 2. Residenz und die Geburtsstätte schwäbischer Dichter, als ein Mittelpunkt schwäbischen Geistes- und Kulturlebens, das nicht zuletzt in einem der schönsten und bedeutendsten Baudenkmäler, dem Ludwigsburger Schloß, dokumentiert sei, verpflichte ihn auch in kultureller Hinsicht, die Tradition weiter zu pflegen ...«

Im Oktober 1946 trat Bürgermeister Böhringer von seinem Amt zurück, »da er wegen Interessenlosigkeit und dem Mangel an Opferbereitschaft weiter Kreise nicht mehr länger die Mitverantwortung für das Flüchtlingsproblem tragen« wollte. Erster Bürgermeister wurde nun der seitherige Stadtamtmann Otto Ludwig. Die zweite hauptamtliche Bürgermeisterstelle übernahm Alfred Böhringer.

Im Sommer 1946 beschloß der Gemeinderat, an Stelle des während des 2. Weltkrieges auf dem Holzmarkt angelegten Feuerwehrtichts ein Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus zu errichten. Für die Gestaltung sollte ein Wettbewerb unter Architekten und Bildhauern ausgeschrieben werden. Noch im Jahr 1947 hielt man an diesem Projekt fest. Später ist man aber davon wieder abgekommen, da »durch ein Denkmal an dieser exponierten Stelle ... immer wieder Gegensätze in unserem Volke aufgerissen« würden, »die wir auf lange Sicht überwinden sollten«.

Im Dezember 1946 legte die Polizeidirektion Ludwigsburg die Ergebnisse ihrer Erhebungen über die Synagogenbrandstiftung in Ludwigsburg vor. Die Untersuchung – als strafbare Handlung war vorsätzliche Brandstiftung zugrunde gelegt worden –, wurde auf Betreiben der Staatsanwaltschaft Stuttgart und auf Ersuchen des Ludwigsburger Landrats durchgeführt. Die Synagoge (Ecke Alleen- und Solitudestraße) war am 10. November 1938 angezündet worden. Aufgrund von Zeugenaussagen konnten ein früherer Ludwigsburger SA-Standartenführer sowie ein ehemaliger Ludwigsburger Stadtrat, zumindest als Anstifter und Mittäter, ermittelt werden. Beide waren während der Erhebungen bereits in Internierungslagern inhaftiert (vgl. Ludwigsburger Geschichtsblätter 42/1988, S. 7ff.).

In der Sitzung des Gemeinderats vom 8. August 1947 wurde nochmals die bereits 1938 aufgeworfene Frage der Eingemeindung Neckarweihingens in die Stadt Ludwigsburg aufgegriffen. Einstimmig äußerte sich der Gemeinderat dahingehend, daß die Stadt auch gegenwärtig keine Eingemeindung Neckarweihingens anstrebe. 1938 sei u. a. geltend gemacht worden, daß die Stadt auf ihrer Gemarkung kein Gelände für den Neubau eines Schlachthofes besitze. Nachdem sich nunmehr aber die Verhältnisse grundlegend geändert hätten, könne an einen Schlachthofneubau in Neckarweihingens zunächst nicht mehr gedacht werden. Immer wieder müsse aber darauf hingewiesen werden, daß die Ludwigsburger Gemarkung zu klein und die Gewinnung von billigem Siedlungs-, Wohnbau- und Industriegelände anzustreben sei.

Schon am 7. Dezember 1947 fand nach den Grundsätzen der Verhältniswahl die neue Wahl zum Gemeinderat und Kreistag statt. Zu wählen waren 30 Stadträte und 14 Kreistagsabgeordnete. Allgemein bedauert wurde die schwache Wahlbeteiligung der Ludwigsburger Einwohner an der Gemeinderatswahl. Von den 30 498 wahlberechtigten Bürgern (aus politischen Gründen waren 1694 vom Wahlrecht ausgeschlossen) gingen lediglich 19 105 (62,64%) zur Urne. Insgesamt wurden 18 454 gültige Stimmzettel abgegeben. Allerdings beteiligten sich die wahlberechtigten Neubürger nahezu vollständig an der Wahl. Sie erhielten mit ihrer neu aufgestellten Liste »Unabhängige Gemeinschaft« fünf Sitze im Gemeinderat. Im einzelnen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

SPD	137 933 Stimmen	26,2%	8 Sitze
CDU	100 401 Stimmen	19,1%	6 Sitze
DVP	86 423 Stimmen	16,4%	5 Sitze
FWV	65 022 Stimmen	12,3%	4 Sitze
KPD	40 113 Stimmen	7,6%	2 Sitze
UG	97 099 Stimmen	18,4%	5 Sitze

Der größte Teil der neugewählten Stadträte, die am 8. Januar 1948 zu ihrer ersten Sitzung zusammentraten, gehörte bereits dem vorigen Gemeinderat an (22 von 30). Die Gemeinderäte führten von nun an wieder die Bezeichnung »Stadträte«.

Am 22. Februar 1948 wurde bei einer äußerst dürftigen Wahlbeteiligung Oberbürgermeister Dr. Elmar Doch von den Ludwigsburger Bürgern auf die Dauer von sechs Jahren wiedergewählt. Wahlberechtigt waren 31 308 Einwohner, von denen 10 450 (33,37%) abstimmten. Von den gültig abgegebenen Stimmen (10 235) erhielt Dr. Doch 9994 (97,64%) und der Gegenkandidat, Dr. Gerhard Colditz, 205; der frühere Oberbürgermeister Dr. Karl Frank, der nicht aufgestellt war, be-



*Dr. jur. Elmar Doch (1910–1971),
Oberbürgermeister 1946–1954*

Stimmzettel

für die Oberbürgermeisterwahl
in Ludwigsburg am 22. Februar 1948

Dr. Colditz, Gerhard
Spruchkammervorsitzender,
Itzelberg bei Heidenheim



Dr. Doch, Elmar
seither. Oberbürgermeister
von Ludwigsburg



Durch ein Kreuz im Kreis ist erkennbar zu
machen, welchem Bewerber die Stimme zu-
kommt

*Stimmzettel für die
Oberbürgermeisterwahl 1948*

kam 27 Stimmen. Dr. Doch war von DVP, CDU, Unabhängige Gemeinschaft und Freie Wählervereinigung unterstützt worden. Außerdem hatten 101 bekannte Ludwigsburger Persönlichkeiten mit einem Wahlplakat seine Wahl befürwortet: sie wünschten »keine Experimente« und »keine Halbheiten«. Ein anderes Plakat stellte fest: »... doch, Doch ist doch der beste Oberbürgermeister.« Ein weiteres Wahlplakat forderte: »Keine Wahlmüdigkeit, wir wählen Doch!« Auch die SPD hatte sich für Dr. Doch ausgesprochen und erklärt, mit seiner Amtsführung zufrieden zu sein. Dagegen hatte sich die KPD an der Wahl nicht beteiligt, da keiner der beiden Kandidaten den Anforderungen entsprochen habe, »die die Kommunisten an einen Oberbürgermeister und seine Aufgabe stellen müßten«. Dr. Dochs Gegenkandidat, Dr. Colditz, war bei der Bevölkerung völlig unbekannt: er war weder am 7. Februar 1948 zur Kandidatenvorstellung in der ehemaligen Exerzierhalle (Stadthalle) erschienen, noch hatte er Wahlpropaganda betrieben; außerdem hatte ihn keine Partei unterstützt. Im Zusammenhang mit der Wahl gab die »Stuttgarter Zeitung« der Hoffnung Ausdruck, daß Dr. Doch, wie er in seiner Vorstellung angekündigt hatte, »aus einer Garnisonstadt eine Pflegestätte der Kultur« machen würde und man nach sechs Jahren Amtszeit das Wahlplakat von 1948 wieder verwenden könne.

Die Neuwahl der beiden hauptamtlichen Stellvertreter des Oberbürgermeisters fand dann im März 1948 statt: Bürgermeister Otto Ludwig wurde wiedergewählt, während die Stelle des 2. Beigeordneten mit Stadtoberinspektor Hermann Schöpp besetzt wurde.

1948 verlor die Stadt ihre beiden letzten Ehrenbürger: Am 22. Februar 1948 ver-

starb Prof. Christian Belschner, der Historiker der Stadt, im gesegneten Alter von nahezu 94 Jahren, während Orgelbaumeister Dr. h. c. Oskar Walcker, der viele Jahre Gemeinderat und Stellvertreter des Oberbürgermeisters gewesen war, am 4. September 1948 im 80. Lebensjahr verschied. Die beiden Ehrenbürger wurden unter starker Beteiligung der Einwohnerschaft bestattet.

In der Sitzung des Gemeinderats vom 11. März 1948 wurde Beigeordneter Alfred Böhringer, der auf eigenen Wunsch aus dem Dienst der Stadt ausgeschieden war, verabschiedet. Oberbürgermeister Dr. Doch würdigte Böhringers aufopfernde Tätigkeit, die er in der schlimmsten Notzeit drei Jahre zum Wohl der Stadt als Beigeordneter, stellvertretender Oberbürgermeister und Personalchef geleistet habe. Böhringer kehrte danach wieder nach Frankreich zurück, wo er bereits in den 30er Jahren gelebt hatte und als Kaufmann tätig gewesen war.

Das einschneidendste Ereignis des Jahres 1948, auch für Ludwigsburg, waren sicherlich die Gesetze der Militärregierung zur Neuordnung des Geldwesens. Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 wurde die DM-Währung eingeführt. Jeder Bürger bekam zunächst das sog. Kopfgeld in Höhe von 40 DM. Das Altgeld mußte abgegeben werden bzw. war anzumelden. Außerdem wurden die Guthaben, die über ein Reichsmark-Konto anzumelden waren, im Verhältnis 1:10 umgestellt. Für die öffentliche Hand war es besonders bedeutungsvoll, daß sämtliche Barguthaben der Länder und der anderen Gebietskörperschaften untergingen und die Landeszentralbank verpflichtet wurde, dafür die öffentliche Hand mit $\frac{1}{6}$ der Ist-Einnahmen für die Zeit vom 1. Oktober 1947 bis 31. März 1948 auszustatten.

Die Geburtsstunde der DM verursachte auch für Ludwigsburg einen tiefen Einschnitt in die Haushaltsführung. Verloren gingen rund 16 Millionen Reichsmark Altgeldguthaben, Reichsschatzanweisungen. Mit Optimismus, zu dem auch ein Stück Mut gehörte, wurde unter Zuhilfenahme der Erstausrüstung ein neuer Anlauf genommen. Zur Sicherung und Wahrung einer geordneten Haushaltsführung wurden Sparmaßnahmen getroffen, insbesondere Personalabbau und Drosselung der Sachausgaben. Die eigenen Steuerquellen (vor allem die Gewerbesteuer) der Stadt flossen schließlich rascher und ergiebiger als ursprünglich erwartet.

Die Währungsumstellung brachte zweifellos eine Stabilisierung und Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Freilich, das Vertrauen in die neue Währung war zunächst noch nicht stark, da man noch nicht abzuschätzen vermochte, welche Folgen der sog. Lastenausgleich mit sich bringen würde. Die Währungsumstellung bedeutete aber auch eine soziale Härte, vor allen Dingen für die Kleinsparer, deren »Notgroschen« verloren ging. Die Folge war ein starkes Ansteigen der Fürsorgeempfänger. Arbeitslosigkeit blieb aber aus, da die industrielle Produktion in fast allen Zweigen rasch anstieg.

Entnazifizierung und politische Säuberung – Folgen einer unseligen Zeit

Schon während des Krieges ließen die Alliierten keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie nach Zerschlagung des NS-Regimes die von Deutschen begangenen Verbrechen schwer bestrafen würden. Zu den wichtigsten Kriegszielen der Alliierten gehörten die Verfolgung und Bestrafung der Hauptschuldigen, die den 2. Weltkrieg und die Nazigreuel zu verantworten hatten, sowie die Entfernung

Geldumtausch!

1. Auszahlung eines Kopfbetrages.

Jede Person, die Lebensmittelkarten bekommt, erhält von der Kartenstelle (Lebensmittelamt) gegen Einzahlung von RM. 60.— einen **Kopfbetrag in Höhe von D-Mk. 40.-.**

Wer weniger Reichsmark einzahlt, erhält entsprechend weniger.

2. Wer ist zur Abholung berechtigt?

Die Empfangsberechtigten brauchen nicht selbst zur Kartenstelle zu gehen. Die Kopfbeträge können — genau so wie die Lebensmittelkarten — für alle zu einem Haushalt gehörenden Personen, von einem Mitglied des Haushaltes abgeholt werden.

Es ist ratsam, den abzugebenden Reichsmarkbetrag abgezählt in möglichst großen Scheinen mitzubringen.

3. Welche Ausweise sind mitzubringen?

Mit Ausnahme der Meldekarte muß der Abholer dieselben Ausweise und Unterlagen (z. B. Haushaltsweis, Kennkarte) mitbringen, die sonst für die Inempfangnahme der Lebensmittelkarten benötigt werden.

4. Abfertigung von Sonderfällen.

Personen, die sich nur vorübergehend im Kreis aufhalten, aber im Besitz einer Reiseabmeldung, einer Wanderpersonalkarte, einer Umzugsabmeldebestätigung oder eines G-Scheines sind, erhalten ihren Kopfbetrag bei besonderen Ausgabestellen, in den Städten

Ludwigsburg, Kornwestheim

Bietigheim, Marbach.

Wer keines dieser Papiere besitzt, kann im Kreis Ludwigsburg kein Geld umtauschen.

Ludwigsburg, den 19. Juni 1948.

Landratsamt.

Druck: Schmoll & Hüßermann, Ludwigsburg

Auszahlung des Kopfbetrages von 40 DM, Juni 1948

sämtlicher aktiven Mitglieder der NSDAP aus ihren Ämtern.

Außerdem sollten Nazismus und Militarismus in Deutschland ein für allemal ausgelöscht werden.

Neben der Einsetzung des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg, vor dem sich die höchsten NS-Funktionäre zu verantworten hatten, lag der Schwerpunkt der alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen auf dem Verbot der nationalsozialistischen Organisationen und auf der Säuberung der Verwaltung, Wirtschaft und des Erziehungswesens von jeglichem nationalsozialistischem Einfluß.

Pauschale Verhaftungen auf Grund von Indizien setzten gleich beim Einmarsch der Amerikaner ein, wobei in der ersten Zeit zwischen deutschen Kriegsgefangenen und Internierten in der Regel nicht genau unterschieden wurde. Die Säuberungsmaßnahmen waren am Anfang keineswegs konsequent, sondern mehr oder weniger willkürlich durchgeführt worden. Automatisch wurden die Personen verhaftet, die im »Arrest Categories Handbook« und auf besonderen Listen standen, nämlich die Repräsentanten des NS-Regimes und die Kriegsverbrecher. Der überwiegende Teil der erwachsenen Deutschen mußte zunächst Entnazifizierungs-Fragebogen ausfüllen. Das Inkrafttreten der bereits erwähnten Direktive JCS 1067 brachte eine beträchtliche Ausweitung der Entnazifizierungsmaßnahmen mit sich, die sich zunächst auf die öffentliche Verwaltung beschränkten. Diese Direktive kannte nur ein militaristisches und nationalsozialistisches Deutschland. Alle früheren Parteimitglieder, die noch nicht verhaftet worden waren, hatten sich zu melden. Stellte sich dann heraus, daß diese mehr als nur »nominelle Nazis« waren, hatte dies ihre sofortige Entfernung aus öffentlichen Ämtern und Sperrung ihres Vermögens zur Folge. Ab Mitte August 1945 wurden die Entnazifizierungsmaßnahmen auch auf Bereiche außerhalb der öffentlichen Verwaltung, z. B. auf Personen in führenden Stellungen der Wirtschaft, ausgedehnt. Zur gleichen Zeit hatten sich bestimmte Personengruppen, wie z. B. ehemalige Angehörige der Geheimen Staatspolizei, des SD, höhere Polizeiführer usw., zu melden. Im Sommer 1945 nahm die Zahl der Entlassungen in der öffentlichen Verwaltung außerordentlich zu, die daraufhin mancherorts zusammenzubrechen drohte. Zunächst waren jedoch bestimmte Bereiche, wie z. B. Eisenbahn, Post, öffentliche Versorgungsbetriebe von den Maßnahmen weniger stark betroffen. Bevor die o. g. Direktive in Kraft trat, waren freilich schon andere Säuberungsmaßnahmen (Auflösung der NSDAP, Aufhebung von NS-Gesetzen, Umbenennungen von Straßen und Gebäuden mit militärischen oder nationalsozialistischen Bezeichnungen bzw. Namen, Ablieferung von Hakenkreuzfahnen, -armbinden, Parteiuniformen, -abzeichen usw.), die unter dem Begriff »Denazification« standen, von der Besatzungsmacht verbindlich vorgeschrieben und durchgeführt worden.

Eine der ersten Maßnahmen der Ludwigsburger Stadtverwaltung nach der Übernahme der Befehlsgewalt durch die Amerikaner war die Umbenennung von Straßen.

Bereits Ende Mai 1945 hatten nachstehende Straßen wieder ihren früheren bzw. einen neuen Namen erhalten:

Adolf-Hitler-Straße von der Myliusstraße

bis zur Stuttgarter Straße:

Alleenstraße

Adolf-Hitler-Straße von der Stuttgarter

Straße bis zur Oststraße:

Friedrich-Ebert-Straße

Ernst-vom Rath-Straße:

Solitudestraße

Ernst-Weinstein-Straße:	Gartenstraße
Gregor-Schmid-Straße:	Schützenstraße
Hermann-Göring-Straße:	Friedrichstraße
Karl-Kuhn-Straße:	Blumenstraße
Paul-Scholpp-Straße:	Bogenstraße
Schlageterstraße:	Bahnhofstraße
Wilhelm-Murr-Straße bis zur Gänsfußallee:	Hoferstraße
Wilhelm-Murr-Straße ab Gänsfußallee:	Groenerstraße
Horst-Wessel-Straße:	Stresemannstraße
Franz-Seldte-Straße:	Wilhelm-Blos-Straße
Franz-Holzweber-Straße in Hoheneck:	Rotenbergstraße
Gustloffstraße in Hoheneck:	Ludwigsburger Straße
Otto-Planetta-Straße in Hoheneck:	Parkstraße
Bückebergstraße in Pflugfelden:	Eglosheimer Straße

Außerdem wurden, neben dem Stadion (bisher Horst-Wessel-Kampfbahn, jetzt: Ludwig-Jahn-Kampfbahn), u. a. auch folgende Schulen umbenannt:

Herbert-Norkus-Schule:	Uhland-Schule
Hans-Schemm-Schule:	Mozart-Schule

Einige Wochen später verfügte schließlich der Oberbürgermeister die Aufhebung des im Jahre 1933 an Adolf Hitler, Christian Mergenthaler (1933 bis 1945 Ministerpräsident von Württemberg) und Wilhelm Murr (1933 bis 1945 Reichsstattthalter in Württemberg) verliehenen Ehrenbürgerrechts der Stadt Ludwigsburg.

Im Juni 1947 beschloß der Gemeinderat, noch weitere Straßen, deren Namen wegen militärischen oder nationalsozialistischen Charakters nach einer Kontrollratsdirektive als gesetzwidrig erklärt worden waren, umzubenennen.

In diesem Zusammenhang waren dann zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund eines Erlasses des Landratsamtes von den Gemeindeverwaltungen auch »sämtliche Denkmäler mit militaristischen und nazistischen Merkmalen« zur Überprüfung zu melden, ob sie belassen oder entfernt werden mußten:

In Ludwigsburg gab es fünf meldepflichtige Denkmäler:

- Gefallenendenkmal am Arsenalplatz
- Gefallenengedenktafel am Eingang der Garnisons- bzw. Friedenskirche
- Gefallenendenkmal hinter der Garnisons- bzw. Friedenskirche
- Reiterdenkmal in der Königsallee gegenüber der Reinhardt-Kaserne
- Figuren über dem Eingang der Oberrealschule in der Solitudestraße

Auf Antrag konnten jedoch die Denkmäler, die überwiegend dem Gedächtnis der Toten gewidmet waren und nicht zur Verherrlichung des Krieges dienten, stehen bleiben. Bis auf die Figuren über dem Eingang der Oberrealschule – Hitlerjungen mit Landsknechts-Trommel – blieben die übrigen Denkmäler daher erhalten. Allerdings wurden auch die »Hitlerjungen« nicht entfernt, sondern nur »entnazifiziert«, wobei die Trommel einer schweren Weintraube weichen mußte.

Wegen der aufgrund der Entnazifizierungsmaßnahmen erfolgten Entlassungen von Beamten und Angestellten brachte Oberbürgermeister Dr. Karl Frank im Juli 1945 bei einer Besprechung mit der US-Kreismilitärregierung vor, daß die meisten altbewährten und erfahrenen Amtsvorstände betroffen seien und die Stadtverwal-

tung dadurch in eine äußerst schwierige Situation geraten sei. Er könne keine Gewähr dafür bieten, daß sie in der nächsten Zeit gut funktionieren werde, da es augenblicklich keine Ersatzleute gebe.

Die Amerikaner zeigten zwar volles Verständnis für die schwierige Lage der Stadtverwaltung, vertraten jedoch den Standpunkt, daß sie ohnehin im Verhältnis zu anderen Behörden gut weggekommen sei. Die wenigsten der entlassenen städtischen Beamten und Angestellten waren während des NS-Regimes politisch stark hervorgetreten. Doch hatte es ihre Stellung mit sich gebracht, daß sie Mitglied der NSDAP – die meisten erst ab 1937 – geworden sind. Der Oberbürgermeister, wie bereits erwähnt, verblieb zunächst in seinem Amt.

Die Ludwigsburger US-Kreismilitärregierung wollte zwar einerseits die Entnazifizierung durchführen, andererseits war sie aber auch an einer Stabilisierung der öffentlichen Lage (u. a. Sicherheit und Versorgung) interessiert. Dieser Zwiespalt führte zu Auseinandersetzungen mit höheren Militärregierungsstellen, bei denen jedoch die US-Kreismilitärregierung zwangsläufig nachgeben mußte.

Bis Ende September 1945 waren bei der Stadtverwaltung, einschließlich der Polizei, 61 Beamte und Angestellte aus politischen Gründen entlassen worden. Bis auf drei hatten sämtliche Amtsvorstände ihre Stellen verloren. Zur Behebung des Personalmangels sollten über Radio Stuttgart Fachkräfte angeworben werden, wobei von der Militärregierung generell angeordnet worden war, keine früheren PGs (= Parteigenossen) einzustellen und mit der Einstellung von ehemaligen Berufssoldaten Maß zu halten. Bis Oktober 1946 wurden bei der Stadtverwaltung insgesamt 132 Entlassungen aus politischen Gründen vorgenommen. Dennoch soll es in vielen Bereichen vorgekommen sein, daß Positionen, die früher PGs innegehabt hatten, jetzt mit ehemaligen Berufssoldaten besetzt wurden. Von amerikanischer Seite befürchtete man deshalb einen wachsenden militaristischen Einfluß auf das öffentliche Leben. Kritik wurde auch an der Praxis des Roten Kreuzes geübt, bei Haussammlungen Frauen einzusetzen, die früher der NSDAP oder der NS-Frauenschaft angehört hatten. Diese hätten vor der Besetzung an die Türen geklopft, um die Beiträge für die Nazis zu kassieren, und würden nunmehr die gleichen Aktivitäten für das Rote Kreuz entwickeln. Eine weitere Maßnahme zur Behebung des großen Personalmangels, der freilich nicht nur bei der Stadtverwaltung herrschte, war ein vom Landratsamt durchgeführtes »Training- und Retraining-Programm« zur Ausbildung von Verwaltungspersonal. Eine große Hilfe für die Entnazifizierungsmaßnahmen der US-Kreismilitärregierung brachte die Mitarbeit des Ludwigsburger Antinazikomitees, das zahlreiche Informationen über den politischen Hintergrund einzelner Personen liefert und somit zur Beurteilung ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus beitragen konnte.

Neben der Entfernung ehemaliger PGs aus ihren Ämtern etc. wurden diese auch zum Pflichtarbeitseinsatz herangezogen. Alle früheren Mitglieder der NSDAP oder ihrer Organisationen (SS, SA usw.) mußten in Ludwigsburg auf Anordnung der Alliierten Militärregierung auf die Dauer von 60 Arbeitstagen Kriegsschäden beseitigen und sich für besondere Wiederaufbauarbeiten stellen. Im Dezember 1945 berichtete die US-Kreismilitärregierung in einem ihrer Weekly Field Reports, daß im Kreis eine große Anzahl von ehemaligen PGs dazu benutzt werde, Fliegerschäden und Trümmer von in die Luft gesprengten Mauern und Bunkern zu entfernen. Aus amerikanischer Sicht war dieser Pflichtarbeitseinsatz jedoch wenig erfolgreich. Vor allem wurde bemängelt, daß er von Stadtverwaltung

und Gemeinderat beaufsichtigt wurde. Nicht selten kam es deshalb vor, daß die zum Arbeitseinsatz verpflichteten Personen Verwandte, Freunde oder Nachbarn der »Aufseher« waren, die wiederum – so der in diesem Zusammenhang von den Amerikanern verfaßte »vertrauliche« Bericht – den Standpunkt vertraten: »We'll have to live with these people also after the Americans are gone.« Es versteht sich beinahe von selbst, daß aus diesem Grund die »Aufseher« wenig Interesse daran hatten, allzu streng mit den zum Arbeitseinsatz verpflichteten ehemaligen PGs umzugehen.

Im Bereich der 7. US-Armee wurde Ludwigsburg und Umgebung zum Zentrum der Internierung bestimmt. Gegen Ende des Jahres 1945 befanden sich in der US-Zone mehr als 100 000 Personen in Internierungslagern, überwiegend ehemalige NS-Funktionäre, frühere Angehörige der SS, SA und Gestapo, Beamte, Wirtschaftskapitäne, ehemalige Parteimitglieder, Wehrmachts- und Polizeioffiziere.

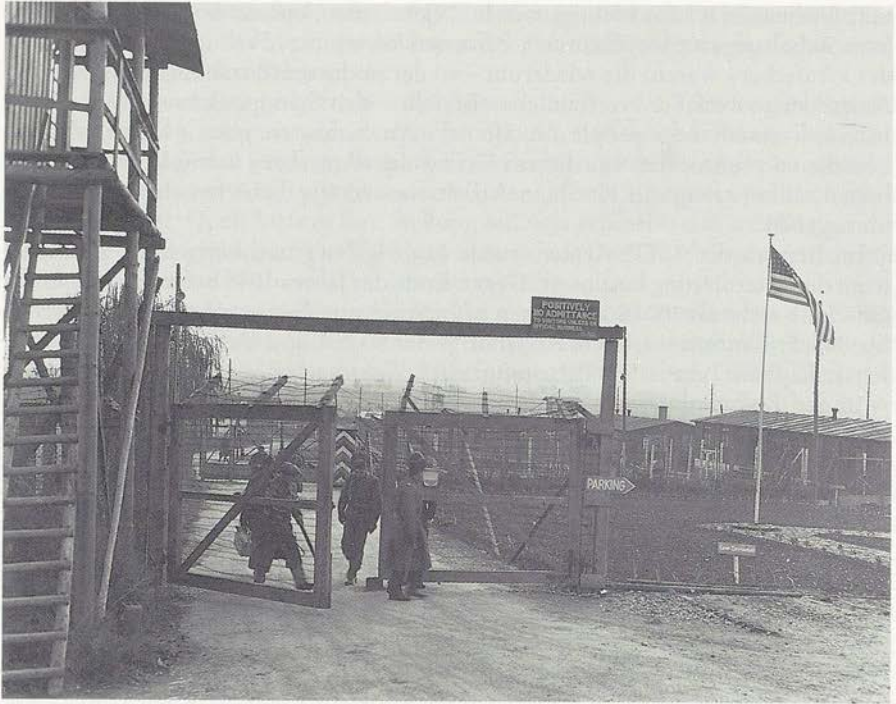
In den Ludwigsburger Lagern, besonders aber im Lager Oßweil, das in ganz Deutschland als eines der großen »Nazi-Lager« galt, war eine große Anzahl ehemals »Prominenter« des Dritten Reiches untergebracht, so u. a. August Wilhelm Prinz von Preußen, ein Sohn des letzten deutschen Kaisers, der frühere Landwirtschaftsminister Darré und Graf Schwerin von Krosigk, vormals Reichsfinanzminister.

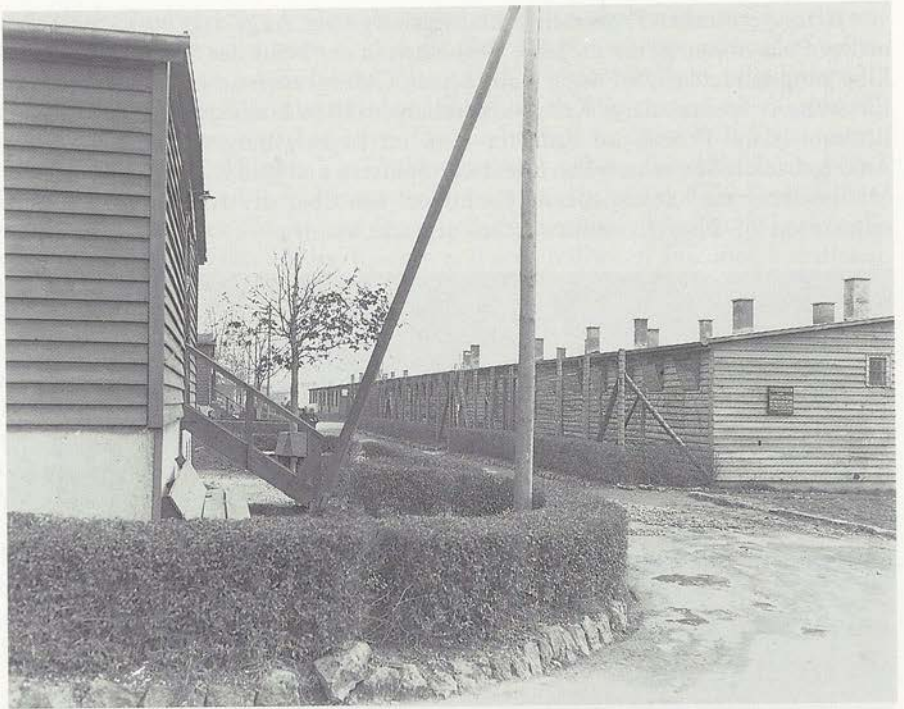
In und um Ludwigsburg gab es folgende Internierungslager (Internment Camps):

- I.C. 71 Ludwigsburg-Aldingen (früher Stalag-Barackenlager). Es wurde verhältnismäßig schnell wieder geräumt und die Internierten auf andere Lager verteilt.
- I.C. 72 Ludwigsburg, Krabbenlochkaserne.
- I.C. 73 Kornwestheim, Hindenburgkaserne. Bis Sommer 1945 SS-Lager, danach wieder geräumt. Die Internierten kamen in das I.C. 75.
- I.C. 74 Ludwigsburg-Oßweil, Flak-Kaserne. Am Anfang waren dort auch weibliche Internierte untergebracht, die später in die Fromann-Kaserne überstellt wurden.
- I.C. 75 Kornwestheim, Ludendorff-Kaserne. Ursprünglich SS-Lager. Kam 1946 unter deutsche Verwaltung und diente bis 1947/48 der Zentralspruchkammer zunächst als Arbeits-, dann als Entlassungslager.
- I.C. 76 Hohenasperg.
- I.C. 77 Ludwigsburg, Fromann-Kaserne. In einem Block war das Frauenlager (teilweise unter der Bezeichnung I.C. 79) untergebracht. Die übrigen Blocks waren für männliche Internierte vorgesehen. Nach Schließung des I.C. 75 wurde die Zentralspruchkammer des Befreiungsministeriums hierher verlegt.
- I.C. 78 Zuffenhausen, Grenadier-Kaserne (sog. »War-Crime«-Lager).

Im Laufe der Jahre waren ca. 40–50 000 Internierte in den Ludwigsburger Lagern untergebracht. Im Winter 1949/50 befanden sich Internierte nur noch in der Fromann-Kaserne. Schon im Oktober 1946 war in Ludwigsburg damit begonnen worden, die zivilen Internierungslager in deutsche Obhut zu übergeben. Das erste Lager, das deutsche Verwaltung erhielt, war das I.C. 77.

Mitte November 1945 fand vor einem amerikanischen Kriegsgericht, das seine Verhandlungen in dem beschlagnahmten Ratskeller abhielt, der erste einer Reihe





*Links oben:
Haupttor des Internierungslagers 71, Nov. 1945*

*Links unten:
Zaun des Internierungslagers 71, aufgenommen von einem der Wachtürme.
Links im Bild ein patrouillierender Wachposten, Nov. 1945*

*Rechts oben:
Baracken im Internierungslager 71, Nov. 1945*

von Kriegsverbrecher-Prozessen in Ludwigsburg statt. Angeklagt waren zwei ehemalige Polizeibeamte, die im Jahre 1944 einen in der Nähe der Stadt Aken an der Elbe notgelandeten US-Flieger nach seiner Gefangennahme erschossen hatten. Ein weiterer spektakulärer Kriegsverbrecherprozeß in Ludwigsburg war der sog. Borkum-Insel-Prozeß im Frühjahr 1946 im Ludwigsburger Schloß. Auf der Anklagebank saßen zehn frühere deutsche Soldaten und fünf Zivilisten, die für die Mißhandlung und anschließende Exekution von über der Insel Borkum abgeschossenen US-Fliegern verantwortlich gemacht wurden.



Einige der Angeklagten des Borkum-Insel-Prozesses mit ihren Bewachern beim Verlassen des im Westflügel des Ludwigsburger Schlosses tagenden Gerichtshofes, Febr. 1946

Auch der Ludwigsburger Gemeinderat hatte sich damals mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, die noch einmal deutlich das menschenverachtende System des NS-Regimes vor Augen führte: Noch 1945 war der Verdacht aufgekommen, daß in der Nähe der Kläranlage Hoheneck auf einem Wiesenstück 50–60 sowjetische Kriegsgefangene begraben seien. Die diesbezüglich angestellten Erhebungen bestätigten die Vermutungen. Zur Umbettung der Leichen, die schließlich auf dem Ludwigsburger Ehrenfriedhof bestattet wurden, waren von der US-Kreismilitärregierung 20 »aktive Nazis« aus Ludwigsburg bestimmt worden. Gleichzeitig wurden auch die während des Krieges auf dem jüdischen Friedhof beerdigten Franzosen und Belgier auf den Alten Friedhof umgebettet. Nach den im Stadtarchiv Ludwigsburg verwahrten amtlichen Sterbefallanzeigen waren die meisten dieser Kriegsgefangenen während des Krieges nicht durch äußere Gewalteinwirkung zu Tode gekommen, sondern eines »natürlichen« Todes gestorben. Ob freilich ihr Tod bei schlechter Behandlung, unzumutbaren Unterbringungsverhältnissen sowie mangelhafter Lebensmittelversorgung und ungenügender ärztlicher Betreuung als »natürlich« bezeichnet werden kann, muß bezweifelt werden. Nach den Sterbefallanzeigen kamen in Ludwigsburg Kriegsgefangene vereinzelt auch durch Fliegerangriffe und Unglücksfälle ums Leben, andere wiederum wurden »auf der Flucht erschossen«. Im Gegensatz zu den aus anderen Ländern stammenden hier begrabenen Kriegsgefangenen war aber bis Kriegsende den verstorbenen Sowjetsoldaten als Begräbnisort der eigentliche Kriegsgefangenenfriedhof auf dem Alten Friedhof nicht zugebilligt worden.

Mit dem am 26. September 1945 in Kraft getretenen Gesetz Nr. 8 der Militärregierung wurde die politische Säuberung auch auf die Wirtschaft ausgedehnt. Danach durften ehemalige Mitglieder der NSDAP und Angehörige ihrer Organisationen nur noch mit »gewöhnlicher Arbeit« beschäftigt werden. Dabei waren inkonsequenterweise Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern ausgenommen. Die Arbeitsämter mußten in ihrem Bezirk monatliche Verzeichnisse der Arbeiter und Angestellten erstellen, aus denen hervorging, ob die betreffende Person der NSDAP oder einer ihrer Organisationen angehört hatte. Dieses Gesetz sah auch die Schaffung örtlicher deutscher Revisionsausschüsse mit beratender Funktion vor.

Der größte Nachteil dieser Entnazifizierungsmaßnahmen war, daß zwischen den »großen« und »kleinen« Nazis nicht unterschieden wurde. Außerdem gab es Klagen über die große Zahl der Internierten, die irrtümlich verhaftet worden waren. Die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, die sich durch die Entnazifizierungsmaßnahmen ergaben, führten dazu, daß man das ganze Verfahren neu überdachte, wobei diese Aufgabe, freilich unter der Aufsicht der Militärregierung, dann der deutschen Zivilverwaltung übertragen wurde. Nach deutscher Auffassung sollten dabei nur die tatsächlich Schuldigen streng bestraft werden, die Mitläufer dagegen mit gestaffelten Geldbußen.

Außerdem war man der Meinung, daß bei einer Bestrafung auch von der »Gesamtpersönlichkeit des Betroffenen« ausgegangen werden müsse. Das »Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus« vom 5. März 1946 forderte schließlich die Erfassung der früheren Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen mittels eines Meldeverfahrens, bei dem jeder Deutsche, der am 5. März 1945 das 18. Lebensjahr überschritten hatte, einen »Meldebogen« und einen »Fragebogen« (131 Fragen) ausfüllen mußte. Der »Fragebogen« verlangte detaillierte

MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY

Fragebogen

WARNING: Read the entire Fragebogen carefully before you start to fill it out. The English language will prevail if discrepancies exist between it and the German translation. Answers must be typewritten or printed clearly in block letters. Every question must be answered precisely and conscientiously and no space is to be left blank. If a question is to be answered by either "yes" or "no", print the word "yes" or "no" in the appropriate space. If the question is inapplicable, so indicate by some appropriate word or phrase such as "none" or "not applicable". Add supplementary sheets if there is not enough space in the questionnaire. Omissions or false or incomplete statements are offenses against Military Government and will result in prosecution and punishment.

WARNUNG: Vor Beantwortung ist der gesamte Fragebogen sorgfältig durchzulesen. In Zweifelsfällen ist die englische Fassung maßgebend. Die Antworten müssen mit der Schreibmaschine oder in klaren Blockbuchstaben geschrieben werden. Jede Frage ist genau und gewissenhaft zu beantworten und keine Frage darf unbeantwortet gelassen werden. Das Wort „Ja“ oder „Nein“ ist an der jeweilig vorgesehene Stelle unbedingt einzusetzen. Falls die Frage durch „Ja“ oder „Nein“ nicht zu beantworten ist, so ist eine entsprechende Antwort wie z. B. „keine“ oder „nicht betreffend“ zu geben. In Ermangelung von ausreichendem Platz in dem Fragebogen können Bogen angeheftet werden. Auslassungen sowie falsche oder unvollständige Angaben stellen Vergehen gegen die Verordnungen der Militärregierung dar und werden dementsprechend geahndet.

A. PERSONAL / A. Persönliche Angaben

1. List position for which you are under consideration (include agency or firm). — 2. Name (Surname). (Fore Names). — 3. Other names which you have used or by which you have been known. — 4. Date of birth. — 5. Place of birth. — 6. Height. — 7. Weight. — 8. Color of hair. — 9. Color of eyes. — 10. Scars, marks or deformities. — 11. Present address (City, street and house number). — 12. Permanent residence (City, street and house number). — 13. Identity card type and number. — 14. Wehrpass No. — 15. Passport No. — 16. Citizenship. — 17. If a naturalized citizen, give date and place of naturalization. — 18. List any titles of nobility ever held by you or your wife or by the parents or grandparents of either of you. — 19. Religion. — 20. With what church are you affiliated? — 21. Have you ever severed your connection with any church, officially or unofficially? — 22. If so, give particulars and reason. — 23. What religious preference did you give in the census of 1939? — 24. List any crimes of which you have been convicted, giving dates, locations and nature of the crimes. —

1. Für Sie in Frage kommende Stellung: Polizei-Hauptmann
2. Name [redacted] Zu- (Familien-)name Vor- (Tauf-)name 3. Andere von Ihnen benutzte Namen
oder solche, unter welchen Sie bekannt sind -0-
4. Geburtsdatum 31.12.84 5. Geburtsort Feuerbach bei Stuttgart
6. Größe 1,72 m 7. Gewicht 1,75 Ztr Haarfarbe dunkel 9. Farbe der Augen grau
10. Narben, Geburtsmale oder Entstellungen Narbe an der linken Stirnseite
11. Gegenwärtige Anschrift Ludwigshurg, Hohenzollernstrasse 5
(Stadt, Straße und Hausnummer)
12. Ständiger Wohnsitz Ludwigshurg, Hohenzollernstrasse 5 II
(Stadt, Straße und Hausnummer)
13. Art der Ausweiskarte Konkarter A 10045 14. Wehrpaß-Nr. -0- 15. Reisepaß-Nr. -0-
16. Staatsangehörigkeit Deutsch 17. Falls naturalisierter Bürger, geben Sie Datum und Einbürgerungsort an -0-
18. Aufzählung aller Ihrerseits oder seitens Ihrer Ehefrau oder Ihrer beiden Großeltern innegehabten Adelstitel.
Keinen
19. Religion evang. 20. Welcher Kirche gehören Sie an? evang. Kirche 21. Haben Sie je offiziell oder inoffiziell Ihre Verbindung mit einer Kirche aufgelöst? Nein 22. Falls ja, geben Sie Einzelheiten und Gründe an -0- 23. Welche Religionsangehörigkeit haben Sie bei der Volkszählung 1939 angegeben? evang. 24. Führen Sie alle Vergehen, Übertretungen oder Verbrechen an, für welche Sie je verurteilt worden sind, mit Angaben des Datums, des Orts und der Art.
Keine

B. SECONDARY AND HIGHER EDUCATION / B. Grundschul- und höhere Bildung

Name and Type of School (If a special Nazi school or military academy, so specify)
Name und Art der Schule (Im Fall einer besonderen NS oder Militärakademie geben Sie dies an)

Location

Dates of Attendance

Certificates Diploma or Degree

Did Abitur permit University matriculation?

Date

Ort

Wann besucht?

Zeugnis, Diplom oder akademischer Grad

Berechtigt Abitur oder Reifezeugnis zur Universitätsmatrikulation?

Datum

7 Jahre Volks-
schule

Feuerbach

1891 bis
1898

-0-

-0-

25. List any German University Student Corps to which you have ever belonged. — 26. List (giving location and dates) any Napola, Adolph Hitler School, Nazi Leaders College or military academy in which you have ever been a teacher. — 27. Have your children ever attended any of such schools? Which ones, where and when? — 28. List (giving location and dates) any school in which you have ever been a Vertrauenslehrer (formerly Jugendwalter).
25. Welchen deutschen Universitäts-Studentenburschenschaften haben Sie je angehört? Keiner
26. In welchen Napola, Adolf-Hitler-, NS-Führerschulen oder Militärakademien waren Sie Lehrer? Anzugeben mit genauer Orts- und Zeitbestimmung Keinen
27. Haben Ihre Kinder eine der obengenannten Schulen besucht? Nein Welche, wo und wann? -0-
28. Führen Sie (mit Orts- und Zeitbestimmung) alle Schulen an, in welchen Sie je Vertrauenslehrer (vormalig Jugendwalter) waren Keine

C. PROFESSIONAL OR TRADE EXAMINATIONS / C. Berufs- oder Handwerksprüfungen

Name of Examination Name der Prüfung	Place Taken Ort	Result Resultat	Date Datum

Entnazifizierungs-Fragebogen (1. Seite) für einen Polizei-Hauptmann,
Jan. 1946

Angaben über den persönlichen Werdegang (z.B. Schulausbildung, Religionszugehörigkeit, Beruf, Militärdienst, Mitgliedschaft in Organisationen).

Auf Kreisebene wurden dem neu geschaffenen Befreiungsministerium nachgeordnete Spruchkammern gebildet. Nach der öffentlichen Anklage und der Anhörung folgte der Entnazifizierungsbescheid. Für eine Einstufung der betroffenen Personen wurden fünf Gruppen festgelegt:

I: Hauptschuldige, II: Schuldige und Aktivisten, Militaristen und Nutznießer; III: Minderbelastete; IV: Mitläufer; V: Entlastete. Als Sühnemaßnahmen waren die Einweisung in Arbeitslager, die Einziehung des Vermögens, Arbeitsbeschränkungen, der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte (Gruppe I bis III) und Geldbußen (Gruppe IV) vorgesehen.

Am 28. Juni 1946 vereidigte Staatssekretär Kamm im Bärensaal das Spruchkammer-Personal für Stadt und Kreis Ludwigsburg. Das Amt des Vorsitzenden wurde vorläufig Fräulein Dr. Oechlin übertragen. Außerdem wurden zwei weitere Personen als öffentliche Ankläger bestellt. Für den Kreis und die Stadt Ludwigsburg sollten drei Spruchkammern gebildet werden, für die Internierungslager sieben, die ihre Tätigkeit direkt in den Lagern auszuüben hatten. Die Spruchkammer Ludwigsburg, die sich im Gebäude Kurfürstenstraße 22 befand, konnte Mitte Juli 1946 ihre Tätigkeit aufnehmen. Bei der großen Zahl der Verfahren war mit einer mehrjährigen Tätigkeit zu rechnen. Die ersten Maßnahmen waren Sühnebescheide gegen Mitläufer, deren Höhe je nach Partei-, Gliederungszugehörigkeit und Belastung (zunächst 60 bis 2 000 RM) festgelegt wurde.

Gleichzeitig ergingen gegen sog. Aktivisten und stark Belastete die ersten Anklageschriften. Am 31. Juli 1946 fanden vor der Spruchkammer Ludwigsburg schließlich die ersten Verhandlungen von mehreren Fällen statt. Allgemein waren drei Arten von Verhandlungen möglich:

1. Der einfache Sühnebescheid gegen Mitläufer, der vom Vorsitzenden sofort nach Einsichtnahme in die Akten erteilt werden konnte.
2. Die Verhandlung vor der Spruchkammer mit zwei Beisitzern und dem öffentlichen Ankläger. Eine mündliche Vernehmung des Betroffenen war dabei nicht vorgesehen. Die Verhandlung erfolgte lediglich auf Grund der Aktenlage.
3. Die öffentliche Verhandlung mit dem Vorsitzendem, öffentlichem Ankläger, vier bis sechs Beisitzern sowie dem Betroffenen.

Im Interesse der Betroffenen hatte die Ludwigsburger Spruchkammer bei ihrer Eröffnung Sprechstunden eingerichtet, die jedoch einige Wochen später wieder aufgehoben wurden, da, wie im »Amtsblatt« zu lesen ist, diese Einrichtung von »unverbesserlichen Nazis« dazu benutzt wurde, »die Wände von Räumen in der Spruchkammer mit nazistischen Parolen zu beschriften«.

Die erste öffentliche Verhandlung fand dann Ende September 1946 gegen den Vertreter eines großen Ludwigsburger Betriebs statt. In der Spruchkammerverhandlung gegen den früheren Ludwigsburger Oberbürgermeister, Dr. Karl Frank, im Januar 1947, wurde dieser zunächst als Minderbelasteter mit zwei Jahren Bewährungsfrist und 3 000 RM Sühne eingestuft. Angeführt wurde, daß er seit 1937 Mitglied der NSDAP und kurze Zeit in der NSV tätig gewesen war. Das Amt des Oberbürgermeisters bekleidete er vom 20. Juli 1931 bis zu seinem Ausscheiden am 1. Oktober 1945. Ein danach eingeleitetes Berufungsverfahren führte schließlich dazu, daß im März 1948 der seinerzeitige Spruchkammerbescheid gegen Dr. Frank aufgehoben und der Betroffene nach Vernehmung von zehn Zeu-

gen in die Gruppe der Mitläufer mit einer Sühne von 2 000 RM eingestuft wurde. Zur Begründung des Spruches erklärte der Vorsitzende der Kammer, daß diese zur Überzeugung gekommen sei, Dr. Frank habe sich bemüht, »die Anweisungen und Maßnahmen der Partei und besonders des damaligen Stadtrats Ostertag abzuschwächen und zu mildern«.

Bei der Stadt wurde im Jahr 1946 das »Amt für politische Befreiung« gebildet. Ein von den vier politischen Parteien beschickter Ausschuß hatte u.a. die Aufgabe, die von der Spruchkammer angelieferten Arbeitsblätter zu überprüfen. Auf Anordnung des »Ministeriums für politische Befreiung« wurde dieser Ausschuß später auf insgesamt neun Ausschüsse, die sich auf alle Stadtgebiete und Vororte von Ludwigsburg erstreckten, erweitert.

Schon bald wurde in der deutschen Öffentlichkeit starke Kritik an der Verfahrensweise und an der überaus großen Zahl der Spruchkammerverhandlungen laut, stellten doch diese Maßnahmen auch für nur gering belastete Deutsche und deren Familien einen erheblichen Unsicherheitsfaktor dar, der existenzbedrohend wirken mußte; außerdem behinderten die massenhaften Entlassungen zwangsläufig den Aufbau der deutschen Wirtschaft und Verwaltung. In der Öffentlichkeit wurde über die Entnazifizierung heftig diskutiert, wobei das Problem sehr unterschiedlich beurteilt wurde. Eine wirkliche moralische Legitimation zur Kritik besaßen freilich nur wenige. Schon sehr bald waren sich amerikanische und deutsche Stellen darüber im klaren, daß sich während des Dritten Reiches die führenden Schichten mit dem Nationalsozialismus identifiziert hatten, auf deren Mitarbeit beim demokratischen Aufbau allerdings nicht verzichtet werden konnte. Doch dauerte es noch bis 1947/48, bis die Amerikaner darauf drängten, die Entnazifizierung vollends rasch abzuwickeln. Verwirklicht werden konnte dies jedoch nur durch Amnestien, sofern geringe Belastung vorlag.

Die Spruchkammern des Internierungslagers Ludwigsburg stellten Ende September 1948 ihre Arbeit ein. Von den dort behandelten über 5 000 Fällen wurden 248 Betroffene als Hauptschuldige, 2 191 als Belastete, 2 283 als Minderbelastete und 385 als Mitläufer eingestuft. 45 wurden entlastet.

Bereits Anfang Juni 1948 konnte die »Stuttgarter Zeitung« berichten, daß die »erstinstanzlichen Verfahren bei der Spruchkammer Ludwigsburg« dem Ende zuzugingen und nur noch 35 Fälle zu verhandeln seien. Insgesamt waren 126 731 Meldebogen bearbeitet worden, von denen 92 345 als »Nicht-Betroffene« eingestuft wurden. 24 125 Verfahren wurden durch den öffentlichen Kläger eingestellt. Bei 10 226 Fällen, die durch die Spruchkammer erledigt wurden, gab es 52 Belastete, 901 Minderbelastete, 5 064 Mitläufer und 37 Entlastete. Der Rest fiel unter die verschiedenen Amnestien.

Es kam auch vor, daß die Spruchkammer Ludwigsburg durch Drohbriefe eingeschüchtert werden sollte. So lief z. B. im Februar 1948 bei der Spruchkammer eine Postkarte mit folgendem Text ein: »Achtung, Achtung, wir warnen alle Angestellten, die auf der Spruchkammer arbeiten. Streikt und legt eure Arbeit nieder und verurteilt nicht unsere SS-Kameraden, sonst fliegt ihr alle in die Luft mit eurer Bude. Heil Hitler, es lebe Adolf Hitler und die Waffen-SS. Die Untergrundbewegung SS Si Wong.« Der Verfasser dieses und weiterer Drohschreiben konnte ermittelt werden und mußte sich vor dem Amtsgericht Ludwigsburg verantworten. Die Arbeit der Spruchkammer wurde durch solch einen Unbelehrbaren freilich nicht beeinträchtigt. Ende 1948 wurde Ludwigsburg Sitz der Zentralspruchkammer für



Der spätere Militärgouverneur der US-Besatzungszone Deutschlands, General Lucius D. Clay (3. v. l.), als Zuhörer bei einem der in Ludwigsburg stattfindenden Kriegsverbrecherprozesse, März 1946

Württemberg (Fromann-Kaserne), wo die noch anhängigen Verfahren bearbeitet wurden. Im großen und ganzen waren die Entnazifizierungsverfahren dann im Jahr 1949 zum Abschluß gebracht.

Polizei, öffentliche Sicherheit und Ordnung

Die ersten Maßnahmen der Amerikaner galten zunächst vor allem der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, was durch starke militärische Präsenz mit Patrouillen, Personenüberprüfungen und dergl. sowie durch ein strenges Ausgehverbot, das ab 4. Mai 1945 für Stadt und Landkreis Ludwigsburg von 19 bis 6 Uhr morgens festgesetzt wurde, bewirkt werden sollte. Anfänglich fürchteten die Amerikaner noch das Aufleben von NS-Widerstandsorganisationen (»Werwolf«). Das Ausgehverbot wurde schließlich schrittweise abgebaut, so daß ab 16. Mai 1945 die Sperrzeit um 21 Uhr, ab 20. Juli um 21.30 Uhr und ab 30. Juli um 22.30 Uhr begann. Die Sperrzeit wurde ab 3. Oktober 1945 durch das Läuten der Kirchenglocken angekündigt: Um 22.15 Uhr läuteten die Glocken zum ersten Male. Dies bedeutete, daß alle öffentlichen Plätze usw. geschlossen wurden und alle Personen auf den Straßen ihren Heimweg anzutreten hatten. Gegen 22.30 Uhr läutete es dann zum letzten Male, wobei alle Personen die Straßen verlassen haben mußten. Übertretungen gegen das Ausgehverbot wurden mit schweren Strafen geahndet. Während der vorgeschriebenen Ausgehzeiten konnte sich jeder Einwohner der Stadt Ludwigsburg nur in einem Umkreis von 6 km vom Rathaus aus gerechnet ohne besonderen Passierschein frei bewegen.

Mitte Juni 1945 wurde der allgemeine Passierscheinzwang außerhalb der 6-km-Zone aufgehoben: Passierscheine waren danach nur noch bei Fahrten mit einem Kraftfahrzeug und beim Passieren der Straße in der Zeit von 21.30 Uhr bis 5 Uhr morgens notwendig. Ende September 1945 schaffte man schließlich den Passierscheinzwang in der US-Zone ab. Passierscheine waren fortan nur noch bei Fahrten mit Kraftfahrzeugen von einem amerikanischen Armeegebiet in ein anderes, außerdem für den Verkehr zur Nachtzeit (22.30 bis 5.00 Uhr) und für Reisen in das französisch und britisch besetzte Gebiet erforderlich. Weitere Anordnungen folgten (z. B. Einziehung von Waffen, Munition, Kriegsgerät). Wer sich von der Bevölkerung an diese Befehle und Anordnungen nicht hielt, wurde streng bestraft. Ab Mitte Oktober 1945 konnten schließlich die Ausgehzeiten von der Zivilverwaltung geregelt werden. Nach wie vor war es aber möglich, daß die Ausgehzeit von der Militärregierung festgelegt wurde. Dies war z. B. am 24. und 25. Dezember 1945 der Fall, als die Ausgehzeit auf 3 Uhr nachts verlängert wurde, um der Bevölkerung Gelegenheit zum Besuch der Mitternachts-Christmette zu geben.

Bereits Ende April 1945 war auf Anordnung der Alliierten Militärregierung die bisherige Polizeidirektion in Ludwigsburg als selbständige staatliche Behörde aufgehoben und in die Stadtverwaltung überführt worden. Die Polizei war durch massive Entlassungen stark reduziert. Von den alten Beamten und den Polizeireservisten aus der Kriegszeit waren für den Dienst nur noch 15 übrig geblieben.

Die Amerikaner begegneten der deutschen Polizei zunächst mit großem Mißtrauen, sahen sie doch in ihr ein früheres Instrument des NS-Regimes. Generell waren für die deutsche Polizei die Vorschriften der Militärregierung verbindlich. Bestimmungen, die im Dritten Reich galten, durften nicht mehr angewandt werden. Praktisch sollten aber die Gesetze und Vorschriften aus der Zeit vor 1933 unberührt bleiben.

Zu den ersten Aufgaben der kurz nach der Besetzung entwaffneten Schutzpolizei gehörten u. a. Kontrollen der Lebensmittelgeschäfte und der Gastwirtschaften (z. B. Kontrolle der Öffnungszeiten), die Regelung des Verkehrs, die Durchführung von Streifen, die Überwachung und Beobachtung von Magazinebauten und Kasernen. Dadurch sollten nicht nur die zahlreichen Plünderungen und Diebstähle verhindert, sondern auch der Kontakt der Bevölkerung mit den Besatzungstruppen unterbunden werden, der gleich zu Beginn der Besetzung streng verboten worden war. War es den französischen Besatzungstruppen seinerzeit nicht gelungen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung einigermaßen in den Griff zu bekommen, so waren die von den Amerikanern getroffenen Maßnahmen hierin erfolgreicher. Z. B. durften Requisitionen ab Mitte Mai 1945 nur noch mit Genehmigung der Militärregierung durchgeführt werden.

Auch nach der Zuordnung zur Stadtverwaltung blieb die Polizei im seitherigen Polizeiamtsgebäude, Schloßstraße 31, untergebracht. Beabsichtigt war, sie in drei Gruppen (Schutz-, Kriminal-, Verwaltungspolizei) zu gliedern. Problematisch war, daß die deutsche Polizei vorerst keine Waffen hatte und nicht berechtigt war, ggf. gegen Ausländer (DPs) einzuschreiten, was sich auch auf Felddiebstähle und Beachtung der Verkehrsvorschriften bezog. Jedoch hatte die deutsche Polizei schon bald die Möglichkeit, mit der amerikanischen Militärpolizei gemeinsame Patrouillen, auch mit Jeeps, durchzuführen. Die Zusammenarbeit zwischen der deutschen Polizei und der amerikanischen Militärpolizei scheint unproblematisch gewesen zu sein. Durch gemeinsame Anstrengungen war es möglich, manches

Verbrechen aufzudecken. Im November 1945 wurde der seitherige Polizeichef der polnischen DP-Lager ausgewechselt, wovon man sich eine bessere Zusammenarbeit mit der polnischen Polizei versprach.

Um der Kriminalität wirksamer entgegenzutreten zu können, wurde an die Unterstützung und Mithilfe der Bevölkerung appelliert. Im November 1945 erhielt die Polizei im Kreis Ludwigsburg wieder Schußwaffen, Motorräder und Kraftwagen sowie neue Uniformen und Abzeichen. Die Entnazifizierung der Polizei war ebenfalls zum Abschluß gekommen, wobei unerwünschte Personen entfernt und durch andere ersetzt worden waren.

In manchen Gegenden des Kreises gab es berittene Polizeistreifen. Fast alle Polizeidienststellen waren Ende 1945 wieder durch Fernsprecher erreichbar. In Ludwigsburg bestand zudem ein eigenes Überfallkommando. Außerdem sollte im Kreis die Polizei durch Neueinstellungen erheblich verstärkt werden. Geplant war auch ein freiwilliger Fernsprech-Warndienst in besonders gefährdeten Außenbezirken und an den Einfallstraßen der Städte und Gemeinden. Darüber hinaus war vorgesehen, die Bewohner der an den Ortsausgängen bzw. der etwas abgelegenen Häuser mit Signalinstrumenten (Trillerpfeifen, Trompeten oder Luftschutz-Handsirenen) auszustatten. Wie sich nämlich gezeigt hatte, konnten Täter in vielen Fällen durch das bloße Benutzen von Signalinstrumenten von ihrer kriminellen Absicht abgebracht werden. Des weiteren versprach man sich von einer raschen Inbetriebnahme der Straßenbeleuchtungen, die während des Krieges abgeschaltet worden waren, zusätzliche Sicherheit.

Zur Verbesserung des polizeilichen Schutzes der Bevölkerung wurden im November 1945 in den Stadtteilen Außenposten (mit je vier Mann besetzt) eingerichtet; die in der Weststadt und in Pflugfelden waren die ersten, Eglosheim, Hoheneck und Oßweil sollten folgen. Für Patrouillen standen den Streifen Fahrräder zur Verfügung. Besonderes Gewicht legte man auf Kontrollen zur Nachtzeit.

Ein Bericht der Stadtpolizei vom Februar 1946 stellt fest, daß sowohl Schutz- als auch Kriminalpolizei nur noch reinen »Exekutivdienst« verrichteten. Vermerkt wurde auch, daß es bislang keine Verbrechen von Jugendlichen, bis auf wenige Einzelfälle, gegeben habe; allerdings hätten Zucht und Ordnung bei Jugendlichen stark nachgelassen. Die Polizei habe Anweisung erhalten, Jugendliche, die sich noch nach 20 Uhr ohne triftigen Grund auf der Straße aufhielten, festzunehmen und zur Anzeige zu bringen. Die DPs, so der Bericht, stellten kein besonderes Problem mehr dar, da der Großteil der Polen in ihre Heimat oder woandershin abtransportiert worden sei. Ein großes Problem stelle aber getarnte und offene Prostitution dar. Bei der getarnten handele es sich um Frauen, die angeblich für Besatzungsangehörige Arbeiten, wie Wäschewaschen und dergl., verrichteten. Teilweise hätten auch Truppenteile Frauen von auswärts nach Ludwigsburg gebracht. Diese Frauen könnten sich der polizeilichen Anmeldung entziehen, außerdem seien sie nicht auf Lebensmittelkarten angewiesen, da Angehörige der Truppenteile sie mit Lebensmitteln versorgen würden. In Erscheinung träten sie erst, wenn die Truppe abgerückt sei und sie auf die allgemeine Nahrungsmittelversorgung angewiesen seien.

Mit Razzien gegen Dirnen war täglich zu rechnen, um dem »unsittlichen Treiben in den nächtlichen Straßen von Ludwigsburg« Einhalt zu gebieten. Bei diesen Überprüfungen konnte es nicht ausbleiben, daß auch verheiratete Frauen aus angesehenen Ludwigsburger Familien und sogar Mädchen im Alter von 14 Jahren

vorübergehend inhaftiert wurden. Mitunter kam es bei diesen Aktionen vor, daß schon ab 19 Uhr einzelne Straßenzüge abgesperrt, die sich dort zufällig aufhalten- den jüngeren Frauen auf Lastwagen geladen und zwangsweise zur Untersuchung gebracht wurden. Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten diente z. B. das Mathilde-Planck-Haus, Erlachhofstraße 1, in das geschlechtskranke weibliche Personen in der Regel zwangsweise eingeliefert werden konnten.

Ein großes Problem stellten auch die vor den Kasernen und Unterkünften der Besatzungstruppen herumlungern- den Kinder, teilweise auch Erwachsenen, dar, die Zigaretten, Schokolade, Kaugummi oder sonstige Dinge von den Soldaten er- bettelten. Auch Mütter mit ihren Kindern brachten oft ganze Tage mit dieser Be- schäftigung zu. Vielfach wurden die ergatterten Waren auf dem Schwarzmarkt ver- hökert und in eine möglichst hohe Kalorienzahl eingetauscht. Um dem Übelstand abzu- helfen, wurde damit gedroht, Strafantrag gegen die Eltern wegen Anhaltens der Kinder zum Betteln zu stellen. Häufig wurden freilich auch Razzien durchge- führt, um steckbrieflich gesuchte Personen, Schwarzmarkt- und andere ungesetz- liche Aktivitäten ausfindig zu machen. Bei diesen Maßnahmen wurden oftmals auch Personen aufgegriffen, die Lebensmittelrationen und sonstige Gegenstände aus Beständen der US-Armee mit sich führten, deren Besitz in den meisten Fällen verboten war. Oftmals hatten sie diese alliierten Waren direkt von Armeeangehörigen erhalten.

Da das deutsche Geld wenig Wert mehr hatte, war man auf »Naturalwährung« umgestiegen, bei der auf dem Schwarzmarkt amerikanische Zigaretten eine her- ausragende Rolle spielten. Es scheint, daß der Schwarzmarkt in Ludwigsburg zu- nächst relativ unbedeutend war, zumindest gab es bis Dezember 1945 keinen orga- nisierten Schwarzmarkt. Teilweise lag das an den durchgeführten Preiskontrollen, die eine Stabilität bei Waren und bei der Kaufkraft der Mark gewährleisteten. Den- noch forderten Schwarzmarktgeschäfte auch Todesopfer. So wurden auf Ludwigs- burger Gemarkung mehrfach Leichen von ermordeten Personen aufgefunden, die sich zumindest teilweise, wie die polizeilichen Ermittlungen später ergaben, in dunkle Geschäfte eingelassen hatten. In einem Fall entdeckten im März 1946 spie- lende Kinder auf der Kapelleninsel beim Schloß Monrepos die stark in Verwesung übergegangene Leiche eines Mannes, die im Schädel eine Einschußöffnung auf- wies. Patrouillen sollten dazu dienen, den bestehenden Schwarzmarkt zu unter- binden.

Dagegen stellte die Hamsterei, bei der Lebensmittel besonders ins Gewicht fiel- en, zunächst das weitaus größte Problem dar. Hamstergut wurde in der Regel be- schlagnahmt und der »Hamsterer« bestraft.

Im Sommer 1947 forderte die sozialdemokratisch-kommunistische Gemein- datsfraktion zur Bekämpfung von Schwarzhandel, Korruption und Hortung von Lebensmitteln schärfste Maßnahmen und »strengste Bestrafung der Schuldigen ohne Ansehen der Person«. Diebstähle, Überfälle, Plünderungen und Ein- brüche gehörten in diesen Tagen zur Tagesordnung. Häufig waren es Diebstähle von Fahrrädern. Die katastrophale Brennstoffversorgung führte dazu, daß vor allem in Anlagen, – so im Schloßgarten und im Favoritepark – wahllos Bäume ge- fällt und sogar ganze Gartenzäune u. ä. abgebrochen und gestohlen wurden. Un- tergeschoßräume in bombengeschädigten Häusern, die oft nur ungenügend ver- schlossen waren, stellten Anziehungspunkte für Diebe dar. In diesen Gebäuden war vor allem das sog. Luftschutzgepäck begehrt. Übergriffe und Plünderungen,

von DPs und auch von amerikanischen Soldaten verübt, beunruhigten die Bevölkerung. Besonders gefragt waren Schnaps und sonstige alkoholische Getränke, deren Aushändigung immer wieder von Einwohnern gewaltsam erzwungen wurde. Die Abgabe bzw. der Verkauf alkoholischer Getränke an Angehörige der US-Armee war nämlich streng verboten. Verschiedentlich sind auch Klagen laut geworden, daß amerikanische Soldaten in den Abendstunden Zivilpersonen unter dem Vorwand einer Kontrolle anhielten, diese jedoch beraubten. In diesem Zusammenhang beanstandete die US-Kreismilitärregierung z. B. gegenüber einer in Ludwigsburg stationierten amerikanischen Militäreinheit im Dezember 1945, daß manche US-Soldaten offensichtlich vergessen hätten, daß der Krieg nunmehr beendet sei. Es gab auch mutwillige Verwüstungen von Gärten, Feldern und Wiesen.

Im November 1945 beklagte sich die US-Kreismilitärregierung in ihrem »Weekly Field Report« über die fortgesetzten Diebstahlmeldungen von Kühen, Schweinen und anderem Vieh, die deutschen Bauern von »Polenbanden« gestohlen worden waren. Heimgesucht wurden auch die von der US-Armee in Ludwigsburg unterhaltenen Warenhäuser mit ihren großen Beständen an Lebensmitteln, Schokolade, Zigaretten usw. Ungefährlich waren diese Diebstähle für die Täter aber nicht; oftmals nahmen sie ein tragisches Ende: So kam es vor, daß auf frischer Tat ertappte Diebe von Wachmannschaften erschossen wurden. Zeitweise war z. B. in der Königin-Olga-Kaserne ein Lager der US-Armee untergebracht, das bei Tag und Nacht von Wachposten gegen Einbrecher geschützt wurde. Passanten durften daher in der Weimar-, Herzog- und Kurfürstenstraße die durch Warnungstafeln gekennzeichnete Straßenseite nicht benutzen. Besonders begehrt waren freilich Care-Pakete, die häufig direkt in der Ausgabestelle gestohlen wurden. Des öfteren waren Diebe dreist genug, während der Mittagspause aus Behördenräumen Schreib- und Rechenmaschinen sowie sonstige Gegenstände zu entwenden. Zahlreiche Klagen wurden auch über die vielen Landstreicher laut. Zum Teil waren dies ehemalige deutsche Soldaten, die aus alliierter Kriegsgefangenschaft entlassen worden waren und umherirrten, weil sie keine Angehörigen oder kein Zuhause mehr hatten. Die Bevölkerung wurde mit allem Nachdruck über die Folgen von falschem Mitleid aufgeklärt. Harmlos waren dagegen die durch Radioempfangsgeräte verursachten Ruhestörungen, über die häufig geklagt wurde.

Im August 1946 erließ die US-Kreismilitärregierung eine Anweisung, welche die Stellung der deutschen Polizei zu den DPs, sofern sich diese außerhalb ihrer Lager befanden, regelte. Danach unterstanden sämtliche DPs und Ausländer, mit Ausnahme der Besatzungsmacht und der Angehörigen der Vereinten Nationen im Dienste der Besatzungsmacht, der vollen deutschen Polizeigewalt. Die deutsche Polizei war verpflichtet, gegen DPs und Ausländer in der gleichen Art und Weise wie gegen Deutsche vorzugehen, sofern diese die Gesetze übertraten oder Ordnung, Ruhe und Sicherheit störten oder gefährdeten. Durch diesen Erlaß konnte eine Stärkung der deutschen Polizei erzielt werden.

Im Sommer 1946 kam es mehrfach vor, daß verschiedene Ludwigsburger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens durch anonyme Handzettel, versehen mit dem Zeichen des »Werwolfs«, bedroht wurden. Der Gemeinderat nahm diese »sinnlose und verbrecherische Handlungsweise« zum Anlaß, aufs nachdrücklichste vor den Gefahren, die sich für die ganze Bevölkerung daraus ergeben könnten, zu warnen. Sollten die Drohbriefe nicht unterbleiben oder Zwischenfälle hervor-

gerufen werden, deren Urheber ehemalige Nazis waren, sei mit einer Festnahme, so die Androhung, aller inzwischen aus Internierungslagern Entlassenen und mit scharfen Maßnahmen gegen die gesamte Bevölkerung zu rechnen.

Bis Ende 1947 hatten in Ludwigsburg die Einbrüche in amerikanische Lagerhäuser sowie Verkehrsunfälle durch rücksichtsloses und zu schnelles Fahren, teilweise auch durch Trunkenheit verursacht, dermaßen zugenommen, daß sich der Chef des 8. Militärgerichtsbezirks, Ralph H. Agate, gezwungen sah, eine öffentliche Warnung auszusprechen.

1948 war die öffentliche Sicherheit aber weitgehend wieder hergestellt. Das Vertrauen in Polizei und Rechtspflege, so der Jahresbericht der Stadtverwaltung für das Jahr 1948, sei gestiegen. Der Anteil der Flüchtlinge an Verbrechen und Vergehen lag sowohl für die Stadt Ludwigsburg als auch für das Land Württemberg-Baden erheblich unter dem der Altbürger. Interessanterweise war aber die Jugendkriminalität beider Bevölkerungsteile gleich hoch.

Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Neubürger

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 befanden sich bereits ca. eine Million Menschen in der US-Zone, die infolge der Kriegsereignisse ihre Heimat verlassen hatten. Bald danach setzte die Vertreibung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien ein. Die Flucht von Deutschen aus den Ostgebieten des Reiches vor der herannahenden Roten Armee hatte schon während der letzten Kriegsmonate begonnen. Das im August 1945 zustande gekommene »Potsdamer Abkommen« der alliierten Siegermächte sanktionierte die Vertreibung der Deutschen aus den osteuropäischen Ländern. Sie sollte geordnet und human durchgeführt werden. Dagegen gab es für die Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten keinerlei Rechtfertigung. Die Flüchtlinge mußten ihr ganzes Hab und Gut zurücklassen und kamen, hatten sie das Glück, nicht schon auf der Flucht durch Hunger, Krankheit oder Gewalt umgekommen zu sein, selbst in ein vom Krieg schwer gezeichnetes, ausgeblutetes Land, in dem sie größte Not antrafen: schon für die einheimische Bevölkerung reichten Lebensmittel, Nahrung, Kleidung und Unterkünfte kaum.

Die aus den deutschen Ostgebieten und den deutschen Siedlungsgebieten außerhalb des Deutschen Reiches geflohenen oder vertriebenen Deutschen bezeichnete man anfangs allgemein als »Flüchtlinge«. Erst später wurde zwischen »Flüchtlingen« und »Heimatvertriebenen« unterschieden. Zudem kam in der deutschen Amtssprache die Bezeichnung »Neubürger« auf. Im folgenden wird hier auf eine diesbezügliche Unterscheidung verzichtet und die Bezeichnung »Flüchtlinge« benutzt.

Die ersten Züge mit Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei, einschließlich Sudetenland, trafen Anfang August 1945 in Württemberg ein. Zu ihrer Aufnahme schien Ludwigsburg besonders gut geeignet zu sein, war doch die Stadt im großen und ganzen unzerstört geblieben. Dennoch standen Unterkünfte kaum zur Verfügung, da die vielen Kasernen vor allem mit DPs, Internierten und amerikanischen Truppen belegt sowie zahlreiche Gebäude beschlagnahmt waren.

In den »Amtlichen Nachrichten« wurde Mitte August 1945 die Ludwigsburger Bevölkerung darüber informiert, daß in den nächsten Monaten mit einem großen

Strom von Flüchtlingen aus verschiedenen Gebieten zu rechnen sei. Selbstverständliche Schuldigkeit sei es, sich dieser Mitbürger anzunehmen und bei ihrer Eingliederung mitzuhelfen. Anfang Mai 1945 gab es in Ludwigsburg schätzungsweise bereits 2 000 Flüchtlinge und Evakuierte. Im Gegensatz zu den Evakuierten (das waren die Reichsdeutschen, die nach dem 1. September 1939 in das Gebiet der späteren US-Zone zugezogen waren, aus Gründen, die unmittelbar mit Deutschlands Kriegsführung oder dem Verlauf des Kriegs in Verbindung standen) müsse – so die »Amtlichen Nachrichten« – alles daran gesetzt werden, die Flüchtlinge sofort in den Arbeitsprozeß einzubeziehen, um ein Brachliegen von Arbeitskräften zu verhindern. Es werde versucht, in Ludwigsburg ein Auffanglager zu errichten, von dem aus dann die Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Gemeinden erfolgen könne. In einer zur gleichen Zeit erschienenen »Amtlichen Bekanntmachung« forderte der Oberbürgermeister die Einwohnerschaft auf, Möbel für ausgebombte Familien und Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Der Aufruf erinnerte daran, daß die Stadt Ludwigsburg zu den wenigen deutschen Städten gehörte, die von Luftangriffen verhältnismäßig wenig betroffen worden waren. Verständlich sei es deshalb, daß Ludwigsburg in den vergangenen Wochen und Monaten für zahlreiche ausgebombte Familien und Flüchtlinge eine Zufluchtstätte geworden sei. Viele dieser Familien besäßen weder Bett noch Schrank. Der Oberbürgermeister erwartete deshalb, daß die Einwohnerschaft, insbesondere auch frühere PGs, Hilfsbereitschaft an den Tag legen würden, wodurch Beschlagnahmen von Möbeln und Haushaltsgegenständen vermieden werden sollten.

Bereits Ende August 1945 bezeichnete es der Oberbürgermeister bei einer Besprechung mit der US-Kreismilitärregierung als absolut notwendig, so schnell wie möglich den weiteren Zuzug von Flüchtlingen nach Ludwigsburg zu stoppen. Die Versorgung der eintreffenden Flüchtlinge mit Nahrungsmitteln war zunächst, neben der Beschaffung von Notunterkünften, das größte Problem. So konnte die Stadt z. B. die im August 1945 in der Wilhelmskaserne untergebrachten Flüchtlinge und Evakuierten nicht selbst versorgen, weshalb die US-Kreismilitärregierung kurzerhand aus den für die DP's bestimmten Lebensmittelvorräten einen Lastwagen mit ca. 1 000 kg Fleisch, Zucker und Schokolade zur Verfügung stellte.

Die Wilhelmskaserne war seit August 1945 bis auf weiteres als Durchgangslager zur vorübergehenden Unterbringung von ca. 1 000 Flüchtlingen und Evakuierten vorgesehen, meist Frauen und Kinder. Außerdem wurde die Betreuung der Kranken unter den Flüchtlingen eingeleitet, wofür eine größere Anzahl Rote-Kreuz-Schwester eingesetzt werden sollte. Mitunter kam es vor, daß amerikanische Soldaten, wie z. B. im August 1945 in der Wilhelmskaserne geschehen, in die Flüchtlingsunterkünfte eindrangten und die dort untergebrachten Frauen und Mädchen belästigten. Durch geeignete Maßnahmen versuchte die US-Kreismilitärregierung, dies zu unterbinden.

Ende Oktober 1945 wurde die Bevölkerung des Kreises in den »Amtlichen Nachrichten« darüber informiert, daß in den nächsten Tagen der erste Zug mit ca. 1 400 »Ostflüchtlingen« im Kreis Ludwigsburg eintreffen werde. Schon seit längerem war die Einwohnerschaft durch die zuständigen Behörden mittels Pressemitteilungen darauf vorbereitet worden, daß in Nord-Württemberg und in Nord-Baden ca. 500 000 »Ostflüchtlinge« aufgenommen werden müßten. Tatsächlich kamen Ende Oktober 900 »Umsiedler« im Kreis Ludwigsburg an, die zunächst in dem in Bietigheim neu errichteten Aufnahmelager untergebracht wurden, von wo

aus sie auf verschiedene Gemeinden im Kreis verteilt werden sollten. In diesem Lager wurden die Flüchtlinge registriert, ärztlich untersucht und betreut. Die vom Arbeitsamt durchgeführten Beratungen sollten der beruflichen Eingliederung dienen. Die getroffenen Maßnahmen standen unter der Aufsicht eines deutschen Komitees, das aus Vertretern des Gesundheitsamts, des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeitsamts, der Kirchen, der Polizei und des Landratsamts gebildet worden war. Zur Sicherheit war die örtliche amerikanische CIC-Abteilung eingesetzt.

Ende November 1945 wurden in Ludwigsburg Flüchtlingsfamilien vorderhand in Wohnungen von früheren PGs eingewiesen. Die Wohnungsinhaber mußten die Flüchtlinge mit den nötigsten Gebrauchsgegenständen ausstatten sowie Schlafgelegenheiten und Bettzeug zur Verfügung stellen. Die Ludwigsburger Kirchen führten im Auftrag der Stadtverwaltung und als Teil ihres eigenen Hilfswerks in der Stadt Sammlungen von Kleidern und Wäsche durch, mit denen Flüchtlinge, entlassene Kriegsgefangene und Luftkriegsbeschädigte, die kaum etwas anzuziehen hatten, versorgt werden sollten. In einem der zahlreich in den »Amtlichen Nachrichten« erschienenen Spendenaufrufe und Berichte zur Lage dieser Menschen heißt es: »Es sind Menschen, die als Opfer dieses wahnsinnigen Krieges oft alles verloren haben, und zwar oft nicht nur ihr Hab und Gut, sondern auch ihre nächsten Familienangehörigen. Angstvoll, mutlos, hungrig und erfroren stehen sie da und warten auf ein Stück Brot, auf eine warme Stube und seit langem auf ein warmes Bett. Alles, was sie bis zur letzten Zeit an Gepäck oder Bargeld noch besaßen, wurde ihnen auf der Flucht noch gestohlen und geraubt ...« Solange wie möglich sollten die Unterkünfte sowie die Verpflegung, Bekleidung und Betreuung der Flüchtlinge ohne übermäßigen Zwang bei der Bevölkerung aufgebracht werden.

In den Gemeinden waren die Wohnungsausschüsse mit der Einquartierung betraut; sie überprüften auch die Möglichkeiten der Unterbringung in den einzelnen Haushalten. An die Flüchtlinge war entweder ein heizbarer Raum abzugeben oder es mußte ihnen erlaubt sein, sich in den beheizten Wohnräumen der Quartiergeber aufhalten zu dürfen. Die Verpflegung hatten die örtlichen Wirtschaften oder die Quartiergeber aufgrund der von den Flüchtlingen abzugebenden Marken zu liefern. Mancherorts war die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen vorgesehen.

Die Aufnahme der Flüchtlinge war nicht nur aus materiellen Gründen äußerst schwierig. Ende Dezember 1945 stellte die US-Kreisregierung Ludwigsburg in ihrem »Wöchentlichen Nachrichtenreport« in diesem Zusammenhang fest, daß es bei den Einheimischen eine beträchtliche Feindschaft gegenüber den Deutschen aus den sowjetisch und polnisch besetzten Gebieten gebe, da sie das Gefühl hätten, zunehmend in ihrem eigenen Land an Zahl übertroffen zu werden. Außerdem befürchteten die »örtlichen Antinazi«, daß die überwiegende Zahl der Flüchtlinge Nazis seien, und es unmöglich sei, deren politische Vergangenheit zu überprüfen. Einer Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes zufolge solle die Aufnahmequote für den Kreis Ludwigsburg 30 000 »Ostflüchtlinge« betragen, unter denen sich ca. 70% Kinder befänden. Vorgesehen war, die arbeitsfähigen Männer nach Ludwigsburg zu leiten.

Anfang 1946 hatte sich das Flüchtlingsproblem in Ludwigsburg so zugespitzt, daß sich der stellvertretende Oberbürgermeister genötigt sah, bei der Militärregierung darum nachzusuchen, von weiteren Belegungen mit »Ostflüchtlingen« in



Flüchtlingsunterkunft, Ludwigsburg um 1948

Ludwigsburg unbedingt abzusehen. Als Begründung wurde die prekäre Wasserversorgung der Stadt angeführt, die nun an der Höchstgrenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sei, außerdem müsse man in Ludwigsburg während der Sommermonate ohnehin mit großem Wassermangel rechnen. Da dieser Vorstoß offensichtlich nicht zu dem erhofften Erfolg geführt hatte, trat der stellvertretende Oberbürgermeister im März 1946 auch an den Landrat mit der Bitte heran, dem Flüchtlingsdurchgangslager in Bietigheim schriftlich den Auftrag zu erteilen, von dort aus der Stadt Ludwigsburg vorläufig keine weiteren Flüchtlinge mehr zuzuweisen. Tatsächlich war dieses Vorgehen zunächst erfolgreich. Ab Juli 1946 hatte die Stadt jedoch wieder Flüchtlinge aufzunehmen. Seit diesem Zeitpunkt kann man von einem eigentlichen Flüchtlingsproblem in Ludwigsburg sprechen.

Die Flüchtlinge waren kaum noch unterzubringen, nicht zuletzt wegen der Beschlagnahmung von Wohnungen durch die amerikanische Besatzungsmacht: Mitte 1946 waren ca. 1 200 Wohnungen requiriert. Einer Mitteilung des Innenministeriums zufolge, so das »Amtsblatt« am 3. August 1946, werde nunmehr auch die Stadt Ludwigsburg, die bisher wegen starker Belegung durch Truppen für die weitere Aufnahme von Flüchtlingen gesperrt worden sei, ihren Anteil aufnehmen müssen, wobei die Quote für Ludwigsburg insgesamt 9 046 Personen betrage. Ludwigsburg müsse demnach in den nächsten Wochen (bis zum 30. September) noch rund 6 000 Flüchtlinge aufnehmen. Hatte die Stadt am 1. Juli 1946 noch 2 924 Flüchtlinge, so waren es im darauffolgenden Dezember schon über 10 000. Dieser gewaltige Bevölkerungszuwachs war nur durch die Einrichtung von Sammelunterkünften zu bewältigen.

Der Stadt war empfohlen worden, sofort große Auffangmöglichkeiten bereitzustellen. Auch das schien undurchführbar bzw. unzumutbar. Die Königin-Olga-Kaserne, eine der Sammelunterkünfte, kurz zuvor zum größten Teil von der Besatzungsmacht freigegeben, war völlig verwahrlost: die meisten Fensterscheiben fehlten, Türen und Türklinken waren zerstört, elektrische Leitungen, Fußböden und große Teile des Dachgebälks waren herausgerissen und verfeuert worden, die Zimmer starrten vor Schmutz und das ganze Gebäude war, wie sich herausstellte, von oben bis unten verwanzt.

Ein erneuter Aufruf im »Amtsblatt« forderte die Ludwigsburger Bevölkerung auf, freiwillig wieder Möbel, Betten und sonstige Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände abzuliefern. Bei ungenügender Resonanz waren diesmal aber Requirierungen der benötigten Gegenstände vorgesehen.

Der Ludwigsburger Gemeinderat sah die Notwendigkeit zur Versorgung der Flüchtlinge grundsätzlich ein, allerdings seien auch schon, so ein Gemeinderatsmitglied, sehr viele Klagen laut geworden, wonach sich die Flüchtlinge teilweise breitpurig und anspruchsvoll benommen hätten. Es seien Fälle bekannt geworden, bei denen nicht mehr der Wohnungseigentümer, sondern die eingewiesenen Flüchtlinge über die Wohnung verfügten. Streitigkeiten und Klagen rissen deshalb nicht ab. Um diesen Mißständen entgegenzuwirken, verlangte der Gemeinderat, den Flüchtlingen sei nahezu legen, sich in den zugewiesenen Quartieren anständig zu verhalten, bei Streitigkeiten und bei Erfassung von Wohnräumen sei energisch durchzugreifen und gegebenenfalls beim Amtsgericht ein Schnellverfahren zu beantragen.

Die Instandsetzungen der benötigten Unterkünfte sollten vorläufig aus städtischen Mitteln bestritten werden.

In der Sitzung des Gemeinderats vom 8. August 1946 stellte die sozialdemokratische Rathausfraktion an den Gemeinderat folgenden Antrag, der einstimmig angenommen wurde: »In Anbetracht der furchtbaren Not, in der sich die in unser Stadtgebiet eingewiesenen Flüchtlinge befinden und die nur in beschränktem Umfange, zudem äußerst mangelhaft, in Kasernen untergebracht werden können, beantragen wir bei der Zuweisung in Privatquartiere folgendes: In erster Linie haben sich sämtliche ehemaligen Parteigenossen aufs äußerste einzuschränken und Flüchtlingsfamilien aufzunehmen. Das gleiche gilt auch für Militaristen. In zweiter Linie Nichtparteimitglieder und in dritter Linie nachweisbare Gegner, politisch Verfolgte, KZ-Leute und ähnliche Personen. Erst müssen die Nazisten und Militaristen restlos herangezogen werden, ehe andere Kreise drankommen. Die, die die Hauptschuld tragen am heutigen Elend, sollen auch die Hauptlast zu ver-spüren haben.«

Um nicht alle Flüchtlinge in Privatwohnungen unterbringen zu müssen, was weitere einschneidende Härten für die Bevölkerung bedeutet hätte, bemühte sich die Stadtverwaltung, zusätzliche Kasernen – die Königin-Olga-Kaserne bot nur für ca. 1 000 Menschen Platz – sowie Internierungslager freizubekommen. Letztere Möglichkeit mußte bald fallengelassen werden, da die Übernahme der Internierungslager in deutsche Hand zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgesehen war. Aber auch bezüglich der Freigabe von Kasernen konnten keine größeren Resultate erzielt werden. Trotzdem ließ die Stadtverwaltung nichts unversucht, doch noch Unterbringungsmöglichkeiten aufzutun. Eine der getroffenen Maßnahmen bestand in einer Kontrolle sämtlicher Wohnungen in der Stadt, wobei freie Räume beschlagnahmt wurden. Da auch diese Aktivitäten zu keinem befriedigenden Ergebnis führten, wurde die Beschlagnahme von Schulen bzw. die Unterbringung der Flüchtlinge in den Oberschulen ins Auge gefaßt. Als die US-Kreis Militärregierung Ende August 1946 die Stadtverwaltung darüber informiert hatte, daß noch drei weitere Regimenter der US-Armee mit ca. 4–5 000 Mann so schnell wie möglich Quartier bekommen und zusätzliche 160 Wohnungen zur Verfügung gestellt werden müßten, außerdem die seither von Flüchtlingen belegte Königin-Olga-Kaserne wieder zu räumen sei, zudem mit einer weiteren starken Erhöhung des Flüchtlingsolls gerechnet werden müsse, schien die Unterbringungsfrage nahezu hoffnungslos. Der Oberbürgermeister bemühte sich daraufhin bei den zuständigen Stellen um eine dreimonatige Unterbrechung des Flüchtlingsstroms.

Ein Teil der in der Königin-Olga-Kaserne untergebrachten Flüchtlinge wurde schließlich auf Turnhallen und Gemeindehäuser in Eglosheim, Hoheneck und Oßweil verteilt, der andere Teil fand auf der Karlshöhe (ca. 120 Personen) und bei der Firma Franck und Kathreiner (ca. 200 Personen) Unterkunft. Auch das Innenministerium anerkannte die besondere Notsituation, in der sich Ludwigsburg befand und schlug deshalb vor, mit dem Landrat eine Regelung zu treffen, wonach die Flüchtlinge zunächst im Kreis und dann erst in Ludwigsburg untergebracht werden sollten. Eine Beschlagnahmung von Schulen lehnte das Ministerium jedoch ab; trotzdem mußten aber die Friedrich-Schiller-Oberschule und die Frauenarbeitsschule, Abelstraße 11, geräumt werden. Nach großen Bemühungen gelang es schließlich der Stadtverwaltung, wenigstens wieder einen kleinen Teil der Königin-Olga-Kaserne zur vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen nutzen zu dürfen.

Auch in den folgenden Wochen gelang es nicht, Flüchtlinge von den Massen-

quartieren in andere Wohnräume zu verlegen, wodurch die Lage einer Katastrophe zutrieb. Mitte Oktober 1946 standen für viele der eintreffenden Flüchtlinge (ca. 500 Personen pro Woche), »von denen«, so eine Feststellung des Leiters des Stadtwirtschaftsamtes, »in letzter Zeit ein Teil, außer etwas Kleidern, so gut wie nichts mitbringt«, weder Betten noch Strohsäcke zur Verfügung. Teilweise wurden sie in der Königin-Olga-Kaserne untergebracht, wo es keine Öfen gab; auch in den Räumen des in der Zwischenzeit freigegebenen Teils der Arsenalkaserne, in dem auch Flüchtlinge Aufnahme finden sollten, fehlten die nötigsten Einrichtungsgegenstände.

Zu dieser Zeit waren in Ludwigsburg ca. 3 000 Menschen in sieben Massenquartieren eng, meist in ungeheizten Räumen, oft ohne Bettstellen und Matratzen, zusammengepfercht. Selbst das Stroh, auf dem die meisten, oftmals sogar ohne Decken, liegen mußten, war kaum zu beschaffen, da sich die Landgemeinden weigerten, Stroh abzugeben. Nach einer Mitteilung des Landratsamts an die US-Kreisregierung waren bis 3. Oktober 1946 insgesamt 25 964 Flüchtlinge in den Kreis Ludwigsburg gekommen.

Mit einem Nachlassen des Flüchtlingsstroms wurde erst gegen Mitte Dezember 1946 gerechnet. »Alle Bemühungen«, so der Leiter des Stadtwirtschaftsamtes, »die zum Teil schon bis Mitte August zurückreichen, bei den Behörden wie Landratsamt, Landeswirtschaftsamt, Flüchtlingskommissar und Innenministerium, wenigstens die allernotwendigsten Bedarfsgegenstände zu erhalten, sind bis jetzt ziemlich ergebnislos geblieben. Dazu kommt, daß der Krankenstand bei Kindern und älteren Leuten in bedenklichem Maße zunimmt. Das Krankenhaus ist nicht in der Lage, Patienten aufzunehmen.« Maßnahmen, wie die Verfügung des Innenministeriums, zur Unterbringung der Flüchtlinge alle verfügbaren Bühnenräume und nicht mehr benötigten Scheunen usw. für Wohnzwecke auszubauen, sollten das Elend und die Not mildern helfen.

Im Rahmen der Hilfsaktion für die »Ostflüchtlinge« ordnete die US-Kreisregierung an, politisch belastete Personen aus Wohnhäusern, Wohnräumen, Büroräumen usw., die für Unterkünfte geeignet erschienen, zu entfernen. Möbelstücke und sonstige Gebrauchsgegenstände hatten dabei an Ort und Stelle zu verbleiben. Sofortige, energische Maßnahmen zur Ausstattung der Flüchtlinge mit den allernotwendigsten Bedarfsgegenständen und deren Unterbringung in menschenwürdigen Räumen schienen unbedingt erforderlich, um die bei Eintritt der kalten Jahreszeit befürchtete Katastrophe, auch hinsichtlich einer der ganzen Stadt drohenden Seuchengefahr, zu verhindern. Mit einer weiteren Sammlung von Öfen, Bettstellen, Matratzen, Strohsäcken, Wolldecken, Kleidungsstücken, Möbeln usw. bei der gesamten Ludwigsburger Bevölkerung hoffte man, Herr der Lage zu werden. Ehemaligen PGs wurde dabei eine erhöhte Ablieferungspflicht auferlegt: jeder von ihnen mußte eine komplette Matratze, außerdem zwei Wolldecken oder zwei Leintücher oder je ein Stück davon abgeben. Bei Einwohnern, die nichts abgeliefert hatten, konnten augenblicklich nicht benutzte Gegenstände beschlagnahmt werden.

In den Volkszählungs-Fragebogen werde die Mindestgröße für einen Wohnraum, so der Ludwigsburger Landrat Dr. Jaeger bei einer Versammlung zur Behandlung des Flüchtlings- und Wohnungsproblems in Kornwestheim, mit 8 m² angesetzt. Die »Stuttgarter Zeitung« vom 26. Oktober 1946 berichtet über die Ausführungen des Landrats bei dieser Veranstaltung: »In diesem Raum sollen 2

Personen in den Landgemeinden bzw. 2,5 Personen in den Stadtgemeinden untergebracht werden. Da ein Bett 2 qm Platz beansprucht, der Tischanteil $\frac{1}{2}$ qm, ein Stuhl $\frac{1}{4}$ qm und schließlich auch noch ein Schrank notwendig sein wird, wäre damit die genehmigte Wohnfläche restlos aufgeteilt, zum Bewegen zwischen diesem Mobiliar ist bereits kein Platz mehr vorhanden. Aus dieser einfachen Rechnung geht klar hervor, daß es einmal bei solchen Forderungen rein physikalische und mathematische Unmöglichkeiten gibt und daß auch dann, wenn der einzelne Wohnraum etwas größer sein sollte, dies zu Zuständen führen muß, die vom hygienischen und sittlichen Standpunkt aus unerträglich sind.«

Bei der erwähnten Versammlung brachten die Vertreter der Flüchtlinge ihre Bereitwilligkeit zur Eingliederung und zur Mitarbeit, aber auch ihre Sorgen und Nöte vor, wie z. B. folgender Fall zeigt, der in dem bereits erwähnten Artikel der »Stuttgarter Zeitung« geschildert wird: »In Beihingen im Kreis Ludwigsburg hat eine Familie Flüchtlinge aufnehmen müssen, die nun von den alten Inhabern in jeder nur denkbaren Weise schikaniert werden. Die Waschküche wird abgeschlossen, um den Frauen das Waschen unmöglich zu machen, im Garten dürfen sie keine Wäsche aufhängen, der Toilettenschlüssel wird abgezogen, das Heizen wird untersagt (als ob der betreffende Raum unter Denkmalschutz stünde), und andere solch großer und kleiner Nadelstiche mehr – während der Gebäudeinhaber neben seiner Dreizimmer-Wohnung und Küche sogar noch ein »Empfangszimmer« zur Verfügung hat. Ein in diesem Hause wohnender Flüchtlings-Vertreter forderte, daß der Hausbesitzer nun seinerseits einmal auf 2–3 Monate in ein Flüchtlingslager gesteckt würde, um etwas mehr Verständnis für die Lage der Flüchtlinge zu lernen.«

Im »Amtsblatt« vom 26. Oktober 1946 wurde die Bevölkerung darüber informiert, daß jeder Flüchtling darauf Anspruch habe, in einem Privatquartier untergebracht zu werden. Das Sammellager Bietigheim sei eingerichtet worden, um eine unwürdige Unterbringung bis zur Beschaffung von Privatquartieren zu vermeiden. Die Unterbringung der Flüchtlinge in den Massenquartieren der Gemeinden sei teilweise menschenunwürdig, teilweise viel zu langzeitig und teilweise sittlich anstößig.

Aus diesem Grund seien Massenquartiere in den Gemeinden verboten. Alle vorhandenen Massenquartiere müßten bis zum 31. Oktober 1946 aufgelöst und geräumt sein. Daß sich diese Forderung nicht so schnell verwirklichen ließ, liegt auf der Hand – zumindest in Ludwigsburg sollte es noch lange dauern, bis die letzten Flüchtlinge die Massenquartiere verlassen konnten. Am 4. November 1946 berichtete der Leiter des Stadtwirtschaftsamtes dem Oberbürgermeister, daß viele Zimmer der Königin-Olga-Kaserne derart belegt seien, daß kaum ein Tisch und Stuhl Platz finden könne. Damit die »Ostflüchtlinge« wenigstens tagsüber sich in warmen Räumen aufhalten könnten, strebte die Stadt die baldige Einrichtung von Wärmestuben an. Ende November telegraphierte der Ludwigsburger Oberbürgermeister an den Innenminister, daß die Besatzungsmacht plötzlich weitere 40 Häuser in der Stadt beschlagnahmt habe, wobei verlangt werde, die Bewohner binnen drei Tagen anderweitig unterzubringen. Jedoch sei auch seitens der Besatzungsmacht gefordert worden, die Flüchtlingszuweisung für die Stadt vorübergehend zu unterbrechen.

Etwa zur gleichen Zeit wurde die neue Aufnahmequote von 51 000 Flüchtlingen für den Kreis Ludwigsburg veröffentlicht.

Ende November 1946 gab es in Ludwigsburg folgende Flüchtlingslager:

Friedrich-Schiller-Oberschule
Königin-Olga-Kaserne
Keplerstraße 17 (sog. Franck-Lager)
Arsenalplatz 1
Mathildenkaserne
Abelstraße 11
Gemeindehaus Eglosheim

Anfang 1947 warf der außerordentliche Kälteeinbruch sehr große Probleme auf, war doch das notwendige Brennmaterial für die Flüchtlingsunterkünfte kaum zu beschaffen. Außerdem waren die Heizmöglichkeiten in den meisten Unterkünften nach wie vor sehr schlecht. Z. B. befanden sich in der Königin-Olga-Kaserne in der Hauptsache nur selbstgemauerte Öfen. Diese Situation führte auch dazu, daß in dieser Zeit in Ludwigsburg das Gerücht aufkam, in der Unterkunft der Königin-Olga-Kaserne seien einige Flüchtlingskinder erfroren, was jedoch vom »Amtsblatt« energisch dementiert wurde.

Mit Runderlaß vom 8. Januar 1947 ordnete das Innenministerium die Unterbringung sämtlicher bisher noch in Durchgangs- oder Massenlagern lebenden Flüchtlinge in Privatquartiere bis zum 31. des Monats an. Als einer der Hauptgründe hierfür wurde die gesundheitliche Gefährdung in den Massenlagern angegeben. Der Oberbürgermeister mußte in einer außerordentlichen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 30. Januar 1947 feststellen, daß dieser Termin nicht eingehalten werden könne, da Ludwigsburg wegen seiner hohen anderweitigen Belegung zunächst verschont worden sei, dann aber in sehr starkem Maße und bis in die neueste Zeit Flüchtlinge aufnehmen mußte und auch augenblicklich durch die erneuten Beschlagnahmungen von Wohngebäuden stark beansprucht sei.

Sollte der Flüchtlingsstrom mit dem für diesen Monat noch angekündigten Transport vorläufig beendet sein, könnten wenigstens das sog. Franck-Lager und die Mathildenkaserne geräumt und die Belegung der Königin-Olga-Kaserne verbessert werden. (Wie dem Jahresbericht des städtischen Flüchtlingsamtes für das Jahr 1947 zu entnehmen ist, trafen während der ersten Monate des Jahres Flüchtlingstransporte nur noch vereinzelt ein.) Laut Mitteilung der Besatzungsmacht könne vorläufig mit einer Freigabe der Arsenal- und Wilhelmskaserne nicht gerechnet werden, da beide Kasernen weiterhin für die US-Armee zur Verfügung gehalten werden müßten.

Bei dieser Sitzung gab auch der Leiter des Ende 1946 eingerichteten städt. Flüchtlingsamtes einen ausführlichen Bericht über den Stand der Flüchtlingsunterbringung in Ludwigsburg. Danach würde sich die Räumung der Massenunterkünfte durch die nach wie vor noch eintreffenden Flüchtlingstransporte und die Häuserbeschlagnahmungen seitens der Besatzungsmacht verzögern. Jedoch zeichne sich ein allmähliches Sinken der Zahl der Lagerinsassen ab. Sowohl die Frauenarbeitsschule als auch ein Teil der Mathildenkaserne hätten in letzter Zeit geräumt werden können. Nach den Erhebungen des Flüchtlingsamtes betrug die Zahl der Lagerinsassen zu diesem Zeitpunkt noch 2 646 Personen, von denen 1 841 in der Königin-Olga-Kaserne, 472 in der Friedrich-Schiller-Oberschule, 154 im sog. Franck-Lager und 179 in der Mathildenkaserne untergebracht waren. Bis jetzt seien der Stadt Ludwigsburg 10 588 Flüchtlinge zugewiesen worden, von denen

7 912 Personen in Privatquartieren wohnten. Nach einem in derselben Sitzung vorgelegten Bericht des Wohnungsamts war in den letzten Wochen die Unterbringung der Flüchtlinge in Privatquartieren vor allem wegen der ständigen Beschlagnahmen von Gebäuden durch die Besatzungsmacht nahezu unmöglich geworden. Hinzu seien Wohnungsanforderungen seitens der Spruchkammer der Internierungslager, der Militärregierung und für Angehörige von Mangelberufen gestellt worden. Wären die Flüchtlingstransporte, wie ursprünglich angekündigt, tatsächlich Anfang Dezember 1946 eingestellt worden, hätte man, so das Wohnungsamt, wohl die Räumung der Massenunterkünfte bis zu dem geforderten Termin erreichen können.

Da folglich die Räumung der Massenunterkünfte bis 31. Januar 1947 unmöglich war, wurde das Innenministerium ersucht, den Räumungstermin um zwei Monate zu verlängern. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten dann auch die Lager bei der Firma Franck und in der Mathildenkaserne ganz aufgelöst sein.

In der erwähnten Sitzung des Gemeinderats wurde auch über die angeblich schlechte Arbeitsmoral der Flüchtlinge geklagt, von denen sich viele vor jeder Berufsarbeit drücken würden. Um dagegen anzugehen, bekam das Flüchtlingsamt die Anweisung, bei der Wohnungsvergabe die in Arbeit stehenden Flüchtlinge zuerst zu berücksichtigen und ihnen die besten Wohnungen zuzuweisen.

Anfang Februar 1947 wurde die Wilhelmskaserne von den Amerikanern geräumt und von der Stadt im Einverständnis mit der US-Kreismilitärregierung zur Unterbringung von Flüchtlingen und Evakuierten beschlagnahmt, wodurch höhere deutsche Dienststellen und Ministerien daran gehindert werden konnten, die Kaserne als Büroräume u. a. zu verwenden.

Für den März 1947 kündigte sich für Ludwigsburg eine neue Flüchtlingszuweisung an. Da die Belegungsdichte der Stadt im Verhältnis zu anderen gleichartigen Städten vom Innenministerium für relativ gering angesehen wurde, war mit einer sehr hohen Anzahl Flüchtlinge zu rechnen.

Das Gesetz Nr. 303 über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge (Flüchtlingsgesetz) vom 14. Februar 1947 sah u. a. vor, »zur Unterstützung der Tätigkeit der unteren Dienststellen für das Flüchtlingswesen der Stadt- und Landkreise sowie zur Beratung der Flüchtlinge« einen Ausschuß zu bilden. Auch in Ludwigsburg kam es am 2. Juni 1947 zur Bildung eines solchen Ausschusses, wozu vom Flüchtlingsamt unter Mitwirkung der caritativen Verbände eine Versammlung im Bärensaal einberufen wurde. Durch Zuruf wurden folgende anwesenden Personen, die aus allen Vertreibungsgebieten stammten, gewählt:

Dr. Edmund Beck	Stefan Halbländer
Rudolf Czerny	Dr. Lotti Kirchner
Fritz Eisenblätter	Dr. Heinrich Kupfermann
Otto Eckert	Franz Müller
Dr. Karl Filipec	Johann Petermichl
Siegfried Gold	Rudolf Willmann

Außerdem wurden die Gemeinderäte Müller, Stuber, Teufel, Ziegler und als deren Stellvertreter die Gemeinderäte Benzing, Hoffmann, Pflüger und Zinger in diesen Ortsflüchtlingsausschuß berufen.

Mitte Juli 1947 zeichnete sich ab, daß die Friedrich-Schiller-Oberschule demnächst von Flüchtlingen geräumt werden würde. Beabsichtigt war, das Gebäude

bis 1. September 1947 wieder für schulische Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Im Sommer 1947 wurden die Baracken des sog. »Aldinger Lagers« von der Besatzungsmacht zurückgegeben. Es war ein zunächst militärisch genutztes Barackenlager auf dem großen Exzerierplatz, das während des 2. Weltkrieges zur Unterbringung von Kriegsgefangenen, ab Mai 1945 als Internierungslager der US-Armee, von Frühjahr 1947 an zur Unterbringung von Flüchtlingen benutzt wurde. Dort entstanden in der Folgezeit auch eigene Läden, Schulen und sonstige Einrichtungen. In gewissem Umfang war auch Raum für Industrieansiedlungen vorhanden. Ein großes Problem bestand darin, daß diese Siedlung nicht nur auf Ludwigsburger Gemarkung lag, sondern auch zu Aldingen und Kornwestheim gehörte. Allerdings wurden die Bewohner der Grünbühl-Siedlung verwaltungsmäßig von Ludwigsburg betreut.

Anfang September 1947 wurde auf Veranlassung und in Anwesenheit des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen, Bettinger, in der Flüchtlingsunterkunft der Königin-Olga-Kaserne eine Rundfunkreportage unter dem Motto »So wohnen Neubürger in Ludwigsburg« aufgenommen und von Radio Stuttgart gesendet. In der Rundfunkübertragung wurde die starke und unzumutbare Belegung sowie die äußerst dürftige Ausstattung der Räume in dieser Flüchtlingsunterkunft besonders kritisiert und der Verdacht ausgesprochen, in Kreisen der Stadtverwaltung herrsche eine abwehrende Haltung gegenüber den Flüchtlingen. Diese Vorwürfe konnten seitens der Stadtverwaltung nicht stillschweigend hingenommen werden. In einer Stellungnahme beanstandete sie u. a., daß die Rundfunkreportage mit keinem Wort die starke Inanspruchnahme der Stadt durch die Besatzungsmacht, die Belastung der Stadt durch die Internierungslager, die DPs und die Wachmannschaften sowie die geringen Baustoffzuteilungen erwähnt habe. Ebenso sei auch nicht die im ganzen Land als vorbildlich bezeichnete Sammlung von Gebrauchsgegenständen zur Sprache gekommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß mit der Landesmilitärregierung vereinbart worden sei, das Massenlager in der Königin-Olga-Kaserne mit z. Zt. noch 1 200 Flüchtlingen bis zum 21. November 1947 zu räumen.

Rund 12 400 Flüchtlinge waren der Stadt bis Mitte September 1947 zugewiesen worden. Das vorläufige Soll betrug zu diesem Zeitpunkt 14 700 Personen. Unter den rund 1 200 Personen in der Königin-Olga-Kaserne waren 94 fünf- und mehrköpfige Familien, deren Unterbringung besondere Schwierigkeiten bereitete. Eine Umfrage unter ihnen ergab, daß 460 Personen nach wie vor in der Kaserne verbleiben wollten. 150 weitere Personen sollten in die Grünbühl-Siedlung umziehen. Ein großes Hindernis für die Unterbringung der Flüchtlinge bildeten auch die ununterbrochenen Anforderungen von Wohnungen für das Spruchkammerpersonal sowie für Wachmannschaften, die oft, so die »Stuttgarter Zeitung«, kaum daß sie hier seien, große Familien nach sich zögen und den Flüchtlingen den Platz wegnehmen.

Nach einem Ende 1947 vom Leiter des Wohnungsamts vorgelegten Bericht, betrug die Bevölkerung der Stadt Ludwigsburg im Jahr 1933 34 135 Personen, 1939 38 317 und am 25. August 1947 bereits 53 524 (57% mehr als 1933). Seinen Angaben zufolge waren zu diesem Zeitpunkt noch 1 109 Wohnräume von der Besatzungsmacht belegt, für deren 1 200 Bewohner andere Unterkünfte geschaffen werden mußten. 2 388 Räume waren durch Fliegerschäden zerstört. Trotz dieser Schwierigkeiten waren damals von den der Stadt bisher zugewiesenen rund

12 400 Flüchtlingen bereits 11 200 in Privatquartieren untergebracht worden.

Vielschichtig war das Flüchtlingsproblem im Jahr 1947. So wurden im Laufe des Jahres auch ca. 450 frühere DP's, meist Polen und Ukrainer, deren DP-Eigenschaft von der früheren UNRRA bzw. der IRO aberkannt worden war, überwiesen. Diese ehemaligen DP's genossen in bezug auf Unterbringung dieselben Rechte wie die deutschen Flüchtlinge, waren jedoch, nicht zuletzt wegen ihrer schlechten Deutschkenntnisse, nur mit Schwierigkeiten in Privatquartieren unterzubringen.

Um die Eingliederung der Flüchtlinge in die einheimische Bevölkerung zu beschleunigen, wurde Mitte März 1948 die »Nebenstelle für Neubürger« beim Ortsflüchtlingsausschuß in der Wilhelmskaserne aufgelöst. Die in Privatquartieren untergebrachten Flüchtlinge mußten sich wegen Lebensmittel- und Bekleidungs-zuteilung fortan – wie die einheimische Bevölkerung auch – direkt an das städt. Lebensmittel- und Bekleidungsamt in der Oberen Marktstraße wenden. Ausgenommen waren die in den Sammelunterkünften (Wilhelms-, Königin-Olga-, Arsenal-, Marstall- und Mathildenkaserne sowie Grünbühl-Siedlung) wohnenden Flüchtlinge, deren entsprechende Belange besonders geregelt waren.

Am 26. April 1948 gründeten Neubürger im Bärensaal einen »Hilfsverband der Neubürger«, der sich zum Ziel machte, auch auf überlokaler Ebene für die Rechtsstellung der Neubürger einzutreten. Dieser Verband war eine unpolitische Organisation auf der Basis der Landsmannschaften und bot den Neubürgern in den verschiedensten Bereichen Hilfe und Unterstützung an.

Der große Flüchtlingsstrom, der sich in die westlichen Gebiete Deutschlands ergoß, veränderte grundlegend die wirtschaftliche, soziale und politische Struktur in diesen Gebieten. Hatten die Flüchtlinge in materieller Hinsicht so gut wie nichts mitgebracht, so stellten sie doch ein riesiges Arbeitskräftepotential dar, das nunmehr dem Wiederaufbau zu Gute kam.

Landsmannschaftlich gesehen, waren im Kreis Ludwigsburg die Sudetendeutschen mit 48% am stärksten vertreten. 28% der Flüchtlinge stammten aus den Gebieten ostwärts der Oder-Neisse-Linie, 10% kamen aus Ungarn, die übrigen vor allem aus Rumänien, Jugoslawien u. a. Konfessionell wirkte sich der Flüchtlingsstrom ebenfalls aus. Gab es in Ludwigsburg vor dem 2. Weltkrieg ca. 70% Protestanten, 25% Katholiken und 5% Einwohner anderer Konfessionen, so waren nunmehr 80% der Sudetendeutschen katholisch. Zwar überwogen nach wie vor die Protestanten, doch war die Zahl der Katholiken sehr stark angestiegen.

Schwierigkeiten mit ehemaligen Zwangs- und Fremdarbeitern (DPs)

Ende 1944 waren in Deutschland fast 7 Millionen Zwangs- und Fremdarbeiter in der Rüstungsindustrie, in anderen Industriezweigen und als Landarbeiter eingesetzt. Darunter waren allein über 1,8 Millionen Kriegsgefangene und rund 23 000 politische Häftlinge. Die Sowjetbürger waren mit 2,5 Millionen zahlenmäßig am stärksten vertreten, gefolgt von den Franzosen mit über 1 Million. Über 900 000 waren Polen. Die übrigen Zwangs- und Fremdarbeiter stammten aus fast allen europäischen Ländern. Bei Kriegsende war ihre Zahl nahezu unverändert geblieben. Bis Ende Juli 1945 wurden mehr als 4 Millionen in ihre Heimatländer zurücktransportiert. Die übrigen, hauptsächlich Polen, Ukrainer und Balten, blieben hier, da sie aus politischen Gründen nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkeh-

ren wollten. Gegen Ende des Jahres 1945 lag in der US-Zone ihre Zahl unter 500 000, die aber durch politische Flüchtlinge aus Osteuropa bald wieder zunahm. Diese sog. DP's waren zunächst größtenteils in Sammellagern (Kasernen usw.) zusammengefaßt, in denen in der US-Zone am 30. April 1947 noch über 350 000 untergebracht waren. Mehr als 150 000 DP's wohnten außerhalb von Sammellagern. Die 1943 gegründete und 1945 von der UNO übernommene UNRRA war für deren Betreuung zuständig. Im Frühjahr 1947 verwaltete die UNRRA Ludwigsburg noch folgende Camps: Jägerhofkaserne (No. 643), Luitpoldkaserne (No. 644), Karlskaserne (No. 646) und Aldingen (No. 717). Ihr Hauptquartier hatte sie seit Sommer 1945 im Gebäude Stuttgarter Straße 35; außerdem stand ihr als Unterkunft noch das Bahnhofhotel zur Verfügung.

Anfang Mai 1945 gab es in Ludwigsburg rund 7 600 in Kasernen untergebrachte DP's, die von der Stadt täglich zu versorgen waren. Die Aufbringung der geforderten Lebensmittelrationen in den ersten Wochen nach der Besetzung war kaum möglich, weshalb sich der Oberbürgermeister bei der US-Kreismilitärregierung darum bemühte, diese zu senken.

Sein Vorstoß war zunächst erfolglos, da die Amerikaner auf dem Standpunkt standen, »die Deutschen hätten die Fremdarbeiter hierher gebracht und seien deshalb auch verantwortlich. Die Verpflegung der Fremdarbeiter komme vor der Verpflegung der deutschen Bevölkerung«. Am 7. Mai 1945 wurde der Oberbürgermeister darüber informiert, daß demnächst mit einer Festlegung der Rationssätze für »Fremdarbeiter«, für Gefangene und für die Bürgerschaft zu rechnen sei. Ab 19. Mai 1945 wurden dann schließlich die Sätze von täglich 15 000 auf 5 000 Rationen herabgesetzt. Die Fleischrationen von 150 g auf 100 g.

Das Hauptproblem stellten aber die fortwährenden Plünderungen und Ausschreitungen der DP's dar. Offiziell durften sie ab Mitte 1945 ohne Genehmigung und Erlaubnisschein ihre Lager, die übrigens besonders bewacht wurden, nicht mehr verlassen. Anfang Juni 1945 war eine Welle von Plünderungen zu beobachten. Als besonders schlimm wurden die Plünderungen und die sinnlosen Zerstörungen von Gärten, Feldern und Obstbäumen angesehen.

Diese Plünderungen waren systematisch vorbereitet, was bei der Bevölkerung dazu führte, von sich aus Wachen einzurichten, um an besonders gefährdeten Punkten kriminelle DP's zu vertreiben. Eine völlige Einschließung der DP's in den Kasernen war jedoch nicht möglich. Zwar verließen täglich größere Transportzüge mit früheren Zwangs- und Fremdarbeitern Ludwigsburg, doch kamen dafür andere. Die einzige Möglichkeit, Herr der Lage zu werden, sah man nur in der Verstärkung der Patrouillen.

Mitte Juni 1945 waren die sowjetischen DP's bis auf 500 abtransportiert worden, wovon man sich eine wesentliche Erleichterung der Lage erhoffte. In diesem Zusammenhang machte man in Heilbronn die eigentümliche Erfahrung, daß von den abzutransportierenden sowjetischen DP's viele sich plötzlich als Polen bezeichneten, um der Rückkehr in die Sowjetunion zu entgehen.

Die Diebstähle und Plünderungen hielten aber nach wie vor unvermindert an. Anfang Juli 1945 hatte sich die Situation sehr verschärft. So schildert der frühere Eglosheimer Ortsbauernführer in einem Schreiben an den Oberbürgermeister einen Angriff italienischer Arbeiter mit einer Handgranate gegen Eglosheimer Bauern, die mit der Suche nach Kartoffelkäfern beschäftigt waren. Die Nahrungsmittelversorgung war wegen dieser Zustände äußerst gefährdet, da besonders die

Obstwiesen und Gemüsefelder heimgesucht und beraubt wurden.

Die US-Kreismilitärregierung gab keine Hoffnung auf baldige Besserung der Lage, als sie den Oberbürgermeister darüber verständigte, daß mit einem baldigen Abtransport der DP's nicht zu rechnen sei und es noch lange Zeit dauern würde, bis die DP's in ihre Heimat zurückgekehrt seien.

Ab Mitte Juli 1945 wurden schließlich täglich 1 000 Italiener von Ludwigsburg abtransportiert.

Um den Schwierigkeiten mit den polnischen DP's entgegenzuwirken, beabsichtigte die US-Kreismilitärregierung im Juni 1945, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Errichtung einer polnischen Polizei, die in jedem Lager die Ordnung aufrechterhalten, gegen gewalttätige Elemente einschreiten und auch außerhalb der Lager in Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei dafür sorgen sollte, daß Ruhe und Ordnung nicht gestört werden;
2. Beschäftigungsmöglichkeiten für die bislang untätigen Polen (z. B. bei der Ernte, als Schneider und Schuhmacher, von denen es unter den DP's mehrere hundert gab);
3. Einrichtung von besonderen Ladengeschäften, in denen nur Polen einkaufen konnten (vor allem Waren, die nicht der öffentlichen Bewirtschaftung unterlagen, z. B. Blumen, Gemüse usw.).

Bei einer Besprechung am 30. Juli 1945 mit dem Vorsitzenden des Antinazikomitees, Keil, dem Beigeordneten Böhringer und Oberbürgermeister Dr. Frank gab der Vorsitzende des Zentralkomitees der polnischen DP's, Dr. Frankowski, einen Überblick über die Zahl der polnischen DP's in Ludwigsburg. Danach waren zu diesem Zeitpunkt folgende Kasernen mit Polen belegt:

1. Fromann-Kaserne	3 040 Personen
2. Eberhard-Ludwig-Kaserne	820 Personen
3. Königin-Olga-Kaserne	2 200 Personen
4. Jägerhofkaserne	1 300 Personen
5. Karlskaserne	775 Personen
6. Luitpoldkaserne	1 218 Personen
zusammen	9 353 Personen

Der erste der »Operations Reports« (»First Report«) der US-Kreismilitärregierung vom 20. September 1945 nennt noch zwei weitere DP-Lager: Wehrmeldeamt, Stuttgarter Str. 12, mit Polen, Marstallkaserne mit Staatenlosen und Armeniern belegt. Weitere 4 000 Polen waren in verschiedenen Lagern im Landkreis Ludwigsburg untergebracht.

Unter den Polen befanden sich auch viele Frauen und Kinder. 6 000 Polen waren bereit, sofort wieder in ihr Heimatland zurückzukehren. Jedoch war mit einem baldigen Abtransport wegen der schlechten Transportverhältnisse und der unklaren politischen Lage in Polen zunächst nicht zu rechnen. Seitens des Zentralkomitees der Polen war beabsichtigt, alle Polen, die noch außerhalb der Lager wohnten, zu veranlassen, in die Lager zu ziehen. Vollkommene Übereinstimmung bestand darin, daß die DP's sinnvoll beschäftigt werden mußten, um Diebstähle und Raubüberfälle und sonstige kriminelle Handlungen zu verringern.

Als erster Schritt zur Normalisierung wurde die Einrichtung des Schulunterrichts für junge Polen in den Lagern gewertet. Außerdem war u. a. vorgesehen, die

30 bis 40 Prostituierten unter den polnischen DPs, die in den Kasernen ihrem Gewerbe nachgingen, in einem Haus außerhalb der Lager unterzubringen. Bemängelt wurde aber auch, daß deutsche Schnapsbrenner Alkohol an Polen abgaben und damit Trunkenheitsdelikten Vorschub leisteten.

Wegen des Arbeitseinsatzes der Polen, der unter deren eigener Leistung und Aufsicht erfolgen sollte, wurden bei den nächsten, nun wöchentlich durchgeführten Besprechungen mehrere Vorschläge gemacht: Z. B. sollten die DPs bei der Wiederherstellung von Eisenbahn, Brücken und Straßen sowie bei der Produktion von Seife in einem eigenen Fabrikgebäude oder auch bei der Schweinezucht in den Lagern unter Verwendung der dort anfallenden Küchenabfälle eingesetzt werden. Doch die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen fruchteten wenig, waren doch viele DPs kaum dazu zu bewegen, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Die polnische Polizei zeigte in der Regel wenig Neigung, in Erscheinung zu treten; sie führte auch keine Streifen durch. Wurde ihr eine Plünderung größeren Ausmaßes gemeldet, so verlangte ihr Wachhabender zuerst einen Wagen, um zum Tatort zu fahren, was jedoch wegen der knappen Benzinzuteilung nicht möglich war. Zudem sollten Beamte der deutschen Polizei mitgehen, was diese aber ablehnten, da sie befürchteten, angegriffen zu werden. Die Angehörigen der polnischen Polizei hatten, wie in den Akten vermerkt wird, vor ihren eigenen Landsleuten Angst und befürchteten, »von ihnen eines Tages erledigt zu werden«.

Die Übergriffe hatten sich Mitte August 1945 derart gehäuft (vier bis sechs Anzeigen täglich gegenüber einem Raubüberfall in Ludwigsburg pro Jahr in »normalen« Zeiten), daß sich die Menschen weder auf den Straßen noch in ihren eigenen Wohnungen sicher fühlen konnten und mit Überfällen bei Tag und Nacht rechnen mußten. In der Nacht vom 14. auf 15. August 1945 streiften kriminelle DPs in der Weststadt bis gegen 2 Uhr früh in den Straßen und Gärten herum, rissen Gartentore auf, verwüsteten Vorgärten und beschimpften die Bewohner. Da die polnische Polizei keine Streifen schickte, die deutsche Polizei ebenfalls machtlos und nicht bewaffnet war, war die Bevölkerung vollkommen schutzlos.

Die Ohnmacht der Polizei und die Schutzlosigkeit der Bevölkerung waren allgemein bekannt. Nicht selten kam es vor, daß Einheimische von DPs auf der Straße beschimpft und beim Begegnen auf dem Gehweg mit den Ellenbogen angepöbeln wurden. Es war keine Seltenheit, daß Frauen in brutaler Weise, wie der Oberbürgermeister bei der US-Kreisregierung klagte, vom Gehweg gestoßen wurden. Männern wurden oft mit Messern von hinten die Jacken aufgeschnitten.

Am Samstag, 18. August 1945, meldete der Leiter der Schutzpolizei dem Oberbürgermeister fernmündlich, daß DPs geplant hätten, in der Nacht auf Sonntag den Stadtteil Egosheim anzuzünden und gegen die Bevölkerung Gewalttaten zu verüben. Am Vortag war ein polnischer DP westlich von Ludwigsburg auf zu nächst ungeklärte Weise erschossen worden, worauf zwei Ludwigsburger Einwohner, die dort auf den Feldern gearbeitet hatten, von DPs zu Tode geprügelt worden waren. Fernmündlich bat der Oberbürgermeister die US-Kreisregierung um Schutz und Hilfe. Von den Amerikanern wurden daraufhin der Ludwigsburger Schutzpolizei zehn Karabiner zur Verfügung gestellt und zugesagt, in den folgenden Nächten verstärkte Patrouillen, insbesondere in Egosheim, durchzuführen.

Psychologisch war die Situation außerordentlich schwierig. Nach Auffassung der Militärregierung waren die Deutschen Verursacher der ganzen Misere, da sie die Polen zwangsweise hierher geschafft hatten. Ferner waren die Amerikaner da-

von überzeugt, daß die Stimmung der Polen durch die vielen von der deutschen Besatzungsmacht während des Krieges in Polen verübten Gewalttaten beeinflusst war, und daß die Haßgefühle, die sich während des Dritten Reiches infolge der oftmals unmenschlichen Behandlung bei den DPs aufgestaut hatten, ein Grund für die Entwicklung krimineller Energien gewesen sei. Damit hatten sie zweifellos recht. Dennoch versicherte die Militärregierung, daß sie Recht und Ordnung herstellen und gegen alle Ausschreitungen, von welcher Seite auch immer, vorgehen werde.

Als polnische DPs am 21. August 1945 demonstrativ zur Beerdigung ihres erschossenen Landsmanns auf den Friedhof marschierten, wobei es in der ganzen Stadt zur Ausschreitungen gegen Ludwigsburger Bürger kam, konnte nur durch den Einsatz des amerikanischen Militärs Schlimmeres verhindert werden.

Wie Ende August 1945 festgestellt werden mußte, hatte sich auch durch den Einsatz der polnischen Polizei die Lage nicht gebessert. Nach Meldungen der Feldhüter wurden die Grundstückseigentümer vielfach auf ihren Grundstücken mit Steinen beworfen und vertrieben. Befürchtet wurde, daß die Bevölkerung demnächst zur Selbsthilfe greifen würde. Mitte September 1945 bemängelte die Stadtverwaltung, daß eine Längsseite der Fromannkaserne noch vollständig offen war, so daß DPs ungehindert ein- und ausgehen konnten. Daraufhin wurde dieser Ausgang mit einem 3 m hohen Maschendraht und einem überliegenden Stacheldraht geschlossen. Gleichzeitig wurden die amerikanischen Truppen für die Bewachung der polnischen DP-Lager verstärkt. Die Wachmannschaften hatten zudem die Erlaubnis, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Durch die Internierung von rund 40 kriminellen DPs erhoffte man sich eine zusätzliche Besserung der Lage.

Ca. vier Wochen später wurden die amerikanischen Wachen von den polnischen DP-Lagern abgezogen und durch polnische ersetzt.

Am 25. Oktober 1945 beantragte Gemeinderat Albert Seyerle, die Stadtverwaltung möge unverzüglich mit der US-Kreismilitärregierung in Verbindung treten, damit in Zukunft die Bevölkerung gegen Übergriffe der sich in Ludwigsburg herumtreibenden Banden mehr Schutz erhalte. Die Raubüberfälle hätten wiederum erheblich zugenommen, seitdem die Wachposten von den Polen selbst gestellt würden. So sei beobachtet worden, daß ein Mann, der mit seiner Beute in seine Unterkunft zurück wollte, von dem Wachposten beim Überklettern des Tores tatkräftig unterstützt worden sei. Arbeiter seien schon in den frühen Morgenstunden auf dem Wege zur Arbeitsstätte überfallen, halb tot geprügelt und ausgeraubt worden.

Die US-Kreismilitärregierung hatte Mitte Oktober 1945 geglaubt, die Situation unter Kontrolle zu haben. Nach ihren Beobachtungen war die Ursache für die erneute Zunahme von Überfällen u. ä. die zu dieser Zeit einsetzende Rückführung der DPs in ihre Heimatländer: Je näher der erste Zugtermin rückte, desto mehr nahmen kriminelle Handlungen zu.

Die ersten beiden Züge nach Polen mit je rund 1 100 DPs verließen am 12. und 13. November 1945 Ludwigsburg. Insgesamt waren fünf Züge vorgesehen, von denen der dritte am 19. November 1945 fahren sollte.

Durch die Heimkehr eines Teils der DPs konnte am 15. November 1945 die Marstallkaserne als DP-Lager geschlossen, außerdem konnten die verbliebenen DPs besser auf die einzelnen Lager verteilt werden.

Die Überfälle im Raum Ludwigsburg fanden, trotz der zusätzlich eingesetzten

Zivil- und Militärpolizei, schließlich am Morgen des 10. November 1945 mit dem Mord an einer Müllerfamilie (Ehepaar und drei Kinder) ihren Höhepunkt. Die »Amtlichen Nachrichten« am 14. November 1945: »Am Samstag, den 10. November 1945, morgens, wahrscheinlich gegen 2.30 Uhr, wurde die Spitalmühle bei Markgröningen von einer bewaffneten Bande, etwa 1 Stunde lang, geplündert. Die in den ebenerdigen Rübenkeller offenbar geflüchteten 6 Bewohner des Anwesens wurden durch Pistolenschüsse in den Kopf und andere Körperteile getötet, allem Anschein nach gegen Schluß der Plünderung ... Ein im Haus wohnender Maurer wurde von dem Müller mit dem Ruf geweckt: »Karl, auf, Polen sind da!« Nach den Wahrnehmungen dieses einzigen Ueberlebenden, der sich versteckt hatte, haben sich die Täter ausschließlich in einer ausländischen Sprache unterhalten. Die An- und Abfahrt der Bande erfolgte vermutlich in einem Kraftwagen. Ein verdächtiger Personenwagen wurde kurz vor 2.30 Uhr bei der Fahrt nach Markgröningen beobachtet. Vermutlich der gleiche Wagen durchfuhr Markgröningen in entgegengesetzter Richtung gegen 3.30 Uhr, ohne Beleuchtung, in Richtung Asperg-Ludwigsburg.«

Nach diesem Überfall ordnete die US-Kreismilitärregierung zwischen dem 10. und 13. November 1945 die vollständige Schließung sämtlicher DP-Lager an, wobei es keinem DP mehr erlaubt war, sich außerhalb der Lager aufzuhalten. Die Sicherheitstruppen führten Razzien durch und stellten zusätzliche motorisierte Patrouillen. Während dieser Zeit wurde von den zivilen Behörden kein einziges Verbrechen gemeldet, woraus die Amerikaner den Schluß zogen, daß die Mehrzahl der Verbrechen im Landkreis Ludwigsburg auf das Konto der DPs ging. Bei den Ermittlungen nach den Mördern der Markgröninger Opfer stellte man fest, daß oftmals DPs aus der französischen Zone ihre Verbrechen in der amerikanischen Zone begingen. Sie rechneten damit, wegen der schlechten Verfolgungsmöglichkeiten in der anderen Zone nicht gefaßt zu werden.

Bereits am 5. Dezember 1945 meldeten die »Amtlichen Nachrichten« die Verhaftung der Markgröninger Mörder, ausnahmslos ehemalige Zwangsarbeiter. Wie sich später herausstellte, wurde der Überfall von einer achtköpfigen Bande verübt, von der fünf Mitglieder verhaftet werden konnten. Das Höhere Militärgericht in Ludwigsburg verurteilte am 17. Juni 1946 drei Komplizen zum Tode, zwei zu langjährigen Haftstrafen.

Der Winter 1945/46 brachte ein neues Problem: Die von den DPs bewohnten Kasernen waren in einem sehr schlechten Zustand, so daß sie gegen Witterungseinflüsse kaum noch Schutz boten (beschädigte Dächer, fehlende Fenster und Türen u. ä.). Sollten keine Reparaturen etc. erfolgen, so die Befürchtungen, würden die DPs Erlaubnis erhalten, Wohnungen der deutschen Bevölkerung zu beziehen. Die Stadtverwaltung setzte deshalb alles daran, die Reparaturen so rasch wie möglich durchzuführen.

Anfang Dezember 1945 teilte die US-Kreismilitärregierung der Stadtverwaltung mit, daß nunmehr 5–6 000 Polen im Rahmen der Repatriierung in ihr Heimatland abtransportiert worden seien, wodurch sich, so die Auffassung der Amerikaner, das DP-Problem und somit auch das Problem der öffentlichen Sicherheit in Ludwigsburg wesentlich entschärft habe. Dies sollte sich jedoch als Fehleinschätzung erweisen.

Die Ludwigsburger Stadtverwaltung bemühte sich sehr, den DPs nach Kräften zu helfen, so unterstützte sie u. a. nachdrücklich die Bestrebungen der ukraini-

schen Lager in Ludwigsburg, die dort untergebrachten Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Mit der Herstellung von kunstgewerblichen Gegenständen sollten diese DP's sinnvoll beschäftigt und so vor dem Müßiggang bewahrt werden.

Immer wieder schreckten jedoch weitere von DP's begangene Gewalttaten die Einwohnerschaft auf. Beispielsweise wurde Mitte März 1946 die Leiche eines



Polnische Wachmannschaften, Ludwigsburg 1946

Krautfahrers gefunden, der, wie die Ermittlungen ergaben, von Russen ermordet und in der Nähe von Ludwigsburg verscharrt worden war (s. hierzu S. 126).

Die unsicheren Zeiten führten dazu, daß die Einwohner Oßweils einen Selbstschutz zur Beobachtung der Straßen und Gärten einrichteten. Doch war selbst dieser nicht sicher: In der Nacht vom 27. auf 28. August 1946 war eine derartige aus zwei Einwohnern bestehende Wache an der Ecke Brandenburger und Mühlhäuser Straße auf zwei uniformierte Männer – vermutlich Polen – gestoßen, die sofort aus Pistolen das Feuer eröffneten, wobei der eine Selbstschutzmann sofort ge-

tötet wurde, der andere einige Zeit später an seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus verstarb. Bei der unter großer Anteilnahme der Bevölkerung erfolgten Beisetzung forderte Oberbürgermeister Dr. Doch am Grabe der Opfer, »daß die landfremden Elemente, die sich immer wieder als Störenfriede und Unruhestifter zeigen und vor Gewalttaten, Raubüberfällen, Plünderungen und sogar Morden nicht zurückschrecken, nun endlich aus dem Lande gewiesen oder zum mindesten entwaffnet werden müssen«.

Nach einem Bericht der Polizeiverwaltung Ludwigsburg vom 3. Oktober 1946 stellten nach wie vor die Straftaten der DPs und deren Strafverfolgung das zentrale Problem der Polizei dar. Es wurde darauf hingewiesen, daß zwar nunmehr der deutschen Polizei die volle Autorität gegenüber den DPs außerhalb ihrer Lager zuerkannt worden sei, innerhalb ihrer Lager hätten diese aber eine Freistätte, in der sie nur mit großen Verzögerungen belangt werden könnten. In der Zwischenzeit sei es ihnen aber sehr gut möglich, belastendes Material zu beseitigen. Die Posten der Lager würden grundsätzlich ihre Beobachtungen verschweigen. Die Unterstützung seitens der polnischen Polizei sei so gering, daß die deutsche Polizei auf ihr weiteres Bestehen keinen Wert mehr lege. Ein Erfolg bei den Nachforschungen in DP-Lagern sei nur dann zu erwarten, wenn hierfür amerikanische Polizei eingesetzt werden könnte. Dringend erwünscht sei auch eine schärfere Überwachung der Insassen der DP-Lager, insbesondere auf den Besitz von Schußwaffen hin, sowie der polnischen uniformierten Wachmannschaften außer Dienst. Festgenommene polnische DPs hätten sich dahingehend geäußert, daß ihnen eine Verurteilung durch ein amerikanisches Militärgericht nichts ausmache, da sie in Kürze ja doch wieder auf freien Fuß gesetzt würden. Zusammenfassend stellte der Bericht fest, daß die DPs den größten Unsicherheitsfaktor bildeten und daß die Arbeit der Polizei durch die bei ihnen bestehenden Sonderverhältnisse sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht würde. Nahezu unmöglich war es für die deutsche Polizei auch, die Schwarzmarktgeschäfte, an denen die DPs ebenfalls in erheblichem Maße beteiligt waren, zu unterbinden.

Ein weiteres Verbrechen wurde am Sonntag, 1. Dezember 1946, in einem Haus in der Harteneckstraße verübt, wo bei einem Raubüberfall eine Mutter mit ihrem vierjährigen Kind durch Schüsse tödlich und der 77 Jahre alte Schwiegervater lebensgefährlich verletzt wurden (er starb später ebenfalls an seiner Verletzung). Man vermutete die Täter in den DP-Lagern. Da der deutschen Polizei der Zutritt zu diesen aber nicht gestattet war, konnten die Täter nicht ermittelt werden. Auch der Gemeinderat griff dieses Verbrechen, dem wegen eines Eheringes und einer Weckeruhr drei Menschen zum Opfer fallen mußten, auf und forderte »energische Maßnahmen gegen die vor keiner Bluttat zurückschreckenden Banditen, denen die waffenlose Bevölkerung wehrlos ausgeliefert« sei.

1948 mußte Dr. Doch erneut am Grabe eines durch DPs ums Leben gekommenen Opfers, des am 4. Februar 1948 im Sprechzimmer seiner Praxis in der Wilhelmstraße ermordeten Arztes Dr. med. Richard Baumann, stehen. Dieses weitere Gewaltverbrechen veranlaßte den Kreistag, eine Resolution an die Landesmilitärregierung zu richten, in der folgende Maßnahmen gefordert wurden:

- »1. Völlige Entwaffnung aller DP und Ausländer, die nicht zu der bewaffneten Macht gehören.
2. Rechtliche Gleichstellung mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere Entziehung des Vorrechts, daß die deutsche Polizei bei Verfolgung auf

frischer Tat die Unterkünfte nicht betreten und durchsuchen darf.

3. Harte und wirksame Bestrafung der Verbrechen. Gegen Raubmörder Vollstreckung der von den Gerichten ausgesprochenen Todesstrafe.«

Das Obere Militärgericht in Ludwigsburg verurteilte im Juni 1948 die knapp zwei Wochen nach der Tat verhafteten Mörder von Dr. Baumann, vier DPs, zum Tode bzw. zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen.

Auch der Landtag befaßte sich mit dem nicht nur in Ludwigsburg herrschenden DP-Problem. Bereits am 27. März 1947 hatte er verlangt, die DPs so schnell wie möglich in ihre Heimatländer zurückzutransportieren bzw. ihnen die Auswanderung in andere Länder zu ermöglichen. Im Sommer 1947 beschäftigte er sich mit der Frage des rechtlichen Status der DPs, gab es doch unter ihnen nicht nur ehemalige Zwangsverschleppte und -arbeiter, sondern auch Personen, die z. B. freiwillig während des 2. Weltkrieges in deutschen Truppenverbänden Dienst geleistet hatten oder aus ihren Heimatländern wegen der dort bestehenden politischen Verhältnisse geflohen waren (Non Care DP Refugees).

Nach dem Jahresbericht der Stadtverwaltung Ludwigsburg waren im Jahre 1948 noch rund 7 000 DPs in acht verschiedenen Lagern in Ludwigsburg untergebracht und zu versorgen (am 30. September 1949 gab es in Württemberg-Baden noch 48 000 DPs in Lagern und 33 000 außerhalb lebende DPs).

Ende der 1940er und zu Beginn der 1950er Jahre war ein deutliches Absinken der Zahl der DPs durch Auswanderung zu verzeichnen. Die DPs, die schließlich nicht abgewandert waren, wurden im Laufe der Jahre in die deutsche Gesellschaft integriert.

Wohnungs- und Unterkunftsprobleme

Ludwigsburg gehört – gemessen an anderen vergleichbaren Städten – zu den wenigen, die den Krieg nahezu unbeschadet überstanden haben (ca. 5% des Wohnraums waren – überwiegend bei Luftangriffen – zerstört worden). 135 Gebäude hatten Totalschaden, schwere Schäden hatten 118, mittlere 316, leichtere 1 279. Trotzdem bereitete in den ersten Nachkriegsjahren das Wohnungs- bzw. Unterkunftsproblem größte Sorgen. Ursache hierfür war die rapide Zunahme der Einwohnerzahl.

Nach der Besetzung hatte die Stadt einen hohen Prozentsatz an Flüchtlingen, Evakuierten, Ausgebombten, vor allem aber an DPs aufzunehmen. Z. B. waren durch die großen Zerstörungen in Stuttgart viele Menschen gezwungen, in Ludwigsburg zu wohnen. Dies wirkte sich im Laufe der Zeit auch auf die Lebenshaltungskosten sowie auf die Mietpreise aus, die erheblich anstiegen und schließlich so hoch wie in Stuttgart waren. Außerdem boten die zahlreichen Kasernen, Lager und Magazine günstige Unterbringungsmöglichkeiten nicht nur für die Besatzungstruppen – im Sommer 1945 gab es ca. 30 verschiedene US-Einheiten in Ludwigsburg –, sondern auch für deutsche Kriegsgefangene und für die bald nach der Besetzung durch die schnell einsetzenden Entnazifizierungsmaßnahmen der Amerikaner in Gewahrsam genommenen Internierten.

Hinzu kam auch, daß während der Kriegsjahre – abgesehen von einigen Baracken für Kriegsgefangene und Zwangs- bzw. Fremdarbeiter – so gut wie keine Neubauten errichtet worden waren. Nach Kriegsende stellten die massiven Requi-

sitionen von Wohnungen und Gebäuden in Ludwigsburg ein zentrales Problem dar. So waren z. B. Anfang Juni 1945 in der Weststadt mehrere Privathäuser in ein und derselben Straße beschlagnahmt worden, da seitens der Amerikaner zu dieser Zeit geplant war, die Königin-Olga-Kaserne zu einem Internierungslager für ehemalige italienische Faschisten einzurichten. Die beschlagnahmten Gebäude sollten den Wachmannschaften als Unterkunft dienen. Einige Wochen später kursierte dann das Gerücht, daß die gesamte Weststadt zu Gunsten polnischer DP's geräumt werden würde. Von der US-Kreismilitärregierung wurde dies aber dementiert.

Mitte Juli 1945 waren in Ludwigsburg bereits 115 Privathäuser von den Amerikanern beschlagnahmt, wobei 700 Bewohner ihr Obdach verloren hatten. Mehrere Hotelgebäude und Gaststätten (z. B. »Stuttgarter Hof«, »Alte Sonne«), das Verwaltungsgebäude der Bausparkasse Wüstenrot, die Ludwigsburger Ziegelwerke, das Haus der Kreishandwerkerschaft in der Bismarckstraße, das »Bahnhof«, der »Ratskeller« waren ebenfalls requiriert worden.

Die Bewohner von beschlagnahmten Privathäusern mußten binnen kurzer Zeit ihre Wohnungen verlassen. Oftmals konnten sie kaum ihre wichtigste Habe aus den Wohnungen mitnehmen. Für die betroffenen Familien stellten diese Maßnahmen große Härten dar. Es gab auch Fälle, bei denen ganze Häuser mit mehreren Wohnungen von einer einzigen amerikanischen Familie in Anspruch genommen wurden. Viele Beschlagnahmen von Gebäuden erfolgten auch ohne Genehmigung der US-Kreismilitärregierung, so daß schon bald ein Beauftragter der Stadtverwaltung für Quartier- und Unterbringungsfragen bestellt wurde, der in Zusammenarbeit mit einem amerikanischen Offizier bemüht war, die von den einzelnen Truppteilen vorgenommenen »wilden« Requisitionen einzudämmen.

Über Wohnungen durfte schon bald nur noch mit Genehmigung des städt. Wohnungsamtes verfügt werden. Unbewohnte Räume mußten gemeldet werden. Räume, die eine bestimmte Größe überschritten, wurden beschlagnahmt. Wohnungen und Möbel von belasteten PGs konnten nach einer amerikanischen Anordnung ebenfalls beschlagnahmt werden. Requisitionen wurden später auch bei Nicht-Parteimitgliedern durchgeführt. Dies war vor allem dann der Fall, wenn der Betreffende »Nutznießer« des Dritten Reiches gewesen war.

Zur Beratung des Oberbürgermeisters und des städt. Wohnungsamtes wurde schließlich ein aus vier Mitgliedern bestehender Wohnungsbeirat gebildet. Generell waren die Bürgermeister zur Vermeidung von Notständen befugt, die erforderlichen Räume zu beschlagnahmen.

Um der rasanten Bevölkerungszunahme entgegenzuwirken, war im Einvernehmen mit den Amerikanern im September 1945 ein Zuzugsverbot für Ludwigsburg ergangen. Wer ohne Erlaubnis nach Ludwigsburg zog, erhielt keine Lebensmittelkarten und mußte mit Zwangsmaßnahmen rechnen. Das Zuzugsverbot erstreckte sich auf alle Personen, die am 21. August 1945 nicht ständig in Ludwigsburg wohnhaft bzw. anwesend gewesen waren.

Mitte Oktober 1945 waren nach einem Bericht des Wohnungsamtes bereits 380 Wohnungen von den Amerikanern beschlagnahmt. Außerdem wurden zu jener Zeit die Wohnungen ehemaliger PGs registriert, die künftig als Reserve für die erwarteten »Ostflüchtlinge« bereit gehalten werden sollten. Bei den harten und oftmals als Unrecht empfundenen Beschlagnahmen der Amerikaner konnte es nicht ausbleiben, daß auch antiamerikanische Äußerungen laut wurden. Dies war in Ludwigsburg in besonderem Maße der Fall, als man im Herbst 1945 über die Mas-

senvertreibung von deutschen Zivilisten aus ihren Privatwohnungen in Stuttgart zur Unterbringung von DP's hörte. Unter diesen gab es nämlich einige, die seinerzeit mit den Nazis gemeinsame Sache gemacht hatten, nun aber zum Teil Wohnungen von überzeugten Antinazis, Juden und Personen, die keine Mitglieder der NSDAP gewesen waren, zugeteilt bekamen. Anfang Oktober 1945 gab es in Ludwigsburg schätzungsweise 10 000 DP's, über 40 000 Internierte, über 3 800 deutsche Flüchtlinge, rund 5 000 Mann US-Truppen und über 1 500 deutsche Kriegsgefangene neben der eigentlichen Bevölkerung. Dieser Umstand wurde von der US-Kreismilitärregierung zum Anlaß genommen, bei der vorgesetzten Dienststelle auf die katastrophalen Unterbringungsverhältnisse in der Stadt hinzuweisen. Auch die öffentliche Gesundheit schien gefährdet. Die US-Kreismilitärregierung klagte auch darüber, daß sich wegen der Unterbringung weiterer amerikanischer Militäreinheiten die Lage noch verschlimmert habe.

Sogar Kriminelle nutzten in diesem Zusammenhang die Gunst der Stunde: Es kam vor, daß von zwielichtigen Gestalten, angeblich im Auftrag des Wohnungsamts, Wohnungen besichtigt wurden, von denen sie die Abtretung von einem oder mehreren Zimmern verlangten und sogar Anweisungen gaben, wie die Bewohner in den restlichen Räumen zusammenzurücken hätten. Überdies interessierten sich diese Elemente auch für Schränke und sonstige Behältnisse, in denen wertvolle Gebrauchsgegenstände zu vermuten waren.

Mitte 1946 spitzten sich die katastrophalen Wohnungsverhältnisse dermaßen zu, daß weitere einschneidende Maßnahmen getroffen werden mußten, da Kasernen nicht freigegeben wurden und alle übrigen Räume wie Schulen, Säle, Fabriken schon voll belegt waren. In Zukunft sollten die vorhandenen Räume noch genauer erfaßt und noch besser genutzt werden. Geplant war, alleinstehende Personen oder kinderlose Ehepaare aus großen Wohnungen auszuquartieren, um diese für Familien mit fünf bis zehn Angehörigen freizumachen. Auch sollten die Leute, die bisher kein Opfer an Hab und Gut sowie an »Bequemlichkeit« gebracht und ihre Beziehungen zu einflußreichen Persönlichkeiten oder maßgebenden Beamten genutzt hatten, um für sich Vorteile herauszuschlagen, bei der Wohnraumabgabe besonders herangezogen werden.

Mitte September 1946 gab es in Ludwigsburg noch zahlreiche Gebäude, die Fliegenschäden aufwiesen. Neubauten sollten deshalb erst wieder nach deren Reparatur genehmigt werden. Im September 1946 mußten generell sämtliche leerstehenden Wohnungen sowie nicht benutzte Räume gemeldet werden. Als man dann einige Wochen später dazu überging, durch Außenbeamte des städt. Wohnungsamtes unterbelegte Räume beschlagnahmen zu lassen, gab es eine Flut von mündlichen und schriftlichen Beschwerden, die freilich zwecklos waren.

Des öfteren kam es vor, daß Wohnungsinhaber Zimmer an Mädchen und Frauen vermieteten, die polizeilich nicht gemeldet waren und sich von Mitgliedern der Besatzungsmacht aushalten ließen. Die Wohnungsinhaber machten sich dadurch der Kuppelei schuldig. Es kamen auch Gerüchte auf, wonach beim städt. Wohnungsamt für Zigaretten, Butter usw. Wohnungen vergeben würden bzw. Zuzugserlaubnis erteilt würde, was sich jedoch später als unbegründet herausstellte.

Von den bis Herbst 1946 der Stadt zugewiesenen 10 580 »Ostflüchtlingen« waren zu diesem Zeitpunkt rund 8 000 in Privatquartieren untergebracht. Da das Innenministerium der Stadt zur Auflage gemacht hatte, weitere Flüchtlinge binnen

kürzester Zeit in Privatwohnungen einzuquartieren, verschlechterte sich die Wohnungssituation noch weiter.

Ende 1946 mußten auf Anordnung der Militärregierung und des Innenministeriums wegen der in Massenquartieren untergebrachten Flüchtlinge die Wohnungen in Ludwigsburg noch dichter belegt werden. Als Richtlinie wurde die Belegung mit einhalb bis zwei Personen pro Wohnraum angenommen. In den meisten Fällen verblieben dadurch keine Wohnzimmer mehr. Nur Beschwerden der Personen seien berechtigt, so das »Amtsblatt«, die bereit seien, mit den Flüchtlingsquartieren in der Königin-Olga-Kaserne zu tauschen. Der vorhandene Wohnraum reichte freilich nicht aus, die wachsende Wohnungsnot zu lindern.

Im Jahre 1947 beschloß der Gemeinderat, auf dem ehemaligen Exerzierplatz in Eglosheim eine Wohnsiedlung zu bauen. Aber nicht nur hier sollte eine größere Siedlung entstehen; beabsichtigt war auch, das sog. Aldinger Lager unter dem Namen »Grünbühl-Siedlung« zu einer Siedlung umzugestalten.

Es liegt in der Natur der Sache, daß nicht alle Inhaber von Wohnungen widerstandslos die vom Wohnungsamt erfaßten Räume abgeben wollten. In einem Fall wurde im Herbst 1947 ein Wohnungsinhaber aus der Friedrichstraße festgenommen und vom Ludwigsburger Militärgericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er die Abgabe eines Raumes verweigert und die zugewiesene Person bedroht hatte. Manche Einweisungen konnten nur durch polizeiliche Hilfe oder durch vorläufige Festnahme des Hausbesitzers durchgeführt werden. Vor allem verursachten die gemeinsame Benutzung von Küche, Keller, Holzstall und Klosett sowie der Verbrauch von Gas, Strom und Wasser Reibereien und Streitigkeiten.

Für das städt. Wohnungsamt stand das Jahr 1947 – wie das Vorjahr auch – im Zeichen der Flüchtlingsunterbringung. Seit 1945 hatte sich die Wohnbevölkerung um 37%, seit 1939 um 42% und seit 1933 um 59% erhöht. Diesem ungeheueren Bevölkerungszuwachs stand ein gleichgebliebenes Wohnraumangebot gegenüber.

Zu Beginn des Jahres 1947 waren in der Stadt, neben 121 Gebäuden mit 233 Wohnungen oder 1 349 Wohnräumen, noch acht Kasernen, eine größere Zahl von Magazinen, eine Futterbaracke und das Arresthaus sowie für die UNRRA drei Kasernen, das Barackenlager, das ehemalige Pferdelaazarett, das Hauptlager der Heeresstandortverwaltung und das Heeresverpflegungsamt beschlagnahmt. An öffentlichen Gebäuden standen der Besatzungsmacht folgende Lager- und Geschäftsräume zur Verfügung: das Rathaus, der Westflügel des Schlosses, das Verwaltungsgebäude der Bausparkasse Wüstenrot, drei Läden und Verkaufsräume, das Bahnhof, vier Gastwirtschaften, das Central-Kino u. a. Da sich zu diesem Zeitpunkt noch weitere Beschlagnahmen von Gebäuden abzeichneten – z. B. wurden 500 Familienangehörige von Besatzungssoldaten erwartet – richtete der Gemeinderat an die Besatzungstruppe die dringende Bitte, die Beschlagnahmen nur auf den tatsächlich benötigten Raum zu beschränken, außerdem unnötige Härten bei der Räumung und die Mitnahme von Mobiliar zu vermeiden. Tatsächlich erfolgten keine weiteren Beschlagnahmen mehr, vielmehr wurden im Laufe des Jahres einzelne Häuser freigegeben, in die dann wieder die früheren Besitzer einziehen konnten.

Ende 1947 waren immerhin noch 91 Gebäude mit 825 Räumen von der Besatzungsmacht belegt. Im November des gleichen Jahres wurde ein Schlichtungsausschuß zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten in Wohnungsangele-

genheiten gebildet; er setzte sich aus Vertretern der Hausbesitzer, Mieter und Untermieter aus den Kreisen der Altbürger sowie der Untermieter aus den Reihen der Neubürger zusammen. Die Unterbringung der ständig wachsenden Zahl von Menschen war nach wie vor nur durch weiteres Zusammenrücken in den vorhandenen Wohnungen möglich. Dennoch gab es keinen Zweifel darüber, daß auch die Unterbringung der Flüchtlinge eine moralische Forderung war. Nur so konnten bis Ende 1947 rund 13 000 heimatvertriebene Deutsche in der Stadt aufgenommen werden. 1948 stieg die Einwohnerzahl Ludwigsburgs durch die Zuweisung weiterer Flüchtlinge um rund 1 500 Personen an. Ende 1948 waren ca. 25% der Einwohner Neubürger. Hatte jeder Einwohner vor dem Krieg durchschnittlich 12,5 m² Wohnraum, so waren es jetzt nur noch 7,9 m², das heißt jeder Bewohner verfügte durchschnittlich nur noch über 65% des Wohnraumes der Vorkriegszeit. Mittels Sonderkommissionen wurden auch 1948 nochmals sämtliche Wohnungen einer genauen Überprüfung unterzogen. Dabei stellte sich heraus, daß weitere Belegungsmöglichkeiten in Ludwigsburg praktisch nicht mehr vorhanden waren. Auch die Zahl der Wohnungssuchenden war rapid angestiegen. Nachdem in den vergangenen Jahren der Schwerpunkt auf der Unterbringung der Flüchtlinge lag, stand 1948 die Wohnraumbeschaffung für nachgezogene Familienangehörige und Verwandte sowie zurückkehrende Kriegsgefangene u. a. im Vordergrund.

Ein anderes Problem war der Baustoffmangel, der bei wachsender Wohnungsnot immer größer wurde. So konnte die Stadt zur Wiederherstellung von fliegergeschädigten Häusern bzw. zum Ausbau bestehender Gebäude den Wohnungsmarkt kaum entlasten. Da wegen Kohlenmangels die Ziegeleien ihren Betrieb in absehbarer Zeit noch nicht wieder aufnehmen konnten, wurden in erster Linie die beim Abbruch der Luftschutzbauten und bei der Aufräumung der Trümmer bombengeschädigter Gebäude angefallenen Baumaterialien – Backsteine und Dachziegel – wiederverwendet. Die Bevölkerung war aufgerufen, diese Materialien nicht einfach auf den Schuttplatz zu werfen, sondern der Stadtverwaltung zum Kauf anzubieten. So verwundert es auch nicht, daß die Hausbesitzer aufgefordert waren, gegen Bezahlung nicht benötigte Dachziegel bis auf einen Rest von fünf Stück zur Ausbesserung fliegergeschädigter Häuser abzugeben. Noch im Jahresbericht der Stadtverwaltung für das Jahr 1947 wurde darüber geklagt, daß z. B. in der Garten- und Friedrichstraße sowie am Hohenzollernplatz halbfertige Rohbauten stünden, die innerhalb Jahresfrist kein Stück vorangetrieben werden konnten. Sollten die Zuteilungen von Baustoffen aus den amtlichen Kontingenten wie bisher weitergehen, so die Befürchtung, würden die fraglichen Gebäude auch in den nächsten zehn Jahren nicht fertig werden.

Versorgung mit Lebensmitteln und sonstigen Gütern des täglichen Bedarfs, Fürsorge

Anfang Mai 1945 war die Versorgungslage sehr ernst. Stadt und Landkreis Ludwigsburg hatten fürs erste die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln usw. selbst durchzuführen. Das Lebensmittelkarten- und Bezugsscheinsystem blieb weiterhin bestehen. Lebensmittel, Kleidung u. ä. waren also nach wie vor rationiert. Damit sollte sichergestellt werden, daß jeder Bürger seinen Anteil an den

lebensnotwendigen Verbrauchs- und Gebrauchsgütern erhielt. Waren, insbesondere Lebensmittel, durften ohne Lebensmittelkarten bzw. Bezugsscheine nicht abgegeben werden. Die größten Schwierigkeiten ergaben sich zunächst bei der Fleisch-, Fett- und Getreideversorgung. Neben Transportproblemen war auch einer der Gründe hierfür, daß die französischen Ortskommandanten im Kreis verboten hatten, Getreide und Vieh nach Ludwigsburg zu liefern. Außerdem waren die Lebensmittelvorräte in der Stadt durch die umfangreichen Plünderungen stark geschmolzen. Hinzu kam die Belastung durch die Verpflegung der DP's, deren Zahl binnen kurzer Zeit von zunächst 3 500 auf 5 000, dann weiter auf 8 000 und bis Mitte Mai 1945 auf rund 15 000 Menschen hochgeschwollen war. Dieser Umstand zwang den Oberbürgermeister, bei den Amerikanern um eine Kürzung der täglich zu liefernden Rationssätze nachzusuchen. In einem Memorandum zur Ernährungslage in Ludwigsburg vom 18. Mai 1945 führte der Oberbürgermeister aus, daß die Versorgung der deutschen Bevölkerung in Ludwigsburg weit unter dem Existenzminimum liege, während die Rationen für die DP's den Verpflegungssätzen für Schwerarbeiter entsprächen. Sollte die große Zahl der Rationen und Kalorienmengen für die DP's nicht drastisch gesenkt werden, so die Befürchtung des Oberbürgermeisters, würde dies in kürzester Zeit zu einer Katastrophe führen.

Durch Maßnahmen wie die Umwandlung eines Teils des großen Exerzierplatzes in Kleingärten sollten zusätzliche Anbauflächen für Obst und Gemüse gewonnen werden. Außerdem waren dem Stadtwirtschaftsamt zur Nutzung als Anbauflächen brachliegende Grundstücke und Gärten im Stadtgebiet zu melden. Im Kreis Ludwigsburg feldmäßig angebaute Zwiebeln und gelbe Rüben mußten bei örtlichen Sammelstellen abgeliefert werden.


Eine große Gefahr für die Kartoffelernte stellten Kartoffelkäfer dar. Zur Bekämpfung dieses Ungeziefers wurden sog. Kartoffelkäfersuchdienste organisiert, die zu ihrem Einsatz, meist waren es Schüler mit ihren Lehrern, jahrgangsweise in den »Amtlichen Nachrichten« aufgerufen wurden. Wer dem Suchdienst fernblieb, mußte damit rechnen, daß ihm die Lebensmittelkarte entzogen wurde.

Im Juni 1945 galten täglich folgende Rationssätze (in Gramm):

	Ausländer (DPs)	Deutsche
Brot	300	214
Fleisch	150	14
Fett	25	13
Nährmittel	100	0
Zucker	50	0
Kaffee-Ersatz	15	2
Kartoffeln	500	357

Mitte 1945 ordnete das Landesernährungsamt Württemberg an, daß Ausländer, die sich nicht in Gemeinschaftsverpflegung befanden, keinerlei Zulagen mehr erhalten. Ab Anfang September 1945 bestand beim Arbeitsamt eine allgemeine Meldepflicht für Männer und Frauen. Nur wer der vorgeschriebenen Meldepflicht nachkam, sollte auch Lebensmittelkarten erhalten. Mitte Oktober 1945 mußte die Rommel-Mühle in Bissingen, die größte in Süddeutschland, geschlossen werden,

da es kein Getreide mehr gab. Auch der Ludwigsburger Nudelfabrik Burkhardt stand kein Mehl mehr zur Produktion von Teigwaren zur Verfügung. Die Kaffee-fabrik Franck & Kathreiner hatte vor allem mit Kohlenmangel zu kämpfen. Zu Beginn der Besetzung nahmen auch die Milchlieferungen ab, da das alte Verteiler-system zusammengebrochen war, so daß anfänglich nur die Hälfte der Produktion von 1944 zur Verfügung stand. Erst nachdem die Militärregierung, zur Unterbin-

50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	VM Bestellschein für 1/2 L Vollmilch 15. 10. bis 11. 11. 1945 EA: Stuttgart Kik	5 / 81 50 g Fleisch	4 / 81 50 g Fleisch	3 / 81 50 g Fleisch	2 / 81 50 g Fleisch	1 / 81 50 g Fleisch		
50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81		VM Bestellschein für 1/4 L Vollmilch 15. 10. bis 11. 11. 1945 EA: Stuttgart Kik	10 / 81 50 g Fleisch	9 / 81 50 g Fleisch	8 / 81 50 g Fleisch	7 / 81 50 g Fleisch	6 / 81 50 g Fleisch	
50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81			2  KIK 81 Gültig vom 15. 10. bis 11. 11. 1945 Lebensmittel- Karte für Normal- verbraucher Kleinkinder von 3 bis 6 Jahren LEA: Württemberg-Hohenz. EA: Stuttgart Name Wohnort Straße Lote Abschnitte sind ungueltig! LEA:Württ. 52 / 81 Kik LEA:Württ. 51 / 81 Kik LEA:Württ. 50 / 81 250 g Nahrungsmittel LEA:Württ. 49 / 81 50 g Nahrungsmittel LEA:Württ. 48 / 81 50 g Nahrungsmittel LEA:Württ. 47 / 81 50 g Nahrungsmittel LEA:Württ. 46 / 81 50 g Nahrungsmittel LEA:Württ. 60 / 81 Kik LEA:Württ. 59 / 81 Kik LEA:Württ. 58 / 81 Kik LEA:Württ. 57 / 81 Kik LEA:Württ. 56 / 81 Kik LEA:Württ. 55 / 81 Kik LEA:Württ. 54 / 81 Kik LEA:Württ. 53 / 81 Kik	15 / 81 Kik FI	14 / 81 Kik FI	13 / 81 Kik FI	12 / 81 Kik FI	11 / 81 Kik FI
50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81				20 / 81 Kik FI	19 / 81 Kik FI	18 / 81 Kik FI	17 / 81 Kik FI	16 / 81 Kik FI
50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81				25 / 81 1000 g Brot	24 / 81 500 g Brot	23 / 81 500 g Brot	22 / 81 1000 g Brot	21 / 81 500 g Brot
50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81	50 g Brot 81				30 / 81 Kik Brot	29 / 81 Kik Brot	28 / 81 Kik Brot	27 / 81 Kik Brot	26 / 81 Kik Brot
5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81				35 / 81 Kik Brot	34 / 81 Kik Brot	33 / 81 Kik Brot	32 / 81 Kik Brot	31 / 81 Kik Brot
5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81				40 / 81 Kik Fett	39 / 81 Kik Fett	38 / 81 Kik Fett	37 / 81 Kik Fett	36 / 81 Kik Fett
5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81				45 / 81 Kik	44 / 81 Kik	43 / 81 Kik	42 / 81 250 g Zucker	41 / 81 Kik
5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81	5 g Fett 81				52 / 81 Kik	51 / 81 Kik	50 / 81 250 g Nahrungsmittel	49 / 81 50 g Nahrungsmittel	48 / 81 50 g Nahrungsmittel
10 g Fett 81	10 g Fett 81	10 g Fett 81	10 g Fett 81	10 g Fett 81	60 / 81 Kik			59 / 81 Kik	58 / 81 Kik	57 / 81 Kik	56 / 81 Kik	
LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke X / 81 Kik	LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke IX / 81 Kik	LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke VIII / 81 Kik	LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke VII / 81 Kik	LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke VI / 81 Kik	LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke V / 81 Kik	LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke IV / 81 Kik		LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke III / 81 Kik	LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke II / 81 Kik	LEA: Württ. Stuttgart Bezugsmarke I / 81 Kik		

Lebensmittelkarte für Normalverbraucher, Kleinkinder von 3 bis 6 Jahren, 1945

dung der Schwarzmarktgeschäfte ein Kontrollsystem für Milch eingeführt hatte, verbesserten sich die Milchlieferungen.

Im September 1945 verfügte der Landrat ein Ausfuhrverbot für Getreide, Mehl, Kartoffeln und Gemüse zur Sicherstellung der Versorgung und zur Bereitstellung von Lebensmitteln für die Ostflüchtlinge. Einige Wochen später beschwerten sich die Bauern darüber, daß ihre großen Dreschmaschinen kaum noch betrieben werden könnten, da einerseits an zwei Wochentagen der Strom aus Einsparungsgründen abgestellt, andererseits aber an den übrigen Tagen die Spannung so schwach sei, daß die Motoren versagten. Als Verursacher galten die »Stromsünder«, die sich nicht an die Vorschriften und Stromsperrzeiten hielten. Um diesen Mißstand

abzustellen, drohte man damit, bei rund 50% der Zivilhaushalte strafweise den Strom abzuschalten.

Mitunter kam es auch vor, daß gegen Bauern, die an Verbraucher Nahrungsmittel ohne Bezugsscheine abgaben, Ordnungsstrafen verhängt wurden.

Trotz guter Ernte war im Jahr 1945 die Versorgung mit Speisekartoffeln schwierig. Aus Bayern angekündigte Kartoffeln trafen nicht oder nur mit Verzögerung ein.

Die Hauptsorge galt aber der Versorgung der eintreffenden Flüchtlinge, für welche die bei den Bauern lagernden Bestände erfaßt werden sollten. Ablieferungsunwilligen Bauern wurde mit der Aufhebung der Selbstversorgereigenschaft gedroht. Auch die Obsterzeuger wurden dazu aufgerufen, bei den vom Kreiser-nährungsamt durchgeführten Sammlungen Obst für die notleidende Bevölkerung abzugeben. Pächter von städtischen Grundstücken hatten jedes Stückchen Boden zum Anbau von Gemüse zu verwenden.

Bis zur Eröffnung der geplanten Volksküche, deren Einrichtung sich wegen der in Ludwigsburg herrschenden Raumnot verzögerte, wurde im März 1946 eine Küche in der Betreuungsstelle »Heeresbäckerei« des Roten Kreuzes, Stuttgarter Straße 31, eingerichtet. Bedürftige ohne eigene Kochmöglichkeiten hatten hier gegen Abgabe der Lebensmittelkarten Gelegenheit, einmal täglich eine warme Mahlzeit zu erhalten. Im Februar 1947 eröffnete dann das Rote Kreuz in seiner Betreuungsstelle »Stern«, Wilhelmstraße 2, eine Volksküche, der schließlich Anfang 1948 eine weitere für die in der Königin-Olga-Kaserne untergebrachten Flüchtlinge folgte.

Im Mai 1946 sorgte in Ludwigsburg ein größerer Lebensmittelskandal für erhebliches Aufsehen. Der Vorsitzende des »Konsumvereins«, ein ehemaliges Mitglied der KPD, nunmehr Angehöriger der SPD-Gemeinderatsfraktion, hatte veranlaßt, daß zahlreiche »prominente« Ludwigsburger Einwohner ohne Bezugsscheine Lebensmittel (Butter, Zucker u. ä.) erhielten; unter den Empfängern überwogen KPD-Mitglieder.

Wegen der nach wie vor angespannten Versorgungslage mußten im Kreis auch im Jahr 1946 Nahrungsmittel – insbesondere Kartoffeln – mit einem Ausfuhrverbot belegt werden. Aber nicht nur die Behörden, die sich von Amts wegen darum zu kümmern hatten, sorgten für Lebensmittel. Einschlägige Aktivitäten gingen auch auf die Initiativen verschiedener Hilfsorganisationen, insbesondere in den USA, zurück. In Ludwigsburg gab es ebenfalls entsprechende Unternehmungen: so organisierte z. B. die im Juni 1946 unter dem Vorsitz der Witwe des früheren Oberbürgermeisters Schmid gebildete »Arbeitsgemeinschaft Ludwigsburger Frauen« eine Kinderspeisung im Kreis, bei der drei Wochen lang rund 300 Kinder voll gepflegt wurden. Die Nahrungsmittel stammten vom Wohlfahrtsverband sowie vom evangelischen Hilfswerk. Von großer Bedeutung waren die amerikanischen Hilfen: Am 16. September 1946 wurden in Ludwigsburg, zunächst im Gebäude der Ortskrankenkasse, Uhlandstraße 33, die ersten Care-Pakete mit hochwertigen Lebensmitteln ausgegeben. Im Verlauf des folgenden Jahres kamen für Stadt und Kreis Ludwigsburg insgesamt 108 Tonnen Lebensmittel (knapp 8 500 Care-Pakete) dieser amerikanischen Hilfsorganisation zur Verteilung.

Das Ludwigsburger Gaswerk, dem keine Kohlen mehr zur Verfügung standen – ein Teil der Kohlenvorräte war beim Abzug der Franzosen mitgenommen worden – hatte seinen Betrieb einstellen müssen. Um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich ersatzweise mit Holz einzudecken, wurden Anfang Mai 1945 die Bäume

am Arsenalplatz gefällt, die an der Marstall- und Charlottenstraße wurden im darauffolgenden Sommer ebenfalls abgeholzt. Den Hauptbedarf an Brennholz bezog man aber aus der Gegend von Maulbronn und aus dem Murrhardter Wald. Dies kostete viel Zeit, Betriebsstoff und Arbeitsenergie. Ab Mitte Mai 1945 mußten alle Kohlenvorräte über zehn Zentner schriftlich gemeldet werden.

Die Wasserknappheit, vor allem in den Stadtteilen, war schneller behoben. Schon Ende Mai 1945 war die Versorgung mit Wasser wieder normal.

Die Müllabfuhr war auch zusammengebrochen. Im Hinblick auf gesundheitliche Gefahren bemühte sich die Stadtverwaltung, die Abfallbeseitigung so rasch wie möglich wieder in Gang zu bringen. Einstweilen war die Bevölkerung verpflichtet, den Müll selbst abzutransportieren oder in den Hausgärten zu vergraben.

Durch den allgemeinen Brennstoff-, besonders den Gasmangel, stieg der Stromverbrauch während der Mittagsstunden so stark an, daß mehrfach die Fabriken ihren Betrieb einstellen mußten. Dies führte schließlich im August 1945 dazu, daß die Ludwigsburger Einwohner angehalten wurden, zwischen 11 und 13 Uhr keine elektrischen Geräte mehr einzuschalten und das Essen außerhalb der Mittagszeit zu kochen. Weitere Einschränkungen beim Stromverbrauch folgten nach. Da der elektrische Strom in der ersten Zeit der Besetzung ausschließlich mit Wasserkraft erzeugt wurde – die Dampfkraftwerke lagen wegen Kohlenmangels noch still – war er Mangelware. Die Spannung war tagsüber sehr schwach, so daß viele Fabrikanlagen nicht mehr unterhalten werden konnten; viele stellten auf Nachtbetrieb um.

Die Wiederinbetriebnahme des Gaswerkes war 1945 noch nicht möglich. Die wenigen von Zeit zu Zeit eintreffenden Kohlen wurden ausschließlich den Bäckereien, Metzgereien, dem Schlachthaus, den Krankenhäusern, den Gärtnereien sowie den Nahrungsmittelherstellern (Franck & Kathreiner, Nudelfabrik Burkhardt, Württembergische Waffel- und Keksfabrik) zur Verfügung gestellt.

Die Versorgung der Bevölkerung mit sonstigen Gütern des täglichen Bedarfs war ebenfalls äußerst schwierig. Spinnstoffe und Schuhwaren waren streng rationiert und nur gegen Bezugsscheine zu erhalten. Die Bevölkerung war aufgerufen, auch mit diesen Artikeln sparsam umzugehen. Um Schuhe für den Winter zu haben, sollten z. B. die Schuhe der Kinder während der wärmeren Jahreszeit geschont werden, d. h. die Kinder sollten barfuß gehen. Die Einrichtung einer Schuh- und Mantelumtauschstelle sollte zur Entlastung der schwierigen Versorgungslage beitragen. Dem selben Zweck dienten auch die von den Kirchen in den Stadtteilen eingerichteten Werkstuben, in denen Frauen unter Anleitung von Fachkräften Kleidungsstücke anfertigen bzw. ändern konnten.

Zur Beheizung der Schulen waren im Winter 1945/46 keine Kohlen vorhanden. Die Eltern wurden deshalb aufgefordert, den Kindern Holzscheite mit in die Schule zu geben. Jeder Familie konnte noch bis November 1945 ein Zentner Brennholz pro Monat zugeteilt werden. Jedoch war dies in den Wintermonaten nicht mehr möglich, da in erster Linie gewerbliche Betriebe mit Heizmaterial zu versorgen waren. Als Weihnachtsguteilung konnte schließlich an die Bevölkerung zusätzlich ein Zentner Holz ausgegeben werden, da man dazu übergegangen war, Bäume im Salonwald, in verschiedenen Alleen, den unteren Schloßanlagen und im Mathildenhof zu fällen. Nur auf das Ausholzen der Königsallee wurde verzichtet, um das Stadtbild nicht zu stören. Im Gemeinderat wurde auch vorgeschlagen, die

Platanen auf dem Markt zu entfernen. In Frühjahr 1947 fielen sie dann ebenfalls der Axt zum Opfer.

Anfang Dezember 1945 machte es die nach wie vor schlechte Elektrizitätsversorgung erforderlich, verschärfte Maßnahmen zur Stromeinsparung zu treffen, was durch Abschalten des Stroms an zwei Tagen pro Woche erzielt werden sollte.

Zu Weihnachten 1945 sollte der Betrieb des Gaswerks wieder aufgenommen werden. Mit der Gasproduktion konnte man aber erst Anfang Januar 1946 – nach neunmonatiger Unterbrechung – beginnen, da zunächst geeignete Fachkräfte und Transportmittel fehlten. Etwa zur gleichen Zeit ordnete ein Kontrollratsgesetz eine weitere Rationierung von Strom und Gas an. Die Versorgung Neckarweihingens mit Gas war noch nicht möglich, da durch die Zerstörung der Neckarweihinger Brücke die Leitung unterbrochen war.

Die Strom- und Gasrationierung kennzeichneten auch die Jahre 1946 und 1947. Die unvermindert angespannte Lage in der Kohlenversorgung und die fehlende Einfuhr von Strom, besonders aus der britischen Zone, die schlechte Wasserführung der Flüsse sowie die auferlegten Auslandslieferungen zwangen dazu, die Verbrauchssätze und die Rationierungsbestimmungen (Gas- und Stromsperrzeiten) strengstens zu überwachen.

Bei der Versorgung mit Kohlen gab es vor allem witterungsbedingte Engpässe: im extrem kalten Winter 1946/47 waren die Schifffahrtswege zugefroren, weshalb die Kohlenzufuhr stockte. Dies führte zur vorübergehenden Schließung der Schulen. Man befürchtete, daß die Bäckereien kaum noch Brot backen könnten und mangels Brennmaterial bei der Bevölkerung eine Grippeepedemie ausbrechen würde.

Im Gegensatz zu anderen Kreisen hatte im Kreis Ludwigsburg keine Zwangssammlung von Bekleidungsstücken stattgefunden. Für die Stadt Ludwigsburg wurde die Bekleidungs- und Wäschehilfe den Kirchen übertragen, die die Sammlung als Teil ihres kirchlichen Hilfswerks durchführten. Eine Haussammlung, von der evangelischen, katholischen und methodistischen Kirche gemeinsam in den letzten November- und ersten Dezembertagen 1945 organisiert, erbrachte ca. 20-25 000 Wäsche- und Kleidungsstücke sowie Hausrat und Bettstellen, die an Hilfsbedürftige verteilt werden konnten.

Zur Versorgung der Bevölkerung mit Mangelwaren, die höchstens auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen waren, wurde im Frühjahr 1946 nach dem Vorbild von Stuttgart und Esslingen auch in Ludwigsburg ein sog. Ringtausch organisiert, für den in zahlreichen Ludwigsburger Geschäften Tauschabteilungen eingerichtet wurden. Hier konnte die Bevölkerung offiziell Tauschgeschäfte tätigen, d. h. eigene Tauschgegenstände anbieten und dafür andere erhalten.

In einer Sitzung des Kreistages Ende Januar 1947 wurde bekannt, daß für die Gärtnereien große Flächen zum Anbau von Blumen freigegeben worden waren. Nach Ansicht eines Ludwigsburger SPD-Gemeinderats bedeutete dies einen groben Verstoß gegen die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse. Einstimmig nahm der Ludwigsburger Gemeinderat den SPD-Antrag an, das Landwirtschaftsamt dringend zu ersuchen, die erteilte Genehmigung zurückzunehmen und anzuordnen, den verfügbaren Boden vollständig für den Anbau von Nahrungsmitteln zu nutzen.

In einer Sitzung des Kreisernährungsausschusses im Juni 1947 wurde mit Entrüstung zur Kenntnis genommen, daß in den Internierungslagern Lebensmittelratio-

nen in Höhe von 1 550 Kalorien pro Tag zugrunde gelegt wurden, außerdem das Ministerium verfügt habe, die Rationen auf täglich 1 700 Kalorien zu verbessern. Dagegen müßten die arbeitenden Normalverbraucher mit knapp der halben Kalorienmenge auskommen. Seit Wochen schon habe die Stadtbevölkerung keine Kartoffeln mehr erhalten. Nur mit großer Mühe sei es in letzter Zeit möglich gewesen, 150 Tonnen Kartoffeln in den Kreis zu bekommen, wovon aber 120 Tonnen den Internierungslagern und der Rest der UNRRA zur Verfügung gestellt werden mußten. »Die Erbitterung über diese Begünstigung von Nazis auf Kosten ihrer hungernden Opfer« sei »ungeheuer«.

Im Herbst 1947 wurden in Ludwigsburg riesige Veruntreuungen von Lebensmitteln beim städt. Lebensmittel- und Bekleidungsamt aufgedeckt. Dieser Skandal, der außerordentliches Aufsehen erregte, führte zur Verhaftung von mehreren städt. Beamten, außerdem von Gaststätten- und Firmeninhabern. Insgesamt waren über 20 Tonnen Lebensmittel unrechtmäßig abgegeben worden.

Auch die Fürsorge für hilfs- und pflegebedürftige Menschen warf enorme Probleme auf, wuchs doch deren Zahl nach Kriegsende in Ludwigsburg stark an. Betreut werden mußten ehemalige Verfolgte, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen während des NS-Regimes inhaftiert gewesen waren, DPs, Flüchtlinge und Evakuierte, entlassene deutsche Kriegsgefangene, Angehörige von Kriegsgefangenen und Vermißten, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Hinzu kamen noch zahlreiche umherirrende und obdachlose Menschen und auch verwaiste Kinder. Viele dieser bedauernswerten Menschen waren pflegebedürftig, krank, unterernährt und verzweifelt. Der Andrang auf Krankenhäuser, Heime und Anstalten der Stadt konnte kaum bewältigt werden. Fürsorge und Betreuung lagen in erster Linie in den Händen des Roten Kreuzes und sonstiger caritativer Organisationen. Kirchen, öffentliche Wohlfahrtseinrichtungen, Verwaltungen und viele ehrenamtlich tätige Helfer nahmen sich ebenfalls der großen Not dieser Menschen an.

Neubeginn bei Handel, Gewerbe und Industrie

In den ersten Maitagen 1945 waren die Ladengeschäfte in Ludwigsburg wegen befürchteter Plünderungen noch weitgehend geschlossen oder zumindest nur zeitweise geöffnet. Die Amerikaner strebten eine rasche Öffnung der Geschäfte an, da man sich davon versprach, Schwarzhandel und -markt unterbinden zu können. Bezüglich der Preise hatten die bisherigen Preisvorschriften Gültigkeit, Preiserhöhungen waren generell untersagt. Das Karten- und Bezugsscheinsystem blieb weiterhin in vollem Umfang bestehen.

Anfang Juni 1945 genehmigte die US-Kreismilitärregierung die Wiedereröffnung folgender Betriebe: Sämtliche Handwerksbetriebe (ausgenommen zunächst die Bäckereien und Metzgereien), Flaschnereien, Installationsgeschäfte, Radioreparaturwerkstätten, Auto-, Kraftrad- und Fahrrad-Reparaturwerkstätten, Waschanstalten, chemische Reinigungsanstalten, Drogerien, Apotheken, Photogeschäfte. Etwa zur gleichen Zeit konnten auch die Kreditinstitute in Stadt und Kreis wieder ihre Schalter öffnen. Die Wiedereröffnung der Groß- und Einzelhandelsgeschäfte für Textil-, Schuh-, Eisenwaren und Möbel sollte zur gegebenen Zeit bekanntgegeben werden. Gaststätten durften nur offen gehalten werden,

wenn sie Essen abgaben. Der Ausschank von Bier war nur zusammen mit der Abgabe von Speisen erlaubt. Sonstige alkoholische Getränke durften ab 1. Juli 1945 – jedoch nicht an US-Truppen – ausgeschenkt werden. Cafés waren ebenfalls geschlossen.

In erster Linie sollten vorhandene Materialbestände zur Wiederherstellung beschädigter Gebäude benutzt werden. Zurückhaltung von Waren war strafbar. Geschäfte durften nur in konzessionierten Geschäftsräumen u. ä. – also nicht auf öffentlichen Straßen oder Plätzen – getätigt werden. Jedoch mußte die Militärregierung schon bald feststellen, daß Geschäftsleute Waren zurückhielten, so wurde z. B. Frischgemüse vor allem im Tauschhandel zu überhöhten Preisen – in Ausnahmefällen bis zum zehnfachen Preis – angeboten. Hamstern und Schwarzhandel sollten durch Hausdurchsuchungen in Wohn- und Geschäftsräumen verdächtiger Personen abgestellt werden. Anfang August 1945 beanstandete die US-Kreismilitärregierung, daß in Ludwigsburg noch viele Geschäfte den ganzen Tag über geschlossen seien, weshalb die Stadt einen »toten Eindruck« mache. Oberbürgermeister Dr. Frank hatte dafür zu sorgen, daß sofort alle Ladengeschäfte und Gaststätten, auch bei geringem Warenbestand, zu den vorgeschriebenen Zeiten geöffnet wurden. Im Januar 1946 waren laut den »Amtlichen Nachrichten« wieder 90% aller Läden geöffnet und die wenigen vorhandenen Waren zu kaufen.

Bald war es auch möglich, die Genehmigung zur Neueröffnung von gewerblichen Betrieben bei der Stadtverwaltung zu beantragen. Bei Bäckereien und Metzgereien behielt sich aber die US-Kreismilitärregierung die Genehmigung vor. Handwerksbetriebe, Einzelhandels- und Großhandelsgeschäfte durften auch von früheren PGs betrieben werden. Bei Personen, die in der NSDAP ein Amt innehabt hatten, war die Genehmigung der US-Kreismilitärregierung vorbehalten. Allerdings standen die Firmen von PGs, die vor 1937 Parteimitglied geworden waren, unter Eigentumskontrolle. Voraussetzung für eine Zulassung war generell die Einreichung des Fragebogens der Militärregierung. Es kam auch vor, daß Ladengeschäfte ihren Betrieb auf Anweisung der US-Kreismilitärregierung wieder einstellen mußten. Ein Laden wurde z. B. im November 1945 »wegen unzweifelhafter Unehrenerbittigkeit [des Personals] gegenüber einem Offizier der Amerikanischen Armee« vorübergehend geschlossen.

Industriebetriebe mit serienmäßiger Produktion bedurften ebenfalls der Genehmigung der Militärregierung. Die neugeöffneten Betriebe mußten wöchentlich einen Bericht an die US-Kreismilitärregierung einreichen. Die Betriebsangehörigen hatten in der ersten Nachkriegszeit auch an Samstagen und Sonntagen zu arbeiten, nämlich landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten. Um kein Arbeitskräftepotential brachliegen zu lassen, hatten sich bereits Mitte Mai 1945 sämtliche in Ludwigsburg wohnhaften männlichen und weiblichen Arbeitskräfte, die infolge Schließung ihrer Betriebe nicht mehr beschäftigt werden konnten, beim Arbeitsamt wegen Aufnahme einer neuen Arbeit zu melden.

Zahlreiche Industriebetriebe – schon am 3. April 1945 waren in Ludwigsburg die Betriebe stillgelegt worden – durften in Nordwürttemberg die Arbeit ab August 1945 wieder aufnehmen. Allerdings war die Industrie in Ludwigsburg zunächst kaum in Gang gekommen: Kohlenmangel und erhebliche Transportprobleme wegen der vielen noch zerstörten Eisenbahnstrecken und Straßen bereiteten größte Schwierigkeiten.

Einige Industriebetriebe waren auch im Krieg durch Luftangriffe beschädigt beziehungsweise zerstört worden. Andere unterlagen der Demontage, weil

ihre Besitzer Förderer und Nutznießer des Dritten Reiches gewesen waren.

Um neue Steuerquellen aufzutun, bemühte sich die Stadt bald darum, ausgebombte Industriebetriebe aus anderen Teilen Deutschlands in Ludwigsburg anzusiedeln, wofür sich auch rasch zahlreiche Interessenten fanden. Jedoch war die Freigabe von Kasernen zur Unterbringung von Industriebetrieben zunächst kaum möglich, weshalb die Ansiedlung auswärtiger Betriebe, worunter sich auch viele von Heimatvertriebenen befanden, nur schleppend begann.

Weitere Schritte zur Normalisierung des Wirtschaftslebens waren 1946 die Einrichtung der Industrie- und Handelskammer sowie die Neuorganisation des Handwerks, die mit der Wahl der Obermeister am 12. August 1946 im Haus des Handwerks ihren vorläufigen Abschluß fand.

Verkehrsverhältnisse, Post- und Fernsprechwesen

Bei Kriegsende waren Eisenbahn- und Kraftfahrzeugverkehr praktisch zum Stillstand gekommen. Viele Straßen, Brücken und Schienenwege waren zerstört, zumindest beschädigt. Eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung konnte nur durch das Ingangbringen des Verkehrs ermöglicht werden, weshalb die amerikanische Militärregierung darin einen Schwerpunkt beim Wiederaufbau sah.

Mitte Mai 1945 wurde der Ludwigsburger Bevölkerung erlaubt, Fahrräder ohne besonderen Ausweis zu benutzen. Am Samstag, 23. Juni 1945, konnte der elektrische Vorortverkehr auf der Strecke Ludwigsburg – Stuttgart Hbf., zunächst nur für den Berufsverkehr, wieder aufgenommen werden, wobei die Züge ab 16. Juli 1945 täglich in einstündiger Zugfolge verkehrten. Während der Sperrstunden war der Zugverkehr jedoch eingestellt. Kraftfahrzeuge waren nur in geringer Zahl vorhanden, Reifen und Betriebsstoffe konnten kaum oder überhaupt nicht beschafft werden. Nach einer von der Stadt durchgeführten Erhebung gab es im Mai 1945 in Ludwigsburg lediglich 32 Kraftfahrzeuge (Autos und Motorräder), die für deutsche Behörden und Privatpersonen zugelassen waren.

Als Grundsatz für den Straßenverkehr galt, daß Kraftfahrzeuge nur dort benutzt werden durften, wo Eisenbahn-, Schiffs- oder Straßenbahnverbindungen nicht vorhanden waren. Außerdem hatten die Fahrten lebenswichtigen Zwecken zu dienen. Erholungs- und Vergnügungsfahrten waren generell verboten. Kraftfahrzeugzulassungen waren nur dann möglich, wenn die Fahrzeuge als wirtschaftlich notwendig anerkannt wurden.

Ab 25. Juli 1945 mußte jeder Fahrzeuglenker für jede Fahrt eine besondere Fahrbescheinigung des Oberbürgermeisters besitzen. Außerdem war an sämtlichen Fahrzeugen (Stadtkreis Ludwigsburg) in weißer Farbe die Aufschrift »Ludwigsburger SK, Civ. Motor Pool« anzubringen. Krankenfahrzeuge, Fahrzeuge der Polizei und Gendarmerie sowie Feuerwehrfahrzeuge konnten Dauerbescheinigungen bis zu einem Monat erhalten. Diese Fahrzeuge waren ebenfalls mit entsprechenden Aufschriften in englischer Sprache zu versehen, z. B. »Ambulance SK Ludwigsburg«, »Police SK Ludwigsburg« u. ä. Mit der Ende Juli 1945 angekündigten Meldepflicht für Kraftfahrzeuge sollten die Transportschwierigkeiten verringert werden. Da kaum flüssiger Treibstoff vorhanden war, gab es zu dieser Zeit vor allem mit Holzgas betriebene Lkws, die mangels Autobussen häufig auch zur Personenbeförderung eingesetzt wurden.

Der Straßenverkehr beschränkte sich im Kreis zunächst auf die Landstraßen, da die Autobahn größtenteils noch nicht geräumt worden war. Dies führte dazu, daß die Straßen mit schweren Fahrzeugen so stark überlastet waren, daß Reparaturen oft nur kurze Zeit hielten. So wurde alles daran gesetzt, möglichst rasch die Autobahn wieder instandzusetzen. Die hierfür notwendigen Arbeiter sollten notfalls dienstverpflichtet werden. Ein in Ludwigsburg eingerichteter Straßenauskunftsdienst informierte über die jeweilige »Straßen- und Brückenslage«.

Anfang September 1945 war es der Reichsbahndirektion Stuttgart möglich, auf den befahrbaren Strecken ihres Bezirks den Güterverkehr wieder aufzunehmen, allerdings nur unter gleichzeitiger Beschränkung des Personenverkehrs.

Am 25. September 1945 wurde für die Zivilbevölkerung der Bahnverkehr Ludwigsburg – Stuttgart ohne Einschränkung zugelassen. Für alle anderen Strecken waren Berufsausweise notwendig. Mitte Oktober 1945 wurde auch die Zugverbindung Ludwigsburg – Favoritepark – Beihingen – Heutingsheim wieder aufgenommen.

Die Einschränkungen im Bahn- und Kraftfahrzeugverkehr – dieser war generell genehmigungspflichtig – sollten den Verkehr regulieren und auf das Notwendige beschränken. Laufende Polizei- und Straßenkontrollen sollten Verstöße, die streng bestraft wurden, verhindern.

Am 1. Mai 1946 konnte die behelfsmäßig wiederhergestellte Neckarweiinger Brücke in Anwesenheit von Innenminister Ulrich und Landrat Dr. Jaeger eingeweiht und dem Verkehr übergeben werden. Damit war die für den Verkehr zwischen Ludwigsburg und Marbach und in den Kreis Backnang wichtige Verkehrslinie wieder befahrbar. Die Reichsstraße Ludwigsburg – Bietigheim wurde im Juli 1946 freigegeben.

Da der Neckar-Viadukt noch zerstört war, setzte die Reichsbahn ab August 1946 auf der Strecke Ludwigsburg – Marbach Autobusse ein. Diese waren jedoch oft nicht in der Lage, den Arbeiterberufsverkehr zu bewältigen, fehlte es doch auch hier an Fahrzeugen, Reifen und Treibstoff.

Bei Kriegsende war auch der Post- und Fernspreverkehr zusammengebrochen. Ab Juni 1945 war es den Ludwigsburgern offiziell gestattet, die Radioempfangsgeräte wieder zu benutzen, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß das Hören sämtlicher in- und ausländischer Sender gestattet sei. Jedoch waren noch immer die während der französischen Besatzungszeit abgelieferten Radiogeräte nicht zurückgegeben, so daß kaum einem Ludwigsburger Einwohner ein Gerät zur Verfügung stand. Der Sender der amerikanischen Militärregierung, »Radio Stuttgart«, strahlte sein Programm – vorerst nur Nachrichten und Anweisungen – ab 3. Juni 1945 aus.

Anfang Juli 1945 gestatteten die Amerikaner, in einem Raum des Rathauses zu bestimmten Zeiten Nachrichten mittels Radiogerät zu hören, wobei aber jegliche politische Erörterung strengstens verboten war. Die Zuhörer hatten die Nachrichten schweigend anzuhören und am Schluß der Sendung sofort auseinanderzugehen.

Am 20. August 1945 konnte der zivile Briefverkehr (zunächst nur Postkarten) innerhalb der einzelnen Kreise aufgenommen werden. Verschlossene Briefe innerhalb der US-Zone waren vom 1. September 1945 an zugelassen. Ab Oktober 1945 wurde der Briefverkehr auf sämtliche Besatzungszonen ausgedehnt. Freilich unterlagen die Sendungen strengen Zensurbestimmungen. Schrittweise wurde auch



Einweihung der Notbrücke über den Neckar zwischen Ludwigsburg und Neckarweihingen am 1. Mai 1946

der zunächst auf den Ortsverkehr beschränkte Fernsprechdienst erweitert. Ende Oktober 1945 waren wieder über 2 000 »zivile« Telefone im Kreis Ludwigsburg zugelassen, von denen 160 von Einheiten der US-Armee benutzt wurden.

Erziehung und Schule

In den letzten Monaten vor der Besetzung des Landes durch die alliierten Truppen waren die Schulen und Kindergärten in Ludwigsburg geschlossen worden. Teilweise wurden sie als Lazarette genutzt.

Viele Schulen waren von den Amerikanern beschlagnahmt oder wurden zur Unterbringung von Flüchtlingen benutzt, so daß für schulische Zwecke kaum

Räumlichkeiten vorhanden waren. Auch das Entnazifizierungsprogramm der Amerikaner behinderte eine rasche Wiederaufnahme des Schulbetriebs, denn fast alle Lehrer hatten der NSDAP angehört. Außerdem mangelte es an Lehrmitteln, denn die aus dem Dritten Reich stammenden Schulbücher durften nicht benutzt werden.

Die Wiedereröffnung von Kindergärten unter religiöser Aufsicht erfolgte bereits Ende Mai 1945. Mitte August 1945 teilte die Ludwigsburger US-Kreismilitärregierung ihrer vorgesetzten Dienststelle mit, daß der größte Teil der Volksschulgebäude im Kreis Ludwigsburg wieder benutzbar sei. Das einzige Volksschulgebäude, das noch nicht freigegeben werden konnte, war die Feuerseeschule, Solitustraße 19, wo Teile eines Feldartilleriebataillons der US-Armee lagen. Bei der Ende August 1945 im Auftrag der Militärregierung im Kreis Ludwigsburg durchgeführten Schulbüchersammlung waren alle aus der NS-Zeit stammenden Schulbücher, mit Ausnahme der »neutralen« Religionsbücher, abzugeben. Der Unterricht an den Volks-, Hilfs- und Mittelschulen in Stadt und Kreis wurde am 1. Oktober 1945 wieder aufgenommen. Oberschüler konnten ebenfalls, jedoch zunächst nur die Schüler der Klassen 1 bis 4, den Unterricht besuchen. Im Oktober 1945 begannen noch weitere Schulen mit dem Unterricht, so auch die Robert-Frank-Schule.

Der »Weekly Field Report« der Ludwigsburger US-Kreismilitärregierung für die zweite Novemberwoche 1945 stellte fest, daß nun die Mehrheit der höheren Schulen und Fachschulen die Erlaubnis erhalten habe, den Unterricht wieder aufzunehmen. Jedoch sei die größte höhere Schule (Friedrich-Schiller-Oberschule) in Ludwigsburg augenblicklich noch nicht in der Lage, mit dem Unterricht zu beginnen, da sie nach wie vor von Truppen belegt sei. Man bemühe sich aber, für die dort einquartierten Soldaten andere Unterkünfte bereitzustellen, so daß die Wiedereröffnung der Schule spätestens am 1. Dezember 1945 erfolgen könne. Der nächste »Weekly Field Report« kündigte an, daß alle höheren Schulen und Fachschulen im Kreis am 26. November 1945 (mit Ausnahme einer Fachschule in Bietigheim) geöffnet werden könnten. Auch die Frauenarbeitsschule in der Abelstraße 11 begann am 4. Dezember 1945 mit dem Unterricht. Ende November 1945 berichtete die US-Kreismilitärregierung, daß nun alle Schulen »funktionieren«, jedoch sei die Effektivität nicht sehr groß, da ausgebildete Lehrer und Bücher fehlten. Die Kinder seien aber beschäftigt und hierfür dankbar.

In den folgenden Monaten konnte, trotz des Einsatzes von Aushilfslehrern (Abiturienten, früheren Offizieren usw.), der Lehrermangel nicht wesentlich abgebaut werden. Die Raumsituation hatte sich ebenfalls noch nicht verbessert, wozu die große Zahl der einzuschulenden Flüchtlingskinder beitrug. Der Lehrermangel war dermaßen groß, daß oftmals ein Lehrer zwei Klassen gleichzeitig zu betreuen hatte. Der Gesundheitszustand der Schulkinder war äußerst bedenklich. Nach einer im August 1946 in Ludwigsburg bei 400 Schülern durchgeführten ärztlichen Untersuchung waren lediglich 20–25 Schüler in gutem Gesundheits- und Ernährungszustand. In dieser Untersuchung wurde besonders bemängelt, daß ein Drittel aller Schüler morgens ohne Frühstück zur Schule komme, zudem ein großer Teil kein Versperbrot erhalte.

Bedingt durch den Brennstoffmangel mußten die Schulen während der kalten Jahreszeit zeitweise schließen, außerdem wurden die Weihnachtsferien, so im strengen Winter 1946/47, verlängert. Zur Entgegennahme von Hausaufgaben



Eleanor Roosevelt (1884–1962), Witwe des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, anlässlich eines Besuches in einer Schule für DPs in Ludwigsburg, Okt. 1948

mußten die Schüler jedoch an bestimmten Tagen in den Schulen erscheinen.

Zur Speisung besonders bedürftiger Schüler erklärte sich im Januar 1947 die Besatzungsmacht bereit, jeden Samstag 30 Essen abzugeben. Als sich die Ernährungslage der Schüler im Frühjahr weiter verschlechterte, richtete die Stadt eine Schülerspeisung ein, bei der täglich mindestens 3 000 Schüler gespeist wurden. Im Mai 1947 wurde die Hoover-Speisung aufgenommen und täglich für ca. 8 000 Schüler durchgeführt.

Im September 1947 mußte diese Quote auf 7 000 Essen täglich herabgesetzt werden, da die vorhandenen Lebensmittel nicht für alle Schüler und Jugendlichen ausreichten. Die Kosten, etwa 25 Pfennig pro Essen, bei Minderbemittelten und Kinderreichen 10 Pfennig, waren von den Eltern aufzubringen. Die ausgeteilten Speisen mußten von den Schülern unter Aufsicht der Lehrer in der Schule gegessen werden und durften nicht nach Hause genommen werden. Die Beaufsichtigung und Kontrolle der Schülerspeisen versah das Rote Kreuz.

Im Juni 1947 beschloß der Gemeinderat, die Friedrich-Schiller-Oberschule von den dort in der Zwischenzeit untergebrachten Flüchtlingen zu räumen und das Gebäude wieder als Schule zu nutzen.

Kultureller Neuanfang, Vereine und Pressewesen

Kurz vor Kriegsende hatten die Ludwigsburger, wie andernorts auch, nur noch wenig Gelegenheit, an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen, sieht man einmal von einigen Filmvorführungen ab. Nach der Besetzung der Stadt galt es erst einmal, den Schock der totalen Niederlage psychisch und physisch zu verkraften und mit den neuen Gegebenheiten und Verhältnissen überhaupt fertig zu werden.

Die Entnazifizierungsmaßnahmen der Amerikaner erstreckten sich auch auf den kulturellen Bereich. Jedoch strebten sie keine geistige Bevormundung der Deutschen an, wie man es im Dritten Reich gewohnt war, sie begrüßten und förderten im Gegenteil nach Möglichkeit kulturelle Aktivitäten, waren diese doch auch geeignet, die Menschen von ihrem schweren Los wenigstens zeitweilig abzulenken. Allerdings wachten sie auch darüber, daß keine Nazi-Ideologie verbreitet wurde.

Das erste öffentliche Konzert nach dem Krieg gab der »Ludwigsburger Konzertring« mit Genehmigung der US-Kreismilitärregierung am Samstag, dem 7. Juli 1945, im großen Saal (= Musikhalle) des Bahnhofs. Vorgetragen wurden unter der Leitung von Hans Chr. Deutscher, dem Leiter der »Gesellschaft der Musikfreunde Ludwigsburg«, Werke von Mozart, Beethoven, Haydn und Schubert. Eingeleitet wurde das Programm mit einem im Dritten Reich als »entartet« gegeltenen Werk von Georg Matthias Monn in der Bearbeitung von Arnold Schönberg. Das kulturelle Leben der Stadt habe, so die »Amtlichen Nachrichten«, durch dieses »Konzert einen ernsthaften Auftrieb erfahren«.

Nach Vorstellung der Stadtverwaltung sollte das kulturelle Leben Ludwigsburgs auch durch die Wiedereröffnung der Buchhandlungen belebt werden, die nach Ansicht des Oberbürgermeisters während des Krieges verkümmert waren. Die öffentlichen Bibliotheken im Lande konnten, von NS-Literatur gesäubert, im Oktober 1945 wieder eröffnet werden. In diesem Zusammenhang beantragte der Land-

rat, daß die NS-Literatur nicht vernichtet, sondern dem Landratsamt übergeben werde, wo sie, unter Verschuß aufbewahrt, als Fundgrube für zukünftige Propaganda gegen den Nazismus dienen und bei Untersuchungen gegen frühere Parteimitglieder herangezogen werden könne.

Schon bald wurden wegen der Neubelebung, insbesondere der Gesangs- und Sportvereine, Anfragen an die US-Kreismilitärregierung gerichtet. Die Amerikaner waren aber bezüglich der Sportvereine zunächst skeptisch, habe doch Deutschland »unter dem Deckmantel der Sportvereine seine Wehrmacht während der Zeit des Versailler Vertrags aufgebaut«. Es dauerte aber nicht lange, bis sportliche Wettkämpfe, z. B. Fußballspiele, wieder zugelassen wurden. Allerdings mußte für jede einzelne Veranstaltung die Erlaubnis des »Public Safety Office« eingeholt werden. Generell durften öffentliche Veranstaltungen, die eine große Anzahl von Personen zusammenführten, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Militärregierung stattfinden; die Bildung von Vereinen war zu diesem Zeitpunkt, Anfang September 1945, noch verboten.

Bezüglich der Wiedereröffnung der Kinos war die US-Kreismilitärregierung Mitte September 1945 bereit, das Saalbau-Theater, Stuttgarter Straße 2, freizugeben, wo amerikanische Filme mit deutschen Untertiteln vorgeführt werden sollten. In diesem Kino kam Anfang März 1946 auch der KZ-Dokumentarfilm »Die Todesmühlen« zur Aufführung, der den Ludwigsburgern die von den Nazis begangenen Greuel vor Augen führte. Das Central-Theater, Arsenalstraße 4, war weiterhin ausschließlich den Kinovorführungen für amerikanische Truppen vorbehalten.

Zum Leiter des neugeschaffenen städt. Kulturamts wurde im Sommer 1945 Dr. Erwin Ackerknecht, früherer Leiter der Stadtbibliothek Stettin, bestellt. Ab 1. Oktober 1945 bearbeitete er die kulturellen Angelegenheiten der Stadt. Insbesondere hatte er Stadtbücherei und Volkshochschule für Stadt und Kreis aufzubauen sowie das Heimatmuseum zu betreuen. In Personalunion war er Kulturreferent für den Landkreis.

Im Oktober 1945 wurden Teile des Ludwigsburger Schlosses, zunächst nur an Sonntagen, zur Besichtigung wieder freigegeben. Ebenfalls im Herbst 1945 fanden »Ludwigsburger Kunstwochen« mit der Ausstellung »Bildende Künste und Kunsthandwerk« statt. Diese Ausstellung von im Kreis ansässigen Künstlern und Kunsthandwerkern war mit Konzerten, Liederabenden und Vorträgen verbunden und wurde am 23. November 1945 im Haus des Handwerks feierlich eröffnet.

Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe fand am 6. Dezember 1945 auch eine Kundgebung zur Wiedereröffnung der »Schiller-Volkshochschule Ludwigsburg und Marbach« statt, bei der Dr. Ackerknecht über »Aufgaben und Arbeit der Volkshochschule« referierte. Die eigentliche Eröffnung der Volkshochschule erfolgte am 6. Januar 1946 im Saalbau-Theater, verknüpft mit einer Schillerfeier, bei der der Schiller-Biograph Professor Buchwald aus Heidelberg den Festvortrag hielt. Die Veranstaltungen wurden am 7. Januar 1946 mit einer Vortragsreihe von Landrat Dr. Jaeger über »Lykurg und Solon im Lichte moderner Gesetzgebung und Staatspolitik« eingeleitet. Für spätere Veranstaltungen der Volkshochschule konnte u. a. auch der damalige Kultminister und spätere erste Bundespräsident Prof. Dr. Theodor Heuss gewonnen werden.

Bereits am 5. November 1945 war es zur Gründung des »Sport- und Kulturvereins Ludwigsburg« (SKV) gekommen, der sich aus einer Gesangsabteilung und einer Abteilung mit verschiedenen Sportarten zusammensetzte. Offiziell wurde der

Verein im Januar 1946 von der US-Kreismilitärregierung genehmigt. Offensichtlich wurden Ende 1945 auch in den Stadtteilen wieder Sportvereine zugelassen, entsprach doch der Ludwigsburger Gemeinderat im Dezember 1945 ihrem Antrag auf Rückgabe der in den letzten Jahren an Landwirte verpachteten Sportplätze.

Hinsichtlich der »Wiederaufnahme der gesanglichen und sportlichen Betätigung« wiesen die »Amtlichen Nachrichten« kurz vor Weihnachten 1945 nochmals darauf hin, daß die Militärregierung grundsätzlich die Genehmigung zur Gründung entsprechender Vereine erteilt habe. Auch die Bildung von Jugendgruppen zu religiösen, kulturellen, unterhaltenden und sportlichen Zwecken war wieder gestattet.

Die Feuerseeturnhalle und das Stadion wurden schließlich im Mai 1946 für die Benutzung durch die deutsche Bevölkerung freigegeben. Die Benutzung des Stadions war jedoch an bestimmte Auflagen gebunden.

Im Herbst 1946 fand dann die konstituierende Versammlung des Kreissportverbandes im Bärensaal statt, an der Delegierte von 30 Sportvereinen teilnahmen. Auch regional sollte Ludwigsburg bald wieder seinen alten Stellenwert als Austragungsort größerer sportlicher Veranstaltungen erhalten: So wurde das erste Landesturnfest nach dem Krieg, vom Landessportverband Württemberg veranstaltet, am 2. und 3. August 1947 im Ludwigsburger Stadion durchgeführt.

Die in der Bahnhofstraße 35 untergebrachte Stadtbücherei war für die allgemeine Benutzung ab Juni 1946 geöffnet. Durch die Übernahme verschiedener Büchereien und großangelegte Büchersammlungen war es Dr. Ackerknecht gelungen, einen ansehnlichen Grundstock zu schaffen.

Auf die Initiative des Kulturamts kamen zu jener Zeit zahlreiche kulturelle Veranstaltungen zustande. Als Beispiel sei die im Januar 1947 im Logensaal, Asperger Straße 37, gezeigte Gemäldeausstellung genannt, die junge begabte Künstler aus dem Kreis einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen sollte. Bei dieser Ausstellung waren Ölgemälde, Aquarelle und Zeichnungen des Kunstmalers Paul Scholpp aus Poppweiler zu sehen.

Allgemein erfreuten sich die Theater in der ersten Nachkriegszeit eines regen Zulaufs. So etablierte sich auch in Ludwigsburg im Frühjahr 1946 ein Theater, das »Schiller-Theater-Ludwigsburg«, das mit großem Engagement als Privatunternehmen aufgebaut und seitens der Stadt mit Kräften gefördert, am Samstag, dem 20. Juli 1946, mit dem Lustspiel »Kinder, Kinder« von Hans Fitz in der Eglosheimer Gemeindehalle seine erste Vorstellung geben konnte. Unter der Leitung von Intendant E. Homann hatte damit Ludwigsburg ein eigenes Theater erhalten. Leitung wie Künstler, so äußerte sich das »Amtsblatt« optimistisch, böten Gewähr, daß in stetigem Aufbau ein kulturelles Niveau der Vorstellungen erreicht werde, das keinen Vergleich mit anderen Bühnen zu scheuen brauche. Jedoch warf die Unterbringung des Theaters große Probleme auf. Geeignete Räume, wie der große Saal in der Musikhalle, der von den Amerikanern beschlagnahmt worden war, standen nicht zur Verfügung. Schließlich konnte das Theater im Ratskellersaal seine Aufführungen geben. Das Theater, über dessen künstlerisches Niveau im Laufe seines Bestehens aber immer häufiger Klagen laut wurden, mußte im Jahre 1949 seinen Betrieb einstellen, nachdem es Konkurs angemeldet hatte.

Nicht zuletzt sollen noch die schon in den 1930er Jahren von Prof. Wilhelm Krämer gegründeten und unter seiner künstlerischen Leitung durchgeführten

zweimal pro Woche, mittwochs und samstags, erschienen.

Nach den Vorschriften der US-Armee waren bei der Herausgabe solcher Zeitungen sehr enge Grenzen gesetzt. Grundsätzlich durften in den »Amtlichen Nachrichten« nur die offiziellen Bekanntmachungen des Landrats und des Oberbürgermeisters, also keinerlei politische Nachrichten, erscheinen. Redaktionelle Notizen waren an sich verboten, jedoch wurden sie in begrenztem Umfang, meist um Raum zu füllen, erlaubt. Generell war der für kurze Zeit zugelassene, jedoch bald wieder eingestellte Anzeigenteil auf das Notwendigste beschränkt, so durfte er z. B. keine Tauschgebote enthalten. Standesamtliche Nachrichten konnten erscheinen, doch waren private Verlobungs-, Geburts- und Todesanzeigen verboten. Ab 6. April 1946 (bis Ende 1955) erschien einmal wöchentlich das »Amtsblatt für die Stadt und den Kreis Ludwigsburg«, das nahezu ausschließlich amtlichen Bekanntmachungen, nämlich zum größten Teil den »Mitteilungen« des Landratsamtes und der Stadtverwaltung vorbehalten war.

Den großen Bedarf der Ludwigsburger Einwohnerschaft an privaten Tausch-, Kauf- und Verkaufsmöglichkeiten etc. sollte der ab Mai 1948 einmal wöchentlich erscheinene und an den Plakatsäulen und -tafeln angeschlagene »Ludwigsburger Anzeiger«, in dem allerdings außer Anzeigen kein weiterer Text erlaubt war, decken.

Als zweite Zeitung in Württemberg-Baden war im September 1945 von der Militärregierung die Lizenz für die »Stuttgarter Zeitung« erteilt worden (die Herausgabe von Zeitungen war in der US-Zone zunächst nur in den größten Städten möglich). Diese Zeitung brachte unter der Überschrift »Für Stadt und Kreis Ludwigsburg« auch lokale Nachrichten aus Ludwigsburg.

Schon bald wurde die Herausgabe einer eigenen Zeitung für die Stadt Ludwigsburg verlangt. Diese Forderung griff auch der Ludwigsburger Gemeinderat, erstmals im Dezember 1946, auf. Jedoch sollte es noch bis März 1949 dauern, bis in Ludwigsburg wieder eine eigene Zeitung, die »Ludwigsburger Kreiszeitung«, erscheinen konnte.

Quellen und Literatur

A. Ungedruckte Quellen: Stadtarchiv Ludwigsburg

- L 3 Akten des 20. Jahrhunderts
- L 9 Handakten der Oberbürgermeister
- L 11 Personalamt
- L 23 Stadtköonomieverwaltung und Stadtwirtschaftsamt
- L 25 Lebensmittel- und Bekleidungsamt
- L 30 Rechts- und Wohnungsamt
- L 31 Polizeiverwaltung Ludwigsburg
- L 41 Kulturamt
- L 50 Sozialamt
- L 53 Flüchtlingsamt
- L 67 Garten- und Friedhofamt
- L 150 Gemeinderatsprotokolle
- V 1 Mikrofilme und -fiches; hier: Unterlagen der amerikanischen Militärregierung (OMGUS)
- V 3 Nachlässe und Fremdarchive; hier: Teilnachlaß Wilhelm Keil

B. Gedruckte Quellen und Literatur

Amtliche Bekanntmachungen des Oberbürgermeisters des Stadtkreises Ludwigsburg, 1945

Amtliche Nachrichten für den Stadt- und Landkreis Ludwigsburg, 1945–1946

Amtsblatt für die Stadt und den Kreis Ludwigsburg, 1946 ff.

Belschner, Christian: Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten. Von Walter Hudelmaier neu bearbeitet und bis zur Gegenwart erweitert, 3. Aufl. 1969

Blumenstock, Friedrich und Oscar Paret: Das Ende des Zweiten Weltkriegs im Kreise Ludwigsburg. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 13/1957, S. 9–42

Cordes, Günter: Die amerikanische Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg. In: USA und Baden-Württemberg in ihren geschichtlichen Beziehungen. Beiträge und Bilddokumente. 1976, S. 114–120

Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern. Hg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein. Bearb. von Hansmartin Schwarzmaier unter Mitarbeit von Hermann Ehmer, Herwig John, Hiltburg Köckert, Reinhold Rupp, Maria Salabova und Hans Georg Zier, 1975

Die Eingliederung der Vertriebenen im Landkreis Ludwigsburg. Ein Rückblick auf die vier Jahrzehnte seit 1945. Hg. vom Landkreis Ludwigsburg, 1986

Festschrift des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Ludwigsburg. 1721–1971, 1971

Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, 1969

Geiger, Karl: Die Internierung im deutschen Südwesten. Ein Rückblick. 3. Aufl., 1977

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1. Auf dem Weg zur Republik 1945–1947. Hg. von Jürgen Weber, 1979

Gimbel, John: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, 1968

Gönner, Eberhard und Günther Haselier: Baden-Württemberg. Geschichte seiner Länder und Territorien, 1975

Hurwitz, Harald: Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949, 1972

Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Bd. 2, 1948

Kriegbaum, Renate: Ludwigsburg – eine stadtgeographische Untersuchung. Dissertation Freiburg, 1958

Latour, Conrad F. und Thilo Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947 (Studien für Zeitgeschichte). Hg. vom Institut für Zeitgeschichte, 1973

Lexikon der deutschen Geschichte. Hg. von Gerhard Taddey, 1977

Mikeler, Rudolf: Die Polizei im Wandel der Geschichte. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 31/1979, S. 57–69

Miller, Max und Paul Sauer: Die württembergische Geschichte von der Reichsgründung bis heute, 1971

Müller, Ulrich: Displaced Persons (DPs) in Ludwigsburger Kasernen 1945–1951. In: Ludwigsburger Geschichtsblätter 43/1989, S. 127–139

Nüske, Gerd Friedrich: Der politische Neuanfang 1945 in unserem Raum. 1981 (mschr. Vortragsmanuskript; Vorlage in Kopie: Stadtarchiv Ludwigsburg; gekürzt in: Ludwigsburger Kreiszeitung vom 21. und 24. 11. 1981)

- Nüske, Gerd Friedrich: Der staatliche Wiederaufbau Südwestdeutschlands. Neue Aspekte der westalliierten Deutschlandpolitik 1945–1952. In: Beiträge zur Landeskunde 1/1983, S. 1–9
- Paret, Oscar: 250 Jahre Ludwigsburg 1704–1954, 1954
- Protokoll über die Tagung der Landräte der amerikanisch besetzten Kreise Württembergs am 15. August 1945 in Ludwigsburg, o. J. (1945)
- Ruhl, Klaus-Jörg: Die Besatzer und die Deutschen. Amerikanische Zone 1945–1948, 1980
- Sauer, Paul: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952, 1978
- Sauer, Paul: 1945. Alle Gewalt ging von den Siegern aus. Südwestdeutschland in den ersten Monaten unter alliierter Besatzung. In: Beiträge zur Landeskunde 6/1978, S. 1–6
- Sauer, Paul: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus (Sonderveröffentlichung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg), 1975
- Schifferer, Otto: Die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Stadt Ludwigsburg von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik. Dissertation Tübingen, 1968
- Schlossberger, Konrad: Das Flüchtlingsproblem im Kreis Ludwigsburg – Württemberg. Dissertation Frankfurt/M. 1950
- SPD Ludwigsburg – 80 Jahre. 1891–1971. Hg. vom SPD-Ortsverein Ludwigsburg, 1971
- Stuttgarter Nachrichten 1946 ff.
- Stuttgarter Zeitung 1945 ff.
- Die Verwaltung der Stadt Ludwigsburg im Jahre 1947. Ein Jahresbericht von Oberbürgermeister Dr. Doch, o. J. (1948)
- Zusammenbruch, Besetzung, Neubeginn. Ludwigsburg in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges. Eine Dokumentation. Bearb. von Wolfgang Läßle. Hg. Stadt Ludwigsburg, 2. ergänzte Auflage, 1983

Abkürzungen (Auswahl)

- | | |
|-------|--|
| CIC | Counter Intelligence Corps (amerikanische Abwehr) |
| DPs | Displaced Persons (ehemalige Zwangs- und Fremdarbeiter, heimatlose Flüchtlinge aus Osteuropa usw.) |
| I.C. | Internment Camp (Internierungslager) |
| IRO | International Refugee Organization (internationale Flüchtlingsorganisation) |
| PG | Parteigenosse |
| SK | Stadtkreis |
| UNO | United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen) |
| UNRRA | United Nations Relief and Rehabilitation Administration (Hilfs- und Fürsorgeorganisation der Vereinten Nationen) |

Die Internierungslager in und um Ludwigsburg 1945-1949

von Ulrich Müller

Der »automatische Arrest«

Mit der Besetzung Deutschlands und der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht hatten die Amerikaner die Gelegenheit, ihre Vorstellungen von Entnazifizierung durchzusetzen. Ihr Ziel war seit langem die völlige Auflösung der NSDAP und damit die Entfernung ihrer Mitglieder und Anhänger aus allen wichtigen gesellschaftlichen Positionen. Führende NSDAP-Mitglieder wurden sofort beim amerikanischen Einmarsch verhaftet und in den zahlreichen Kasernen in und um Ludwigsburg interniert. Die vielen nach Kriegsende freigewordenen Kasernen von Ludwigsburg und Umgebung waren der Grund dafür, daß in dieser Stadt die größten Internierungslager in Württemberg-Baden von den Amerikanern eingerichtet wurden. Grundlage der konkreten Entnazifizierungsmaßnahme war die Direktive JCS 1067 vom 26. 04. 1945, in der auch »der automatische Arrest« für bestimmte NSDAP-Mitglieder verlangt wurde. Folgende Personenkreise waren dadurch betroffen: Amtsträger der NSDAP und ihrer Gliederungen bis herab zum Ortsgruppenleiter, alle Mitglieder der SS, Führer der Waffen-SS, höhere SA- und Polizeiführer, alle Angehörigen der politischen Polizei, der GESTAPO und des Staatssicherheitsdienstes, führende Ministerial- und andere hohe politische Beamte, alle höheren Offiziere und die Beamten der deutschen Verwaltungen in den besetzten Ländern, alle Generalstabsoffiziere; die Richter und Ankläger des Volksgerichtshofes. Schließlich »Nazis und Nazisympathisanten in wichtigen und Schlüsselstellungen auf Reichs- und Gauebene in öffentlichen und wirtschaftlichen Organisationen, Unternehmen und anderen Organisationen, an denen die Regierung erheblich beteiligt ist, in der Industrie, der Erziehung, dem Gerichtswesen, der Presse, dem Verlagswesen und anderen Institutionen, die Nachrichten und Propaganda verbreiten. Bis zum Beweis des Gegenteils ist allgemein anzunehmen, daß alle in derartigen Stellungen Nazis oder Nazisympathisanten gewesen sind.«¹

Die auffallend unpräzise Beschreibungen der Führungspositionen in wirtschaftlichen und administrativen Bereichen ist dadurch zu erklären, daß der hier maßgebende amerikanische Finanzminister Morgenthau von dem monolithischen Charakter der NS-Organisationen und der deutschen Oberschicht überzeugt war und deshalb ihre pauschale Bestrafung durchsetzen wollte. Bei der »Pauschalität und begrifflichen Verschwommenheit der Entlassungsbestimmungen« mußte man jetzt – im Vergleich mit den ca. 2 Mio. Entlassungen und ca. 200 000 Verhafteten in den Planungen des State Department – mit einer doppelt so hohen Zahl rechnen.² Die Probleme, die sich in der Praxis aus diesen Pauschalverhaftungen und Entlassungen ergeben würden, waren den Amerikanern durchaus bewußt, aber maßgebende amerikanische Kreise wollten nicht nur die deutsche Oberschicht bestrafen, sondern sie wollten vor allem auch die eigenen Truppen vor möglichen deutschen Untergrundaktionen schützen und vermuteten natürlich in den

Angehörigen der NSDAP am ehesten die Keimzelle des legendären und gefürchteten »Wehrwolfes«.³ Daß man für Mitglieder der NSDAP keine mildernden Umstände gelten lassen wollte, lag auch am Druck der öffentlichen Meinung in den USA – für die der Kampf gegen Nazideutschland ein wesentliches Motiv für den Eintritt in den Krieg überhaupt gewesen war. Truppenführer wie Eisenhower und Clay beugten sich diesem Druck und traten für eine forcierte Entnazifizierung ein.⁴ Gleich nach dem Einmarsch der Amerikaner kam es zu den ersten pauschalen Verhaftungen auf Grund des »Arrest Categories Handbook« und vorbereiteter »Schwarzer Listen«.⁵ Während in der amerikanischen Zone die Internierung in der Mehrzahl der Fälle schematisch aufgrund der Bestimmungen über den automatischen Arrest erfolgte, spielte in der französischen Zone die Denunziation die Hauptrolle. Dort wurde interniert, wer den Orts- und Kreiskommandanten oder der Sûreté verdächtig erschien, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden. Daß bei der Denunzierung oft persönliche Animositäten mitspielten, versteht sich von selbst.⁶ Die Verhaftungen wurden oft unter unwürdigen Umständen – vor allem in der französischen Zone – durchgeführt, Prügeleien, Folterungen und Todesfälle waren nicht selten. Aber auch der von den Amerikanern in Ludwigsburg-Ossweil inhaftierte jüdische Arzt Dr. Dr. Goldmann berichtet in seinen Memoiren, daß er von Angehörigen der Besatzungsmacht zu Beginn seiner Lagerzeit »halb tot geschlagen« worden sei.⁷ Der Landesverband der ehemaligen Besatzungsinternierten hat diese Fälle dokumentiert und in Buchform 1955 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. »Daß auch in der amerikanischen Zone Verhaftete ermordet wurden, beweist der Fall des Bürgermeisters von G.-S. Kurz nach dem Einmarsch der Amerikaner in die kleine Gemeinde G. S. a. d. B. wurde der Bürgermeister dieser Gemeinde von amerikanischen Soldaten verhaftet und weggetrieben, indem man ihn in roher Weise vor einem Jeep hertrieb in Richtung der Nachbargemeinde L.«. Ein paar Tage später fand man seine verstümmelte Leiche; die Dorfbewohner vermuteten, daß er von Polen ermordet worden war, denen der ehemalige Bürgermeister von den amerikanischen Truppen übergeben wurde.⁸ Nach Darstellung der Internierten spielten ehemalige Widerstandskämpfer bzw. neue Hilfspolizisten beim Aufspüren der zu Internierenden eine nicht geringe Rolle. Es wurden Fälle geschildert, in denen von der Front oder von einer Volkssturmformation heimkehrende Soldaten von Hilfspolizisten zu Hause aufgespürt und abgeholt wurden, bevor sie sich selbst bei den Amerikanern melden konnten.⁹

Die Amerikaner waren dieser Menschenflut kaum gewachsen und »eine Trennung zwischen Internierten und Kriegsgefangenen erfolgte in den ersten Wochen nur bei Prominenten, die insofern auch eine bessere Behandlung erfuhren, als sie in Gefängnissen oder Gebäuden untergebracht wurden. Die für die Amerikaner zunächst undurchdringliche Masse der Gefangenen wurde bei häufig erbärmlicher Ernährung auf freiem Feld in große Drahtgehege gesperrt, ohne daß die Militärbürokratie ... mit der Masse der Einzelfälle irgendwie fertig geworden wäre.¹⁰ Als die Amerikaner begannen, ihre Kriegsgefangenen zu entlassen, überführten sie diejenigen, die unter die Arrestkategorie fielen ebenfalls in die Internierungslager ihrer Zone.¹¹

Die meisten wurden zwei Jahre in automatischem Arrest gehalten, während der ganzen Zeit in totaler Ungewißheit über den gegen sie erhobenen Vorwurf. Alleiniger Haftgrund war bei vielen die Tatsache, daß sie den Titel »Rat« trugen. In den Lagern der amerikanischen Zone versammelte sich infolgedessen fast alles, was es

in ihr an Studien-, Gerichts-, Regierungs-, Land-, Medizinalräten usw. gab. Vorsorglich wurde ihnen allen unterstellt, daß sie als gefährliche »Nazis« ein »Sicherheitsrisiko« seien,¹² wurden alle in den Lagern vom CIC (Counter Intelligence Corps) verhört, der über sie eine Art Schreckensherrschaft ausübte (a small-scale reign of terror was led by CIC detachments).¹³

Es muß bezweifelt werden, ob den Amerikanern bei der Aufstellung ihrer Arrestkategorien bewußt gewesen war, unter welch komplizierten, ja grotesken Bedingungen im Dritten Reich die Voraussetzung für eine Beamtenkarriere geschaffen werden mußte. Gewiß war ihnen bekannt, daß ohne NSDAP-Mitgliedschaft keine hervorgehobene Stellung in der Gesellschaft zu erreichen war. War ihnen aber auch bekannt, daß es lediglich formale Mitgliedschaft gab? Konsul Dr. H. O. Meisner – Internierter des Ludwigsburger Lagers 74 – konnte nachweisen, daß er »SS-Ehrenführer« gewesen war. Dieser Status wurde ihm von der 3. US-Armee mit Schreiben vom 11. 2. 1947 anerkannt. Gemäß den Ausführungsbestimmungen des Befreiungsgesetzes fiel er damit nicht unter die Bestimmungen des automatischen Arrests, war also zu Unrecht über 1½ Jahre eingesperrt gewesen. Seinen »Ehrenführer«-Status konnte er dadurch nachweisen, daß er nie verurteilt worden war, keinen Dienst getan hatte, keine Uniform trug, keinen Beitrag (aber eine Eintrittsspende) bezahlte. Im Jahre 1937 sei er, ohne jemals ordentliches Mitglied gewesen zu sein, als »Hauptsturmführer« dienstrang-angeglichen worden, ohne eine Urkunde bekommen zu haben. Am selben Tage, an dem er weisungsgemäß aus der Kirche austreten mußte, sei er zunächst heimlich, dann aber auch öffentlich wieder eingetreten. Als weitere Entlastung führte er in seiner Rechtfertigungsschrift seine literarische Mitarbeit vor 1933 in führenden linken Blättern Berlins an. Auch habe er ab September 1944 als Diplomat nicht mehr ins Ausland reisen dürfen. Schließlich konnte er nachweisen, daß er für rassistisch verfolgte eingetreten sei und zahlreiche jüdische Freunde gehabt habe.¹⁴

Heute lesen sich derartige Rechtfertigungsversuche nicht ohne Peinlichkeit. Kann man einem Menschen zumuten, seine Gesinnung und politische Einstellung durch meßbare und nachprüfbare Handlungen, Gedanken und gar menschliche Kontakte unter Beweis zu stellen? Man muß aber für die Versuche der Inhaftierten Verständnis aufbringen, denn der »Persilschein«, der die ersehnte politische Entlastung brachte, bedeutete zunächst die Entlassung aus dem Lager und die Möglichkeit eines beruflichen und sozialen Neubeginns.

Beim Einmarsch der Amerikaner gab es täglich etwa 200 Internierungen; die Zahl war im Lauf von drei Monaten rasch auf über 700 pro Tag angestiegen, so daß am 16. Juli 1945 über 70 000 Personen interniert waren,¹⁵ Mitte Oktober 1945 80 000. Schließlich erfolgte am 4. 2. 1946 eine neue Arrestdirektive, die zu Entlassung aller Internierten führte, die nicht den in Nürnberg angeklagten Organisationen angehörten.¹⁶

Kritischer Einwand gegen das Instrument der Internierung war – auch schon sehr früh von amerikanischer Seite –, daß viele Internierte über Jahre in Gefangenschaft gehalten waren, ohne daß ihnen der Prozeß gemacht wurde.¹⁷ Nur gegen wenige konnte eine Anklage wegen Kriegsverbrechen erhoben werden. So stand man vor dem Problem, was mit den Tausenden von Nazis, höheren Beamten, sonstigen Verdächtigen oder für die Militärregierung gefährlich erscheinenden Personen geschehen sollte (unter denen auch manch einer wegen Namensverwechslung interniert war). Noch ehe man mit der Abwicklung der ganzen Entnazifizierung

auch die Internierungslager den Deutschen übergab (in der amerikanischen Zone November 1946), hatte man schon viele Jugendliche entlassen.¹⁸ General Clay hatte anfänglich die Masseninternierung gebilligt, später kamen ihm Zweifel. So schrieb er am 31. 1. 1946 nach Washington: »Wir haben Tausende noch im Gefängnis ohne die Möglichkeit, gegen Sicherheitsleistungen von der Haft verschont zu bleiben. Menschen, die auf ihre Aburteilung warten, bis Nürnberg vorbei ist. Gewiß steht das nicht im Einklang mit den bürgerlichen Freiheiten ... Wir nehmen noch immer »Sicherheitsverdächtige« fest. Keine dieser Maßnahmen steht im Einklang mit unserem Verständnis von bürgerlicher Freiheit ...¹⁹

Nach einem internen OMGUS-Bericht waren bis zum 6. 12. 1945 in der gesamten US-Zone 117 512 Personen interniert worden.²⁰ Nach Niethammer dürfte diese Zahl etwa den höchsten Stand der Arrestpolitik markieren, denn 1946 wurde über die Hälfte der Lagerinsassen entlassen. Niethammer stellt auch fest: »Unter den geschätzten 148 700 automatischen Verhaftungen in Deutschland sollten nur ca. 4 700 wegen der hohen bürokratischen Funktion des Betroffenen erfolgen.«²¹

Bis zum 1. 1. 1947 wurden in den einzelnen Zonen automatisch inhaftiert:

Britische Zone	64 500,
Amerikanische Zone	95 250,
Französische Zone	18 963.

Von diesen waren aber am 1. 1. 1947 bereits aus der automatischen Haft wieder entlassen:

Britische Zone	34 000,
Amerikanische Zone	44 000,
Französische Zone	8 040. ²²

Nicht belegte Schätzungen behaupten, daß sich 1946 280 000 – 300 000 Personen in amerikanischer Internierung befunden hätten.²³ Wir wollen im folgenden nun die Verhältnisse in und um Ludwigsburg darstellen.

Die Internierungslager in und um Ludwigsburg

In Ludwigsburg wurden nach dem Krieg in vielen leerstehenden Kasernen Lager für Internierte eingerichtet. Neben den Internierten waren aber auch »displaced persons« in den anderen Kasernen untergebracht; auch eine wechselseitige Nutzung zuerst für »displaced persons«, dann für Internierte ist nachzuweisen. Im folgenden sollen nun die Interniertenlager aufgeführt und kurz charakterisiert werden:

I. C. 71 Ludwigsburg Aldingen

wurde im Mai 1945 im ehemaligen Stalag-Barackenlager Grünbühl für Internierte eingerichtet. Da das Lager total heruntergekommen war, waren die Internierten zunächst mit Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten beschäftigt. Bemerkenswert ist, daß bereits 1946 von diesem Lager eine großformatig gedruckte Lagerchronik erschien. Aufmachung und Ausstattung mit bunten Bildern bzw. Fotos lassen erkennen, daß die Schrift im Auftrag der amerikanischen Armee entstanden ist. Zweifellos sollte sie Propagandazwecken dienen, die Bilder und knap-

pen Texte vermitteln einen positiven, fast fröhlichen Eindruck von dem Lagerleben der Internierten. In der Broschüre wird berichtet, daß seit Frühjahr 1946 die Nachrichten des Stuttgarter Radioprogrammes mit Lautsprechern im Lager übertragen wurden, damit sei »die Brücke zur neuen Zeit geschlagen«. ²⁴ Vermutlich wurde das Lager 1946 aufgelöst, denn am Ende dieses Jahres sind dort polnische »displaced persons« nachzuweisen.

I. C. 72 Ludwigsburg Krabbenlochkaserne

I. C. 73 Kornwestheim Hindenburgkaserne

diente zuerst als SS-Gefangenenlager, wurde aber bereits im Sommer 1945 wieder geräumt. ²⁵

I. C. 74 Ludwigsburg Ossweil, Flakkaserne

wurde am 16. Juni 1945 in der Flakkaserne eröffnet, die erst 1936 erbaut worden war und als sehr modern galt. Allerdings war die ursprüngliche Einrichtung weitgehend zerstört worden, da die Kaserne eine Zeitlang als Russenlager gedient hatte. So waren auch hier die ersten Gefangenen mit Aufräumarbeiten beschäftigt. Für sanitäre Zwecke wurden Baracken aufgestellt, in den Wohnbaracken wurden Öfen mit selbstgebrannten Ziegelsteinen eingebaut. ²⁶ Die ersten Gefangenen kamen aus dem »Freiluftlager« Heilbronn, anfänglich waren hier auch Frauen interniert, die aber später in die Fromann-Kaserne verlegt wurden.

I. C. 76 Kornwestheim, Ludendorfkaserne diente bis 1947/48 der zentralen Lagerspruchkammer als Arbeits- und später als Entlassungslager, bis zu deren Verlegung in die Fromann-Kaserne. ²⁷

I. C. 76 Hohenasperg

war ursprünglich für ausländische Diplomaten vorgesehen, die wegen ihrer pro-deutschen Einstellung interniert waren. Später waren dort Baltendeutsche untergebracht, die häufig an die UdSSR ausgeliefert wurden. ²⁸

I. C. 77 Ludwigsburg, Fromann-Kaserne

Darin befand sich, streng isoliert vom übrigen Lager, ein Frauenlager (teilweise als I. C. 79 geführt). Nach der Schließung des Kornwestheimer Lagers wurde die Zentralspruchkammer des Befreiungsministeriums dort untergebracht. Es war das am längsten existierende Internierungslager in Ludwigsburg. ²⁹

I. C. 78 Zuffenhausen, Grenadier-Kaserne

diente als »War-Crime«-Lager. Von dort aus erfolgten die Verlegungen nach Nürnberg und nach Dachau, wie auch die Auslieferungen an die anderen Siegermächte. Die letzten Insassen kamen 1947 nach Kornwestheim. ³⁰

Der Alltag im Lager

Die Lager Ludwigsburg und Umgebung waren zumindest am Anfang völlig überbelegt. Der rumänische Gesandte in Berlin, General Gheorghe, der als Internierter etwa 8 Monate in Kornwestheim verbrachte, berichtet über seine Ankunft im Lager, in dem die Häftlinge in drei Etagen in Brettergestellen hausten, die sie auch als Kaninchenställe bezeichneten.

»Am Tage gingen die meisten dieser Höhlenbewohner dem Lichte zu, d. h. sie

setzten sich an dem Rande der Lagerstätten auf und baumelten mit den Füßen über dem Kopf ihres Nachbarn von unten. Das hatte auf mich den Eindruck der Affentrauben gemacht. Für alle war natürlich ein solcher Vorzugsplatz nicht vorhanden, die übrigen mußten in ihren Löchern bleiben.« Eine »Stube« in Kornwestheim hatte einen Flächeninhalt von 10×6 m und eine Höhe von 3,5 m. Darin lebten 120 Menschen, im Block 3 000, im Lager selbst 12 000 Internierte.³¹ Der Lagerdolmetscher des Blockes C vom Lager Kornwestheim schrieb im Juli 1945 im Auftrag der Amerikaner eine Lagergeschichte, in der er auch auf die unmögliche Überbelegung hinwies: »Die Menschen waren in den Zimmern so zusammenge-



Die Überbelegung war besonders im Internierungslager Kornwestheim ein großes Problem

pfercht, daß auf jeden Gefangenen höchstens 3 cbm Raum entfielen. Tische und Sitzgelegenheiten gab es nicht. Es wäre aber in keinem Raum dafür Platz gewesen, sie unterzubringen.

Die Appelle wurden von nun an zur Tragikomödie! Die Männer des unteren Stockwerkes der Gerüste stehen aufrecht, die des mittleren Stockwerkes sitzen mit gebeugten Köpfen auf der Holzkannte ihrer Plattform. Die Bretter des oberen Stockwerkes hindern sie daran, sich aufzurichten. Und die Männer oben sitzen aufrecht (wenn möglich) auf ihren Pritschenkanten und haben den Kopf ihrer Untermänner zwischen den Beinen. Nur so kann aus Raumangel der Zählappell abgehalten werden!«. ³² Die Verhältnisse waren in Ludwigsburg-Ossweil ganz ähnlich. Dort lebten im Spätherbst 1945 zeitweise 1 500 Mann in einer Baracke, die für ca. 200 Mann gebaut worden war. Die höchste Belegung war Mitte September

1945 mit 10 300 Mann. Es gab eine Dusche für 48 Mann und einen Abortsitz für 47 Mann.³³

Daß diese beengten Verhältnisse für die Gefangenen sehr belastend waren, kann man sich leicht vorstellen. So bestand die einzige Unterbrechung des monotonen Lageralltags in dem Appell und im Essen. Morgens und abends wurde das sogenannte »Rollcall« abgehalten, ein reiner Zählappell: »Jede Woche einmal war dann noch ein »Headcall«, ein Appell mit Namensaufruf. Diese Appelle waren jeweils morgens um 7.00 Uhr und abends um 18.00 Uhr angesetzt. Es kam wohl häufig vor, daß der »Barrack-Sergeant« wegen Verschlafens eine Stunde später kam, dann wartete man eben so lange, es wurde ja nichts versäumt. Voraus ging dem Appell das Stuben- und Flurreinigen, das mit pedantischer Gründlichkeit »wie bei Preußens« durchgeführt werden mußte.«³⁴

Verpflegt wurden die Internierten aus amerikanischen Heeresbeständen, die Verpflegung galt als gut, wenn auch als einseitig, da sie zu wenig Gemüse enthielt. Mit Lastwagen wurden die Lebensmittel einmal in der Woche von Heilbronn geholt, wobei anfänglich unterwegs manches auf der Strecke blieb. Die Menge der Lebensmittel wurde genau nach der Zahl der Lagerinsassen berechnet. Es konnte aber häufig vorkommen, daß im Lager Neuzugänge zu verzeichnen waren, die bei der Berechnung der Lebensmittel nicht berücksichtigt worden waren, und so kam es dann zu Versorgungsengpässen. »So war das Magenknurren bald nur noch die einzige »innere Stimme«, die vernehmbar war. Und schon bald zeigten sich Hungerödeme bei den Insassen.«³⁵

Über die tatsächliche Kalorienmenge gibt es unterschiedliche Angaben. Für Gesunde waren 1 703 Kalorien, für die Kranken 2 500 Kalorien vorgesehen,³⁶ während in der Lagerchronik Kornwestheim berichtet wird, daß die angebliche Kalorienzahl von 1 600 nie erreicht wurde, wobei allerdings eingeräumt wird, daß dies später besser geworden sei.³⁷ Unabhängig von Einzelheiten ist es aber interessant zu wissen, daß die Verpflegung in den Internierungslagern, jedenfalls was die theoretisch vorgesehene Kalorienzahl betrifft, besser war als außerhalb der Lager. Während die deutschen Befreiungsminister forderten, die Verpflegungssätze an die der Normalverbraucher außerhalb der Lager anzupassen, lehnte OMGUS-Berlin alle Anträge auf Herabsetzung dieser Kalorienzahl ab. Vor allem die Ärzte im Lager wandten sich dagegen, da sie fürchteten, daß dann die Krankheiten zunehmen würden.³⁸ Als dann aber die Lager am 1. November 1946 in deutsche Verwaltung überführt wurden, wurde die Verpflegung den deutschen Verhältnissen angeglichen, d. h. sie wurde quantitativ und qualitativ schlechter.³⁹ Daß die Verpflegung in den Internierungslagern besser als draußen gewesen sein muß, kann man auch dadurch belegen, daß es im Lager Garmisch den Internierten verboten wurde, die Süßigkeiten, die sie bekommen hatten, für ihre Kinder aufzusparen.⁴⁰

Bereits bei der Ankunft im Lager (Kornwestheim) verfahren die amerikanischen Wachmannschaften nicht zimperlich: sie ließen keinen Zweifel aufkommen, daß sie von den Internierten absoluten Gehorsam verlangten. »Die Ankömmlinge wurden in einen wiederum streng bewachten Aufnahmewinger gebracht. Um in den viereckigen Zwinger zu gelangen, mußten sie von den Lastwagen aus zwischen zwei Reihen amerikanischer Soldaten entlanglaufen, die ihre schlagbreiten Knüppel auf die Rücken der Gefangenen niedersausen ließen, um alle im Laufschrift zu halten. Im Zwinger wurde das Verbot erlassen, sich ja nicht mehr als einen Meter dem Stacheldraht zu nähern. Zuwiderhandlung bedeutete den Tod. Ei-

ner der Gefangenen hatte den vollen Preis zu bezahlen, ein anderer wurde verwundet.«⁴¹ Bei der Ankunft im Lager wurde den Gefangenen alles abgenommen: »Geld, Uhren, Ringe, Zigarettendosen, Messer, Gabeln, Rasierklingen, Schuhriemen, Hosenträger usw.. Die Nähte der Röcke wurden aufgerissen und nach verborgenen Schätzen durchsucht.«⁴²

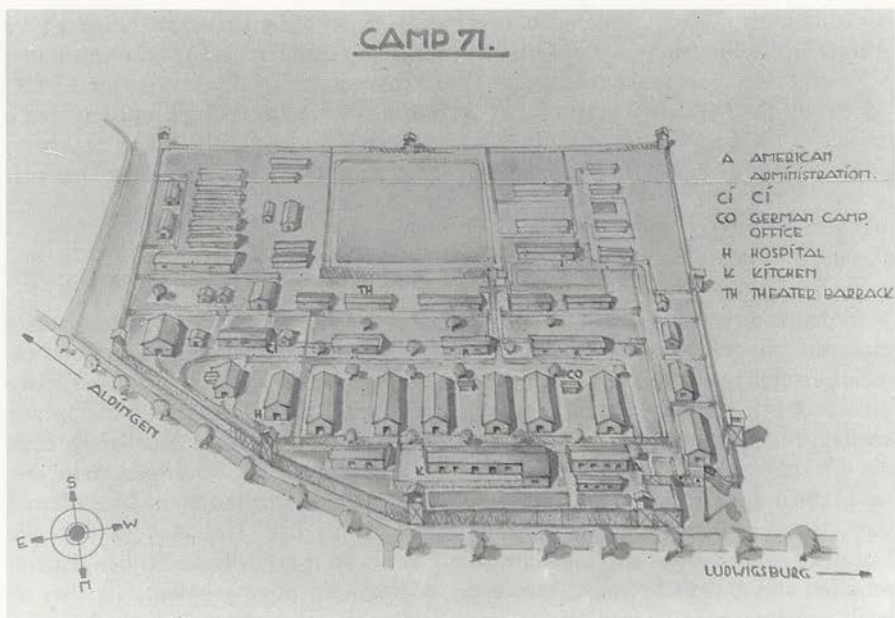
Besonders belastend empfanden es die Internierten, daß sie monatelang von der Außenwelt völlig abgeschnitten waren, d. h. sie konnten keinen Kontakt zu ihren Angehörigen aufnehmen. Die Familien wußten also in vielen Fällen nicht, was mit ihnen passiert war, umgekehrt lebten die Internierten in der quälenden Ungewißheit, ob ihre Frauen und Kinder noch am Leben waren. Der rumänische Gesandte Gheorghe, der im Ötztal praktisch von der Straße weg von seiner Familie getrennt und von den Amerikanern verhaftet worden war, konnte erst nach über sechs Monaten eine Verbindung zu seiner Familie herstellen.⁴³ Ab Dezember 1945 durften die Internierten Kontakt mit der Außenwelt aufnehmen und je einen Brief von nicht mehr als 18 Zeilen schreiben und empfangen.⁴⁴

Selbstverständlich wurde die Lagerpost zensiert. Im I. C. 74 Ludwigsburg-Ossweil Flakkaserne wurden dazu Deutsche d. h. gefangene Zensoren eingesetzt. Da der Chronist der Lagergeschichte dies selbst schildert, soll er hier zu Wort kommen. Man erkennt an der Darstellung unschwer, daß es damals, als alle Internierten »Kameraden« waren, nicht ganz unproblematisch war, wenn »Kameraden« durch »Kameraden« überwacht werden sollten.

»Für unsere Lage ist die von amerikanischer Seite befohlene Zensur ein verständlicher Sicherheitsfaktor. Die Tatsache, daß die Prüfung aller aus- und eingehender Briefe durch Internierte – nach Bestimmung und Überwachung amerikanischer Stellen – erfolgt, läßt den Schluß zu, daß die Lagerführung den Internierten die Selbstkontrolle und damit den Weg zur Selbstdisziplin zusteht. Sie bedeutet aber auch einen Vertrauensbeweis des Amerikaners gegenüber seinen politischen Häftlingen, der wohl verstanden und gewürdigt und nur von Außenseitern zu mißbrauchen versucht wurde ... Die vier Zensoren sind mit vollem Vertrauensbewußtsein ihrer schwierigen Lage gerecht geworden, und dies nicht nur leistungsmäßig, sondern in gleichem Maße auch haltungsmäßig. Sie haben vielleicht wie kein anderer im Lager Einblick in die Herzen der Kameraden.«⁴⁵ Ob die Kameraden dies auch so gesehen haben? Vermutlich nicht, denn so, wie der unbekannte Chronist formuliert, dürfte die Anbiederung an die neuen Verhältnisse den anderen »Kameraden« zu weit gegangen sein.

Freilich haben sich die Amerikaner bemüht, in den Lagern rasch eine deutsche Selbstverwaltung aufzubauen. So wurde von ihnen in Ludwigsburg-Ossweil ein deutscher Lagerleiter eingesetzt und im Einvernehmen mit diesem wurden die acht Barackenleiter von der amerikanischen Lagerführung ernannt. Die Flur- und Stubenältesten wurden von der Gemeinschaft ordentlich gewählt.⁴⁶ Der schon erwähnte rumänische Gesandte Gheorghe machte sich über die Selbstverwaltungsversuche in Kornwestheim lustig. Die Lagerverwaltung sollte von zwei Parlamenten überwacht werden. Ein kleines Parlament aus Block- und Lagerleiter bestehend, eine Art Oberhaus oder Senat von gewählten Vertrauensleuten.⁴⁷ So wurde der gesamte Betrieb im inneren Bereich des Lagers von der deutschen Lagerverwaltung gelenkt – auch z. B. die Essensverteilung in den einzelnen Baracken.

Allerdings konnte nicht jeder Gefangene in der Selbstverwaltung mitarbeiten – vom Ortsgruppenleiter der NSDAP und SS-Rottenführer an aufwärts durfte an-



Modell des I. C. 71

fänglich niemand in der Verwaltung verwendet werden. Eine Ausnahme bildete in Kornwestheim der erste Lagerbürgermeister Walter Schmid, ein ehemaliger Polizeipräsident und SS-Standartenführer, der ganz offensichtlich großes Vertrauen seiner Leute genoß, vom Lagerparlament bestätigt und von den Amerikanern geduldet wurde.⁴⁸ Zur Selbstverwaltung gehört auch, daß in den Lagern relativ früh eigene Lagerzeitungen erscheinen konnten. In Ludwigsburg I. C. 71 erschien schon im Oktober 1945 eine tägliche Ausgabe mit vier bis sechs Seiten. Die Auflage bestand aus 280 Stück, die im Umdruckverfahren hergestellt wurden. Seit November 1945 erschien eine gedruckte Sonntagsausgabe mit acht Seiten.⁴⁹ Die Zeitung bekam den Titel »Schwarz auf Weiß«, weil mit ihrer Hilfe den im Lager kursierenden Gerüchten entgegengetreten werden sollte.⁵⁰ Auch die Innenwachen wurden von den Internierten selbst gestellt, nachdem sie in den ersten Wochen von amerikanischen Soldaten gebildet wurden. Die bereits zitierte Ludwigsburger Lagerchronik (I. C. 74) sah in der Übertragung dieser Wachdienste von den amerikanischen Soldaten auf die deutschen Gefangenen einen erneuten amerikanischen Vertrauensbeweis, dem man sich würdig zu erweisen habe. »Rund 50 Kameraden besetzten in zweistündiger Ablösung die kleinen hölzernen Wachhäuschen vor dem Stacheldraht des einzelnen Blocks.

Sie erkannten die Gefahr, die in ihrem Auftrag, eine gewisse Kontrolle und damit Überwachung ihrer Mitinternierten durchzuführen, lag und absolvierten mit guter Einfühlung, mit Zurückhaltung aber voll Pflichterfüllung gegenüber den Interessen aller ihren Dienst.« Besonders delikater war die Mitarbeit von »14 deutschen Kameraden« bei der CIC, also der Institution, die für die politische Ein-

schätzung der Gefangenen zuständig war. Die 14 deutschen Mitarbeiter hatten die Aufgabe, die Fragebögen zu berichtigen und zu ergänzen. Natürlich verbunden mit der Pflicht zur Geheimhaltung. Dies konnten nur ganz zuverlässige Gefangene tun, die von den übrigen sicher als Opportunisten eingestuft wurden. Auch die Lagerbücherei in Ludwigsburg-Ossweil wurde von deutschem Personal beim CIC verwaltet, ebenso rekrutierten sich die Zensoren aus diesen Leuten.⁵¹

Fortbildung und Arbeit im Lager

In den Internierungslagern sollte den Gefangenen der Ungeist des Nationalsozialismus ausgetrieben und sie sollten statt dessen für demokratische Lebensformen gewonnen werden. Inwieweit dieses Ziel der Amerikaner durch die Gefangenschaft erreicht werden konnte, kann im Rahmen dieser Darstellung sicher nur spekulativ angesprochen werden, vielleicht am Ende der Arbeit. Die Strafe, d. h. die Gefangenschaft unter sehr belastenden Bedingungen, stellt nur eine Seite dieser Maßnahme dar, wichtiger war der Versuch, durch Fortbildung die Internierten mit »demokratischem« Gedankengut vertraut zu machen. Um »das geisttötende Dahinvegetieren etwas aufzulockern, wurden zuerst innerhalb der Stubengemeinschaften von einzelnen Stubenkameraden kleinere Vorträge gehalten, die aber jeweils gemeldet werden mußten.⁵² Thematisch waren diese Vorträge sehr breit gestreut, sie waren allgemeinbildender Art, so daß der literarische, historische, kulturgeschichtliche, aber auch naturwissenschaftliche Bereich vertreten war. Daraus entstand dann eine regelrechte Lagervolkshochschule, »angeregt von der deutschen Lagerleitung und genehmigt und unterstützt von den amerikanischen Dienststellen.«⁵³

Die Veranstaltungen waren immer gut besucht, besonders gefragt waren auch die Sprachkurse, vor allem Englisch und berufliche Umschulungslehrgänge z. B. für Kaufleute, Bauhandwerker oder Kleinsiedler.⁵⁴ Später wurden für die Vorträge auch Fachleute außerhalb der Lager gewonnen, die zum größten Teil aus dem Raum Stuttgart kamen: Professoren, Lehrer, Ärzte, aber auch Theologen. Interessanterweise läßt sich eine gezielte inhaltliche politische Umerziehung nicht nachweisen. Es sei denn, man unterstellt, daß in Vorträgen wie »Hauptprobleme der deutschen Geschichte« oder »Bismarck und wir« der Bogen bis zur Gegenwart gespannt worden wäre mit dem Ziel, für die neuen politischen Zustände zu werben.⁵⁵ Natürlich achteten die Amerikaner auf die Lagervolkshochschule. Sie nahmen z. B. einmal daran Anstoß, daß die Dozenten im Lager ihre Vorlesungen sogar drucken lassen konnten, ohne das sonst notwendige Lizenzierungsverfahren durchlaufen zu müssen, während weniger belastete Professoren außerhalb der Lager nur mit amerikanischer Druckerlaubnis veröffentlichen konnten.⁵⁶ Bei der amerikanischen Erziehungsabteilung war man sich einig, daß man einen derartigen Mißstand nicht mehr dulden könne.⁵⁷

Neben der Lagervolkshochschule entwickelten sich Lagerchor und Lagerorchester, auch die seelsorgerliche Betreuung wurde bald aufgenommen, als noch die einzelnen Bauten streng voneinander getrennt waren.⁵⁸ Das Bedürfnis nach religiöser Neuorientierung war nach dem politischen Zusammenbruch unter den Internierten sehr groß, so daß es zu zahlreichen Wiedereintritten in die Kirche im Lager kam, von der beide Konfessionen profitierten. Die seelsorgerliche Betreu-

ung wurde von Pfarrern, die von außen kamen, durchgeführt, aber zum Teil auch von internierten Pfarrern, die in den Baracken Bibelabende und religiöse Aussprachen veranstalteten.⁵⁹ Allerdings war nach der Statistik vom 6. 5. 1947 nur ein Pfarrer in Ludwigsburg (I. C. 14) interniert.⁶⁰ Selbstverständlich gab es in den Lagern auch die Möglichkeit, Sport zu treiben und sportliche Wettkämpfe zwischen den einzelnen Baracken durchzuführen. Auch Theateraufführungen wurden mit viel Aufwand und sehr begrenzten Mitteln veranstaltet.⁶¹

Schließlich veranlaßte die besondere Situation manchen Gefangenen dazu, selbst zur Feder zu greifen und die Gefangenschaft, aber auch andere Themen in lyrischer Form darzustellen. Dieses Verlangen war so groß, daß in den Lagern (Kornwestheim) Dichtert Wettbewerbe abgehalten wurden. »Die Dichterehrung bestand in einer zusätzlichen Verpflegungsration.«⁶² Leider sind nur noch wenige Gedichte aus dieser Zeit erhalten, hätte man mehr, könnte man sicher über die seelische Verfassung der Internierten einige Aussagen machen. Nicht untypisch für die Internierten, jedenfalls für die, die sich nach der Lagerzeit zum Landesverband der Besatzungsinternierten zusammengeschlossen haben, dürfte das Gedicht von Korff sein. »Beethoven: 5. Symphonie: Schicksal.«:

*Wir wissen nicht, was uns die Sterne sagen,
Nicht wie ein Weg sich zeigt, noch wie sich wirft das Los,
Wir wissen nur, daß unser Schicksal groß:
Und mannhaft müssen wir die Zeit ertragen.*

*Uns richtet nicht der Mensch in seinem Fehlen,
Wo Völker stürzen, bist du nicht mehr Dein.
Wir tragen uns're Stirnen frei und rein,
Ein neues Wissen lebt in unsern Seelen.*

*Es geht ein Sturm. In eines Größern Händen
Ruht unser Schicksal, wie der Sterne Bahn:
Wir traten nach des Schicksals Willen an –
Nach seinem Willen müssen wir vollenden.*

Persönliche Fehler werden in der Regel nicht eingeräumt, der verlorene Krieg und die Internierung werden als ein Schicksalsschlag angesehen, über den man nicht weiter nachgrübelt, man könnte ja sonst eigene Verfehlungen einräumen müssen, sondern man sucht nur noch die »mannhafte Bewährung« im Kreis der Kameraden. Im Gegenteil, man richtet sich auf an der vorgegebenen »persönlichen Integrität«. »Wir tragen unsere Stirnen frei und rein« – ob da noch Platz für andere Einsichten sein kann?

Die eigentliche Arbeit in den Lagern war freiwillig. Zunächst war man in Ludwigsburg (I. C. 74) mit der Reparatur des bombengeschädigten Lagers beschäftigt, später wurden im Lager Autos repariert, Schuhe geflickt, Bücher gebunden, Anzüge in einer Schneiderei hergestellt, Bühnenbilder gemalt, wobei die meisten Werkzeuge dafür im Lager selbst hergestellt worden waren.⁶³ Viele Gebrauchsgegenstände für den täglichen Bedarf wurden aus Abfall hergestellt,⁶⁴ und es werden auch kunstgewerbliche Arbeiten (Gemälde) oder Schneiderarbeiten für die Amerikaner angefertigt.

Neben den Arbeiten im Lager gab es auch z. B. in Ludwigsburg-Ossweil Au-



Lagerarbeit

ßenkommandos, die den Häftlingen willkommene Gelegenheit boten, mit der Außenwelt in Kontakt zu kommen. Obwohl die Außenkommandos nur aus 10 Mann bestanden, die von polnischen DPs bewacht wurden, ist es ihnen gelungen, immer wieder einen Arbeitskollegen ohne Zählung hinauszuschleusen, der dann nach Hause fahren und acht Tage Urlaub machen konnte. Nach einer Woche kam er zurück, dann konnte ein anderer für ihn nach Hause fahren.

Dieses System wurde von den Häftlingen als »Kette« bezeichnet, und da es vier solcher Ketten gab, waren ständig vier Mann auf Urlaub. Es dauerte allerdings zehn Wochen, bis man dran kam. Es konnte sogar vorkommen, daß ein Internierter auf der Baustelle bei Ludwigsburg seine Rolle mit seinem Sohn tauschte, d. h. der 16jährige Sohn fuhr abends an Stelle des Vaters in die Flakkaserne nach Ossweil, blieb dort acht Tage, bis er wieder auf der Baustelle von seinem Vater abgelöst wurde. Möglich war dies anscheinend, weil die polnischen Wachmannschaften die Internierten auf der Baustelle dem Polier übergaben und dann erst wieder abends bei der Rückfahrt aufgetaucht seien. Die Polen hätten sich sehr gut benommen, und sich von Deutschen schriftlich bestätigen lassen, daß sie diese gut behandelt hätten. Offensichtlich hätten sie Angst davor gehabt, daß sich »das Blatt noch wenden« könne. Dem Sohn ging es übrigens im Lager Ossweil recht gut. »Mein Sohn ist ganz begeistert von dem Aufenthalt im Internierungslager. Er wurde herausgefüttert wie noch nie. Alle haben sich um ihn gekümmert und ihn bei einem überraschenden Zählappell prima durchgebracht.«⁶⁵ Es ist anzunehmen, daß die Gefangenen gerne arbeiteten, um den trostlosen Lageralltag leichter bewältigen zu können. Aus dem Lager Garmisch wird berichtet, daß diejenigen, die sich freiwillig zu einem Arbeitsdienst meldeten, mehr zu essen bekommen haben. Sie bekamen drei Mahlzeiten (ein Mittagessen), die anderen bekamen nur zwei.⁶⁶ Von dieser Art von Arbeit sind die Arbeitslager zu unterscheiden, die im Frühjahr 1947

ingerichtet wurden und in die solche Internierte eingewiesen wurden, die vor einer Spruchkammer ausdrücklich zu Arbeitslager verurteilt wurden.

Die Entnazifizierung unter deutscher Verwaltung

Die von den Amerikanern im Sommer und Herbst 1945 durchgeführte rigorose Entnazifizierung führte zur Entlassung so zahlreicher ehemaliger Nationalsozialisten aus ihren Ämtern, daß die öffentliche Verwaltung und der Schulbetrieb weitgehend lahmgelegt wurden.

»Wer bestimmte – vor allem öffentliche – Ämter, die von der Spitze bis etwa zum gehobenen Dienst herunterreichten, inne hatte oder übernehmen sollte, mußte ausführliche Fragebögen über Karriere und politisches Engagement einreichen... Im Ergebnis wurde der Betroffene interniert, aus seiner Stellung entlassen, seine Entlassung empfohlen oder kein Einwand gegen ihn erhoben.«⁶⁷ Diese rigorose Entnazifizierungspraxis blieb in der Öffentlichkeit nicht unwidersprochen und führende württemberg-badische Politiker aller demokratischer Richtungen waren sich darin einig, daß eine »generelle Gleichsetzung von Mitgliedern der NSDAP mit aktiven Nationalsozialisten nicht angängig war, weil diese Charakterisierung nur auf einen Bruchteil der ehemaligen Parteigenossen zutraf. Sie verlangten aus guten Gründen eine Prüfung des jeweiligen Einzelfalles und außerdem eine Begrenzung der Säuberung auf diejenigen Parteimitglieder, die politisch hervorgetreten waren.«⁶⁸

Die Amerikaner aber hielten an dem ursprünglichen Konzept ihrer Entnazifizierungspolitik fest, zumal bei den geringsten Anzeichen eines Nachlassens in den USA selbst heftige Kritik an der Politik der Militärregierung laut wurde. Denn der Kampf gegen den Nazismus war für viele Amerikaner das Kriegsziel schlechthin gewesen, das man sich nicht durch eine zu großzügige Militärverwaltung nehmen lassen wollte. Generalleutnant Clay übertrug die Säuberung in die deutsche Zuständigkeit, diktierte jedoch die gesetzlichen Grundlagen weitgehend.⁶⁹ Geregelt wurde die Entnazifizierung am 5. 3. 1946 im Gesetz zur »Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus«, das von den drei Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone (Württemberg-Baden, Groß-Hessen und Bayern) in München feierlich akzeptiert wurde.⁷⁰ Nach dem Befreiungsgesetz hatte jeder über 18 Jahre alte Deutsche einen Meldebogen auszufüllen und nach dem Grad der politischen Belastung wurden die Betroffenen als Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete eingestuft und demgemäß zu Sühnemaßnahmen herangezogen. »An Sühnemaßnahmen konnten bis zu 10 Jahren Arbeitslager, vollständiger oder teilweiser Vermögenseinzug, Geldstrafen, Berufsverbote oder -beschränkungen, zeitweiliger oder dauernder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wie Wahlrecht, Wählbarkeit, Mitgliedschaft bei politischen Parteien, Gewerkschaften, wirtschaftlichen oder beruflichen Verbänden verhängt werden.«⁷¹

Um jeden Fall individuell prüfen zu können, wurden in allen Stadt- und Landkreisen Spruchkammern gebildet, in denen ein öffentlicher Kläger Anklage erhob. Gegenüber dem bisherigen schematischen Verfahren der Amerikaner schien der Vorteil der Spruchkammern darin zu bestehen, daß die Beisitzer der Kammern mit den örtlichen Verhältnissen, auch mit dem Beruf des Angeklagten vertraut waren und so eine gerechtere Einschätzung möglicher Verfehlungen denkbar schien. Al-

Ein Lager
ändert
sein Gesicht

Maï 1945

Juni 1945



August 1945



Baracken, Baracken ...

lerdings wurde die Übertragung der politischen Säuberung in deutsche Zuständigkeit von den Betroffenen selbst nicht positiv gesehen und die Veröffentlichung des Entnazifizierungsgesetzes wirkte auf die Bevölkerung ziemlich schockierend, zumal viele Tausend kleiner Beamter, Gewerbetreibender usw., die keinerlei aktive Rolle in der NSDAP gespielt hatten, von ihm betroffen waren.⁷²

Bbeauftragt mit der Durchführung des Befreiungsgesetzes in Württemberg-Baden wurde am 8. 4. 1946 Gottlob Kamm, Sozialdemokrat und ehemaliger Bürgermeister von Schorndorf. Er erhielt zunächst den Rang eines Staatssekretärs.⁷³ Kamm hatte große Schwierigkeiten, die Spruchkammern zu installieren, da die Mitarbeit der Parteien, aber auch das Interesse der Bevölkerung nur gering war. Unter Zeitdruck schien er auch zu kommen, weil die Amerikaner die von ihnen eingerichteten Internierungslager in Württemberg-Baden, die etwa 25 000–28 000 Insassen zählten, bis zum 30. 8. 1946 in deutsche Verwaltung übergeben wollten. Er besuchte im Juni 1946 die noch unter amerikanischer Verwaltung stehenden Lager in Ludwigsburg und trat sogleich für die Entlassung der kranken und invaliden Internierten ein. Auch bedauerte er, daß etwa nur die Hälfte der Internierten beschäftigt war und auch das nur in Innenwerkstätten, in denen Spielsachen oder kleinere Haushaltsgeräte aus Altmaterial hergestellt wurden. Er hielt es für sinnvoller, wenn die Internierten konkret am Wiederaufbau der zerstörten Städte mitgewirkt hätten. Die Zusammenballung von so vielen Menschen – 8 000 auf engstem Raum – hielt er, auf dem Hintergrund seiner eigenen KZ-Erfahrungen, für einen großen Fehler.

Als die Internierungslager Ende 1946 unter deutsche Verwaltung kamen, lebten in Ludwigsburg etwa 13 000 Internierte, am 31. 12. 1946 10 618, am 31. 5. 1947 12 116, am 31. 8. 1947 10 041, am 31. 12. 1947 5 089 und am 31. 3. 1948 3 400.

Kamm vertrat gegenüber OMGUS Berlin die Auffassung, die Internierten vor die Heimatspruchkammern zu bringen. Er versprach sich dadurch zum einen die zeitweilige Entlassung der Betroffenen aus dem Lager und eine gerechtere Beurteilung, weil eben die Spruchkammer das persönliche Umfeld des Angeklagten im heimatlichen Raum besser kennen würde. Kamm konnte sich aber nicht durchsetzen. OMGUS bestand auf der Einrichtung von Lagerspruchkammern. Da man die Lager in 15 Monaten abbauen wollte und noch mit Zugängen rechnete, mußten mindestens 50 Lagerspruchkammern errichtet werden, was ein kaum lösbares Personalproblem darstellte. Allerdings konnten diejenigen Internierten, die vor dem 1. 9. 1939 ihre Ämter nicht mehr inne hatten oder bei der allgemeinen SS ausgetreten waren, vor ihrer Heimatspruchkammer abgeurteilt werden. Andererseits mußten aber diejenigen im Lager bleiben, die während des Krieges oft nur wenige Monate stellvertretende Ortsgruppenleiter waren und unter normalen Umständen dies nie geworden wären.⁷⁴

Kamm bedauerte auch, daß manche bis zu zwei Jahren festgehalten wurden, obwohl sie 1943 oder 1944 von der Luftwaffe zur SS abkommandiert und zum Teil als Wachen für Konzentrationslager eingesetzt worden waren. In vielen solchen Fällen konnte die Lagerspruchkammer nur ein »nicht betroffen« nach dem Befreiungsgesetz aussprechen. Um schließlich die Verfahren abzukürzen, wurde vereinbart, daß die Internierten, die nicht der Partei oder einer ihrer Gliederungen angehört hatten, ohne Spruchkammerverfahren entlassen werden konnten.⁷⁵

Insgesamt kann man sagen, daß Kamm sehr daran gelegen war, das Thema »Internierungslager« rasch abzuschließen. Er vertrat einen großzügigen und pragma-

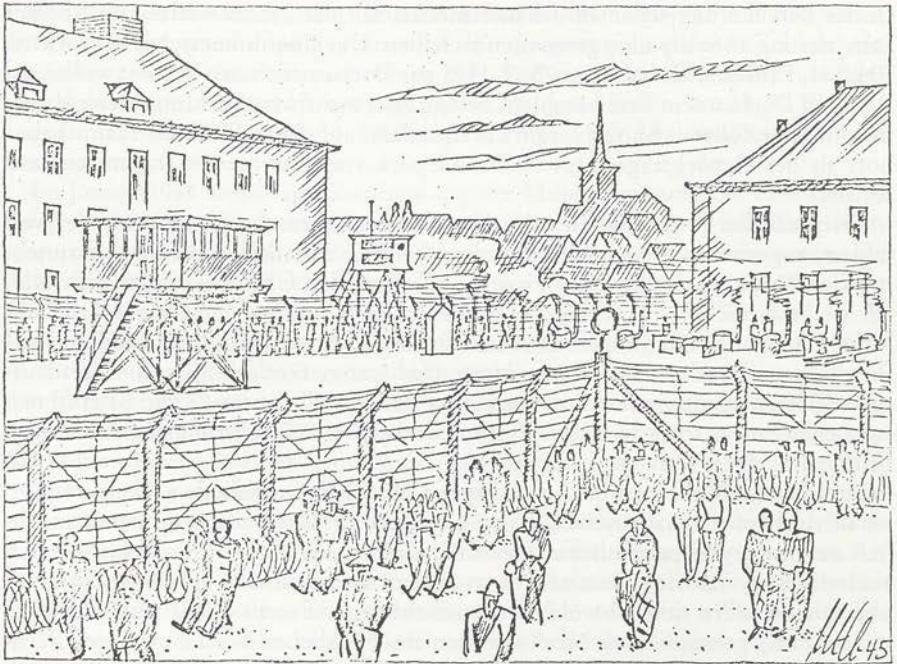
tischen Kurs und wollte, daß nur die wirklich Belasteten bestraft und die Mitläufer möglichst rasch in die Gesellschaft eingegliedert werden, um eine sinnvolle Wiederaufbauarbeit zu leisten.

Die Arbeitslager in Ludwigsburg und Kornwestheim

Ursprünglich war daran gedacht, daß in der Folge des Befreiungsgesetzes in Württemberg mehrere Arbeitslager in der Nähe bombengeschädigter Städte, errichtet werden sollten. Die von den Spruchkammern zu »Arbeitslager« verurteilten Hauptschuldigen und schwer Belasteten sollten dort beim Wiederaufbau mitarbeiten. Es wurden aber im Februar/März 1947 nur zwei Arbeitslager eingerichtet, nämlich in Ludwigsburg und Kornwestheim. Die Lager waren den Internierungslagern in Ludwigsburg (I. C. 72) und Kornwestheim angeschlossen, aber vom Hauptlager durch Stacheldraht mit besonderer Bewachung getrennt. Die Arbeitslagerinsassen lebten unter strengeren Bedingungen als die Internierten, in Ludwigsburg (I. C. 72) im Pferdestall und in Kornwestheim in Autohallen.⁷⁶

Das Arbeitslager Kornwestheim wurde im März 1947 von heute auf morgen ohne jede Vorbereitung eingerichtet. »Der größte Teil der Insassen war damals ohne rechtskräftigen Spruch, wurde aber dennoch mit der Einweisung in das Lager bereits der Vollstreckung unterzogen. Um die Jahreswende 1947/48 hatte das Arbeitslager eine Gesamtstärke von 115 Insassen – auch darunter befanden sich noch eine Reihe von nicht rechtskräftig Verurteilten.« Im Januar 1948 wurde das Arbeitslager Ludwigsburg nach Kornwestheim verlegt. Damals wurden sämtliche ergangenen Sprüche auf ihre Rechtskraft hin überprüft und zahlreiche Internierte mit rechtskräftigem Spruch aus dem Internierungs- und Durchgangslager in das Arbeitslager überführt.⁷⁷

In einer Denkschrift vom 15. 4. 1948 üben die Insassen des Arbeitslagers Kornwestheim grundsätzliche Kritik an dem Spruchkammerverfahren. Die ursprünglich als Vorteil für die Internierten gedachte Verhandlung vor der Heimatspruchkammer wurde von den Betroffenen als ein Nachteil empfunden, da die Heimatspruchkammern in den ersten 12–15 Monaten ihrer Tätigkeit wesentlich schärfere Urteile als die Lagerspruchkammern gefällt hatten. Zu erklären sei dies durch die von interessierter Seite künstlich heraufbeschworene Haßatmosphäre in den Heimatbezirken.⁷⁸ Der heimatische Rahmen, der nach Gottlob Kamm eine größtmögliche Objektivität der Urteilsfindung mit sich bringen sollte, hat sich in den Augen der Betroffenen in sein Gegenteil verkehrt, »weil im Verfahren gegen die Lagerangehörigkeit fast ausnahmslos Personen als Belastungszeugen auftraten, die mit den Betroffenen aus früherer Zeit verfeindet waren und vielfach persönliche Streitigkeiten ..., die allenfalls vor ein ordentliches Gericht gehören, vor der Spruchkammer zum Ausdruck brachten.«⁷⁹ Die Arbeitslagerhäftlinge forderten deshalb in ihrer Denkschrift die Revision der bisher gefällten Sprüche, zumal die mittlerweile ergangenen Ergänzungsbestimmungen zur Milderung der Sprüche uneingeschränkt angewendet werden sollen.⁸⁰ In ihrer Denkschrift werfen die Arbeitslagerhäftlinge den Spruchkammern vor, daß zuerst die relativ leichten Fälle vor die Spruchkammern geladen worden seien und zum Teil zu Arbeitslager verurteilt wurden, während die führenden Persönlichkeiten von Partei, Staat und Wirtschaft noch immer in den Internierungslagern saßen. Sie warteten dort noch auf



*Morgen-Spaziergang im Lager I.C.75 in Kornwestheim.
Blick vom Bau C über den Kasernenhof. Links Bau B, davor ein
Bewachtungsturm, rechts davon das Lazarett, davor die provisorische Küche,
dazwischen Blick auf Kornwestheim. Zeichnung v. O'Baudirektor
Müller-Kirchenbauer, Sept/Okt. 1945.*

ihre Verfahren, kämen aber mit Sicherheit in den Genuß milderer Maßstäbe, obwohl unter diesem Personenkreis die Hauptschuldigen zu vermuten seien. Die Insassen des Arbeitslagers Kornwestheim kritisieren prinzipiell die Arbeitslagerhaft, weil das Arbeitslager in allen Kulturstaaten lediglich als eine Strafe für Schwerverbrecher vorgesehen sei. Sie würden wegen ihrer früheren politischen Überzeugung wie kriminelle Schwerverbrecher bestraft, obwohl der Internationale Gerichtshof in Nürnberg einen deutlichen Trennungsstrich zwischen krimineller Tat und politischer Überzeugung gezogen habe und die Strafbarkeit der politischen Überzeugung eines Menschen ausdrücklich verneint habe.⁸¹

Diese Darstellung aus der Sicht der Betroffenen stimmt mit zahlreichen Äußerungen der damals verantwortlichen Politiker überein. Immer wieder wurde eine Vereinfachung der Verfahren verlangt, um die leichten Fälle vorweg zu nehmen und um »an die schweren Fälle heranzukommen.«⁸² Am Widerspruch der Amerikaner, die immer wieder die nach ihrer Hinsicht zu milden Urteile kassiert haben, scheiterte dies, so daß es häufig zu Verlängerungen und Verzögerungen kam und in den Augen der Bevölkerung das eigentliche Anliegen der Entnazifizierung – nämlich Bestrafung der verbrecherischen Elemente – immer weniger erreicht wurde.

In der Bevölkerung scheinen die Internierten mit der immer weiter anhaltenden Inhaftierung an Sympathie gewonnen zu haben. Der Chefdolmetscher des Dritten Reiches, Paul Schmidt, der am 25. 3. 1948 aus Dachau entlassen wurde, wollte am Bahnhof Dachau sein Taxi bezahlen, bekam aber zur Antwort: »Internierte haben bei mir freie Fahrt«. Ähnlich erging es ihm dann auf dem Münchner Hauptbahnhof, als der Gepäckträger sagte: »Das Gepäck von Internierten tragen wir umsonst«.⁸³

Erst im März 1948 verlangten die Amerikaner eine rasche Abwicklung der Verfahren, angesichts der veränderten weltpolitischen Situation und auch der zunehmenden Kritik an der Entnazifizierungspolitik in den USA. Der öffentliche Kläger war nun nicht mehr in dem Maß wie früher gezwungen, Klage zu erheben. Man konnte auch auf Sühnemaßnahmen bei Minderbelasteten verzichten und das Beschäftigungsverbot wurde gemildert. Das waren Forderungen, die die deutschen Befreiungsminister schon vor einem Jahr gestellt hatten.⁸⁴ Die Betroffenen versuchen nun in ihrer Denkschrift immer wieder auf die Unzulänglichkeiten des Entnazifizierungsverfahrens hinzuweisen. Sie können dabei sogar auf zwei Halbjuden hinweisen, die sich im Arbeitslager Kornwestheim befinden. Sie waren unter dem nationalsozialistischen Regime rassistisch verfolgt und sitzen heute angeblich aufgrund von persönlicher Denunziationen im Lager.⁸⁵ Sie beklagen sich auch darüber, daß sie sofort nach dem Spruch in das neu errichtete Arbeitslager überführt worden sind, obwohl die Entscheidung erst sechs – acht Wochen später rechtskräftig geworden sei. Nur bei einem ausdrücklichen Verzicht auf eine Berufung wurde diese Zeit auf die »Vollstreckungszeit« angerechnet. Die Gefangenen fühlen sich dadurch benachteiligt, daß sie immer einige Wochen länger, als der Urteilsspruch lautet, im Arbeitslager bleiben müssen. Es müsse als eine Art Prämie empfunden werden, wenn man auf die Berufung verzichte.⁸⁶ Auch seien bei der Mehrheit der Insassen die Sprüche mindestens einmal zu ihren Ungunsten vom Befreiungsministerium kassiert worden – niemals zu ihren Gunsten.⁸⁷ Besonders hart war in den Augen der Betroffenen das Los der inhaftierten Beamten. Wenn sie in ein Arbeitslager eingewiesen worden waren, d. h. in die Gruppe I (Hauptschuldige) oder II (Belastete), war dies regelmäßig mit dem Verlust des Amtes und dem lebenslänglichen Ausschluß vom öffentlichen Dienst verbunden. Im Gegensatz zu den freiberuflichen Tätigen sei damit ihre Existenz und die ihrer Familie für immer zerstört worden.⁸⁸ In ihrer Denkschrift klagen die Insassen des Arbeitslagers auch darüber, daß sie für ihre Arbeit nur 0,50 DM bzw. 0,80 DM pro Tag erhalten. Sie können damit natürlich nicht ihre Familienangehörigen unterstützen, die meist in bitterster Not leben. Selbst die polnischen Fremdarbeiter hätten während des Krieges fast ihren vollen Lohn in die Heimat transferieren können. Durch das vorenthaltene Entgelt für die geleistete Arbeit würde der Strafcharakter ihrer Freiheitsbeschränkung noch unterstrichen.⁸⁹ Gegenüber den normalen Internierten war der Arbeitslagerinsasse in der Tat deutlich benachteiligt. Er bekam (bis zum 15. 4. 1948) keinen Urlaub, während viele Internierte über Ostern einen 19tägigen Heimaturlaub erhielten. Selbst in dringenden Fällen z. B. bei lebensgefährlichen Erkrankungen von Frau und Kindern, wurde der beantragte Ausnahmearbeiturlaub vielfach verspätet oder überhaupt nicht bewilligt. Nur einmal im Monat durften die Arbeitslagergefangenen für einige Stunden einen von Wachmännern kontrollierten Besuch empfangen.⁹⁰

Gegen Ende 1947 konnten aufgrund der Entlassungen verschiedene Internie-

run gslager geschlossen werden. Begonnen wurde am 31. 7. 1947 mit der Schließung des Interniertenhospital Karlsruhe. Für die geringer werdende Zahl der Gefangenen reichte das Interniertenhospital, Ludwigsburg. Bis zum 1. 11. 1947 wurde das Lager auf dem Hohenasperg (I. C. 76) geschlossen, am 15. 11. 1947 das Lager in Heilbronn, am 31. 12. 1947 das I. C. 72 in der Krabbenlochkaserne in Ludwigsburg.⁹¹

Im Januar 1948 wurde mit Zustimmung der Militärregierung die Entnazifizierung von Internierten deren Heimatspruchkammern übertragen, falls diese Kammern in ihrem Bereich die Verfahren in erster Instanz abgeschlossen hatten. Die Zahl der Internierten sank dann rasch, als die Besatzungsmacht am 1. 4. bzw. 1. 6. 1948 den automatischen Arrest aufhob. So konnte am 31. 3. 1948 das I. C. 74, Ludwigsburg-Ossweil, geschlossen werden. Bei Auflösung dieses Lagers kam es nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung zu »unglaublichen Vorfällen«, weil es den Internierten anscheinend möglich war, Teile des Inventars an die Bevölkerung zu verkaufen.⁹² Im Mai 1948 konnte das I. C. 75 in Kornwestheim aufgelöst werden.⁹³

Am längsten existierte das Internierungslager 77 in der Ludwigburger Frommannkaserne: erst am 20. 12. 1949 wurde es aufgehoben. Landesbischof Wurm hatte sich schon vor Weihnachten 1948 dafür eingesetzt, dieses Lager, in dem Anfang Dezember 1948 noch 48 Internierte und 152 Arbeitslagerhäftlinge lebten, bis Weihnachten zu schließen. Er argumentierte mit den »teilweise willkürlichen, vor allem aber harten Urteilen von 1946/47, mit der Arbeitsunfähigkeit eines Teils der Arbeitslagerinsassen«. Erfolg war ihm aber nicht beschieden. Das Befreiungsministerium antwortete am 15. 12. 1948, daß von den 31 Internierten noch 27 auf die Berufungsverhandlung warteten und wegen des Verdachts der Flucht- und Verdunklungsgefahr im Lagergewahrsam bleiben müssen.⁹⁴

Nachdem dann das Lager am 20. 12. 1949 aufgelöst worden war, wurden die letzten sechs Häftlinge, deren Arbeitslagerzeit noch nicht abgelaufen war, auf das Schloßgut Filseck bei Göppingen zur Mitarbeit in der Landwirtschaft verlegt.⁹⁵

Abschließend sei noch am Beispiel zweier prominenter Internierter darauf hingewiesen, zu welchem unterschiedlichen Beurteilungen und Einschätzungen desselben Falles verschiedene Instanzen, die mit der politischen Säuberung der Deutschen befaßt waren, fähig waren.

Als Hjalmar Schacht, der frühere Reichsbankpräsident, der am 30. 9. oder 1. 10. 1946 von dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg freigesprochen worden war, versuchte, bei einem Bekannten in der Gegend der Gemeinde Oppenweiler (Rems-Murr-Kreis) »eine erste Zuflucht zu finden, ließ ihn die Spruchkammer Backnang verhaften und in das Untersuchungsgefängnis nach Stuttgart einliefern«.⁹⁶ Die Spruchkammer in Stuttgart-Untertürkheim reihte ihn am 13. 5. 1947 in die Gruppe der Hauptschuldigen ein und wies ihn unter gleichzeitiger Einziehung nahezu seines gesamten Vermögens für acht Jahre in ein Arbeitslager ein. Die Spruchkammer des Internierungslagers Ludwigsburg hob aber am 1. 9. 1948 den Spruch auf und machte Schacht zum Entlasteten. Das Befreiungsministerium war mit diesem Urteil nicht einverstanden und hob es auf. Damit war Schacht wieder zum Hauptschuldigen geworden. Neue Verhandlungen führten zu keiner endgültigen Bereinigung des Falles. Im Herbst 1949 verzichtete das Staatsministerium, das inzwischen mit der Leitung der Entnazifizierungsangelegenheit betraut worden war, darauf, den Entlastetenstatus von Schacht anzufechten, wenn

dieser auf seine gegenüber dem Land Württemberg-Baden geltend gemachten hohen Entschädigungsansprüche verzichte.⁹⁷

Ein anderer Fall war der des ehemaligen Senatspräsidenten des Sondergerichts Stuttgart, Herman Cuhorst. Er war im sogenannten Juristenprozeß vor dem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg im Dezember 1947 freigesprochen worden. Er wurde aber von der Spruchkammer des Interniertenlagers Ludwigsburg am 27. 10. 1948 in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht und zu vier Jahren Arbeitslager und zu weitgehendem Einzug seines Vermögens verurteilt.⁹⁸ Eine Begnadigung von Cuhorst lehnte der Ministerrat am 4. 12. 1950 ab, allerdings stimmte er der Aussetzung der Arbeitslagerstrafe bei Wohlverhalten des Betroffenen zu.⁹⁹

Beurteilung der Internierung

Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, wie die Internierten ihre Inhaftierung und speziell den »automatischen Arrest« aufgefaßt und verarbeitet haben. Damit hängt auch die Frage nach dem Sinn und Erfolg der Internierung zusammen, denn das Instrument des »automatischen Arrests« sollte ja nicht nur der Bestrafung, sondern auch der Umerziehung und der »Demokratisierung« dienen.

Aufschlußreich für diese Fragestellung ist eine Denkschrift vom 30. 12. 1946, die katholische Internierte des I. C. 74, Ludwigsburg-Ossweil, an ihren Bischof Sproll nach Rottenburg schickten. Unter den 1636 Internierten des Lagers waren damals ca. 380 ausübende Katholiken, fast 23,2%. Die Schreiber des Briefes bedauern die unzureichende seelsorgerliche Betreuung und meinen, daß viele Kameraden wieder für die Kirche gewonnen werden könnten, wenn weitere Seelsorger im Lager wären. So bitten die Internierten um Bibeln, Rosenkränze und anderes. Daß aber noch viele Kameraden abseits der Kirche stehen, wird erklärt durch die »tiefste niedergedrückte, trostlose Stimmung, hervorgerufen durch eine als bitteres Unrecht empfundene überlange Anhaltung ...«, zumal da die weitaus meisten von ihnen sich auch bei gewissenhaftester Selbstprüfung keinerlei persönlicher Schuld bewußt fühlen können, nichts anderes als ihre selbstverständliche Pflicht gegenüber Volk und Vaterland erfüllt haben und auch nach den bestehenden Gesetzen und Richtlinien gar nicht oder doch nicht viel stärker belastet erscheinen als mancher längst in Freiheit befindliche oder gar nicht Festgenommene. »Besonders drückend ist das Gefühl, ohne Rechtsgrundlage, also anscheinend ohne Prüfung des Falles – wozu doch nunmehr wahrlich Zeit genug gewesen wäre – weiter festgehalten zu werden.« Auch wird in der Denkschrift bedauert, daß manche Inhaftierten nur deshalb eingesperrt bleiben, weil sie für den Internationalen Militärgerichtshof möglicherweise als Auskunftsperson gebraucht werden, obwohl ihnen keinerlei strafbare Handlungen vorgeworfen werden können. Die Denkschrift endet mit dem Appell an den Bischof, dafür einzutreten, daß der »Anhaltung dieser Kameraden ... endlich ein Ende gesetzt werde, daß der automatische Arrest und die Anhaltung der nur als Auskunftspersonen in Betracht kommenden Internierten ... beendet werde.«¹⁰⁰

Deutlich genug kommt in dieser Denkschrift zum Ausdruck, daß die Internierten den »automatischen Arrest« als bitteres Unrecht empfinden. Sie akzeptierten – auch nach religiös fundierter Selbstprüfung nicht, daß sie individuell für Maßnahmen haftbar gemacht werden, die im Kollektiv begangen worden waren und von

denen sie annehmen konnten, daß sie durch die Staatsautorität legitimiert waren. Unter den Voraussetzungen einer harten, als weit überzogen empfundenen Strafe braucht es nicht zu überraschen, daß eine individuelle Umkehr, Reue oder Läuterung durch den automatischen Arrest hier verbaut wurde.

Aufschlußreich für Denken und Mentalität der Internierten sind auch die Ansprachen, die anlässlich der Totengedenkfeier für die im Lager gestorbenen Internierten gehalten wurden. Bereits am 24. 11. 1946 wurde am Totensonntag ein Totenkreuz für die Verstorbenen auf dem Friedhof in Ludwigsburg errichtet und in der Ansprache eines unbekanntenen Internierten wurden die Verstorbenen mit den im Krieg Gefallenen gleichgesetzt: »Zum heutigen Totensonntag haben wir dieses Totenmal zum Gedächtnis aller deutschen Toten errichtet und weihen es allen Deutschen, die ihr Leben für Volk und Heimat gaben zum Gedächtnis.«¹⁰¹ Diese Auffassung hat sich übrigens in politisch maßgebenden Kreisen in den nächsten Jahren durchgesetzt, so daß die Gräber der Internierten in Kornwestheim und Ludwigsburg Kriegsgräbern gleichgestellt wurden und die Toten das »Dauerruherecht« bekommen haben. So lange die Friedhöfe bestehen, dürfen die Gräber nicht eingeebnet werden und müssen außerdem von den Gemeinden gepflegt werden.¹⁰² Ursprünglich waren in Ludwigsburg und Umgebung 140 Internierte bestattet worden. Ein großer Teil von ihnen wurde von den Angehörigen in die Heimat überführt, so daß 1977 noch 20 Gräber in Kornwestheim und 60 in Ludwigsburg existierten; die meisten dieser Toten stammten aus Österreich bzw. der DDR. Jedes Grab wurde durch ein Eichenkreuz geschmückt im Stile der Kriegsgräber, mit Namen des Toten und – soweit bekannt – mit Geburts- und Todestag.

Als im Jahre 1974 in Kornwestheim die letzte Umbettung stattfand, kam zur Feier auch der ehemalige amerikanische Lagerkommandant Oberst Maury und legte an den Gräbern »seiner Internierten« einen Kranz nieder. Nun liegt auf jeder Gräberreihe ein Gedenkstein aus fränkischem Muschelkalk.¹⁰³ Diese Gedenksteine an den Interniertengräbern wurden im Oktober 1976 eingeweiht.¹⁰⁴ Sie tragen die Inschrift: »Fern ihrer Heimat ruhen hier Kameraden aus den Internierungslagern Ludwigsburg 1947/1948.«¹⁰⁵

Bei der Feier am 29. 10. 1977, die aus Anlaß der Zusammenlegung der Gräber zu einer Gräberreihe in Kornwestheim gehalten wurde, würdigte der ehemalige Internierte, Pfarrer Tix, die toten Kameraden. Sie hätten in einer Zeit des »Niedergangs aller sittlichen Werte in den Lagern in und um Ludwigsburg noch nach Kriegsende« ihr Leben lassen müssen. Ihr Tod sei eingetreten »teils aus Krankheit, teils aus Hunger und Mißhandlungen, teils aber auch aus Verzweiflung über ihre eigene Lage und die ihres Volkes, für das sie sich einmal eingesetzt hatten.« Pfarrer Tix dankte der Stadt Ludwigsburg, daß sie es ermöglicht hat, daß »wir nun schon seit mehreren Jahren hier unsere Toten in gepflegten Gräberreihen besuchen und die Verstorbenen ehren können.« Der langjährige Sprecher des Kameradenkreises der Internierten, Karl Geiger, war sich darüber im Klaren, daß die Traditionspflege der Internierten in der deutschen Nachkriegsgesellschaft auf Schwierigkeiten stoßen würde. So gab man bei dem Treffen 1975 endgültig die Pläne auf, ein Denkmal für die Internierten zu errichten. Zum einen reichten die vorhandenen Mittel nicht dazu aus, »ganz abgesehen davon, daß uns ein solches (Mahnmal) bei der heutigen politischen Konstellation nicht genehmigt werden würde!«.¹⁰⁶

Die Einsicht in die seit 1945 gewandelte politische und gesellschaftliche Situation hinderte aber Geiger nicht daran, in seiner Erinnerungsrede »30 Jahre nach

der Internierung« sein und seiner Kameraden Geschick so zu beurteilen und zu bewerten, daß das Verbrecherische am Nationalsozialismus verschwiegen wurde: »1947, 1977, 30 Jahre sind nun vergangen seit man uns aus den Kriegsgefangenenlagern, von den Arbeitsplätzen oder aus dem Schoße der Familie riß, uns als angebliche Kriegsverbrecher oder Verbrecher gegen die Menschlichkeit verhaftete, vielfach verprügelte, demütigte und hinter Stacheldraht brachte, weil wir teils vor, teils nach 1933 für unser Volk und Vaterland arbeiteten, zumeist ehrenamtlich, und uns einer legal zur Macht gelangten Regierung unterstellten, die ihrerseits das Chaos eines Bürgerkrieges und den Sieg des Kommunismus bannte, – die leider aber auch letztlich den Kampf um Deutschlands Größe und seinen Bestand als Großmacht verlor, wodurch unser Volk recht-, wehr-, und machtlos wurde, das Deutsche Reich aber zerstückelt und auf die Zeit vor dem Bismarck-Reiche zurückgeworfen worden ist.« Zu der aktuellen Politik, speziell zum Bundestag fällt ihm nur ein: »Zerstrittene Parteien, die sich gegenseitig diffamieren, anstatt das Wählervertrauen zu gemeinsamer positiver Arbeit zu nutzen. Einig sind sich diese Herren und vollzählig in ihren Sitzungen nur dann, wenn es um die Erhöhung ihrer Gehälter, um Diäten geht!«.¹⁰⁷

Einerseits sind das die sattsam bekannten Vorurteile vieler Stammtischunterhaltungen, andererseits lassen sie aber erkennen, wie wenig Geiger sich mit den Mechanismen demokratischer Willensbildung innerlich vertraut gemacht hat. Er orientierte sich immer noch an autoritären Denkstrukturen und wenn er später bedauert, daß »unsere heutigen nationalen Kräfte in sich so zersplittert sind und sich von den heute Arrivierten auseinander dividieren lassen, anstatt die noch Deutsch-Gesinnten zu einen«¹⁰⁸, so wird deutlich, welcher Zeit er nachtrauert. Auch fünf Jahre später, 1980, setzte sich bei der Gedenkfeier in Ludwigsburg Kamerad Franck nur unkritisch mit der Vergangenheit auseinander. Immer wieder wird wiederholt, daß man nur für Volk und Vaterland seine Pflicht erfüllt habe, und »wir würden uns immer wieder zu diesen Aufgaben und Pflichten bekennen.«¹⁰⁹ Selbst der jüdische Arzt Dr. Dr. Erwin Goldmann, der im Hinblick auf seine »politische Gesamtbelastung« drei Jahre in Gefängnissen und Internierungslagern saß – zunächst in Ludwigsburg-Ossweil – bekennt sich in seinen Lebenserinnerungen zu seiner Vergangenheit und ist sich auch »während der Haft nie als der zu bedauernde unschuldige Dulder vorgekommen ... Manche Menschen haben sich gewundert, wenn ich später betonte, daß ich die Haftzeit mit all ihrem Erlebten nicht missen möchte.« Die Kameradschaft mit »vielen alten Nationalsozialisten« war für ihn auch deshalb so positiv, weil »ich nie auch nur ein einziges kränkendes Wort hinsichtlich meiner Abstammung gehört oder irgendeine Ablehnung verspürt habe.«¹¹⁰ Goldmann bringt in seinen Lebenserinnerungen eine Mentalität zum Ausdruck, die sicher für einen Großteil der Internierten typisch war, zumindest für jene, die sich nachher alljährlich bei den Totengedenkfeiern auf den Friedhöfen von Ludwigsburg und Kornwestheim getroffen haben. Vielen war die Internierung eine persönliche Herausforderung, eine Bewährungsprobe, die es mit Mut, Männlichkeit und Treue gegenüber alten Idealen und neuen Kameraden zu bestehen galt. Diese konkrete Aufgabe, das Leben in einer Ausnahmesituation unter sehr harten Bedingungen, dieses Durchhalten ohne sich anzupassen, wurde verschiedentlich zum Selbstzweck und verhinderte regelrecht eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten und der möglichen persönlichen Schuld und dem persönlichen Versagen während des Dritten Reiches. Bei Gold-

mann liest sich das so: »Auch die deutschen Emigranten unter den amerikanischen Offizieren behandelten mich stets mit Hochachtung ... Sie schätzten mein bedingungsloses Stehen zu meiner Vergangenheit insbesondere.« Für diejenigen, die vor der Spruchkammer Reue und Einsicht gezeigt haben, die unter Umständen die im Dritten Reich gemachten Fehler und Verbrechen bedauern, hat Goldmann wenig Verständnis, aber er weist damit auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten einer Gesinnungskontrolle hin. »Wenn ich auch so geheuchelt und gelogen hätte, wie es vor den Spruchkammern üblich war und zugegebenermaßen auch oft zweckmäßig zu sein schien, wäre mir sicherlich viel erspart geblieben.«¹¹¹

Aufgrund dieser Beispiele kann man zu dem Schluß kommen, daß für viele der Besatzungsinternierten die Internierungszeit keinen Prozeß des Umdenkens oder der Reue eingeleitet hat, sondern daß man im Gegenteil die Märtyrerrolle kultivierte und damit einer echten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auswich. Jedenfalls liegen keine Zeugnisse vor, in denen z. B. das jugendliche Engagement und das idealistische Einsetzen für die Ziele des Nationalsozialismus einer kritischen Reflexion unterzogen wurde. Freilich lassen sich derartige Aussagen nur auf eine Minderheit der Internierten beziehen, denn nur eine Minderheit hat sich nach dem Ende der Lagerzeit organisiert und die jährlichen Gedenkfeiern an den Gräbern abgehalten. Wurden anfänglich (1951) noch 1 500 Anschriften bearbeitet, so waren es 1980 noch ca. 600.¹¹²

Im Jahre 1980 löste sich, biologisch bedingt, der Verband der ehemaligen Internierten auf. Aufschlußreich für die politische Einstellung des Verbandes bzw. seiner Funktionäre war die Verteilung des Restvermögens: 1000 DM erhielt Ilse Hess, die Gattin des zu lebenslänglicher Haft verurteilten »Stellvertreter des Führers.« Je 500 DM erhielten die in Holland verurteilten und in Breda einsitzenden Kriegsverbrecher aus der Fünften, Vaseur und Fischer.¹¹³ Zweifellos sollte durch diese Spenden Solidarität mit Menschen bekundet werden, in denen man Schicksalsgenossen sah, die zwar viel prominenter waren, aber dafür auch ein ungleich härteres Schicksal zu tragen hatten. Das Verbindende aber war: Man glaubte an die eigene Unschuld und hielt sich und die noch immer Inhaftierten für Opfer einer unmenschlichen Siegerwillkür.

In der Forschung wird auch darauf hingewiesen, daß, was das Sozialprofil der Internierten betrifft, das Schwergewicht einseitig auf den mittelständischen Selbständigen lag und andererseits auf dem öffentlichen Dienst, mit nur einem geringen Anteil des höheren Dienstes. Die deutsche Elite wurde demnach durch die Internierung nicht getroffen.¹¹⁴ Dieser Vorwurf taucht bei den Internierten selbst immer wieder auf: während die Kleinen zu Arbeitslager verurteilt worden seien, hätten sich die Hauptschuldigen rechtzeitig aus dem Staube gemacht. So muß am Ende das Urteil über den automatischen Arrest und die Internierung negativ ausfallen: »Eine Internierung über viele Monate, ja in der Hälfte der Fälle über mehrere Jahre hinweg, war eine so drastische Diskriminierung, daß sie nur dann Unterstützung finden konnte, wenn entweder tatsächlich Gefahr im Verzuge oder wenn es für breite Schichten der Bevölkerung evident gewesen wäre, daß diejenigen, die der härtesten Behandlung ausgesetzt wurden, die Verantwortlichen des vormaligen Systems waren. Von diesen beiden Voraussetzungen konnte aber beim »automatic arrest« keine Rede sein. Er war deshalb nicht nur ein Unrecht, sondern ein Fehler.«¹¹⁵

Anmerkungen

- 1 Lutz Niethammer: Entnazifizierung in Bayern, Frankfurt/M. 1972, S. 62f.
- 2 Ebd. S. 63 3 Ebd. S. 64
- 4 Edward N. Peterson: The american occupation of Germany – Retreat to victory, Detroit 1977, S. 143 5 Niethammer, S. 147f.
- 6 Die Internierung im Deutschen Südwesten, herausgegeben vom Landesverband der ehemaligen Besatzungsinternierten Baden-Württemberg, Karlsruhe 1960, S. 10
- 7 Erwin Goldmann: Zwischen zwei Völkern – ein Rückblick, Königswinter 1975, S. 98
- 8 Internierung, S. 15 9 Ebd. S. 16ff. 10 Niethammer, S. 147f.
- 11 Justus Fürstenau: Entnazifizierung, ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied und Berlin 1969, S. 45
- 12 Erich Schwinge: Rückblick auf die Zeit der amerikanischen Besetzung, in: Handbuch zur Deutschen Nation, hrsg. Bernard Wilms, Bd. 1, Tübingen 1986, S. 324
- 13 Peterson, S. 145
- 14 StadtALB, V 3 XX, 6 Denkschrift Dr. H. O. Meissner vom 18.2. 1947
- 15 Niethammer, S. 256 16 Ebd. S. 256
- 17 Freda Utley: Kostspielige Rache, Tübingen 1950, S. 230
- 18 Fürstenau, S. 45 19 Schwinge, S. 325 20 Niethammer, S. 255
- 21 Ebd. S. 60, Anm. 106 22 Fürstenau, S. 45 23 Schwinge, S. 323
- 24 HStA Stuttgart, J 171, Camp 71 Ein Internierungslager der 7. US Armee, Broschüre
- 25 Karl Geiger: Die Internierung im deutschen Südwesten, Heilbronn 1977, S. 100
- 26 HStA Stuttgart, J 171 Bü 1, Lagerchronik 27 Geiger, S. 100
- 28 StadtALB, V 3 XX, 16, Karl Geiger, Dokumentation über amerikanische Internierungslager Ludwigsburg 1945–1948 29 Ebd. 30 Ebd.
- 31 Jon Gheorghe: Automatic Arrest, Leoni 1956, S. 74f. 32 Geiger, S. 126
- 33 HStA Stuttgart, J 171 Bü 1, Lagerchronik 34 Geiger, S. 101
- 35 Ebd. 36 Neue Württembergische Zeitung vom 7. 8. 1948
- 37 StadtALB, V 3 XX, 16, Dokumentation Kornwestheim S. 6 38 wie Anm. 36
- 39 wie Anm. 37
- 40 Karl Vogel: M-AA 509 – Elf Monate Kommandant eines Internierungslagers, Memmingen 1951, S. 90 41 Geiger, S. 122 42 Geiger, S. 123
- 43 Gheorghe, S. 112 44 HStA Stuttgart, J 171 Bü 1, Lagerchronik
- 45 Ebd. 46 Ebd. 47 Gheorghe, S. 143
- 48 StadtALB, V 3 XX, 16, Dokumentation Kornwestheim S. 4
- 49 HStA Stuttgart, J 171, Camp 71 50 Geiger, S. 112
- 51 HStA Stuttgart (wie Anm. 26) 52 Geiger, S. 145 53 Ebd. S. 146
- 54 Ebd. S. 151
- 55 StA Ludwigsburg, OMGUS-Akten 2723, 12/89–2/27, Übersicht der in Ludwigsburg im November 1947 gehaltenen Vorträge
- 56 StA Ludwigsburg, OMGUS-Akten 2723, 12/89–2/27, vom 17. 1. 1948
- 57 Ebd. vom 11. 5. 1948 58 Geiger, S. 152 59 Ebd. S. 153
- 60 Ludwigsburg (wie Anm. 56), vom 6. 5. 1947 61 Geiger, S. 154
- 62 Ebd. S. 155 63 HStA Stuttgart, J 171 Bü 1 (wie Anm. 26)
- 64 Geiger (wie Anm. 25), S. 131
- 65 StadtALB, V 3 XX, 7 Erlebnisbericht von Willy Carl vom 16. 11. 1976
- 66 Vogel, S. 69
- 67 Walter L. Dorn: Inspektionsreisen in die US-Zone, hrsg. von Lutz Niethammer (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 26, 1973), Stuttgart 1973, S. 89f.
- 68 Paul Sauer: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden 1945–1952, Ulm 1978, S. 140 69 Dorn, S. 90 70 Sauer, S. 140
- 71 Ebd. S. 142 72 Ebd. S. 145 73 Ebd. S. 145
- 74 Neue Württembergische Zeitung vom 7. 8. 1948 75 Ebd.
- 76 StadtALB, V 3 XX, 16, Dokumentation Kornwestheim S. 9f.
- 77 StadtALB, V 3 XX, 7, Denkschrift »Das Arbeitslager Württemberg-Baden in Kornwestheim« vom 15. 4. 1948, S. 1 78 Ebd. S. 4 79 Ebd. S. 5

- | | | |
|--|---|------------------------|
| 80 Ebd. S. 12 | 81 Ebd. S. 13 | 82 Sauer, S. 162 |
| 83 Paul Schmidt: Der Statist auf der Galerie 1945–1950, Erlebnisse, Kommentare, Vergleiche, Bonn 1951, S. 197 | 84 Sauer, S. 163 | |
| 85 StadtALB, (wie Anm. 77), S. 7 | 86 Ebd. | 87 Ebd. S. 9 |
| 88 Ebd. S. 9 | 89 Ebd. S. 11 | 90 Ebd. S. 11 |
| 91 Sauer, S. 170 | | |
| 92 StadtALB, L 9, 36, Stuttgarter Zeitung vom 21. 4. 1948 | | |
| 93 Sauer, S. 170f. | 94 Ebd. S. 171 | 95 Ebd. 96 Ebd. S. 173 |
| 97 Ebd. | 98 Ebd. | 99 Ebd. S. 171 |
| 100 StadtALB, V 3 XX, 6, Denkschrift der katholischen Gemeinde des Internierungslager Nr. 74 vom 30. 12. 1946 | | |
| 101 StadtALB, V 3 XX, 6, Ansprache bei der Einweihung des Totenkreuzes am 24. 11. 1946 | | |
| 102 StadtALB, V 3 XX, 12, Ansprache von Karl Geiger vom 26. 10. 1975 | 103 Geiger, S. 206f. | |
| 104 Ludwigsburger Kreiszeitung vom 29. 10. 1976 | 105 Geiger, S. 206 | |
| 106 StadtALB, V 3 XX, 12, Ansprache vom Karl Geiger vom 26. 10. 1975 | | |
| 107 Ebd. | 108 Ebd. | |
| 109 StadtALB, V 3 XX, 12, Ansprache von Franck, 1980 | | 110 Goldmann, S. 96f. |
| 111 Ebd. S. 97–99 | 112 StadtALB, V 3 XX, 12 Ansprache von Franck, 1980 | |
| 113 StadtALB, V 3 XX, 7, Schreiben von Karl Geiger vom 8. 12. 80, Dankschreiben von aus der Fünften vom 2. 1. 1981 an Geiger | 114 Niethammer, S. 258 | 115 Niethammer, S. 259 |

Berichte und Notizen

Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1990/91.

I. Die Vorträge im Winterhalbjahr 1990/91 im Kulturzentrum.

1. Donnerstag, 11. Oktober 1990: Der den Mitgliedern bereits durch seine lebendigen Vorträge über Schillers Fluchthelfer »S« (Andreas Streicher) und über Berthold Auerbach bestens bekannte Ludwigsburger Rechtsanwalt Wolfgang Kircher sprach zum Thema »Die Hohe Carlsschule in Stuttgart – »Sklavenplantage« – oder?«. Schon zu Beginn wurde offenbar, daß dem Redner daran gelegen war, das Bild der »Hohen Carlsschule« von verschiedenen Seiten zu beleuchten und deren Erziehungsmethoden in den Kontext ihrer Zeit zu stellen. Denn das Bild der Schule ist geprägt von den negativen Erfahrungen Schillers und der wenig schmeichelhaften Bezeichnung »Sklavenplantage«, geprägt von Friedrich Daniel Schubart, der die Institution aber nicht von innen kannte.

Es stand die Frage im Raum, ob die Gründung dieser Schule eine Laune des Herzogs gewesen sei. Carl Eugen hat sich jedoch schon früher um Erziehungsfragen gekümmert und Vorstöße unternommen, um die Bildung der Volksschullehrer anzuheben. Er wollte dazu Lehrerseminare gründen, stieß jedoch bei der Landschaft und der evangelischen Kirche auf einen unüberwindbaren Widerstand. So blieb alles beim alten, und als Schulmeister dienten weiterhin abgemusterte Soldaten und Unteroffiziere, die oft genug kaum selber lesen und schreiben konnten.

Der Herzog mußte also einen anderen Weg beschreiten, um das Schulwesen zu verbessern, denn auch als Herrscher des aufgeklärten Absolutismus mußte er auf die anderen Verfassungsorgane, vor allem die »Landschaft« und die evangelische Kirche, Rücksicht nehmen, deren verfassungsmäßige Rechte im wesentlichen auf dem Tübinger Vertrag von 1514 beruhten. Besonders das Konsistorium (vergleichbar dem Evangelischen Oberkirchenrat) wachte eifersüchtig darüber, daß der katholische Herzog nicht in das ihm unterstehende Schulwesen eingriff.

Um seine pädagogischen Ambitionen zu verwirklichen, wickelte Carl Eugen auf das Militärwesen aus, ein Aufgabenbereich, der unstrittig dem Fürsten zustand. Er gründete das »Militär-Waisenhaus«, ein reiner Arbeitstitel, wie sich rasch zeigte. Das Bildungsprogramm, so würde man heute sagen, ließ rasch erkennen, daß neben den militärischen auch zivile Erziehungsziele gleichberechtigt standen, ließ der Herzog doch die ersten 14 Zöglinge zu Gärtnern und Stukkateuren ausbilden. Die neue Schule kam offenbar einem starken Bedürfnis entgegen, zählte sie doch schon beim ersten Stiftungsfest, am 14. Dezember 1771, 300 Schüler, davon 50 Söhne von Kavaliern und Offizieren. So rasch wie die Schule wuchs, wurde auch der Lehrplan erweitert und das Ausbildungsniveau angehoben. Unterrichten zu Anfang noch Unteroffiziere die Fächer Lesen, Rechnen und Religion, nahmen bald Abgänger der Universitäten deren Stelle ein und lehrten nun Latein, Französisch, Geschichte, Tanzen, Reiten, Musik und Exerzieren; alles, was Offiziere und Hofbeamte eben können mußten. Das Militär-Waisenhaus war inzwischen auch zu einer »Militär-Pflanzschule« und dann zu einer »Militär-Akade-

mie« geworden. Dem Redner gelang es dann in ausgezeichneter Weise, die zwei konträren Seiten der Schule darzulegen, oder vielmehr den Zuhörern aufzuzeigen, daß das gängige Bild der »Sklavenplantage« nicht stimmt. Gewiß, es herrschte im Internatsbetrieb ein strenger militärischer Zwang, trugen die Schüler Uniformen und war der Tagesablauf bis ins kleinste geregelt. Elternbesuch oder gar Ferien waren unbekannt. Beim Eintritt in die Schule mußten die Eltern eine Unterwerfungserklärung unterschreiben, die ihnen jegliche Rechte an ihren Kindern entzog. Das Tübinger Stift ließ sich aber eine beinahe gleichlautende, freilich auf die göttliche Gewalt umformulierte Erklärung ausstellen.

Wolfgang Kircher wies auch auf die Zusammensetzung der Schülerschaft hin. Im Internat lebten Knaben und junge Männer von sieben bis 21 Jahren, die aus allen Ständen und aus vielen europäischen Staaten kamen, auf engstem Raum zusammen. Da sei es selbstverständlich, daß Zucht und Ordnung herrschen mußte. Der Ruf der Militär-Akademie als Ausbildungsstätte jedenfalls könne so schlecht nicht gewesen sein und die Mär vom »Schülerpressen«, also Zwangsrekrutierungen, könne wohl auch nicht stimmen, waren doch nur 52 Prozent der Schüler Landeskinder, die Herrschaft Mömpelgard eingeschlossen; der Rest setzte sich aus Ausländern zusammen. »Die vom Herzog selber ausgesuchten Aufseher und militärischen Leiter waren keine prügelnden Korporale, im Gegenteil!« sagte der Referent. Die Disziplinalgewalt war dem Herzog allein vorbehalten, der jeden Tag um 12 Uhr zur Musterung in der ab 1775 in Stuttgart untergebrachten Schule erschien. Carl Eugen hielt nichts von der Prügelstrafe, sondern stachelte den Ehrgeiz durch ein Belohnungssystem an, unter anderem durch die Sitzordnung an der Schultafel und durch Einladung an die herzogliche Tafel.

Die strenge militärische Zucht hörte an den Türen der Hörsäle auf, drinnen hatten die Professoren das Sagen, und die suchte sich der Fürst mit großer Sorgfalt und einer glücklichen Hand, wie selbst seine Gegner zugeben mußten, selber aus. Manches Magisterlein, wie sich Wolfgang Kircher ausdrückte, das nicht sogleich in die Pfarrerlaufbahn wollte, fand in der Militär-Akademie, die 1781 die Würde einer Universität erhalten hatte, ein gutes Unterkommen. Carl Eugen selber bestimmte den Unterrichtsstil, der, wenn immer möglich, als Disput mit These und Antithese geführt werden sollte. Das Ende der Hohen Carlsschule war unrühmlich: Als Carl Eugen am 24. Oktober 1793 starb, kam sein Bruder Ludwig Eugen auf den Thron. Er war mit dem Konsistorialrat, dem die Carlsschule immer ein Dorn im Auge gewesen war, der Meinung, daß zwei Universitäten für ein Herzogtum mit 500 000 Einwohnern zuviel seien und daß das Land auch keine Veranlassung habe, Ausländer auszubilden und hob die Hohe Carlsschule zwei Monate und zehn Tage nach dem Tode Carl Eugens auf.

2. Donnerstag, 8. November 1990: Einen ebenso theologisch wie volkscundlich bedeutsamen Vortrag bot Dr. Gustav Schöck von der Landesstelle für Volkskunde in Stuttgart mit seinem Thema »Protestantismus und Fastnacht«, das auch zeitlich bestens in die beginnende Faschingszeit paßte.

Der versierte Volkskundler begann mit einem Phänomen aus nächster Nachbarschaft. In der ursprünglich rein protestantischen »altwürttembergischen« Stadt Sachsenheim findet alljährlich ein Fastnachtsumzug der »Urzel« statt. Der Zug dieser »Urzel« genannten Fastnachtsgestalten scheint von der Bevölkerung durchaus akzeptiert zu sein. Die »Urzelaktivisten« sind protestantische Heimatvertriebene aus Siebenbürgen, die ihren Brauch in die neue Heimat mitgebracht

haben, wie ihre Vorfahren ihn einst als Kolonisten nach Siebenbürgen aus ihrer Heimat mitgenommen haben.

Günstig war in Sachsenheim, daß die Neubürger als recht zahlreiche Gruppe eine »Gemeinde in der Gemeinde« bilden konnten, zu welcher auch einer der wichtigsten Arbeitgeber im Ort gehörte, dessen Einfluß das Unternehmen begünstigte. Außerdem mag die in den Medien allgemein positive Darstellung von Fasching und Karneval zu der beobachteten Akzeptanz beigetragen haben.

Als »gängigeres« Beispiel für das Verhältnis »Protestantismus und Fastnacht« kam Dr. Schöck sodann auf Stuttgart zu sprechen, wo über viele Jahre in der Fastnacht bei Umzügen und Festsitzungen nur mühsam Stimmung aufkam. Der so beliebte Oberbürgermeister zitierte einerseits immer gern die Musefeindlichkeit des schwäbischen Pietismus, kokettierte aber andererseits mit ihr, und Stuttgart orientierte sich vielfach an dieser gegensätzlichen Einstellung. Obwohl alle Versuche, Stammescharakteristiken zu konstruieren, eben nur individuell seien, könne man doch von einer besonderen Art des »schwäbisch-württembergischen Enthusiasmus« sprechen: »Der Schwabe ist nicht bloß hälinge g'scheit, sondern oft auch nur im stillen begeistert!« So könne man die zurückhaltende Reaktion der Stuttgarter auf die Fastnacht auch als »mehr stille Begeisterung« interpretieren.

Andererseits hänge die Einstellung zur Fastnacht für die meisten von der Überzeugung ab, sie sei »etwas Katholisches«, was nahezu eine »konfessionelle Grundkonstante« darstelle. Noch vor 20 Jahren galt, daß die Karte der traditionellen Fastnachtorte identisch sei mit der Konfessionskarte am Ende des Heiligen Römischen Reiches. Hierzu gibt es jedoch jenseits der Landesgrenzen ein Gegenbeispiel, das sich in einer eindeutig protestantisch geprägten Stadt (Basel) abspielt. Dabei wird die, erst seit einigen Jahrzehnten zu einem Drittel angewachsene, katholische Bevölkerung erst nach und nach in diese Fastnacht integriert, wobei aber der Brauch nach wie vor vorwiegend von Protestanten getragen wird. Hierbei spielten sogar früher Parodien auf den römisch-katholischen Kultur und Ritus immer wieder eine Rolle, weshalb man lange noch von katholischen Basler Geistlichen hören konnte, daß »bekanntlich ein anständiger katholischer Basler an der Basler Fastnacht nicht mitmacht, sondern höchstens zuschaut.«

Trotz einiger Einschränkungen blieb jedoch Basel die einzige reformierte Schweizer Großstadt mit einer traditionellen Fastnacht, der übrigens jahrhundertlang starke soziale und oppositionelle Elemente innewohnten, »ein Fest der unteren Gesellschaftsschichten«. Hier also der Beweis, daß auch Protestanten eine zünftige Fastnacht feiern können.

Wenn es im Altwürttembergischen, dem protestantischen Landesteil, keine traditionellen Formen der Fastnacht gibt, so ist das kaum eine Frage des Menschen Schlags. Ursache war eher die Gesetzeslage, die »über Jahrhunderte hinweg gegenüber bestimmten Verhaltensweisen an der Fastnacht sehr eindeutig und von seltener Einheitlichkeit ist.« Schon ein Passus aus der 2. Württembergischen Landesordnung von 1515 bestimmt, daß in der Fastnacht niemand mit verdecktem Angesicht gehen dürfe, man müsse ihn erkennen können. Somit also ein erstes »Verummungsverbot«, das auf »obrigkeitliche Erfahrungen hinsichtlich unerwünschtem Fastnachtstreiben« hinweist, und das noch vor einem möglichen Reformationseinfluß.

Erst in der 4. Landesverordnung von 1536 wird besonders eine Verkleidung verboten, bei der Frauen in Mannskleidern und Männer in Frauenkleidern herumge-

hen, was »vor Gott ein großer greuel ist, auch vil schandt und laster darunger geschicht«. Hier erkennt man eine Einwirkung der Reformation, wobei durch den Hinweis auf Gott dem Verbot besonderes Gewicht verliehen werden sollte.

In der Folgezeit kam es zu einer überaus wirksamen Institution zur Kontrolle und Reglementierung des Alltags, dem »Kirchenkonvent«. Diese Kontrolle obrigkeitlicher Anordnungen ist in den »Kirchenkonventsprotokollen« festgehalten, deren Niederschriften zwischen dem Dreißigjährigen Krieg und der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für viele Bereiche des Alltags eine unersetzliche Quelle sind. Hier finden auch Verstöße gegen obrigkeitliche Fastnachtsverbote gehörigen Niederschlag. Dabei hing es allemal sehr vom jeweiligen Pfarrer ab, ob bestimmte Verhaltensweisen als Verstöße verfolgt und geahndet wurden oder nicht. Jedenfalls wurden fastnächtliche Aktivitäten ziemlich konsequent verfolgt. Dabei erhält man nebenbei wertvolle Hinweise auf das verschiedenartige Brauchtum. So wurden auch die »Spinnstuben« argwöhnisch kontrolliert, die im Herbst an Martini begannen und in der Regel an Fastnacht mit einem Abschlußfest endeten. Leichter hatten es in der Fastnacht die Bewohner protestantischer Dörfer mit katholischen Nachbarorten. Sie konnten dort deren Fastnacht besuchen, welche mit ihren Zeremonien auf sie eine große Anziehungskraft ausübte. Es ist verständlich, daß man gerade in diesen protestantischen Nachbarorten der mit der Reformation abgeschafften Fastnacht noch lange nachgetrauert hat. Somit haben also Teile der protestantischen Bevölkerung durchaus nicht freiwillig auf die Teilnahme an fastnächtlichen Lustbarkeiten und Umtrieben verzichtet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Fastnacht in der von den katholischen Städten Villingen und Rottweil eingerahmten protestantischen Stadt Schwenningen. Auch hier finden sich 1712 harte Worte im Kirchenkonventsprotokoll von einer »greulichen sünde wieder gott den allmächtigen«. Dennoch konnte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts durch eine etablierte Narrengesellschaft eine »richtige Fasnet« entwickeln, mit traditionellen Figuren wie »Hansel« und »Schantle«, dazu als »Eigengewächs« dem »Hölzleskönig«.

Obwohl also die Fastnacht im Grunde durch die Reformation und die dadurch beeinflusste Gesetzgebung abgeschafft worden ist, interessiert doch auch Luthers persönliche Einstellung zur Fastnacht, und es zeigt sich, »daß er dieselbe dort als positiv empfand, wo es gesittet und ordentlich zuzuging, oder wo das Papsttum kritisiert wurde, als böswillig und verdammenswert, wenn die Reformation oder ihre Vertreter zur Zielscheibe wurden«. Auch diese Einstellung Luthers hat wohl etwas zur Fastnachtsfeindlichkeit des Protestantismus beigetragen.

Absolut kompromißlos kämpfte und kämpft der Pietismus gegen alle Formen der Fastnacht. Hierzu zitierte der Redner einen Abschnitt aus den Jugenderinnerungen Albert Knapps, wo er entsetzt vom Erlebnis der Rottweiler Fasnet erzählt und von einer »Unsitte« spricht, »die in neueren Zeiten auch von elenden protestantischen Vereinen, die über die Weltmode den Christensinn weggeworfen haben, in fashionabler Miserabilität nachgeäfft werde«. Daß der Kampf pietistischer Kreise auch heute weitergeht, bewies ein Zitat aus der Traktatliteratur. Dort wird darauf hingewiesen, daß Knallen und Masken ein ursprünglich heidnischer Brauch gewesen sei mit der Absicht, die Dämonen damit zu vertreiben. Wer heute diesen Brauch fortführte, annullierte damit den Sieg Christi über die Dämonen. Zitatende: »Nein, Christen machen nicht mit!«

Der mit viel Beifall aufgenommene Vortrag, dem sich noch eine rege Diskussion

anschloß, endete mit dem abschließenden Urteil des Redners, daß es »in der Tat keine Brücke zwischen diesen beiden Welten gebe, dem Pietismus und den ihm verwandten Glaubensformen einerseits und der Lust dieser Welt andererseits, zu der auch die Fastnacht gehört«.

3. Donnerstag, 13. Dezember 1990: Dr. Norbert Stein vom Staatsarchiv Ludwigsburg sprach »Zur Geschichte des Festin- und Theaterbaus beim Seeschloß Monrepos«. Die interessanten Ausführungen von Dr. Stein machten mit einem, heutzutage wohl allgemein unbekannt gewordenen »topografisch-historischen« Aspekt des Seeschlosses Monrepos und seines Areals bekannt, wobei ein nur kurz währender, uns heute unvorstellbarer, »höfischer Glanz« in dem nun so still gewordenen »Seegut« vor den erstaunen Zuhörern aufleuchtete. Der Vortrag ist im vorliegenden Heft gedruckt.

4. Donnerstag, 10. Januar 1991. Der erste Vortrag im neuen Jahr brachte für die Zuhörer eine besondere Attraktion. Erstmals sprach ein Referent aus Sachsen, Herr Dr. Hans Hartig, Direktor i. R. der »Zündwerke Riesa« als Gast aus einem der neuen Bundesländer vor dem Historischen Verein. Anlaß war sein Studium über den Ursprung der Zündhölzer, wobei er erstaunlicherweise auf einen Ludwigsburger als Initiator stieß. Er sprach über »Jakob Friedrich Kammerer und die Erfindung der Zündhölzer«. In seinem sehr anschaulich gestalteten Vortrag stellte Dr. Hartig einen begabten Ludwigsburger vor, der nicht nur als Erfinder Erfolg hatte, sondern sich auch politisch betätigt hat und überdies noch musisch begabt war. Der mit herzlichem Beifall aufgenommene Vortrag des liebenswürdigen Sachsen ist in Band 44/1990 der Ludwigsburger Geschichtsblätter, S.81–116, nachzulesen.

5. Donnerstag, 7. Februar 1991. Trotz winterlichen Wetters und des ungewohnten »ersten Donnerstags im Monat« erschien eine stattliche Anzahl von Interessenten, als Dr. Hermann Ehmer, der Direktor des Landeskirchlichen Archivs in Stuttgart, über den »Wunnenstein und die Wunnensteiner« sprach. Eingangs erklärte er seine Beschäftigung mit dem ganz speziellen historischen Thema damit, daß er in Beilstein aufgewachsen sei, somit »in Sichtweite des Wunnensteins«, was ihn dann angeregt habe, sich mit diesem interessanten Stoff zu befassen. Der Vortrag ist im vorliegenden Heft gedruckt.

6. Donnerstag, 14. März 1991. Der Abend stand zunächst im Zeichen der satzungsgemäßen jährlichen Mitgliederversammlung. Nach dem üblichen Jahresbericht des Vorsitzenden Dr. Wolfgang Bollacher und dem Kassenbericht von Frau Helga Schmidt, welcher durch den Prüfer vorbildliche Kassenführung bestätigt wurde, sodaß sie entlastet werden konnte, standen für den gesamten Vorstand Wahlen an. Da keine Gegenvorschläge für eine andere Besetzung gemacht wurden und sich alle Vorstandsmitglieder zu einer weiteren Amtsperiode bereit erklärt hatten, wurde der bisherige Vorstand einstimmig wie folgt wiedergewählt: Dr. Wolfgang Bollacher als Vorsitzender, Professor Dr. Paul Sauer als stellvertretender Vorsitzender, Stadtarchivar Wolfgang Läßle als Schriftführer und Helga Schmidt als Kassenverwalterin.

Sodann ergriff der Redner des Abends, Prof. Dr. Paul Sauer, Leiter des Stadtarchivs Stuttgart, das Wort zu seinem Vortrag »Hof und Hofgesellschaft in Württemberg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Spiegelbild der absolutistischen Monarchie König Friedrichs und der konstitutionellen Monarchie König Wilhelms I.« Es ging dem Referenten dabei darum, den direkten Bezug zwischen

Hoforganisation und dem politischen Führungsanspruch von König Friedrich I. und seinem Sohn Wilhelm I. aufzuzeigen.

Zu Beginn des Vortrages erinnerte der Redner an die Neuordnung des Herzogtums Württemberg, das 1803 zum Kurfürstentum und drei Jahre später zum Königreich aufstieg. Dem tatkräftigen Friedrich gelang es, das neugeordnete und wesentlich gewachsene Land straff zu organisieren und die 1805 neu erworbenen reichsritterschaftlichen Gebiete zu integrieren. So war es erst ihm gelungen, 15 Jahre nach der Französischen Revolution, den absolutistischen Herrschaftsanspruch durchzusetzen, den Herzog Carl Eugen, der ja als der eigentliche Vertreter des aufgeklärten Absolutismus bekannt ist, im alten Ständestaat nie erreicht hat.

Ein wichtiges Mittel, seinen Herrschaftsanspruch zu festigen, bildete für Friedrich die höfische Repräsentation. Sie war zugleich ein Mittel, die ehemaligen Regenten der einverleibten Grafschaften und Fürstentümer zu entmachten und sie zu zwingen, ihm zu huldigen. Der Hof bildete den beherrschenden Mittelpunkt des Staates. Verwaltung und Militär waren auf ihn zugeschnitten und personell in vielfältiger Weise mit ihm verbunden. Daß ein kleines, armes Land an dem verschwenderischen höfischen Prunk schwer trug, kümmerte Friedrich wenig, ihm schien der Aufwand staatspolitisch gerechtfertigt. Er umgab sich mit einem Heer von adligen Kammerherren, Pagen, Offizianten und Dienern. Klangvolle Titulaturen sollten den Glanz des Stuttgarter Hofes vermehren, und für jeden Anlaß schrieb Friedrich bis ins Detail ausgeklügelte Zeremonie-Abläufe vor.

Wichtiger war aber die hierarchische Gliederung des Hofstaates und das Rangreglement, das geeignetste Instrument zur Durchsetzung seines Herrschaftsanspruches. So schuf er die vier Kronerbämter, deren »Potenz« allein schon aus den Wortungen der Titel erkennbar wird. Sie bestanden aus dem »Reichserbmarschallamt«, dem »Reichserboberkammerherrenamt«, dem »Reichserbpanneramt« und dem »Reichserboberhofmeisteramt«. Diese wurden den drei mediatisierten Fürstenhäusern Hohenlohe, Waldburg und Löwenstein sowie der gräflichen Familie Zeppelin übertragen. Friedrich hatte damit die stärksten Familien der »Neuländer« an sich gebunden.

Verdienste wogen beim König schwerer als Geburt. Bürgerliche, die sich im Staat hervorgetan hatten, sollten nicht hinter dem Adel zurückstehen, der sich übrigens beharrlich dem königlichen Dienst verweigerte, weil Friedrich keine Gelegenheit ausließ, ihn zu demütigen. Darum rückten vereinzelt Männer bürgerlicher Herkunft bis in höchste Staatsämter und damit in die erste Rangklasse auf. Trotzdem stand aber der Adel bei den Personalentscheidungen des Königs vornean. Wenn sich der einheimische Adel verweigerte, nahm er eben Adelige aus den anderen Rheinbundstaaten in seine Dienste. Nach dem Tode Friedrichs I. am 30. Oktober 1816 gelang es seinem Sohn, König Wilhelm I. rasch, den inneren Unfrieden im Lande zu beenden und mit den Landständen eine Verfassung zu vereinbaren. Wilhelm verminderte den Hofstaat, der einmal 1512 Personen umfaßte, drastisch und paßte ihn den finanziellen Möglichkeiten des armen Landes in den Hungerjahren 1816–17 an. Mit der Einführung der sogenannten Zivilliste, einem festen Anteil von 850 000 Gulden jährlich im Staatshaushalt für den königlichen Hof, stellte er auch dessen Finanzierung auf eine solide gesetzliche Grundlage.

Obwohl König Wilhelm I. bei einem Großteil seiner bürgerlichen Untertanen hohes Ansehen genoß, obwohl er dem Hof einen großbürgerlichen Zuschnitt gab – ein Hofamt hatte aber immer das Adelsprädikat »von« zur Voraussetzung – ver-

mochte die großbürgerliche Oberschicht ihr Mißtrauen gegen den Hof und seine Gesellschaft nicht zu überwinden. Der Hauptgrund lag wohl in der Abneigung der im alten Herzogtum tonangebend gewesenen altwürttembergischen Ehrbarkeit gegen das aristokratische Element am Hof. Man mißtraute dem fremden Adel, der seit dem frühen 18. Jahrhundert die wichtigen Hofstellen innehatte. Trotzdem eroberte sich das Bürgertum parallel zu seinem wirtschaftlichen Aufstieg immer stärkere Positionen, und Dr. Paul Sauer schloß seinen Vortrag mit der Klage der Baronin Spitzemberg: »Im öffentlichen Leben hindert bei uns in Württemberg ein adliger Name mehr als er nützt.«

II. Die Sommerfahrten 1991

1. Samstag, 27. April 1991: Halbtagesfahrt nach Nürtingen.

»Wenn eins von uns stirbt, dann zieh ich nach Nürtingen!« Dieser ebenso makabre wie legendäre »Familienspruch« beweist eine gewisse Attraktivität Nürtingens. Von solcher wollte sich der Ludwigsburger Historische Verein überzeugen, als er sich für die Frühjahrs-Halbtagesfahrt im Rahmen des Besuchs altwürttembergischer Amtsstädte Nürtingen als Reiseziel vorgenommen hatte. Schon die Lage ist ungewöhnlich, denn die Stadt erstreckt sich über den markanten Rücken eines ehemaligen Umlaufbergs des Neckars, ein malerischer Anblick, der sich den Ludwigsburgern gleich bei der Anfahrt bot. Nach Überquerung des Neckars erreichte man rasch die »Stadthalle«, wo die Stadtführerin, Frau Dinkelacker, die Gäste empfing. Anhand eines großen Stadtmodells erläuterte sie zunächst Struktur und Werdegang der Stadt. Kelten, Römer und Alemannen hinterließen ihre Spuren, erst kürzlich wurde beim Vorort Oberensingen eine römische »villa rustica« aufgefunden! Das 1046 erstmals urkundlich erwähnte Dorf wurde 1299 ganz württembergisch, nachdem auch der Besitz der Herren von Teck und Urach erworben worden war.

Die um 1330 gegründete Stadt umschloß eine 1200 Meter lange Mauer mit vier Toren, wobei sich von der alten Neckarbrücke (vorher nur eine Furt!) durchs »Neckartor« eine Hauptstraße (heute »Neckarsteige«) aufwärts bis zum »Obertor« hinstreckte. Außerhalb entstanden nach und nach drei Vorstädte, die »obere«, die »untere« und die »Neckarvorstadt«. Wirtschaftliches Rückgrat wurde das 1526 gegründete Spital, das nicht, wie sonst üblich, von einem Kloster ausging, sondern eine städtische Einrichtung war, hervorgegangen aus vorherigen Almosenstiftungen. Durch geschickte Finanzwirtschaft – als besonders lukrativ erwies sich der Erwerb des einstigen Kloster- und Schloßguts Tachenhausen mit seinen großen landwirtschaftlichen Betrieben – gelangte das Nürtinger Spital bald zu großem Reichtum, der es in die Lage versetzte, neben seinen Verpflichtungen in der Armenfürsorge und Beamtenbesoldung große Kredite bis hin zu den Landesherren zu gewähren. Schwere Heimsuchungen erlitt die Stadt durch vier Pestepidemien, einen grausamen Kroateneinfall nach der Nördlinger Schlacht, sowie große Brandunglücke, darunter besonders gravierend die Brandkatastrophe von 1750, die ihren Anfang in der Stadtschreiberei nahm (man munkelte, ein Stadtschreiber sei am Tisch bei brennender Lampe eingeschlafen!). In dem von 1752 bis 1754 wiederaufgebauten Spital wurde später nach seiner Auflösung ein Lehrerseminar eingerichtet, so daß sich Nürtingen nun nicht nur als Stadt erstaunlich vieler Schulen,

sondern auch als Bildungsort für Lehrkräfte profilierte. Im frühen 19. Jahrhundert begann die Industrialisierung mit einer Baumwollspinnerei, und inzwischen hat sich Nürtingen zu einer vielseitigen Industriestadt entwickelt. Lang war es Oberamts- und später Kreisstadt, bis die Kreise Esslingen und Nürtingen 1972 zusammengelegt wurden und Nürtingen zu Esslingen kam.

Die Stadtführung begann bei der einst außerhalb der Stadtmauer in Nähe des Obertors gelegenen »Kreuzkirche«, die nach 1455 anstelle einer Wallfahrtskirche »zum Heiligen Kreuz« erbaut und einst vom alten Friedhof umgeben war. Der einfache Bau mit Dachreiter besitzt einen spätgotisch gewölbten Chor und ein Schiff mit am Dachstuhl aufgehängter Balkendecke. Sowohl das Dachgeschoß mit der freiliegenden sehenswerten Dachkonstruktion als auch der untere Kirchenraum sind heute als ansprechende Räume für Veranstaltungen hergerichtet. Auf dem zur Anlage umgestalteten alten Friedhof befindet sich der künstlerisch wertvolle »Hölderlinbrunnen«, auf dem »Schillerplatz« daneben der originelle »Ochsenbrunnen«. Wie die drei weiteren Tore wurde auch das »Obertor«, das einst als Gefängnis diente, im 19. Jahrhundert abgerissen. Von seinem einstigen Standort ging's hinab in einen besonders malerischen Winkel, wo als einziger Turm der Stadtbefestigung der »Blockturm« mit Resten von Stadtmauer und Wehgang erhalten blieb. Dort lagen einst die Gefangenen »in den Block gespannt«. In der Nähe erinnert das »Beguinhaus« an den einstigen Orden in der Stadt.

Bergauf und -ab ging's weiter durch alte Straßen und Gassen, übrigens erstaunlich oft an Banken vorbei! Zahlreiche »Stäffele« lassen an Stuttgart denken. Trotz des großen Brandes sind erstaunlich viele, liebevoll restaurierte, alte Fachwerkhäuser erhalten geblieben. Der barocke Spitalneubau umgibt einen unregelmäßigen Hof, über dem elegant geschwungenen Torbogen sieht man das alte Spitalwappen. Hier folgten dem späteren Lehrerseminar weitere Ausbildungsstätten, zuletzt heute eine landwirtschaftliche Fachhochschule, eine der vielseitigen Hochschulen, die Nürtingen gewissermaßen in den Rang einer Universitätsstadt erhoben haben (1987 rund 1700 Studenten!).

Der nahe »Lammbrunnen« mit Steinsäule, die einen »Wilden Mann« als Träger des Stadtwappens aufweist, hat einen schön verzierten gußeisernen Trog, datiert 1716, mit dem herzoglichen Wappen und den Initialen »E.L.H.Z.W.« = Eberhard Ludwig Herzog Zu Württemberg. Frau Dinkelacker verriet schmunzelnd, daß in Nürtingen gesagt werde, die Buchstaben hießen »Ein Lump Hat Zwei Weiber!« Der »Salemer Hof«, seit 1284 Pflegehof des Klosters Salem (Bodensee), wurde 1749 Spitalbesitz, war später privat genutzt (Waldhornbrauerei) und nach gründlicher Erneuerung Sitz der Landkreisverwaltung. Das imposante alte Rathaus (1473) wird restauriert und soll zum Seniorentreff werden (dahinter am Berghang der großartig gelungene Rathausneubau!). Der Marktplatz (Marktbrunnen von 1789) ist von etlichen schönen Fachwerkhäusern umgeben. In der Nähe (Marktstraße) steht die von Hölderlin und Schelling besuchte Lateinschule, heute Landwirtschaftsamt, sowie die »Vogtei«, später Oberamt und bis 1972 Landratsamt. An der »Schloßgartenstraße« steht das »Hölderlinhaus«, heute Volkshochschule, einst ein zum Schloß gehöriges Wirtschaftsgebäude, der »Schweizerhof«. Dort wohnte von 1774 bis 1795 Hölderlins Mutter. Das neben der Kirche einst den Berg krönende Renaissanceschloß, Nachfolgebau einer Burg, wurde leider 1765 abgerissen. Es diente als Witwensitz zahlreicher Grafen- und Herzogswitwen. Letzte Erinnerung an das Schloß ist der Schloßbrunnen auf dem »Schloßplatz«. Hier

auch das von der Familie Mörike von 1825 bis 1832 bewohnte »Mörikehaus«, ein zweites, das Mörike bewohnte (1870–1871), steht an der »unteren Neckarsteige«.

Den Gipfel beherrschend steht nun allein die mächtige Stadtkirche St. Laurentius, Folgebau mittelalterlicher Vorgängerinnen, mit ihrem 48 Meter hohen Westturm. Die spätgotische Halle des Schiffs wurde erst 1895 stilgerecht eingewölbt, wogegen der Chor ein spätgotisches Meisterwerk mit Schlußsteine (darunter Laurentius!) tragendem Netzgewölbe ist. Sehenswert sind das schmiedeeiserne Chor- und Altargitter (1624) eines Nürtinger Meisters, im Schiff neuerdings freigelegte Wandmalereien verschiedener Epochen und außen zwei Renaissance-treppentürme von Schickhardt und Hering. Leider gingen die im Inneren versuchten Erklärungen der Führerin im nahezu atonalen Lärm eines modernen Oratorienchores, der für ein Konzert probte, völlig unter. Bei der folgenden Verabschiedung tröstete daher der Vorsitzende, Dr. Bollacher, die betrübte Dame, die es ja in hervorragender Weise verstanden hatte, den Besuchern ihre geliebte Stadt lebendig zu machen und nahe zu bringen. Fazit: Nürtingen, eine bezaubernde alte Stadt, zeitweilige Heimat berühmter Männer, Schul- und Hochschulstadt, Industriestadt, Stadt der Banken, aber auch, in alter Tradition, Stadt vieler gemütlicher Wirtschaften! Um auf den Anfang zurückzukommen: Warum sollte man eigentlich nicht auch »nach Nürtingen ziehen?«

2. Samstag/Sonntag, 22./23. Juni 1991: Studienfahrt nach Montbéliard.

Ein Besuch in Mömpelgard, der alten württembergischen Besetzung an der Bur Gundischen Pforte und Partnerstadt von Ludwigsburg, war schon immer ein langgehegter Plan des Historischen Vereins. Nun war es soweit. Unter der Organisation und Reiseleitung von Brigitte und Herbert Rommel fuhren Mitglieder des Vereins für ein Wochenende nach Montbéliard, wo die Gruppe durch Jean-Marc Debard mit der Stadt vertraut gemacht und danach vom stellvertretenden Bürgermeister und den Gemeinderäten im Rathaus offiziell begrüßt wurde.

Begonnen hat es am Ende des 14. Jahrhunderts: als die württembergischen Grafen in unaufhaltsamem Aufstieg zu den maßgebenden Herren in Schwaben wurden, drangen sie auch über die Schwarzwaldbarriere hinweg in das fruchtbare und hochentwickelte Oberrheingebiet. Im Jahre 1397 verlobte Graf Eberhard der Milde seinen minderjährigen Sohn mit der ebenfalls noch minderjährigen Henriette, der ältesten der vier Erbtöchter der aussterbenden Grafen von Mömpelgard und erwarb damit einen stattlichen Besitz im französischen Sprachgebiet: die seit Rudolf von Habsburg reichslehenbare Grafschaft Mömpelgard. Nach dem frühen Tod ihres Gatten regierte Henriette die Grafschaften Mömpelgard und Württemberg als Vormünderin ihrer Söhne Ludwig und Ulrich mit strenger Hand von Stuttgart aus. Als sie aber Mömpelgard ihrer Tochter Anna (Gemahlin des Philipp von Katzenelnbogen) testamentarisch vermachte, wurde sie von ihren Söhnen im Nürtinger Schloß gefangengesetzt und erst wieder freigelassen, als sie ihr Testament änderte. Henriette zog sich nach Mömpelgard zurück und starb dort 1444. Als »la bonne comtesse« stand sie dort noch lange Zeit in besserem Andenken als in der Grafschaft Württemberg. Ihre Söhne schritten jedoch 1442 zur verhängnisvollen Landesteilung, die den Machtverfall des Hauses Württemberg einleitete. Die Linien »Württemberg-Urach« und »Württemberg-Stuttgart« entstanden.

Mömpelgard wurde nun 27 Jahre lang von Urach aus regiert, bis dieser linksrheinische Besitz für Eberhard im Bart zur außerpolitischen Belastung wurde. Im Uracher Vertrag trat er die Regierung Mömpelgards an seinen Vetter Heinrich ab.

Und seit dieser Zeit führen die Württemberger den Titel »Graf von Württemberg und Mömpelgard«, dazu das Wappen mit den drei Hirschstangen und den zwei Mömpelgarder Barben. Die eigenständige Regentschaft Mömpelgards dauerte aber nur bis zur Wiedervereinigung Württembergs. Im Jahre 1482 kamen alle Besitzungen wieder unter die Regentschaft des Grafen im Bart.

Herzog Ulrich (der Württemberg an den Rand des Bankrotts führte und somit den Bauernaufstand auslöste) wurde durch den Schwäbischen Bund aus Württemberg vertrieben. Er fand Zuflucht in Mömpelgard, wurde dort wohl aufgenommen, und dies hat er den dortigen Bürgern zeitlebens nicht vergessen. Das Mömpelgarder Schloß war seine ständige Residenz, wo er zwar eingeschränkt, jedoch standesgemäß leben konnte.

Für keinen anderen württembergischen Fürsten hat Mömpelgard so viel bedeutet wie für Herzog Ulrich. Denn es war die letzte Rettung für einen Verbannten. Aber Mömpelgard ist auch von keinem anderen Fürsten stärker beeinflusst worden, als gerade durch diesen Herzog Ulrich. Schon 1524 öffnete er das Land der kirchlichen Reformation und zwei Jahre später war die lutherische Lehre Staatsreligion in Mömpelgard. Ulrichs Sohn (Herzog Christoph) überließ dann 1553 seinem Onkel Georg die Grafschaft Mömpelgard erblich zu eigener Regierung. Und dieser Georg ist der Stammvater aller württembergischen Fürsten.

Unter Herzog Friedrich erreichte dann das württembergische Herrschaftsgebiet links des Rheins seine größte Ausdehnung. Friedrich war der große Förderer der Stadt. Um 1600 erstellte sein Baumeister Heinrich Schickhardt die Martinskirche und die »Neustadt«. Eisenhütten, Papiermühlen und Druckereien entstanden. Der Weinbau und die Landwirtschaft wurden gefördert und die Kunst und Wissenschaft brachten für Mömpelgard eine Zeit neu sich regender Kräfte.

Doch 35 Jahre später traf der 30jährige Krieg die Grafschaft Mömpelgard nicht weniger hart als das württembergische Stammland. Der »Westfälische Frieden« gab aber 1648 dem Hause Württemberg alle seine Besitzungen zurück. Doch Mömpelgard war nun als politisch und konfessionelle Enklave von Frankreich rings umschlossen. Und die Franzosen besetzten die Grafschaft. In Stuttgart entschloß man sich darauf zur Anerkennung der französischen Oberhoheit und erreichte damit die Rückgabe des Landes als burgundisches Lehen und somit die Bewahrung der evangelisch-lutherischen Konfession.

Im Jahre 1723 starb Leopold Eberhard als letzter Graf von Mömpelgard. Da er keine ebenbürtigen Nachkommen hinterließ, fiel die Grafschaft an die Stuttgarter Hauptlinie. Eberhard Ludwig war neuer Landesherr in Mömpelgard.

Die letzten Jahrzehnte vor der Französischen Revolution zeigten ein von außen ungestörtes Zusammenleben von Württemberg und Mömpelgard. Damals war es Carl Eugens jüngster Bruder Friedrich Eugen, der die Anhänglichkeit der Mömpelgarder Bürger an das württembergische Fürstenhaus zu verstärken verstand. Im Jahre 1770 erbaute er vor den Toren der Stadt Mömpelgard das Landschloßchen Etupes. In dessen ausgedehnten Gartenanlagen gab es Lauben und Grotten, Tempel und Orangerien – ein Vorbild für den späteren Garten Carl Eugens in Hohenheim. Unter den Prinzessinnen in dem weltabgeschiedenen Etupes suchten sich die mächtigsten Herrscher Europas, der spätere Zar Paul von Rußland und der spätere Kaiser Franz von Österreich ihre Gemahlinnen aus. Durch diese und andere Familienverbindungen wurde Friedrich Eugen »le grandpère de l'Europe«, der »Großvater Europas« genannt. Carl Eugen hat von Ludwigsburg aus die

Grafschaft Mömpelgard und die Familie seines Bruders Friedrich Eugen in Etupes mehrfach besucht.

Doch dann brach die Französische Revolution herein. Im Jahre 1796 trat Friedrich Eugen (nun als in Stuttgart regierender Herzog) im Pariser Sonderfrieden die linksrheinischen Besitzungen an Frankreich ab. Nach der Niederlage Napoleons im Jahre 1814 huldigten die Bürger von Mömpelgard dem württembergischen Kronprinzen Wilhelm. Doch in den Pariser Friedensverhandlungen verzichtete Württemberg darauf, die Grafschaft Mömpelgard zurückzufordern. Und nun erst verschwanden die Mömpelgarder Fische aus dem württembergischen Wappen.

Als Herren über die Grafschaft Mömpelgard hatten sich die württembergischen Fürsten vier Jahrhunderte hindurch verstrickt gesehen in das Geflecht der großen Politik zwischen Burgund, Lothringen, Elsaß und der Schweiz, zwischen Frankreich und dem Reich. Den Verlust der Grafschaft Mömpelgard zu Ende des 18. Jahrhunderts konnte Württemberg leicht verschmerzen. Die Entschädigung dafür war fürstlich. Im Reichsdeputationshauptschluß von 1803 bekam Württemberg eine ganze Reihe von Reichsstädten sowie geistliche Gebiete und die Kurwürde, die drei Jahre später zum Königreich führte.

Man besichtigte das Schloß und sonstige wichtige Gebäude der Stadt, ließ sich am Abend in einer kleinen Taverne ein elsäsisches Souper munden und fuhr am Sonntag durch den schönen Jura, wo in einer ländlichen Käserei eine kräftige Brotzeit gehalten wurde. Wohlverhalten und mit vielen neuen Eindrücken kam man am Sonntagabend wieder in Ludwigsburg an.

3. Samstag, 21. September 1991: Halbtagsfahrt nach Schwetzingen.

Diese Herbstfahrt unternahm der Historische Verein in den weltberühmten Park von Schloß Schwetzingen, wo die kurpfälzischen Herren im mittleren und späten 18. Jahrhundert auf 58,5 Hektar Fläche »die anmutlose Kulturlandschaft der Rheinebene durch eine künstliche Natur ersetzt und überhöht« und eine Anlage geschaffen haben, in der sich die Geschichtsauffassung des Barock spiegelt und die noch heute Staunen erregt. Von Dr. Dietrich Rentsch geleitet, erhielten die interessierten Teilnehmer des Vereins eine gründliche Einführung.

Schloß und Park Schwetzingen waren im 18. Jahrhundert der festliche Rahmen für den sommerlichen Aufenthalt des kurpfälzischen Hofes. Alles diente dazu, Macht, Bedeutung und Ruhm des Landesfürsten zu verkünden und die Wiederkehr des »Goldenen Zeitalters« herbeizuführen. Die Entstehung des Parkes läßt sich in fünf Abschnitte gliedern: den Garten des Kurfürsten Karl Philipp (1731), die Neuanlage des Kurfürsten Carl Theodor durch den Architekten Nicolas de Pigage und den Hofgärtner Johann Ludwig Petri (1753–58), die Erweiterung durch Pigage seit 1761, ferner die nochmalige Vergrößerung im englischen Stil durch Hofgärtner Ludwig Skell (seit 1777), der auch den »Englischen Garten« in München geschaffen hat, und schließlich die Umgestaltung des großen Bassins als See im Sinne des Landschaftsgartens. Alle Abschnitte sind noch vorhanden oder wenigstens zu erkennen. Sie reihten sich aneinander und ließen das Vorherige jeweils im wesentlichen bestehen, was dem Ganzen besonderen Reiz verleiht.

Der Parkteil, der sich unmittelbar westlich des Schlosses mit den Zirkelbauten anschließt, ist nach geometrischem Reglement im französischen Stil gebaut. Beschnittene Laubengänge schließen ein tiefer liegendes Kreisparterre ein, in dessen Mitte sich die Hauptalleen im rechten Winkel treffen. Ein Springbrunnen mit einer Arionsfigur von Barthélmy Guibal (1699–1757) markiert diesen schönen

Punkt. An klaren Tagen sieht man hier über die Ost-West-Achse den Königstuhl bei Heidelberg im Osten und den Kalmit, die höchste Erhebung des Pfälzer Waldes, im Westen. Die ganze Breite der Rheinebene ist so in das Kunstwerk einbezogen. An diese Anlagen fügen sich zunächst Bosketts oder Lustwäldchen mit Diagonalwegen, kleinen Querachsen und Kabinetten und dann die Anlagen im englischen Stil an. Künstliche Hügel, geschlängelte Wege, Haine, Wiesenpartien und Baumgruppen sind angelegt und mit architektonischen Staffagen und Skulpturen als Stimmungsträgern durchsetzt. Vergangenes, Vergehendes und sich immer Wandelndes wird in Ahnlehnung an Ovids »Metamorphosen« betont, und »Schwermut mischt sich ein«.

Der Besucher trifft in der Angloise nördlich der Hirschgruppe auf Skylla und Glaukus von Gabriel de Grupello (1716), das zierliche Vogelbad, den Ziegenbock mit Putten von Konrad Link (1775), den Chr. F. D. Schubart als einen »witzigen Faulenzer, der im Hinterhalt ungesehen die Vorübergehenden auszischt«, beschrieben hat. Der Apollotempel auf »felsigem Parnas«, darunter die heilige Quelle der Begeisterung sprudelt, hat zwei sehr unterschiedlich gestaltete Schau-seiten, die Tempel- und die Gartentheaterseite. Seine Kuppel wölbt sich über einer Statue des Apoll von Peter Anton von Verschaffelt (1710–93), die ursprünglich zu einer Heiligenfigur bestimmt war, weshalb der Gott heute seine Leier mit der Linken schlägt, was Friedrich Schiller zu einem bissigen Distichon veranlaßte. Von Verschaffelt stammen auch die Flußgötter Danubius und Rhenus am großen See.

Das Badhaus von Pigage, im Zopfstil errichtet, ist ein kostbar ausgestatteter Pavillon mit mehreren Gemächern, in denen sich Carl Theodor zu intimer Gesellschaft mit Poeten, Musikanten und Favoritinnen zurückzog. In das geräumige Badebecken floß je nach Wunsch heißes oder kaltes Wasser, »Wollüstige Musik« erklang, wenn der Kurfürst sich mit den Damen seiner Gunst darin vergnügte. Das Badhaus liegt auf einer Linie mit dem Apollotempel und dem Wildschweinbrunnen im Süden und mit den »wasserspeienden Vögeln« und dem »Perspektiv« im Norden. Mit den Ruinen des römischen Wasserkastells, des Aquädukts, des Merkurtempels in Form eines römischen Turmgrabs, anstelle einer ursprünglich geplanten ägyptischen Pyramide erstellt, und mit dem Minervatempel wird die Antike beschworen, mit der chinesischen Brücke und der Moschee an exotische Kulturen erinnert und zugleich aufklärerische Toleranz dokumentiert.

Unter den Skulpturen bedarf der lykische Apoll von Paul Egell (1691–1752) besonderer Erwähnung. Er, dessen Blick »Ironie und überlegene Heiterkeit« ausdrückt und dessen kraftvoller Körper in lässiger Haltung ruhend steht, gilt als das bedeutendste Einzelkunstwerk im Park.

(Dieser Bericht wurde aufgrund von Vorarbeiten von M. Otto aus den Berichten der Vereinsmitglieder P. Hänslers, Herbert Rommels und Dr. Wolfgang Bollachers von der Redaktion zusammengestellt.)

Rückblick auf das Jahr 1990

06. Januar In der Rundsporthalle Ludwigsburg findet die Internationale Turn-Gala mit Athleten aus Japan, der ehem. DDR und der Sowjetunion statt.
Der 7. Internationale Volkswandertag des KSV Hoheneck führt mehr als 2 500 Teilnehmer vom Baby bis zum 92-Jährigen durch die winterliche Landschaft.
Eriträische Familien, die nun schon seit 10 Jahren in Ludwigsburg leben, feiern ein Dankesfest.
08. Januar Zum zweitenmal führt die Gala-Show »Der Zauber des Zauberns« im Forum am Schloßpark Spitzenmagier aus acht Nationen zusammen.
- 08./09. Januar Erste Verhandlungen zwischen Kornwestheim und Weißenfels an der Saale zur Begründung einer Städtepartnerschaft werden geführt. Damit ist die erste derartige Partnerschaft im Kreis Ludwigsburg geplant.
10. Januar Die erste Ausstellung der photographischen Werke von Paul Sinner »Ansichten aus Schwaben« wird im Kulturzentrum eröffnet. Die Ausstellung zeigt Fotos des Meisters aus der Zeit ab 1876.
- ab 10. Januar Als erste Aussiedler zieht Familie Schwarz aus der UdSSR in das Übergangwohnheim an der Hindenburgstraße ein. Fünf Häuser mit je 16 Zimmern und 8 Küchen mit Bad wurden errichtet. Damit hat die Stadt Ludwigsburg in ihren verschiedenen Unterbringungsmöglichkeiten für 700 Aussiedler Raum geschaffen.
11. Januar Für den Bau einer Golfanlage am Monrepossee wird die staatliche Genehmigung erteilt.
12. Januar Professor Dr. Hartmut Melenk wird zum neuen Rektor der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg ab April bestimmt.
13. Januar Trotz bedeutender Leistungssteigerung wird der 1. TC Ludwigsburg in der Rundsporthalle gegenüber dem BTSV Blau-Gelb Braunschweig Zweiter in der Bundesliga-Tabelle. Dem Wettbewerb ist eine glänzende Tanzsportschau vorausgegangen.
14. Januar Die DLRG veranstaltet ein Winterschwimmen mit 59 Teilnehmern im Neckar von der Schleuse Poppenweiler bis zur Schiffsanlegestelle Hoheneck bei 2 Grad minus Luft- und 4 Grad plus Wassertemperatur.
19. Januar Der neu gewählte Kreistag konstituiert sich und verpflichtet 120 Kreisräte, unter denen 10% Frauen sind, auf fünf Jahre.
Mit Jahresbeginn wird der Verein »Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot« GdF umgewandelt in einen gemeinnützigen Verein mit Stiftungscharakter und heißt seitdem »Wüstenrot-Stiftung Deutscher Eigenheimverein«.

25. Januar Der Gemeinderat von Ludwigsburg trifft die Entscheidung, den Marktplatz nach bisher noch nie verwirklichten Plänen des Städtebauers J. D. Frisoni um- und auszubauen.
25. Januar Der Marine-Chor der Schwarzmeerflotte aus Sewastopol bietet im Forum eine perfekte Folklore-Show.
Oberbürgermeister Henke stellt eine Städtepartnerschaft mit der sowjetischen Stadt Jewpatorija auf der Krim in Aussicht.
26. Januar Der Neujahrsempfang der Ludwigsburger Industrie- und Handelskammer führt im Forum eine Vielzahl von bedeutenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens aus dem Kammerbereich Ludwigsburg zusammen. Präsident Dr. Seufferle referiert über den Aufbruch im Osten und Nobelpreisträger Prof. Dr. Michel über Gentechnologie.
28. Januar Das Baden-Württembergische Tonkünstlerfest im Bürgersaal des Forums mit einer Reihe neuer Kompositionen findet rege Beachtung.
- Anfang Februar Die Bauarbeiten am Erweiterungsbau des Kreiskrankenhauses Ludwigsburg beginnen, nachdem der Bauausschuß des Kreistages Mitte letzten Jahres den Baubeschluß gefaßt hatte.
02. Februar Der DRK-Hilfzug, der Hilfsgüter nach Rumänien gebracht hatte, kehrt nach einer Woche Fahrt wohlbehalten wieder in Ludwigsburg ein. Der DRK-Kreisverband hat insgesamt 55 Tonnen Hilfsgüter nach Rumänien gebracht. Doch wurden diese Spenden nur als ein »Tropfen auf den heißen Stein« erlebt.
- 02./03. Febr. Ein gewaltiger Sturm rast über das Kreisgebiet Ludwigsburg. Er richtet viel Schaden an Bäumen und Gebäuden an. Zahlreiche Einsätze der Feuerwehr sind erforderlich.
03. Februar Nach 30jähriger Tätigkeit ist der Leiter der Sozialtherapeutischen Anstalt des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg, Medizinaldirektor Dr. Rudolf Engell, aus seinem Amt geschieden. Neuer Leiter der Sozialtherapie wird Oberpsychologierat Rainer Gorderbauer und neuer Ärztlicher Direktor Dr. Dieter Frießen.
- Februar Die Ortskernsanierung in Mundelsheim gelingt.
10. Februar Die große Prunksitzung der 1. Ludwigsburger Carnevalsgesellschaft findet im Bürgersaal des Forums statt.
12. Februar Eine Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg wird auf der Baustelle in der Solitudeallee 50 gefunden. Sie konnte, ohne Schaden anzurichten, beseitigt werden. In den folgenden Tagen werden noch weitere 500 kg Munition unter der Aufschüttung von Kriegsschutt in der alten Ziegelei gefunden.
Pfarrer Hans Hilt wird als evangelischer Studentenpfarrer an der Päd. Hochschule Ludwigsburg eingesetzt. Er ist Nachfolger von Pfarrer Otto Lempp.
Übereinkunft wird hergestellt über die Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Ludwigsburg, Kornwestheim und Bietigheim-Bissingen. Dabei geht es unter anderem um eine gemein-

- same Sporthalle und um einen durchgehenden Grünzug von Bietigheim bis Kornwestheim.
15. – 18. Febr. Vier Tage lang sind 30 Diakone und Diakoninnen aus Moritzburg/Sachsen Gäste des Diakonieverbandes der Karlshöhe. Nach jahrzehntelanger Partnerschaft ist ein solcher Besuch erstmals möglich geworden. Der Diakonieverband Karlshöhe feierte seinen Verbandstag mit den Vertretern der Partner-Brüderschaft.
16. Februar Der Bönningheimer Gemeinderat entschließt sich zu einer gründlichen Sanierung des 30 Jahre alten Freibades. Die Renovierungsarbeiten sollen bis Sommer 1992 fertig sein. Der Sozialdezernent des Landratsamts, Heinz Geduldig, ist im Alter von 63 Jahren kurz nach seiner Pensionierung verstorben.
19. Februar Ein großer Fastnachtsumzug findet in Neckarweihingen statt. Der neue Wasserhochbehälter im Industriegebiet »Ottmarsheimer Höhe« wird durch Vertreter des Industrieverbandes »Ottmarsheimer Höhe«, dessen Mitglieder die Gemeinden Hessigheim, Mundelsheim, Neckarwestheim, Walheim und Besigheim sind, in Betrieb genommen.
20. Februar Oberbürgermeister Henke berichtet von den Plänen über eine Städtepartnerschaft mit Jewpatorija auf der Krim. Auch Interesse aus China bestehe. Dort ist eine Partnerschaft mit Stadt und Kreis Yichang ins Auge gefaßt. Der Gemeinderat von Besigheim beschließt, die 105 Jahre alte Trikot-Fabrik »Emella« abreißen zu lassen.
22. Februar Pläne der Kreissparkasse Ludwigsburg zu einem Erweiterungsbau, der auf den Schiller-Platz hinausragen soll, werden vom Bauausschuß zurückhaltend zur Kenntnis genommen. Plänen für ein Tagungshotel auf dem Gelände der Marienwahl stimmt der Bauausschuß grundsätzlich zu.
23. Februar Der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Dr. Erich Bracher, wird anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand in der Ludwigsburger Musikhalle hochgehrt.
26. Februar Ein Orkan rast über den Kreis Ludwigsburg und richtet erheblichen Schaden an.
01. März Der erste Bauabschnitt auf dem ehemaligen »Milu«-Gelände ist mit dem Einkaufszentrum »Mann mobilia« im Norden von Ludwigsburg vollendet. Der Andrang der Besucher anlässlich der Eröffnung führt zu einem Verkehrschaos auf der B 27.
05. März Das Ludwigsburger Strafvollzugsmuseum in der Schorndorfer Straße darf auf Erweiterung hoffen, nachdem das Land Baden-Württemberg dafür grünes Licht gegeben hat. Zum fünften Mal innerhalb von acht Monaten brennt es auf dem Schloßgut Harteneck. Brandstiftung wird angenommen. Eine Investorengruppe möchte die Baulichkeiten sinnvoll nutzen.
06. März Vor genau 130 Jahren war nach Mitteilung der Ludwigsburger Zeitung von damals der vom Organisten Jung gegründete neue Kirchenchor zum erstenmal zu hören. Damit ist das Gründungs-

- datum des Stadtkirchenchores festgestellt. Der Stadtkirchenchor feiert sein Jubiläum.
09. März Der Bauausschuß des Ludwigsburger Gemeinderates legt Rahmenbedingungen für einen Ideenwettbewerb zum Bau auf dem Walcker-Areal in Ludwigsburg fest.
09. – 11. März Erster Besuch von 36 Gliedern der Partnergemeinde aus dem thüringischen Marlishausen bei der Paul-Gerhardt-Gemeinde in Ludwigsburg.
10. März Nach jahrelangem Warten gelingt der erste Spatenstich für das neue Kirchen- und Gemeindezentrum der Martingemeinde im Grünbühl.
13. März Die letzten Unterlagen zum Baugesuch für das neue Bahnhofsgelände in Ludwigsburg werden mit der Hoffnung auf baldigen Baubeginn eingereicht.
15. März Sechste Brandstiftung auf dem Schloßgut Harteneck.
15. – 16. März Der 8. Ludwigsburger Kongress für Gastroenterologische Endoskopie und Sonographie, zu dem Prof. Dr. P. Frühmorgen und Oberarzt Dr. E. Fröhlich eingeladen hatten, findet bundesweites Interesse.
18. März Schuldekan Karl Besemer wird in den Ruhestand verabschiedet.
21. März Der bekannte Ludwigsburger Architekt Otto Eichert wäre 100 Jahre alt.
22. März Der Ludwigsburger Gemeinderat beschließt eine rechtswirksame Konzeption zur Entwicklung der Einzelhandelsstandorte in Ludwigsburg.
24. März Der Bach-Chor aus Arnstadt, der Partnergemeinde der Evang. Kirchengemeinde in Ludwigsburg, gastiert in der Stadtkirche.
28. März Bei einer Podiumsdiskussion in Poppenweiler fordern die Bürger die sofortige Schließung der Mülldeponie am Lemberg. Die Diskussion um die Entsorgung des Mülls im Landkreis Ludwigsburg bleibt offen.
29. März In der »Liste der Kulturdenkmale für den Stadtkern von Ludwigsburg« sind 720 denkmalgeschützte Gebäude verzeichnet. Ein Vorvertrag wird abgeschlossen zwischen der Firma Pfauter in Ludwigsburg und der Firma Modul in Chemnitz zur Produktion von Pfauter-Wälzmaschinen.
30. März Das Gespräch über die Errichtung einer Spielbank in Ludwigsburg ist wieder aufgegeben worden. Die Einrichtung einer Spielbank wurde auch im Zusammenhang mit der notwendigen Sanierung des Schlosses gesehen. Ein Wechsel im Verteidigungskommando 51 wird vorgenommen: Oberst Wolfgang Tomschi wird von Generalmajor Schild im Ordensaal des Schlosses mit hoher Anerkennung in den Ruhestand verabschiedet; an seiner Stelle wird Oberst Rolf Franz eingesetzt. Die 36. Saison der Gartenschau »Blühendes Barock« wird wieder festlich eröffnet. In den 35 Jahren ihres Bestehens haben 42 Millionen Menschen diese Gartenschau besucht.

01. April Die zweite Wahl des Ausländerausschusses in Ludwigsburg, eines beratenden Ausschusses des Gemeinderates, zu dem 6573 ausländische Mitbürger und -bürgerinnen aus Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und der Türkei aufgerufen sind, findet statt.
Nach zweijähriger Bauzeit ist der Mathildengarten beim Schloß wieder zugänglich.
03. April Der Gemeinderat diskutiert die Pläne für das Ludwigsburger Bahnhofsgebäude, das mehr ein Dienstleistungszentrum, als ein Bahnhof werden wird.
05. April Zum siebten Mal brennt es auf dem Schloßgut Harteneck. Nun ist das Herrenhaus nur noch eine Ruine.
06. April Acht Architekten waren eingeladen zu einem Wettbewerb für die Bebauung des Walcker-Areals. Alle haben Arbeiten vorgelegt.
Bei der Generalversammlung der Felsenkellerei Besigheim kann festgestellt werden, daß diese Kellerei zur Spitze in Württemberg gehört.
07. April Am Tag des Baumes führt der Ortsverein des Schwäbischen Albvereins in Hoheneck-West eine Pflanzungsaktion durch. Begonnen wird die Anpflanzung beim »Römischen Landhaus«.
08. April Der rundum erneuerte Turm der Laurentiuskirche in Neckarweihingen wird nach Abschluß der Arbeiten mit einem Festgottesdienst von der Gemeinde wieder übernommen.
Der alte Brauch der Palmenweihe wird vor der Dreieinigkeitskirche in Ludwigsburg und mit einem anschließenden Festgottesdienst wieder aufgenommen.
- Anfang April Ein neues Wohngebiet »Möglinger Straße Nord« wird mit den Straßen »Im Mais«, »Im Roggen« und »Im Weizen« in Ludwigsburg erschlossen.
11. April Millionenschaden entsteht durch einen Großbrand in der Lagerhalle der Bundesbahn beim Güterbahnhof. Brandstiftung wird vermutet.
15. April Eine Delegation der Ludwigsburger Kreishandwerkerschaft unter Leitung von Kreishandwerksmeister Uwe Schüle besucht die Kollegen der Dresdener Handwerkskammer in Bischofswerda.
18. April Zwölf DDR-Grenzhunde haben im Ludwigsburger Tierheim eine vorläufige Bleibe gefunden. Die Hunde gelten als ausgezeichnete Wach- und Begleithunde.
19. April Der anfängliche Optimismus bezüglich der Vorteile des Langen Donnerstages sind deutlich geschwunden. Der erwartete Erfolg hat sich nicht bei allen Geschäften eingestellt.
21. April Der Ortsverein des Roten Kreuzes kann nach zweijähriger Vorbereitungszeit neue Räume im Gebäude Bärensaal beziehen und hat damit eine deutliche Verbesserung seiner Arbeitsmöglichkeiten gewonnen.
In der Friedenskirche musizieren gemeinsam der Ebersberger Oratorienchor mit Instrumentalensemble und der Chor des

- Staatlichen Konservatoriums Thessaloniki unter der Leitung des Dirigenten Trissevjeni Kalokyri.
22. April Aus Anlaß des »Tages der Erde« veranstalten die Studenten der PH Ludwigsburg zahlreiche Aktionen. In der Kreuzkirche feiern sie mit Pfarrer Martin Herrmann einen festlichen Gottesdienst.
23. April Landeskonservator Prof. Dr. Dieter Planck stellt die neuen Grabungsergebnisse, die südlich der Bottwartalstraße bei Murr gewonnen wurden, als römische Siedlung und Flußanlegestelle an der Murr vor.
24. April Nach Mitteilung der LKZ erhält die Ludwigsburger Firma Schweizer den Bundespreis des Klempnerhandwerkes für die hoch anerkannten Arbeiten an der Universität Kassel.
25. April Die Bauern aus Stadt und Kreis Ludwigsburg protestieren mit einer Schlepper-Demonstration auf dem Marktplatz gegen die Preispolitik der EG-Agrarkommission.
26. April Einen Verkehrssicherheitstag für Senioren organisiert die Polizei in Zusammenarbeit mit Verkehrswacht, AOK, DRK, TÜV-Südwest, Stadt Vaihingen/Enz und dem Landkreis.
26. April Oberbürgermeister Henke eröffnet die neue Passage zwischen Asperger Straße und Wilhelmsstraße.
27. April Zum zweitenmal ist das Konsularcorps Baden-Württemberg mit der Generalkonsulin Dr. Maria Monteiro aus Portugal an der Spitze in Ludwigsburg zu Gast.
28. April In Kornwestheim findet das Jahrestreffen des Baden-Württembergischen Feuerwehrverbandes in Anwesenheit von Feuerwehrmännern aus Dresden und Bautzen statt.
Die Ludwigsburger Firma Gebrüder Lotter kann auf 100 Jahre Firmengeschichte zurückblicken und feiert in der Musikhalle ihr Jubiläum.
30. April Das letzte Konzert des Schwarzmeer-Marine-Chors auf dieser Tournee findet im Forum statt. Damit ist dieser renommierte Chor fünftmal in Ludwigsburg aufgetreten.
01. Mai Eine Kundgebung des DGB auf der Bärenwiese und ein Marsch durch die Stadt findet rege Teilnahme.
02. Mai Ein dreitägiger Kongress an der Staatlichen Sportakademie Ludwigsburg befaßt sich mit der Frage: »Wo liegt die Zukunft der Leichtathletik?«.
04. Mai Die Fachtage »Energie und Umwelt«, die vom Leiter der Akademie für Natur- und Umweltschutz, Claus-Peter Hutter, organisiert sind, finden im Forum statt. Dieser fachliche Erfahrungsaustausch erfährt weite Beachtung.
05. Mai Das Manegentheater Salti Möggi gibt in Ludwigsburg seine Weltpremiere unter begeisterter Teilnahme eines großen Publikums auf der Bärenwiese.
Ministerpräsident L. Späth ehrt im Ordensaal des Schlosses 37 Persönlichkeiten für hervorragende Verdienste um das Land und

- seine Bevölkerung mit der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg.
06. Mai Die Internationale Bruderschaft der Magier gründet in Ludwigsburg den Deutschen Freundschaftsring und stellt seine Künste in Baden-Württemberg dar.
07. Mai Ein neuer Computertomograph für das Kreiskrankenhaus Ludwigsburg trifft ein.
09. Mai Die Ludwigsburger Wirtschaftsjuvenoren richten die »6. Europatage Baden-Württemberg und Elsaß« mit einem internationalen Kongreß aus, an dem zum erstenmal Vertreter aus der Tschechoslowakei und Polen teilnehmen.
Bei der Stadtgründungsfeier im Ordenssaal verleiht Oberbürgermeister Henke dem 85jährigen Gartenbaudirektor Albert Schöchle die Ehrenbürgerwürde.
10. Mai Eröffnung einer Ausstellung der Stadt Ludwigsburg und des Vereins DAZ mit dem Thema »Fremde in Ludwigsburg«; sie zeigt, daß Fremde in der Geschichte der Stadt immer wieder eine förderliche Rolle gespielt haben.
12. Mai Aufgrund eines Gesprächs der LKZ mit Staatssekretär Dr. Eugen Volz wird mitgeteilt, daß die amerikanischen Truppen den Standort Ludwigsburg noch in diesem Jahr aufgeben werden.
Mit einem feierlichen Appell meldet sich das Feldjägerbataillon 750 aus Ludwigsburg ab, um in den neuen Standort Esslingen einzurücken. Das Bataillon hatte zwei Jahrzehnte in Ludwigsburg gelegen.
14. Mai Ein 31jähriger Mann stirbt in Ludwigsburg als siebtes Opfer im Kreis an den Folgen von Rauschgiftkonsum.
16. – 20. Mai Steinheim und die ungarische Stadt Sárvár begründen eine Städtepartnerschaft miteinander.
17. Mai Kirchenmusikdirektor und Dozent Siegfried Bauer übernimmt als Oberstleutnant d. R. das Kommando des Jägerbataillons 751.
18. Mai Mitteilung der LKZ: Im herrlichen Rathaussaal in Wasserburg am Inn erhält das Tiefbauamt Ludwigsburg den Sonderpreis der Bundesvereinigung der Straßenbau- und Verkehrs-Ingenieure für den Francksteg über die Bahngleise.
Beschluß des Gemeinderates in Ludwigsburg, das Rathaus gründlich zu renovieren und umzubauen. Baubeginn ist noch im Jahr 1990 vorgesehen. Die Arbeiten sollen bis 1992 fertig sein.
- seit 18. Mai halten junge Leute aus dem Raum Bietigheim das alte Pfarrhaus in Metterzimmern besetzt, um damit auf die Wohnraumnot der Stadt aufmerksam zu machen.
19. Mai Professor Wolfgang Gönnewein eröffnet die Ludwigsburger Schloßfestspiele und Internationalen Festspiele Baden-Württemberg mit einem Konzert mit Werken von Schubert, Mozart und Mahler.
- 19./20. Mai Das 25jährige Bestehen der katholischen Sankt-Maria-Kirche in Ditzingen feiert die Gemeinde unter Anwesenheit des Weihbischofs Franz-Joseph Kuhnle.

20. Mai Beim »54. Bietigheimer Tag«, der traditionellen Begegnung von SPD und Evang. Kirche werden Fragen zur Einführung der Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern angesprochen unter dem Thema »Deutsch-deutsche Nächstenliebe und Solidarität«.
- bis 27. Mai findet die Jahrestagung des »Bundes deutscher Klavierbauer« (BDK) in der Gewerblichen Schule II in Ludwigsburg statt. Die 150 Teilnehmer besuchen praxisorientierte Kurse und Stimmwettbewerbe.
29. Mai Eine sowjetische Delegation aus Leningrad besucht das Ludwigsburger Klärwerk in Hoheneck, um sich über den neuesten Stand der Abwassertechnik zu informieren.
- Architekten und Denkmalschützer kommen aus den neuen Bundesländern nach Bietigheim-Bissingen und besichtigen unter Leitung von Präsident Prof. Gebeßler die Ergebnisse der Stadtsanierung.
- Anfang Juni wird die Strafvollzugsanstalt in Ludwigsburg endgültig geräumt und nach Heimsheim in die neuen Gebäude verlegt. Damit endet die Geschichte des Zuchthauses/der Strafvollzugsanstalt in Ludwigsburg nach 254 Jahren.
01. Juni Im Ludwigsburger Schloß gibt Ministerpräsident L. Späth einen Empfang für den Ministerpräsidenten von Singapur, Lee Kuan Yew. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Singapur ist beabsichtigt.
02. Juni Eröffnung der Leistungsschau des »Bundes der Selbständigen« in Besigheim durch den stellvertretenden Bürgermeister Karl Pfitzenmaier. 70 Aussteller beteiligen sich an dieser Schau. Der »Bund der Selbständigen« feiert sein 125-jähriges Bestehen.
04. – 08. Juni Die Edelstahlrohre als Begrenzung um den Obelisken auf dem Holzmarkt in Ludwigsburg werden durch Steinpoller und Eisenketten ersetzt. Damit entspricht die Stadtverwaltung dem lang gehegten Wunsch vieler Bürger und Bürgerinnen.
06. Juni Der Rat von Naumburg in Thüringen wählt den Direktor des Landeswohlfahrtsverbandes, Curd Becker, zum ersten Bürgermeister nach der Wende. Curt Becker wurde in Naumburg geboren und ist dort aufgewachsen.
- 9./10. Juni Die »19. Kornwestheimer Tage« finden mit einer Fülle verschiedenster Veranstaltungen unter Mitwirkung der »Fröhlichen Musikanten« aus der Partnerstadt Weißenfels statt.
12. Juni Die Stadt Ludwigsburg gibt einen Empfang anlässlich der Schließung der Strafvollzugsanstalt.
- Die »Stiftung Europäisches Naturerbe« (SEN) stellt durch ihren Präsidenten Claus-Peter Hutter die Ziele der landesübergreifenden Kampagne mit dem Thema: »Kein europäisches Haus ohne gemeinsamen grünen Garten« vor.
16. Juni Die Standardformation des 1. TC Ludwigsburg muß in Oslo den Europäischen Meistertitel an BTSC Braunschweig abgeben und sich mit dem zweiten Platz begnügen.

17. Juni Der Dekan von Besigheim, Theo Schlatter, wird in den Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger ist Pfarrer Manfred Junginger von Bissingen.
Eine Abordnung des Gemeinderates von Schwieberdingen ist nach Vaux le Rénil gereist. Dort unterschreiben die Bürgermeister Pierre Carassus und Gerd Spiegel die Städtepartnerschaftsurkunden.
18. Juni Ilse Dorner vom Ludwigsburger Büro für Frauenfragen gibt ein »Frauen-Informations-Handbuch« als erste Materialsammlung zu frauenspezifischen Fragen heraus.
21. Juni Der französische Sportgeher Alphonse Richard startet zum Lauf nach der 345 km entfernten Partnerstadt Ludwigsburgs, Montbéliard, aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Partnerschaft zwischen beiden Städten. Am 23. Juni 16.00 Uhr kommt Richard wohlbehalten am Ziel an. Die Bevölkerung bereitet ihm einen triumphalen Empfang.
22. Juni Bürgermeister Wilfried Botzenhard übergibt der Öffentlichkeit die fertiggestellte Bahnunterführung in Walheim. Damit ist die Behinderung des Verkehrs durch die Bahnschranke nach langer Planung aufgehoben.
Die erste Ausstellung deutscher Städte im »Haus der Architekten« in Moskau wird eröffnet. Ludwigsburg ist neben München und Stuttgart präsent. Auch eine Delegation des Gemeinderates mit Oberbürgermeister Henke an ihrer Spitze ist in Moskau anwesend.
- 23./24. Juni Der Abschluß des Partnerschaftsjubiläums Ludwigsburg-Montbéliard wird unter großer Beteiligung und Freude der Bevölkerung in Montbéliard begangen.
23. – 25. Juni Das Oßweiler Musikfest findet großen Zuspruch und wird mit Begeisterung gefeiert.
25. Juni Die Absichtserklärung für eine Städtepartnerschaft zwischen Ludwigsburg und Jewpatorija wird in der Krimstadt unterschrieben.
27. Juni Die Krankenpflegeschule des Kreiskrankenhauses Ludwigsburg feiert im Forum ihr 50jähriges Bestehen; am 11. Juni 1940 wurde sie gegründet.
28. Juni Durch den ungeheuren Niederschlag von 50 Liter pro Quadratmeter bei dem Wolkenbruch platzt am Abend der Kanal des alten Tälesbaches unter der Marbacher Straße in Ludwigsburg und wird die Straße auf 200 Meter Länge aufgerissen.
29. Juni Die Deutsche Frankreich-Bibliothek am Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg wird für die Öffentlichkeit mit einer Festveranstaltung im Ordenssaal des Schlosses eröffnet. Arbeitsplätze sind neu eingerichtet.
30. Juni Zum 20. Marktplatzfest strömen wieder Tausende von Besuchern. Auch ein Regenguß kann der Freude nicht Abbruch tun. Das Marktplatzfest ist schon zu einer festen Tradition geworden.

02. Juli Die Bausparkasse GdF Wüstenrot Ludwigsburg nimmt ihre Geschäftstätigkeit in Rostock, Schwerin, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Erfurt, Weimar, Berlin (Ost), Potsdam, Magdeburg und Halle auf.
05. Juli Für das von der Württembergischen Hofkammer im Bereich des Businessparkes Monrepos erworbenen Bürogebäude wird das Richtfest gefeiert.
06. Juli Zwei Wochen lang dauert das Seminar, das für sowjetische Manager und Dozenten aus Leningrad bei Wüstenrot über Marktwirtschaft und wie man mit Hilfe von Bausparkassen Eigentum schaffen kann, abgehalten wird.
Die Tunnelpatin Ruth Grau hat unter Anwesenheit prominenter Gäste den Anschlag für den 170 Meter langen Tunnel unter dem Besigheimer Bergsporn hindurch vorgenommen. Die Brücke, die zum Tunnel führt, ist bereits fertig.
07. Juli Die völlig neugestaltete Myliusstraße wird nach acht Monaten Bauzeit und einem Aufwand von 2,6 Millionen DM mit einem großen Sommerfest der Geschäftsleute eingeweiht.
Der Kuhländler Gedenkstein auf der Bärenwiese wird geweiht und öffentlich der Stadt Ludwigsburg übergeben.
08. Juli 22 Frauen und 6 Männer werden in einem festlichen Gottesdienst in der Kirche der Karlshöhe in das Amt der Diakonin und des Diakons berufen.
09. Juli Bei der Presse- und Informationsfahrt, die Landrat Dr. Hartmann anbietet, kann festgestellt werden, daß ein besonders schönes Landschaftsschutzgebiet des Kreises Ludwigsburg das Enztal ist und daß sich dort eine ganze Reihe von wertvollen Naturdenkmalen befindet.
10. Juli 600 Ludwigsburger singen mit Gotthilf Fischer im Favoritepark. Dabei werden die Gewinner des LKZ-Wettbewerbes anlässlich der Fußballweltmeisterschaft ausgelost und mit einer Schallplatte beschenkt. Das ZDF nimmt die Chorgesänge auf.
Der Ludwigsburger Gemeinderat stimmt dem Bauvorhaben »Geschäftsgebäude mit Reisezentrum, Parkhaus und Markthalle« des Berliner Investors Peter Ziegebalg, das an der Stelle des ehemaligen Bahnhofes errichtet werden soll, und dem Bau eines Westausganges vom Bahnhof zu.
11. Juli Das Kesselhaus der ehemaligen Trikotfabrik »Emella« in Besigheim wird, nachdem schon Tage vorher mit der Arbeit begonnen worden war, niedergerissen. Das Hauptgebäude folgt im August.
12. Juli Der 52jährige Heinz Waibel, der 13 Jahre lang Bürgermeister in Möglingen war, verzichtet auf eine neue Kandidatur für dieses Amt.
Der Plan, ein Kleeblatt-Altenpflegeheim im Stiftsgarten von Oberstenfeld zu erbauen, findet nachhaltigen Widerspruch der Bürgerinitiative »Rettet den Stiftsgarten«.
13. Juli Die Kornwestheimer Freiwillige Feuerwehr feiert ihr 125jähriges Bestehen.

- Drei Kutschen der Post, die den historischen Weg der ersten Postlinie von vor 500 Jahren nachfahren, treffen in Vaihingen ein.
14. Juli 152 albanische Flüchtlinge aus der Deutschen Botschaft in Tirana ziehen in das Verwaltungsgebäude des ehemaligen Ludwigsburger Gefängnisses ein.
Die »13. Aldinger Veteranen-Ralley« führt 114 Teilnehmer mit sehenswerten Oldtimern zusammen.
15. Juli Mit einem Gottesdienst feiert die Ludwigsburger Friedenskirchengemeinde den Abschluß der Außenrenovierungsarbeiten an ihrer Kirche. Die Innenerneuerung beginnt jetzt.
16. – 21. Juli Mitglieder des Schwäbischen Albvereines bringen neue Aluminium-Wegweisschilder im Bereich Gemmrigheim und Hessigheim an.
18. Juli Auf dem Neckar bei Neckargröningen wird Ölalarm gegeben. Der Neckar muß für vier Stunden gesperrt werden, bis die Gefahr beseitigt ist.
Auf der Deponie Burghof in Vaihingen-Horrheim eröffnet der Aufsichtsratsvorsitzende der Abfallverwertungs-Gesellschaft (AVL), Landrat Dr. Hartmann, den vierten Recyclinghof im Landkreis.
19. Juli Nach heftiger Debatte beschließt der Gemeinderat, daß die Stadt Kornwestheim eine Kindersportschule gründet.
- 21./22. Juli Beim 15. Beilsteiner Weinbergfest wird wieder die traditionelle »Butten-Olympiade« ausgetragen.
24. Juli Mit einer Bürgerinitiative haben 5725 Kornwestheimer ihr Votum gegen die Bebauung des Viesenhäuser Hofes zum Ausdruck gebracht.
28. Juli Nach vierwöchigem Erholungsaufenthalt reisen Kinder aus der Gegend um Tschernobyl von Ludwigsburg wieder ab. Weitere Kinder von dort werden im August erwartet.
Zum achten Mal muß die Ludwigsburger Feuerwehr ausrücken, um einen Brand im Schloßgut Hartneck zu löschen. Die Scheuer brannte völlig aus.
- 30./31. Juli Besigheims älteste Fabrik »Emella« wird gänzlich niedergelegt.
Ende Juli Thomas Rothacker kauft in Ludwigsburg das Zentrum »Scala« mit der Gaststätte »Herzog Eberhard«. Er rettet damit den bekannten und gut besuchten Treffpunkt und trägt wesentlich zur Erhaltung dieser kulturellen Einrichtung bei.
- Im Juli Die Grabungen in dem abgegangenen Dorf Vöhingen bei Schwieberdingen fördern interessante Funde zu Tage.
- Im August wird der Wettbewerb der Deutschen Verkehrswacht »Typen gibt's« auf dem Verkehrsübungsplatz in Vaihingen durchgeführt. Bei der 32. Zeltlagerfreizeit der Sportkreisjugend in Untersteinach bei Öhringen treffen die Kinder und Jugendlichen zum ersten Mal auch mit jungen Menschen aus Ungarn zusammen.
1. August Das Scala-Kino wird für sein hervorragendes Filmprogramm vom Wissenschafts- und Kultus-Ministerium mit einem Preis ausgezeichnet, der mit 10 000 DM dotiert ist.

1. – 8. August Italienische Archäologen aus der Partnerprovinz Udine sind beim Landkreis zu Gast und absolvieren ein umfangreiches Studienprogramm.
4. – 10. Aug. zieht die Ludwigsburger Feuerwehr in die neue Feuerwache an der Heilbronner Straße um. Die Alarmbereitschaft muß dabei voll erhalten bleiben.
6. August Die Gewinnerin des Hauptpreises der Sendung der Deutschen Welle »Stadtbekannt durch Ludwigsburg«, Frau Hanna Rosenfeld aus Jerusalem, ist in Ludwigsburg zu Gast. Der Preis enthielt die Reise nach Ludwigsburg und Umgebung.
7. August Die Ludwigsburger Feuerwehr muß an der Staustufe Poppenweiler mit drei Schaumrohren das Wasser des Neckars belüften, um die Erstickungsgefahr für die Fische zu verringern.
10. August Mit einer kleinen Feier verabschiedet die Kaufmännische Ausbildungsstätte für Körperbehinderte der Karlshöhe Ludwigsburg 21 Jugendliche nach Abschluß ihrer Ausbildungen zu Kaufleuten, Bürofach Helfern und Bürohelfern.
11. August Ein Brand in einer Gaststätte in Winzerhausen zerstört das ganze Anwesen. Zwei Personen werden schwer verletzt.
Szenen für die 11. Folge des Fernsehfilmes »Pfarrerin Lenau« werden in der Oßweiler Schreinerei Holzwarth gedreht.
91 Asylbewerber werden notgedrungen in Räumen des ehemaligen Gefängnisses untergebracht. Noch weitere sollen hinzukommen. Die Betreuung der Asylsuchenden ist schwierig.
13. August Im Freiburger Rathaus findet eine Makonde-Großskulptur »Gemeinschaftsbaum« Aufstellung. Diese Plastik ist das Geschenk eines ungenannt bleiben wollenden Spenders.
16. August Für rund 30 Millionen DM baut die Firma Siemens A.G. ihren Standort in Ditzingen aus. Das Richtfest findet der Witterung wegen im Saale statt.
19. August Das 24. Internationale Musikfest in Markgröningen versammelt sieben Vereine, auch aus Jugoslawien und Italien. Anspruchsvolle und schwungvolle Blasmusik wird neben Chorgesang während des ganzen Wochenendes geboten.
20. August Eine Kehrmaschine, ein Unimog, ein Vespa-Dreirad und ein PKW, sowie Büromaterial werden auf den Weg nach Naumburg als Geschenk der Stadt Ludwigsburg gebracht.
Die Ludwigsburger Feuerwehr hat sich ein neuartiges wasserbetriebenes Turbogebälde angeschafft. Es kann blasen, saugen und Wasser versprühen; das Gerät hat sich bei einem Einsatz schon bewährt.
Die Ludwigsburger Musikanten »Des Geyers schwarzer Haufen« sind nach einer fünfmonatigen Tournee mit 121 Auftritten in der Schweiz, Österreich und Italien zurückgekehrt. Die Gruppe tritt im SWF auf.
24. August Die letzte Etappe der vom Süddeutschen Rundfunk veranstalteten »Tour de Ländle« beginnt um 8.45 Uhr auf dem Marktplatz. Oberbürgermeister Henke schickt die 600 Radfahrer auf die 200 km

- lange Strecke. Bürgermeister Bogner fährt dem Feld bis zum Neckar voraus.
24. – 27. Aug. Der erstmals 1444 nachgewiesene Schäferlauf in Markgröningen beginnt wieder. Zwischen den Schäferlaufstädten Markgröningen und Martin de Crau in Süd-Frankreich soll ein ökologisch orientiertes Partner-Pilot-Projekt entstehen.
30. August Die Latein-Tanzformation des Tanzclubs »Viktoria« aus Sewastopol trifft für 10 Tage in Ludwigsburg ein. Die Gruppe ist Meister der Sowjetunion.
Eine moderne Ausbildungsstätte für 110 künftige Industrieelektroniker plant die Firma Robert Bosch GmbH in Schwieberdingen. Der erste Spatenstich dafür ist schon getan.
Der neue Palazzo »Dancing park« mit Nachtrestaurant im Freiburger Industriegebiet wird vom Disco-Boß Ekkhard Memminger unter Einsatz einer dreistrahligem Lichtkanone in Betrieb genommen.
31. August Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt besucht Ludwigsburg. Dabei werden Wohnungsbauprobleme im Ballungsgebiet angesprochen.
01. September Beim Tag der offenen Tür des Technischen Hilfswerkes (THW) werden in Grünbühl Kostproben der Einsatzfähigkeit der Helfer auch mit modernen technischen Geräten vorgeführt. Natürlich ist auch für das leibliche Wohl der Besucher gesorgt.
Die wohlgelungene Premiere der Neuinszenierung von Mozarts »Entführung aus dem Serail« von Marco Arturo Marelli im Ludwigsburger Schloßtheater begeistert die Zuschauer.
In Gerlingen wird die 150 000 DM teure und nun abgeschlossene Sanierung des Urbanbrunnens und Urbanplatzes festlich begangen. Gäste aus der englischen Patenstadt Seaham sind auch wegen der gegenwärtig stattfindenden Englischen Woche gekommen.
- 1./2. Sept. Die Angehörigen der ehemaligen »Hörnles-Division« (260. Infanterie-Division) treffen sich traditionsgemäß in Ludwigsburg. Erstmals sind auch Gäste aus den neuen Bundesländern gekommen.
Abgeordnete der DDR-Volkskammer besuchen Ludwigsburg. Sie werden im Favoriteschlößchen von Oberbürgermeister Henke und MdB Matthias Wissmann begrüßt. Thema der Gespräche sind vor allem die Probleme der kommunalen Selbstverwaltung.
Ein volles Haus ist begeistert von den Darbietungen des Tanzclubs »Viktoria« aus Sewastopol, der Gast beim 1. TC Ludwigsburg ist. Der Abend wird zu einem deutsch-russischen Tanzfestival.
Das Richtfest für eine Mehrzweckhalle der Firma Eisfink, die auch ein Hochregallager der Firma Porsche beinhalten wird, kann an der Grönerstraße gefeiert werden.
04. September Der Trauergottesdienst für den am 02. September zu Tode gekommenen Pfarrer Wilfried Zeller, der u. a. verdienter Gemein-

- derat und Kreisrat war, wird auf dem Friedhof in Ludwigsburg begangen.
05. September Die Gemeinde Hemmingen plant den Bau von 241 Wohnungen und will diese Pläne intensiv in der Öffentlichkeit diskutieren. Der Verleger Konrad Ulmer kann Oberbürgermeister Henke das erste Exemplar eines Reprints des Ludwigsburger Adreßbuches von 1825 übergeben. Dieser Nachdruck ist eine Fundgrube für geschichtlich Interessierte.
06. September Eine Delegation aus der chinesischen Provinz Hubei und der Stadt Yi Chang wird von Stadt und Kreis Ludwigsburg begrüßt und vor allem über Fragen des Gesundheitswesens informiert, dem in Yi Chang aufgeholfen werden soll. Eine Partnerschaft wird angesprochen.
Dietmar Haaf, der neue Europameister im Weitsprung (8,25 m), wird in Kornwestheim festlich und begeistert empfangen.
07. September Die Folklore-Gruppe »Lipovjan« aus der Tschechoslowakei ist Gast der Böhmerwaldtanzgruppe Steinheim und damit der ganzen Stadt. Höhepunkt der Begegnung ist der Volkstumsabend, der begeisterteste Teilnahme findet.
- 07./08. Sept. Der Gründungskongress der »Südwestdeutschen Gesellschaft für Gastroenterologie« im Forum unter der Präsidentschaft von Prof. D. Peter Fröhmer findet weit überregionales Interesse.
08. September Die neue Sporthalle Regental in Remseck wird von Bürgermeister Peter Kuhn den Sportvereinen übergeben. Ein jahrelanger Wunsch ist damit in Erfüllung gegangen.
- 08./09. Sept. In der Eissporthalle im Ellental veranstaltet der »Artenschutzverein der Vogelliebhaber Bietigheim-Bissingen« die größte Vogelschau in Süddeutschland; 240 Vogelarten sind zu sehen, 8000 Besucher finden sich ein.
Das 7. Schleppertreffen zeigt eine Fülle von Traktor-Oldtimern in Erdmannshausen. Das Treffen wird vom »Verein der Bulldog- und Schlepper-Freunde« veranstaltet.
Das 35. Jubiläum begeht der »Ludwigsburger Gehörlosensportclub« mit Wettkämpfen, an denen auch gehörlose Sportler aus Österreich, Ungarn, England und Frankreich teilnehmen.
09. September Der neue Schuldekan Dieter Petri wird in der Friedenskirche in Ludwigsburg investiert; er ist Nachfolger von Schuldekan Karl Besemer.
Die Investitur des neuen Pfarrers der St.-Pauls-Gemeinde, Eugen Weber, wird festlich begangen.
10. September Der Realisierungswettbewerb für ein Bürger- und Vereinshaus mit Tiefgarage läuft in Schwieberdingen an. Damit soll die Ortsmitte entscheidend gestaltet werden.
Bürgermeister Herbert Schlagenhauf nimmt den ersten Baggerbiß für ein Pflegeheim der Kleeblatt-GmbH in Freiberg vor: 24 Altenpflegeplätze werden dort entstehen.
Gleichzeitig wird auch in Schwieberdingen der erste Spatenstich für ein Kleeblatt-Pflegeheim gemacht.

11. September Eine Delegation aus der japanischen Patenregion Baden-Württembergs, »Kanegawa«, besucht das Ludwigsburger Schloß und besichtigt die Porzellanmanufaktur.
12. September Der Karlshöher Gemeindepfarrer Dieter Kaufmann wird zum Landesjugendpfarrer der Evang. Kirche berufen.
Der Zweckverband »Gruppenklärwerk Leudelsbachtal« nimmt eine 4,4 Millionen DM teure Filterpresse für Klärschlamm in Betrieb. Die Gemeinden Markgröningen, Asperg, Möglingen und Ludwigsburg sind an dieser Installation beteiligt.
12. – 17. Sept. Der Sachsenheimer Stadtteil Ochsenbach begeht die 700-Jahresfeier mit einem großen Fest. Rechtzeitig dazu ist die Ortsdurchfahrt neu gestaltet worden und gibt dem Ort ein ausgesprochen schönes Aussehen. Eine Ausstellung »Ochsenbach, unsere Heimat« wird eröffnet und ein Heimatbuch von Karl-Josef Schramm vorgestellt.
13. September Im Pädagogisch-Kulturellen Zentrum ehem. Synagoge Freudental wird das Drama »Die deutsche Bartholomäusnacht« im Beisein des 98jährigen Max Zweig uraufgeführt. Das Publikum spendet stehend Applaus.
14. – 16. Sept. Freundschaftsfest der Partnerschaft mit Montbéliard, Rhymney Valley und Jewpatorija in Ludwigsburg bedeutet für die Stadt ein großes Jubiläum und Zuversicht in die Zukunft. Ein so noch nie dagewesenes Programm wird in den Straßen der Stadt geboten.
15. September Die LKZ veröffentlicht, daß die US-Army den größten Teil der von ihr belegten Kasernenbauten und Flächen, zusammen etwa 15 Hektar, freigeben wird; es handelt sich um die Bäckerei-Kaserne, die Reinhardt-Kaserne, Magazine in der Jägerhofallee und die Fromann-Kaserne.
Zu der von der Gemeindeverwaltung und dem »Förderverein Keltenmuseum Hochdorf« ausgesprochenen Einladung finden sich viele Interessenten ein, denen Oberkonservator Dr. Jörg Biel den Stand und die Bedeutung der Ausgrabungen erläutert.
17. September Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher überreicht den Städten Ludwigsburg und Montbéliard im Rahmen des deutsch-französischen Gipfeltreffens in München den »Adenauer-De Gaulle-Preis« für hervorragende Beiträge zur deutsch-französischen Freundschaft.
Der ehemalige Marshall-Plan-Direktor Donald C. Stone ist zu einem kurzen Besuch in Ludwigsburg. Der Fachmann für große Hilfsprogramme berichtet aus seiner Erfahrung im Blick auf die notwendige Hilfe für Osteuropa.
Das Stuttgarter Ballett bringt in einer Premiere sein Tanz-Musical »On your Toes« im Forum zur großen Begeisterung des Publikums auf die Bühne.
18. September Der Verwaltungsausschuß des Kreistages stimmt der Anschaffung von fünf weiteren stationären Geschwindigkeitsmeßstellen im Kreis und einem weiteren Radarmesßwagen zu.

- Der Bauausschuß des Gemeinderates Ludwigsburg stimmt dem Bau weiterer Fertighäuser für 192 Asylbewerber im Riedle zu.
20. September Der Gemeinderat stimmt einmütig einer Städtepartnerschaft zwischen Ludwigsburg und der Krim-Stadt Jewpatorija zu. Was in einer Urkunde festgehalten wird.
- Bürgermeister Heinz Waibel vollzieht den ersten Spatenstich für ein Altenpflegeheim der Kleeblatt-GmbH in Möglingen.
21. September Bürgermeister Hans Wetzel ehrt in Mundelsheim den langjährigen Gemeinderat und stellvertretenden Bürgermeister, Walter Schütz, mit der ersten neugeschaffenen Bürgermedaille der Gemeinde.
24. – 27. Sept. Der neue Landrat von Niesky, Hartmut Biele, besucht seinen Kollegen Dr. Hartmann. Auch sein Stellvertreter und der Dezerent für Bau, Verkehr und Gewerbe ist mitgekommen. Es wurden Themen wie Umweltschutz, öffentliche Sicherheit, Regionalplanung und Landwirtschaft besprochen.
27. September Vertreter aus Kommunalpolitik, Wirtschaft und Verwaltung treffen sich zum Richtfest des Bezirksstellengebäudes des Elektrizitätsversorgungsunternehmens Neckarwerke in der Hoferstraße in Ludwigsburg.
- Der weltbekannte Trompeter Ludwig Güttler musiziert mit dem Deutsch-Französischen Kammerorchester in Korntal unter großem Andrang des Publikums.
28. September Nach ernsthafter und leidenschaftlicher Diskussion im Gemeinderat von Bietigheim-Bissingen wird der Antrag der Grünen Alternativen Liste (GAL), ein Denkmal für den unbekanntem Deserteur zu planen, abgelehnt.
29. September Bürgermeisterin Dr. Meister verleiht am »Emigranten«-Fest in der Neckarweihinger Gemeindehalle dem ersten Gastarbeiter der Bundesrepublik, Francesco Moro, die Eberhard-Ludwig-Medaille. Moro kam vor 50 Jahren in Ludwigsburg aus Ostuni bei Brindisi an.
- Mit einer großen Benefiz-Gala-Veranstaltung feiert der Amsel-Förderverein sein 5jähriges Bestehen im Forum unter Mitwirkung von Catarina Valente.
30. September Der neue Bahnhof von Vaihingen wird um 7.32 Uhr mit der Einfahrt eines Eilzuges in Betrieb genommen.
- Im Alter von 97 Jahren stirbt dieser Tage in Tokio der Ehrenbürger der Stadt Bietigheim-Bissingen, Prof. Dr. Dr. e. h. Choei Ishibashi (Deutsch: Steinbrücke). Der japanische Arzt war ein bedeutender Förderer der Beziehungen zwischen Japan und der Bundesrepublik.
- In Besigheim wird der neue Dekan Manfred Junginger feierlich in sein Amt eingeführt.
- Mit einer kleinen Feier begeht die evangelische Gemeinde in Grünbühl das Richtfest der neuen Martinskirche.
- Im September Die Bausparkasse Wüstenrot bildet 10 Lehrlinge aus den neuen Bundesländern zu Bankkaufleuten aus, um sie später in den dortigen Niederlassungen einzusetzen.

02. Oktober In Roßwein wird die Urkunde der Städtepartnerschaft zwischen Freiberg und Roßwein unterzeichnet und ein Baum gepflanzt.
03. Oktober Mit einer Feststunde im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses begehen zum ersten Mal Vertreter der Kreisgemeinden aus Politik und Wirtschaft, sowie interessierte Bürger den Tag der deutschen Vereinigung im Beisein des Chemnitzer Landrates Christian Wehner. Die Festansprache hält Staatssekretär a. D. Berndt von Staden.
05. Oktober Das neue Feuerwehrmagazin an der Heilbronner Straße wird mit vielen Gästen eingeweiht. Das moderne Zweckgebäude findet allseits höchstes Lob.
- 05./06. Okt. Das Einweihungsfest für den neuen Vaihinger Bahnhof wird mit viel Prominenz, festlicher Musik und Reden begangen.
06. Oktober Der Gewerbeverein Bietigheim-Bissingen feiert in Anwesenheit von Ministerpräsident Späth sein 125jähriges Bestehen. Beim Festakt wird die Kraft des Mittelstandes hervorgehoben. Mit einem festlichen Gottesdienst in der Friedenskirche begeht die Griechisch-Orthodoxe Gemeinde in Ludwigsburg die Pastoralvisite des Metropoliten Augoustinos. Bei der Visite wird auch der neue Bischofvikar Archimandrit Cyrillos der Gemeinde vorgestellt. Im Beisein von Ministerpräsident Späth kann Oberbürgermeister Fischer das neue Galeriegebäude in Kornwestheim einweihen und gleichzeitig dort eine Beuys-Ausstellung eröffnen.
07. Oktober Der CVJM Ludwigsburg feiert sein 125jähriges Bestehen. Der Posaunenchor des CVJM ist 100 Jahre alt. Das Jubiläums-Programm bringt vom 5. bis 16. Oktober eine große Zahl von Veranstaltungen. Das Jahresfest der Karlshöhe führt über 1000 Besucher in der Diakonischen Einrichtung zusammen; mit Gottesdienst, Spiel und Jahresbericht werden die Gäste mit den Freuden und Sorgen bekannt gemacht.
08. Oktober Die »Historische Gesellschaft Bönningheim« gründet einen Förderkreis für ein Museum. Schwerpunkte der Sammlungen für das Museum sollen Stadtgeschichte, Schnaps und Aberglauben sein.
10. Oktober Der ehemalige Ludwigsburger Gerhard Thiele (Schüler des Fr.-Schiller-Gymnasiums) ist als möglicher Astronaut für die D-2-Mission ins Weltall nominiert worden.
- 10./11. Okt. Viel Beifall findet das Gesprächskonzert »Achtung Klassik« mit dem Pianisten Justus Frantz im Forum beim Ludwigsburger Premierenpublikum.
12. Oktober Mit einem großen Spektakel wird das 100jährige Bestehen der Musikhalle in Ludwigsburg begangen; Szenen aus verflorenen Jahrzehnten rollen über die Bühne und durch den ganzen Saal. Der Ludwigsburger Gemeinderat faßt den Baubeschluß zur Neugestaltung des Marktplatzes nach Vorstellungen des Städteplaners Volker Rosenstiel. Die Arbeiten sollen Anfang 1991 aufgenommen und bis Herbst 1992 abgeschlossen sein.

13. Oktober Die neue Sporthalle in Pflugfelden wird durch Oberbürgermeister Henke eingeweiht. Mit einem reichen Programm nimmt die Öffentlichkeit das von Architekt Heinz Herbert Andrä gestaltete Zweckgebäude in Gebrauch.
- 13./14. Okt. Die jüdischen Friedhöfe von Vaihingen und Unterriexingen werden in der Nacht auf Sonntag geschändet: SS-Runen und Hakenkreuze werden aufgesprüht und Grabsteine umgeworfen.
15. Oktober Das Heeresmusikkorps 9 begeistert mit seinem Dirigenten Oberstleutnant Wolfgang Rödiger das volle Haus im Forum. Es ist das elfte Konzert, das diese Militärkapelle für die LKZ-Weihnachtsaktion gibt.
Der Evang. Pfarrverein, die Landesorganisation der württembergischen Pfarrerschaft, begeht in Ludwigsburg ihr 99. Jahrestreffen.
- Mitte Oktober Der erste hauptamtliche Naturschutzbeauftragte des Landkreises Ludwigsburg, Albrecht Ulrich, nimmt seine Arbeit auf.
Die Ludwigsburger Verkehrswacht hilft beim ersten Verkehrserziehungstag in Meißen/Sachsen mit Fahrzeugen und Übungsggerät aus und übergibt für die Kindergärten eine Verkehrserziehungskiste. Großer Andrang herrscht auf dem Übungsplatz.
Die alte Feuerwache auf dem Rathaushof wird abgerissen. Danach kann der Platz als provisorischer Parkplatz eingerichtet werden.
Die Weinlese hat bei herrlichem Sonnenschein begonnen. Ein ausgesprochen gutes Leseergebnis des Herbstes 1990 darf erwartet werden.
17. Oktober Mit einem fünfstielligen Spaten vollziehen u. a. Architekt Ruf, „Kleeblatt“-Geschäftsführer Lees, Bürgermeister Nafz, den ersten Spatenstich für das Kleeblatt-Altenpflegeheim in Hemmingen.
18. Oktober Weit über tausend Bürgerinnen und Bürger drücken mit einem Sternmarsch zum Vaihinger Friedhof ihre Betroffenheit über die Grabschändungen aus. Die Grabschänder sind inzwischen gefaßt: unreife Jugendliche.
19. Oktober Der Fachkongress der Steuerberaterkammer Stuttgart tagt im Forum Ludwigsburg mit 500 Teilnehmern. Justizminister Dr. Heinz Eyrich spricht über die Folgen der deutschen Vereinigung für die Aufgaben der Steuerberater.
- 20./21. Okt. Bei den Deutschen Meisterschaften in Bremen hat die Ludwigsburger Standard-Formation den zweiten Platz errungen; im Wettbewerb der Latein-Formation kommen die Ludwigsburger auf den fünften Platz.
Im Pädagogisch-Kulturellen Centrum in Freudental findet erstmals ein „Round-table“-Gespräch zwischen deutschen und sowjetischen Journalisten statt: Sprachkurse und Austausch des journalistischen Nachwuchses werden vereinbart.
21. Oktober Jugendliche »Hooligans« werfen nach einem Basketballspiel in der Rundsporthalle Molotow-Cocktails auf eine Gruppe von Ul-

- mer Basketball-fans im Ludwigsburger Bahnhof: ein junger Mann wird dabei vom einfahrenden Zug überfahren und tödlich verletzt.
- Schwieberdingen besiegelt die Partnerschaft mit der französischen Stadt Vaux-le-Penil offiziell und begeht aus diesem Anlaß ein herrliches Fest mit dem Motto »Partner in Europa«.
22. Oktober Die LKZ teilt mit, daß das Land Baden-Württemberg 13 Millionen DM für die Renovierung des Ludwigsburger Schlosses in den nächsten Jahren zur Verfügung stellt.
23. Oktober Das »Jazz-Festival-Baden-Württemberg« findet eine Woche lang in der Ludwigsburger Musikhalle statt; es wird zur vollen Freude für die Jazz-Fans.
25. Oktober Der Evang. Krankenpflegeverein Ludwigsburg kann von 36 000 Hausbesuchen seiner Pflegerinnen im vergangenen Jahr, aber auch von der starken Zunahme von Pflegefällen berichten. Medizinaldirektorin Dr. Wörwag referiert über »Grenzen und Chancen der Gesundheitserziehung«.
26. Oktober Das neue Blockheizkraftwerk im Stadtteil Buch von Bietigheim-Bissingen wird von Oberbürgermeister List eingeweiht. Alle erhoffen ökologischen und ökonomischen Gewinn aus der Investition von 8,5 Millionen DM.
30. Oktober Der Gemeinderat Ludwigsburg wählt Dr. Eckhard Wulf als Leiter des Kulturamtes.
- Ende Oktober Reinhard Mey gibt ein Konzert mit alten und neuen Liedern im Ludwigsburger Forum vor begeistertem Publikum.
01. November Das Balaleika-Rundfunkorchester aus Moskau, das im Ludwigsburger Forum gastiert, wird stürmisch gefeiert. Typisch russische Melodien kommen zum Vortrag durch die Altistin Alexandra Strelchenko und den Bassisten Arthur Eisen.
02. November Die Fertigstellung des neu erbauten Ökumenischen Gemeindezentrums in Tamm-Hohenstange wird eine Woche lang gefeiert; am 4. November werden die beiden Kirchen geweiht.
03. November Der Griechische Elternverein Ludwigsburg feiert den griechischen Nationalfeiertag mit Spiel, Unterhaltung, Musik und einem orthodoxen Gottesdienst. 2000 Griechen leben in Ludwigsburg.
05. November Eine große Podiumsdiskussion zum Thema »Bundes-Abfall-Politik – Wohn?« findet in der PH Ludwigsburg statt: sie findet großes Interesse.
06. November Das »Central Ballet of China« tritt bis 12. November im Ludwigsburger Forum auf.
07. November Die dienstältesten Stadträte Eberhard Gözl und Günther Wiedmann feiern: beide sind seit 25 Jahren im Gemeinderat von Ludwigsburg. Günther Wiedmann ist seit 18 Jahren Fraktionsvorsitzender der CDU.
- Das Straßenbauamt Besigheim teilt die Fertigstellung der letzten 660 Meter der Straßenausbaustrecke bei Pleidelsheim mit. Die

- Bauzeit erreichte 13 Monate wegen umfänglicher Grabungen des Landesdenkmalamtes: etwa 100 alemannische Gräber waren unter der Straße verborgen.
- Bundestrainer Wolfgang Opitz wird neuer Trainer des Weltmeisterteams vom 1. TC Ludwigsburg. Das bisherige Trainerpaar Norman und Dagmar Beck tritt zurück.
09. November Einen »Herbst der Superlative« und ein »Traumhaftes Mostgewicht« kann die Winzergenossenschaft Mundelsheim erwarten.
10. November Zum 52. Mal jährt sich die Niederbrennung der Ludwigsburger Synagoge und die Beraubung der Freudentaler Synagoge. Das Kulturprogramm der Stadt Ludwigsburg ist gut akzeptiert. Die Auslastung im Forum liegt bei 91,5%.
53 Briefmarkensammlungen aus Ludwigsburg und Montbéliard werden im Kulturzentrum ausgestellt: Leckerbissen für Philatelisten.
- 10./11. Nov. Marbach feiert die Städtepartnerschaft mit Washington in Missouri.
- 10.–13. Nov. Im Rahmen der Bietigheimer Friedenstage sind 10 Besucher aus Weißrussland (Tschernobyl) zu Gast im PKC Freudental.
11. November Die Ludwigsburger Carnevalsgesellschaft eröffnet die Session und inthronisiert Prinz Klaus I. und Prinzessin Silvia I.
12. November Bei Löscharbeiten wird ein Feuerwehrmann festgenommen, der zahlreiche Brände selbst gelegt hat, deren Schäden bei 2 Millionen DM liegen.
13. November Der dritte Abschnitt der Oberstenfelder Ortskernsanierung ist mit Fertigstellung der Großbottwarer Straße abgeschlossen.
15. November Marbach schließt eine Partnerschaft mit der chinesischen Stadt Tongling. Bürgermeister Georg Keppler und sein Kollege Wang Yang sehen eine fünfjährige Phase des Kennenlernens vor.
- Mitte Nov. Die Sanierungsarbeiten am Ludwigsburger Rathaus sind im vollen Gange. Das Gebäude wird fast völlig ausgebeint. Um der Feuchtigkeit in dem Gemäuer künftig den Weg zu versperren, werden Edelstahlplatten ins Fundament geschoben.
16. November Im Walheimer Feuerwehrmagazin beschließt der Kultur- und Schulausschuß des Kreistages, die ehemalige Synagoge Freudental in die Trägerschaft des Landkreises zu übernehmen. Die bisherigen Träger »Verein ehem. Synagoge Freudental« und »Pädagogisch-Kulturelles Zentrum« (PKC), die an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten gekommen waren, begrüßen diese Entscheidung.
Nun können die Kinder der Grundschule in Tamm-Hohenstange endlich in ihrer neuen Schulsporthalle Sport treiben; die von Architekt Kurt Knecht geplante Halle wird eingeweiht.
Zu ihrem 1000. Einsatz in diesem Jahr muß die Ludwigsburger Feuerwehr ausrücken wegen eines unvorsichtigen Hoheneckers, der bei Schweißarbeiten erst sein Auto und dann das ganze Haus in Brand gesetzt hatte.
17. November Ein vom Blasmusikverband Ludwigsburg veranstaltetes Konzert

- renommierter Blasorchester im Forum ist Besuchermagnet geworden: das Landesblasorchester Baden-Württemberg, das Stadtblasorchester Bietigheim und das Städtische Blasorchester Backnang gestalten den Abend.
- Die LKZ berichtet von dem Erscheinen der »Schedelschen Weltchronik« als limitierte Faksimile-Auflage. Der Ludwigsburger Peter Teicher hat dieses bedeutende Werk vom Ende des 15. Jahrhunderts mit perfekter Faksimilekunst in 800 Exemplaren wieder vorgelegt.
- Unter großer Teilnahme wird die »Initiative KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz« als Verein gegründet. Dr. Manfred Scheck wird Vereinsvorsitzender. Eine Ausstellungshalle mit Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers ist geplant.
- 17./18. Nov. In Oßweil treffen sich die »Freien Vogtländer«, deutsche Zimmerleute auf der Walz in ihren typischen Trachten.
18. November Am Volkstrauertag ist die Gedenkstunde, die mit Lesungen »Dialoge mit dem Tod« gestaltet wird, nur mäßig besucht. Günther Weinmann, der Bezirksvorsitzende des VDK hält die Gedenkrede. Vorher hat Oberbürgermeister Henke Kränze an den Gedenkstellen auf dem Alten Friedhof niedergelegt.
20. November Bürgermeister Alfred Ulrich und der Vorsitzende des Fischerei- und Gewässerschutzvereins übergeben in Steinheim den ersten Fischereilehrpfad in Baden-Württemberg. Der Lehrpfad soll Verständnis für die Lebensgemeinschaften im und am Wasser wecken.
21. November Beim Tanzsportturnier im Forum, an dem 80 Paare aus dem ganzen Bundesgebiet teilnehmen, gewinnen die Paare des 1. Tanzclubs Ludwigsburg drei erste Plätze, einen zweiten und dritten Platz.
23. November Die Milchwerke Ludwigsburg (Milu) werden aufgelöst: in Schwieberdingen gibt der Genossenschaftsverband die Zustimmung dazu.
- Die Pleidelsheimer Versuchsanlage für Biomüll-Kompostierung muß nach Entscheid des Gemeinderates eingestellt und abgebaut werden.
- Der Kongress des Landesfremdenverkehrsverbandes (LFV) kann im Ordnungssaal von Oberbürgermeister Henke begrüßt werden. Probleme von »Urlaub und Umwelt« werden besprochen.
- 23./24. Nov. Die 13. Sportministerkonferenz, an der erstmals auch die Sportminister der neuen Bundesländer teilnehmen, trifft sich in Ludwigsburg, um Fragen des Breitensports zu diskutieren. Oberbürgermeister Henke hat die Gäste zu einem festlichen Abend ins Favoriteschloß eingeladen.
24. November Die 19. LKZ-Weihnachtsaktion wird gestartet.
- Pastor Rainer Eppelmann besucht im Ratskeller in Ludwigsburg eine Versammlung der CDU und berichtet über Lasten und Gut haben, die die ehemalige DDR für die BRD darstellt.
- Das Leningrader Kirow-Ballett gastiert im Ludwigsburger Fo-

rum mit Tschairowskys „Schwanensee«: die reife russische Tanzkunst begeistert die Zuschauer.

Die Kreisverkehrswacht Ludwigsburg kann wieder eine stattliche Zahl von Kraftfahrern für jahrzehntelanges unfallfreies Fahren auszeichnen.

28. November Der Verwaltungsausschuß des Ludwigsburger Gemeinderates erklärt sich zu einer umfassenden Hilfe für die Partnerstadt Jew-patorijsa bereit.

29. November Neue, wesentlich verkleinerte Baupläne für den Kreissparkassen-Erweiterungsbau auf dem Schillerplatz in Ludwigsburg werden dem Bauausschuß des Gemeinderates vorgelegt.

30. November Eine neue Sporthalle kann Bürgermeister Herbert Müller in Affalterbach in den Holzäckern einweihen: sie hat 280 Sitz- und 120 Stehplätze für Besucher.

01. Dezember In der Olympia-Halle in München erringt die Standard-Formation des 1. Tanzclubs Ludwigsburg zum 6. Mal den Weltmeistertitel in Folge und ist damit das erfolgreichste Tanzteam der Welt. Hedwig Rittner hat alle sechs Wettkämpfe mitgemacht und Roland Scheible fünf.

02. Dezember Die Bundestagswahlen haben folgendes Wahlergebnis:

im Wahlkreis 169:

WISSMANN	48,0%	CDU	42,0%
HUONKER	31,7%	SPD	30,6%
PIEK	6,6%	FDP/DVP	14,2%
Dr. GIESECKE	8,4%	Grüne	6,4%
SCHULZE	3,8%	Republikaner	3,8%

im Wahlkreis 170:

Dr. HELWIG	44,4%	CDU	42,5%
BURY	34,1%	SPD	30,2%
Dr. WENG	9,5%	FDP/DVP	14,2%
LANG	6,4%	Grüne	6,0%
BREUNINGER	4,0%	Republikaner	4,1%
GEISSLER	0,6%	NPD	0,6%
STUPP	0,8%	ÖDP	0,7%

Wohlbehalten sind die Schüler der 11. und 12. Klasse der Ludwigsburger Waldorf-Schule von einem Aufenthalt in Moskau im Rahmen eines Schüleraustausches zurückgekehrt.

Das ehemalige Königlich Württ. Pfarrhaus in Hochdorf kann als Gemeindehaus eingeweiht werden; die Architekten Baumann und Fischer aus Hochberg haben den Umbau des alten Gebäudes für die neuen Zwecke sehr gut zustande gebracht.

03. Dezember Eine Partnerschaft zwischen Affalterbach und Neuhausen/Sachsen wird unterzeichnet und auch gleich mit konkreter Hilfe ausgefüllt.

04. Dezember Beim Deutsch-französischen Institut referiert Staatssekretär Berndt von Staden über das Thema »Deutschland und Frankreich im neuen Europa« und meint, daß die Zukunft Europas entscheidend vom deutsch-französischen Verhältnis abhängt.
06. Dezember Die älteste Bürgerin der Stadt Ludwigsburg, Friederike Schäfer, feiert ihren 103. Geburtstag. Die gebürtige Mannheimerin lebt seit 1968 im Altenheim »Albert-Knapp-Heim« in der Mühlstraße.
Die Hofkammer stellt eine Neuordnung des 70 Hektar großen Monrepos-Areals vor. Das Parkpflegewerk soll in etwa zehn Jahren verwirklicht werden.
Die WZG Möglingen stellt fest: »Das Geschäftsjahr 1990 ... wird zu den besten der 45jährigen Geschichte der Zentralkellerei zählen.«
07. Dezember Der Bauausschuß des Ludwigsburger Gemeinderates anerkennt die Rahmenplanung für den ehemaligen Steinbruch der Firma Hubele an der Marbacher Straße als guten Kompromiß zwischen Ökologie und Ökonomie.
Die vor einem Jahr dem Verkehr übergebene Aldinger Westumgehungsstraße hat sich gut bewährt. Dies stellt der Bericht des Büros Bender und Stahl aus Ludwigsburg im Gemeinderat Remseck fest.
08. Dezember Bei der Ausschußsitzung des Kreisfeuerwehrverbandes in der neuen Feuerwache in Ludwigsburg stellt Oberbrandamtrat Wolfgang Korte den neuen Heli-Meß vor, der auf der Modultechnik des Gerätewagen-Meß basiert und für den Einsatz im Hubschrauber vorgesehen ist.
09. Dezember Weihbischof Bernhard Rieger aus Rottenburg segnet die renovierte katholische Kirche St. Johannes in Ludwigsburg. Fenster des Kunstmalers Rasso Rothacker sind eingefügt worden.
Senator Richard Günter Hirschmann wird zum Ehrenbürger von Benningen ernannt. Unter den vielen Gratulanten ist auch Ministerpräsident Späth.
In einem festlichen Gottesdienst, wird Landeskirchenmusikdirektor Siegfried Bauer auf der Karlshöhe durch Oberkirchenrat Dr. Hartmut Jetter in sein Amt eingeführt.
11. Dezember Viele Blutspender werden ausgezeichnet. 1226 Spender haben sich beim DRK gemeldet, hundert mehr als im Vorjahr.
12. Dezember Der Trucker-Club mit 1350 Mitgliedern veranstaltet auf der Raststätte Wunnenstein eine Adventsaktion für Fernfahrer.
Oberbürgermeister Henke gibt in seiner Pressekonferenz bekannt, daß nicht nur die US-Army, sondern auch die Bundeswehr Gelände zur zivilen Nutzung abgeben wird. Vorgesehen sind zur Übergabe das sog. Rauhfutterlager an der Friedrichstraße und die Fromannkaserne.
Mit vielen Gästen und feierlichem Zeremoniell wird die Kunstausstellung des Sächsischen Kunstvereins Dresden und des Kontaktzentrums Baden-Württemberg im Schloßhotel »Monrepos«

- eröffnet. Ministerpräsident Späth ist Schirmherr und Frau Roswitha Haenisch die Organisatorin ihrer 11. Ausstellung; 10 Maler aus Sachsen und 27 Bildhauer aus Baden-Württemberg stellen aus.
13. Dezember Auf Einladung der Stadt Ludwigsburg nimmt eine Gruppe leitender Mitarbeiter der Stadtverwaltung Montbéliard an einem deutschen Intensivsprachlehrgang der Volkshochschule teil. Der Kreistag genehmigt eine Zweijährige Berufsfachschule für Gesundheit und Pflege und eine Berufsschule zum Erwerb von Zusatzqualifikationen für Ernährung, Erziehung und Pflege, für Agrarinformation, Umweltschutz, Landespflege und landwirtschaftlichen Nebenerwerb. Der Studienbeginn soll 1991 sein. Das Richtfest für die sechs Doppelhäuser in Besigheim als Übergangwohnheim kann gefeiert werden. Es ist das zweitgrößte Projekt für Aus- und Übersiedler dieser Art im Landkreis und soll 400 Menschen Obdach geben. Die von einer Besuchsreise nach Jewpatorija zurückgekehrten Dr. Heinz Huber und Johann Gebora berichten von den Hilfe erfordernden Zuständen in der Kinderklinik und im Altenheim der Partnerstadt. Medikamente sind lebensnotwendig. Im Kulturzentrum Ludwigsburg werden 197 Sportler und Sportlerinnen aus 18 Vereinen mit Medaillen geehrt. Der Vorsitzende des Stadtverbandes, Kurt Knecht, würdigt die überdurchschnittlichen Erfolge des Ludwigsburger Sports.
15. Dezember Oberbürgermeister List zeichnet den langjährigen Vorsitzenden der Ortsgruppe der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) in Bietigheim-Bissingen, Walter Schuster, mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande aus.
16. Dezember In Sersheim erfolgt ein Wechsel im Bürgermeisteramt: Peter Noak scheidet nach 16 Jahren aus, an seine Stelle tritt Jürgen Scholz. An der Feier nehmen Landrat Dr. Hartmann und Oberbürgermeister Kälberer aus Vaihingen teil. Die Große Sport-Gala 1990 findet im Forum bei vollem Haus statt. Fast die ganze Sportprominenz ist da. Die Fußball-Weltmeisterschafts-Elf mit Teamchef Beckenbauer erhält die »Sport-Eins« für Mannschaften, Steffi Graf und Boris Becker für Einzelsportler. 70 junge Sängerinnen und Sänger des Jugendchores aus der tschechischen Stadt Graslitz unter der Leitung von Karl Malicek geben ein Konzert in der Methodistischen Kirche von Neckarweihingen und gestalten den Gottesdienst mit.
18. Dezember 200 amerikanische Soldaten und Soldatinnen aus Ludwigsburg und Kornwestheim fliegen nach Saudiarabien. Landrat Dr. Hartmann und der Geschäftsführer der Kleeblatt GmbH legen im Stiftsgarten von Oberstenfeld den Grundstein für das neue Altenpflegeheim. Der Ziergarten wird nach Mitteilung von Bürgermeister Läßle durch den Bau nicht tangiert.
20. Dezember Der Vorsitzende des »Historischen Vereins für Stadt und Kreis Ludwigsburg«, Dr. Wolfgang Bollacher, überreicht Landrat Dr.

Hartmann eine Ausgabe des 44. Heftes der »Ludwigsburger Geschichtsblätter«.

Regierungspräsident Udo Andriof gratuliert Landrat Dr. Hartmann herzlich zu seinem 60. Geburtstag. Er steht seit 1967 an der Spitze des Landkreises Ludwigsburg. Prominente Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur sind zum Fest ebenso gekommen, wie die Landräte aus den Partnerkreisen Bischofswerda, Niesky und Chemnitz. Mit dem scenischen Spiel »Tabaluga« erfreuen die Kinder des Behindertenschuldorfes des Landkreises den Jubilar besonders.

Die Weihnachtsaktion der LKZ erbrachte 135 000 DM. Zur Scheckübergabe an die Empfänger versammelten sich diese mit der Leitung der LKZ in der Ludwigsburger Sozialstation.

21. Dezember Die Oberbürgermeister von Ludwigsburg, Ostfildern, Sindelfingen, Eßlingen, Leonberg und Weinstadt regen mehr Zusammenarbeit im Bereich Mittlerer Neckar mit einem Schreiben an Ministerpräsident Späth, Oberbürgermeister Rommel und den Vorsitzenden des Regionalverbands Mittlerer Neckar, Walter Hirrlinger, an.

23. Dezember Die Innenrenovation der Hessigheimer Markuskirche ist abgeschlossen. Pfarrer Diederich feiert mit der Gemeinde und Dekan Junginger einen festlichen Gottesdienst.

28. Dezember Der Geschäftsbericht des »Gemeinschaftskernkraftwerkes Neckar« (GKN) sagt aus, daß bis 26. 12. 1990 hundert Milliarden Kilowattstunden elektrischer Strom in beiden Blocks erzeugt worden sind. 1990 sind es 16,6 Millionen kWh: das beste Betriebsergebnis.

Im zu Ende gehenden Jahr (Jan.–Nov.) sind 4,6% mehr Fahrgäste mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Kreis gefahren als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die VVS rechnet mit weiterer Steigerung.

29. Dezember Pläne werden diskutiert zur verschönernden Umgestaltung des Ludwigsburger Schloßeingangs an der B 27.

Ende
Dezember Oberbürgermeister Fischer in Kornwestheim verabschiedet zum Jahresende seinen technischen Beigeordneten und Stellvertreter Michael Köpple nach 13 Jahren im Dienst der Stadt.

Albert Sting

Buchbesprechungen

Heinz Schubert: Johann Friedrich Christmann. 1752–1817. Ein schwäbischer Landpfarrer. Freiberg a. N.: Eigenverlag der Stadt (o. J.), XII und 219 S. mit zahlreichen Abb.

Die Stadt Freiberg am Neckar hat in den vergangenen Jahren wiederholt Veröffentlichungen von hohem Niveau herausgegeben (vgl. Ludwigsburger Geschichtsblätter 44/1990, S. 222–224). Auch das vorliegende Buch überzeugt. Es beschäftigt sich mit Johann Friedrich Christmann, der von 1784 bis kurz vor seinem Tode im Jahre 1817 – also über einen Zeitraum von über 30 Jahren hinweg – Pfarrer in Heutingsheim war. Die Biographie ist gleichwohl nur in beschränktem Maße ein Beitrag zur Geschichte Heutingsheims. Denn wenn auch ihr Untertitel Christmann als schwäbischen Landpfarrer vorstellt, so sind doch seiner Tätigkeit in diesem Amt und dem Heutingsheimer Gemeindeleben nur wenige und nur kurze Passagen gewidmet. Im Zentrum der Studie steht vielmehr der überörtlich bedeutsame Verfasser theologischer Schriften, Komponist, Musikwissenschaftler und Pädagoge, der Christmann (alles in einem) auch war, als der er aber weitgehend vergessen ist. So ist es denn auch die Absicht des Autors, »das Andenken des dereinst weithin bekannten Mannes wiederzubeleben« und »die sich immer wieder aufdrängende Frage nach den Gründen seines Ausscheidens aus dem historischen Bewußtsein der Nachwelt wenigstens annähernd zu beantworten« (S. VII). Diesen Zielsetzungen entspricht es, daß der weitaus größte Teil des Buches die literarischen und musikalischen Werke Christmanns behandelt, die eingehend und mit viel Sachkenntnis besprochen werden. Daß die Person Christmanns und sein Wirken als Pfarrer demgegenüber in den Hintergrund getreten sind, hat aber auch seine Ursache in der Quellenlage. Denn Briefe Christmanns sind nur vereinzelt erhalten, und auch sonst ist die archivalische Überlieferung spärlich; für weite Zeiträume beschränkt sie sich auf stereotype dienstliche Beurteilungen. Umso mehr ist zu würdigen, daß hier eine Biographie gelungen ist, die durchweg auf sorgfältigen Quellenstudien basiert, wie nicht zuletzt aus den soliden Anmerkungen und dem Quellenverzeichnis hervorgeht. Ein Personen-, Orts- und Sachregister schließt die gut lesbare Studie ab, die einen interessanten Einblick in das schwäbische Geistesleben am Ende des 18. Jh. bietet, und der zu wünschen ist, daß sie ihr Ziel, die Erinnerung an Christmann wieder zu wecken, auch über Freiberg hinaus erreicht.

Robert Kretzschmar

Eine Fürstin unterwegs. Reisetagebücher der Fürstin Pauline zur Lippe 1799–1818. Bearb. von Hermann Niebuhr. Detmold 1990 (= Lippische Geschichtsquellen 19), XII, 315 S., 23 sw Abb., 7 Karten.

Prinzessin Pauline von Anhalt-Bernburg (1769–1820) wurde 1796 die Gemahlin des Fürsten Leopold I. zur Lippe. Nach dem Tod ihres Gatten führte sie von 1802–1820 für ihren Sohn Leopold II. die vormundschaftliche Regierung. Von sieben jener Reisen, die Pauline als Fürstin zur Lippe unternahm, sind Reisetagebü-

cher erhalten; sie wurden schon bisher für einschlägige Forschungen herangezogen. Das Verdienst Hermann Niebuhrs ist es, die Reisetagebücher Paulines erstmals vollständig ediert zu haben. Der Edition gehen jeweils ein Itinerar und eine Kartenskizze voran; ihnen ist bei den politischen Reisen eine knappe Einführung beigelegt.

Ob Fürstin Pauline ihre Reisen aus politischen, aus privaten oder aus gesundheitlichen Gründen unternahm – stets wußte sie sie mit ihrem Interesse für die Kunst zu verbinden; in Stuttgart besichtigte sie 1817 zum Beispiel die Ateliers des Malers Hetsch und des Bildhauers Dannecker. Wo es um Menschen geht, beschreibt die Fürstin knapp, scharfsichtig, manchmal auch scharfzüngig. Bei ihrer geliebten Kunst dagegen ufern die Beschreibungen mehrfach aus, werden zu ermüdenden Aufzählungen (vgl. die Beschreibung des Stuttgarter Neuen Schlosses S. 236–242). Kurzweilig erzählt werden dagegen jene Passagen, die den oft widrigen äußeren Umständen der Reisen gelten. Die Reise nach Kassel im Mai 1808 hatte die Beilegung von Souveränitäts- und Grenzstreitigkeiten zum Ziel. Im Gegensatz zu den anderen Tagebüchern, die Pauline lediglich zur Lektüre weitergab – worauf sie prompt abgeschrieben wurden –, ist dieses an den Detmolder Regierungsrat J. F. Wippermann gerichtet, dem die Fürstin freundschaftlich verbunden war. In Kassel traf Pauline mehrfach mit Jérôme Bonaparte und dessen Gemahlin Katharina, der Tochter König Friedrichs I. von Württemberg, zusammen. Die Söhne, die Pauline begleiten, teilen ihr Befremden über den legeren Stil am westfälischen Hof: »Mama, der König springt!« flüstert Leopold der Mutter aufgeregt ins Ohr (S. 165). Die Reise nach Süddeutschland im Herbst 1817 galt dem Besuch von Verwandten und Freunden, so der in Bönningheim residierenden Prinzessin Wilhelmine Albertine von Württemberg, einer geborenen Prinzessin von Schwarzburg-Sondershausen. Über Fulda, Würzburg und Mergentheim – »Ordnung« war Paulines erster Eindruck an der württembergischen Grenze (S. 234) –, über Künzelsau, Öhringen und Heilbronn reiste sie nach Bönningheim. Von dort unternahmen die Freundinnen eine Reise nach Stuttgart, die sie mit einem Abstecher nach Kirchheim unter Teck zu Herzogin Henriette von Württemberg verbanden. Auf dem Hin- und dem Rückweg berührte man Ludwigsburg; Pauline fand die Stadt prachtvoll, aber öde. Das Schloß, ebenso Monrepos mit der trauernden Königinwitwe, blieb unbesichtigt. In Heilbronn, nach einem stilvollen Picknick im besten Weinberg des Bankiers von Rauch – eben hatte die Weinlese begonnen –, trennten sich die Freundinnen. Die Rückreise nach Detmold führte Pauline selbstverständlich über Heidelberg (das Schloß und die Boisséréeschen Sammlungen), Mannheim und Schwetzingen.

Norbert Hofmann

»Ludwigsburger Geschichtsblätter« 1900–1991

Heft	Jahr	Seiten	Redaktion	
1	1900	87	Christian Belschner	vergriffen
2	1901	100	„	„
3	1903	106	„	„
4	1905	186	„	„
5	1909	115	„	„
6	1911	88	„	„
7	1913	57	„	„
8	1916	48	„	„
9	1923	119	„	„
10	1926	107	„	„
11	1930	133	„	„
12	1939	46	„	„
13	1957	140	Dr. Oscar Paret	lieferbar
14	1960	66	„	„
15	1963	162	Heinrich Gaese	„
16	1964	203	„	„
17	1965	207	„	„
18	1966	192	„	„
19	1967	164	„	„
20	1968	196	„	„
21	1969	92	Dr. Willi Müller	„
22	1970	116	„	„
23	1971	195	„	„
24	1972	272	„	„
25	1973	141	„	„
26	1974	141	„	vergriffen
27	1975	199	„	„
28	1976	161	„	„
29	1977	179	„	lieferbar
30	1978	128	Dr. Paul Sauer	vergriffen
31	1979	148	Dr. Wolfgang Schmierer	lieferbar
32	1980	188	„	„
33	1981	256	„	„
34	1982	176	„	„
35	1983	180	„	„
36	1984	242	„	„
37	1985	245	„	„
38	1985	196	„	„
39	1986	224	„	„
40	1987	252	„	„
41	1988	200	„	„
42	1988	224	„	„
43	1989	188	„	vergriffen
44	1990	232	„	lieferbar
45	1991	236	„	„

Bestellungen: Buchhandlung Aigner, 7140 Ludwigsburg, Arsenalplatz

236

du (1)
h=C e 835

